

Freiheit und das ganze Leben

Wir holen uns, was uns zusteht.

**23. ordentliche Landeskonferenz
der NRW Jusos | 28.-29.09.2024**

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeit und Ausbildung

A01	Wir holen uns, was uns zusteht! Arbeitsprogramm 2024-2026	12
A02	Zeit für mehr Gerechtigkeit- Gerechtigkeit für mehr Zeit. Warum Arbeitszeitverkürzung Klassenkampf ist und wer sie erkämpft	32
A04	Dem Fachkräftemangel in der Erzieherausbildung entgegenzutreten - die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung attraktiver gestalten	36
A05	Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte: Faire Abfindungsregelungen und Urlaubsansprüche sicherstellen	38
A06	Alles Streik oder was? Streikrecht schützen!	40

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

B01	"Not my Hochschulgesetz"	43
B04	„Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, aber damit ist das Problem nicht behoben. Landesweite Präventionsprogramme gegen Rassismus und Diskriminierung an Schulen!	46
B05	Weil „Nie wieder“ Jetzt ist - Solidarität mit jüdischen Studierenden	50
B07	Politische Bildung an Schulen stärken	53

D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

D01	Das rheinische Revier nicht an die AFD verlieren - Die Landesregierung muss handeln!	57
D02	Vorsicht vor falscher Vielfalt: Die DAVA-Partei	60

E - Europa und Internationales

E01	Appeasement klappt nicht mit Verbrechern - für eine konsequente Wende in der Iran-Politik	63
E02	Für eine dauerhafte Sicherheit in Nahost	69

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

F01	Kein Platz für Antifeminismus - Incels den Kampf ansagen!	81
F02	Schutz vor Gewalt - autonom und für alle!	85
F03	Alexa, bitte lösche Antifeminismus	89

G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

G01	Menschen vor Märkte: Für eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge in NRW	93
G02	Solidarisch gegen Klassismus - Klasse erkennen und anticlassistisch handeln	113
G03	Recht auf Vergessenwerden – Gegen die sozialrechtliche Diskriminierung Krebsüberlebender	118

I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

I01	Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik	121
I04	Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend	134

K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

K08 Junge Stimmen, starke Zukunft: Für mehr Jusos in der Kommunalpolitik!

152

N - Netzpolitik, Medien und Kultur

N01	Echte Meinungen statt Manipulation: Social Bots stoppen, Fake News eindämmen	156
N03	Religionsfreiheit, aber richtig: Für ein zeitgemäßes WDR-Gesetz	160

U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

U01 Transformation des Energiesektors

162

INI - Initiativanträge

INI01	Awareness-Konzept (Neufassung 2024)	140
INI02	Grenzkontrollen zu Deutschland sofort beenden!	147
INI03	Initiativantrag gegen VW Werksschließungen	150

Antrag A01: Wir holen uns, was uns zusteht! Arbeitsprogramm 2024-2026

Sachgebiet: A - Arbeit und Ausbildung

1 Krise folgt auf Krise, folgt auf Krise. Der Blick in die Nachrichten ist immer wieder
2 geprägt von Elend überall auf der Welt, von zunehmenden Erfolgen rechter und
3 faschistischer Bewegungen und gleichzeitig werden finanzielle Ängste und
4 existenzielle Sorgen für immer mehr Menschen zur Realität. Immer neue Studien
5 gewähren einen Einblick in die Perspektivlosigkeit vor allem junger Menschen, während
6 immer mehr Parteien des demokratischen Spektrums nichts Besseres zu tun haben, als
7 den angeblich leicht beeinflussbaren jungen Leuten die Schuld am Rechtsruck zu geben.
8 Konkrete Anerkennung und Lösungen für die sozialen Sorgen und Probleme unserer Zeit?
9 Fehlanzeige!

10 Während konservative Kräfte lieber Scheindebatten über vermeintlich faule Jugendliche
11 führen und sich in ihrem Wettkampf um das rassistischste Narrativ in Asyl- und
12 Migrationsdebatten überschlagen, triumphieren Faschist*innen bei immer mehr Wahlen.
13 Ihre "Strategie" beinhaltet vor allem das Abfinden mit vorhandenen strukturellen
14 Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen und das Auspielen der Schwächsten in
15 unserer Gesellschaft. Und die politische Linke und unsere stolze Sozialdemokratie?
16 Eigentlich könnte es so einfach sein. Unser sozialdemokratischer Kanzler könnte sein
17 Versprechen einer Zeit der Sozialdemokratie und des gesellschaftlichen Aufschwungs
18 einlösen, verharrt aber in faulen Formelkompromissen und Zugeständnissen an die
19 Liberalen, die immer mehr ihrem Fanatismus des Sparens verfallen.

20 Als Jungsozialist*innen wollen wir uns mit keiner dieser Versionen einer vermeintlich
21 neuen Normalität abfinden. Wenn Konservative unter neuer Normalität das Nachplappern
22 rechter Parolen verstehen, bedeutet das das Ende der antifaschistischen Brandmauer.
23 Wenn Rechte und Faschist*innen als neue Normalität die Hetze gegen migrantisierte,
24 jüdische und queere Menschen meinen, bedeutet das das Ende der Demokratie. Und wenn
25 die Sozialdemokratie als neue Normalität den Abgesang auf unseren Sozialstaat etwa
26 beim Bürger*innengeld meint, bedeutet das das Ende unserer Vision einer Gesellschaft
27 der Freien und Gleichen. Als Jungsozialist*innen stellen wir uns all diesen Politiken
28 des gesellschaftlichen Stillstands und Rückschritts entgegen und sagen selbstbewusst:
29 Unsere Normalität ist solidarisch und wir werden nicht stillschweigend zusehen, wie
30 unsere Demokratie und unsere Zukunft zerstört werden! **Wir holen uns, was uns zusteht!**

31 In den kommenden zwei Jahren wollen wir uns deshalb das große Ziel setzen, unsere
32 inhaltlich tiefgreifende Arbeit mit einer langfristigen Strategie in Partei und
33 Öffentlichkeit zu verbinden. Und weil wir der festen Überzeugung sind, dass dies eine
34 klare und eindeutige Rückbesinnung auf unsere Grundwerte erfordert, wollen wir
35 unseren inhaltlichen Schwerpunkt auf das Thema Arbeit legen. Denn uns treibt die
36 Erkenntnis an, dass die sozialen Fragen unserer Zeit unweigerlich mit der Ausbeutung
37 derer verbunden sind, die nichts als ihre Arbeitskraft selbst haben. Und wir erkennen
38 an, dass der Kampf um unsere Demokratie und eine Perspektive einer sozialistischen

39 Gesellschaft niemals ehrlich geführt werden kann, wenn wir die Betriebe außer Acht
40 lassen, in denen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen zeigen, dass die Unterdrückten
41 und Marginalisierten sich nehmen müssen, was ihnen zusteht.

42 Als politischer Jugendverband, der sich in stolzer Historie der
43 Arbeiter*innenbewegung versteht, sehen wir es als unseren Auftrag, das Thema Arbeit
44 inhaltlich in der Breite zu erfassen, mit unseren Bündnispartner*innen an konkreten
45 Lösungen zu arbeiten sowie aktiv Debattenschwerpunkte in der Öffentlichkeit und der
46 Partei zu forcieren. Besonders bei letzterem Punkt wissen wir, dass uns dies nur
47 gelingen kann, wenn wir unserem Anspruch der kritischen Solidarität gerecht werden.
48 Ob es allen in unserer Mutterpartei gefällt oder nicht: Wir sind immer Teil der
49 Sozialdemokratie und deshalb lässt es uns nicht kalt, wenn wir sehen müssen, wie sich
50 Sozialdemokrat*innen in Regierungsverantwortung immer wieder im Klein-Klein verlieren
51 und dabei sozialdemokratische Forderungen wie das Bürger*innengeld, die
52 Kindergrundsicherung oder eine wirklich humane Asyl- und Migrationspolitik auf der
53 Strecke bleiben. In der vertieften Auseinandersetzung mit unseren verbandlichen
54 Grundwerten wollen wir deshalb in den nächsten zwei Jahren alles daran setzen, dass
55 die Sozialdemokratie nicht vergisst, wofür sie steht und welche linken
56 gesellschaftlichen Großprojekte jetzt notwendig sind.

57 Bei all unserer Arbeit treibt uns die Erkenntnis an, dass wir unsere Aufgabe als
58 Jusos nur dann richtig erfüllen, wenn es uns gelingt, politisch interessierten jungen
59 Menschen in ganz NRW nicht nur einen Ort des Austausches zu bieten, sondern unser
60 Versprechen eines politischen Zuhauses für alle einzulösen. Und das heißt, dass wir
61 all den Ewiggestrigen entgegentreten, die meinen, wir müssten uns mit der Welt
62 abfinden, wie sie ist. Es bedeutet, dass wir Solidarität statt Hass wählen und uns
63 holen, was uns zusteht: Freiheit und das ganze Leben!

64 **1. Arbeit im Fokus: Warum wir den Wandel der Arbeitswelt** 65 **gestalten müssen**

66 Die Arbeitswelt befindet sich in einem ständigen Wandel. Diese Dynamik wird durch den
67 Klimawandel, technologische Innovationen und den demografischen Wandel geprägt.
68 Gleichzeitig werden unsere Kolleg*innen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften immer
69 härteren Anfeindungen ausgesetzt, während sie an vorderster Front für die Rechte der
70 Arbeitnehmer*innen und unsere Demokratie kämpfen. Für uns Jungsozialist*innen ist die
71 Frage nach der Zukunft der Arbeit untrennbar mit unseren Idealen von sozialer
72 Gerechtigkeit, Solidarität und Mitbestimmung verbunden. Unser sozialistisches
73 Verständnis zielt darauf ab, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu schaffen,
74 in der sich die Arbeit das Kapital zu eigen macht und nicht umgekehrt. Frei sein
75 sollen die Menschen, nicht die Ausbeutung. Gleich sein wollen wir in unseren Rechten
76 und Lebenschancen, nicht in der Vereinzelung.

77 **Klassenkampf**

78 Unsere Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse geht von Klassenkämpfen aus. Diese

79 sind keine historische Anomalie, sondern ein zentrales Merkmal der kapitalistischen
80 Gesellschaftsordnung. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die systematische
81 Ausbeutung der Arbeiter*innenklasse und die Konzentration von Reichtum und Macht in
82 den Händen weniger sind Herausforderungen, denen wir uns aus jungsozialistischer
83 Perspektive stellen müssen.

84 Arbeit ist für uns mehr als nur ein Mittel zur Absicherung des Lebensunterhalts.
85 Arbeit ist Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe und Identität. Deshalb setzen wir uns
86 für eine Arbeitswelt ein, die die Bedürfnisse und Rechte der Arbeiter*innen in den
87 Vordergrund stellt und die gegenwärtige Ausbeutung beendet. Unsere Vision ist eine
88 demokratisch-sozialistische Gesellschaft, in der die Produktionsmittel demokratisch
89 verteilt sind. Die Analyse, an welchen Stellen und mit welchen inhaltlichen
90 Grundlagen der demokratische Sozialismus ein Ansatz sein kann, um die arbeitende
91 Klasse zu mobilisieren und die Interessen der Arbeiter*innen zu organisieren, soll
92 die Leitlinie der kommenden zwei Jahre unserer Verbandsarbeit sein.

93 Das Selbstverständnis der Arbeiter*innen und das damit einhergehende Potenzial, sich
94 gegen das Kapital und für die eigenen Interessen zu organisieren, hat durch die
95 neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte und auch durch die von unserer Partei
96 geprägte Erzählung des „Aufstiegsversprechens“ stark abgenommen. Die erneute Stärkung
97 des Klassenbewusstseins ist eine der zentralen Herausforderungen für den kommenden
98 Landesvorstand. Wir wollen zentrales Element innerhalb der Arbeiter*innenbewegung
99 sein und dies mit unserer Doppelstrategie auf der Straße und auf der politischen
100 Bühne deutlich machen.

101 **Aktuelle Entwicklungen und Einfluss des gesellschaftlichen Rechtsrucks**

102 Populistische und rechtsextreme Kräfte versuchen überall in Europa die Solidarität
103 der Arbeitenden untereinander zu brechen und arme Menschen gegen noch Ärmere
104 auszuspielen, indem sie Unsicherheiten und Ängste schüren. Die Europawahlen haben
105 gezeigt, dass es der AfD in bedrohlicher Weise gelingt, in der Arbeiter*innenschaft
106 Zuspruch zu gewinnen. Das nationalistische und rassistische Denken der faschistischen
107 Parteien in ganz Europa bedroht dabei auch die Errungenschaften der
108 Arbeiter*innenbewegung, deren Leitbild stets die internationale Solidarität und der
109 Kampf für die Unterdrückten der Gesellschaft ist.

110 Wir sehen es als unsere Aufgabe, dem entgegenzutreten und eine inklusive, gerechte
111 und solidarische Arbeitswelt zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Dabei dürfen wir
112 nicht nur auf die gegenwärtigen Herausforderungen reagieren, sondern müssen proaktiv
113 Themen und Inhalte setzen. Wir setzen uns ein für faire Arbeitsbedingungen, gerechte
114 Bezahlung und starke Arbeitnehmer*innenrechte und wissen, dass all das nur mit
115 starken Gewerkschaften zu erreichen ist. Bildung und Qualifikation, ein inklusiver
116 Arbeitsplatz, starke soziale Sicherungssysteme und die Anerkennung unentgeltlicher
117 und ehrenamtlicher Arbeit sind zentrale Elemente unserer Politik. Zudem müssen wir
118 die Arbeitswelt nachhaltig gestalten und zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitiken
119 entwickeln. Wir wollen, dass die Menschen in Zukunft mehr soziale Rechte haben, auf

120 die sie sich verlassen können.

121 **Zukunft der Arbeit**

122 Die Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitswelt bringen zahlreiche Chancen,
123 aber auch erhebliche Herausforderungen mit sich. Diese Entwicklungen stellen große
124 Anforderungen an Arbeitnehmer*innen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

125 Eine dieser Herausforderungen ist die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten durch
126 Automatisierung und digitale Transformation sowie die Verlagerung von
127 Produktionsprozessen ins Ausland. Viele traditionelle Berufsfelder stehen unter
128 Druck, und es besteht die Notwendigkeit, immer neue Qualifikationen zu erwerben.
129 Menschen, die dabei nicht mithalten können, darunter z.B. aufgrund von ungleich
130 verteilter Care-Arbeit auch viele Frauen, sind besonders gefährdet ihre Jobs zu
131 verlieren.

132 Die digitale Kluft zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen kann sich weiter
133 vertiefen. Menschen mit geringem Bildungsniveau oder aus armen oder armutsbedrohten
134 Verhältnissen haben oft schlechtere Chancen, sich in der neuen Arbeitswelt zu
135 behaupten. Dies kann zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten führen, die wir als
136 Jusos unbedingt verhindern müssen. Das Arbeitsrecht muss an die neuen Bedingungen
137 angepasst werden. Dies betrifft insbesondere Fragen der Arbeitszeit, des Arbeitsortes
138 und der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Flexibilisierung darf nicht zu einer
139 Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen.

140 Arbeitsmigration spielt eine wichtige Rolle bei der Deckung des Fachkräftebedarfs in
141 NRW. Allerdings führen unzureichende Integrationsmaßnahmen und Diskriminierung zu
142 einer ungenügenden Nutzung dieses Potenzials. Zudem entstehen durch die
143 Fachkräftemigration nach Deutschland Probleme wie Braindrain in den Herkunftsländern.
144 Wir wollen Ideen entwickeln, die die berufliche Qualifikation und Weiterbildung von
145 Arbeitsmigrant*innen verbessern, um ihre Integration in den Arbeitsmarkt und in die
146 Gesellschaft zu erleichtern.

147 In der digitalisierten Arbeitswelt müssen die Mitbestimmungsrechte der
148 Arbeitnehmer*innen gesichert und ausgebaut werden. Eine verstärkte Partizipation und
149 Selbstbestimmung am Arbeitsplatz sind entscheidend für eine positive Gestaltung des
150 Wandels. Gerade in Zeiten von Überwachung von Arbeitnehmer*innen im Übermaß durch
151 Arbeitgeber*innen, wie zum Beispiel das Tracking von Lieferfahrer*innen, gewinnt die
152 betriebliche Mitbestimmung umso mehr an Bedeutung, um solchen Prozessen vorzubeugen.

153 Um soziale Ungleichheiten zu reduzieren, müssen spezifische Förderprogramme für
154 benachteiligte Gruppen geschaffen werden. Dazu gehört auch die gezielte Unterstützung
155 von Frauen und INTA Personen (Inter-, Nichtbinär, Trans-, Agender), die in
156 technischen Berufen oft unterrepräsentiert sind. Wir wollen den Übergang zu einer
157 digitalisierten und automatisierten Arbeitswelt sozial gerecht gestalten. Die
158 Selbstbestimmung der Arbeitnehmer*innen und die Sicherstellung fairer
159 Arbeitsbedingungen stehen dabei im Mittelpunkt unserer Politik. Nur so kann der
160 Wandel erfolgreich und im Sinne aller gestaltet werden.

161 **Faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen**

162 Die Frage, wie zufrieden und selbstbestimmt wir arbeiten können, hängt immer auch
163 wesentlich mit den Bedingungen zusammen, unter denen wir unsere Arbeitskraft
164 verkaufen und mit dem Preis, zu dem wir sie anbieten müssen. Ein halbes Jahrhundert
165 des neoliberalen Denkens hat die Debattenkultur zu diesen Fragen so weit verschoben,
166 dass Streiks immer häufiger als unverhältnismäßig geframed werden. Insbesondere durch
167 die hohe Inflation in den vergangenen Jahren, ist das Thema der Lohngerechtigkeit
168 wieder deutlicher zu Tage getreten. Es wird Zeit, dass wir Jusos dem liberalen Mythos
169 der Lohn-Preis-Spirale etwas entgegensetzen und demonstrieren, dass wir die Expertise
170 haben, um die Arbeitswelt von morgen zu gestalten.

171 Um die großen Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zu verstehen, möchten wir
172 Jusos uns in den kommenden Jahren intensiver mit der Frage beschäftigen, wie viel
173 Arbeit eigentlich wirklich wert ist und welche Akteur*innen und Strukturen
174 verhindern, dass die Beschäftigten in Deutschland fair bezahlt werden. Dabei möchten
175 wir sowohl über die Rolle des Mindestlohns als auch der dahinterstehenden Kommission
176 nachdenken und herausarbeiten, wie armutsfeste Löhne aus einer sozialistischen
177 Perspektive heraus gestaltet werden müssen. Wir möchten die Bezahlung von Arbeit
178 nicht „von unten“, also vom lebensnotwendigen Minimum, sondern vom Mehrwert, der
179 durch die Arbeit geschaffen wird, denken und einen genauen Blick auf die
180 gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe und Tarifbewegungen der Vergangenheit und Gegenwart
181 werfen, um eine direkte Anbindung an die Realität der Verhältnisse und die
182 unersetzliche gewerkschaftliche Organisation zu behalten.

183 Auch die Debatte um kürzere und flexiblere Arbeitszeiten hat in den letzten Jahren
184 wieder an Fahrt aufgenommen. Wir möchten in den kommenden Jahren einen Fokus darauf
185 legen, wie Arbeitszeiten die gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflussen und welche
186 Rolle der Kampf um Arbeitszeitverkürzung in der Auseinandersetzung von Unternehmen
187 und organisierten Beschäftigten spielt.

188 **Bildung und Qualifikation**

189 Die gesellschaftliche Abstufung zwischen akademischer Ausbildung und beruflicher
190 Bildung muss überwunden werden. Beide Bildungswege leisten einen wertvollen Beitrag
191 zur Fachkräftesicherung und sollten gleichwertig anerkannt werden. Es ist
192 inakzeptabel, dass berufliche Qualifikationen oft weniger geschätzt werden, obwohl
193 sie entscheidend für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven sind.
194 Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) tragen Absolvent*innen
195 der dualen Ausbildung erheblich zur Beschäftigungsfähigkeit und zum wirtschaftlichen
196 Wohlstand bei. Es ist Zeit für eine gerechte Anerkennung und die Schaffung
197 entsprechender Rahmenbedingungen.

198 Lebenslanges Lernen ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Die Anpassung von
199 Fortbildungsangeboten an die individuellen Lebensrealitäten der Arbeitnehmer*innen
200 ist unerlässlich für deren berufliche Entwicklung. Auch die lückenhafte
201 Bildungsberatung in Deutschland ist ein Hindernis für eine gerechte

202 Bildungsteilnahme.

203 **Inklusiver Arbeitsplatz**

204 Migrantische Arbeitskräfte sind das Rückgrat vieler Branchen, gleichzeitig sind sie
205 oft mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Diskriminierung konfrontiert. Eine Studie
206 der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass Migrant*innen häufig in Niedriglohnssektoren
207 arbeiten und weniger Aufstiegsmöglichkeiten als ihre deutschen Kolleg*innen haben.
208 Wir wollen uns mit den notwendigen stärkeren arbeitsrechtlichen Schutzmaßnahmen und
209 gezielten Integrationsprogrammen auseinandersetzen. Wir wollen erschließen, welche
210 gesetzlichen Änderungen und Integrationsprogramme notwendig sind, um sicherzustellen,
211 dass migrantische Arbeitskräfte gleiche Rechte und Arbeitsbedingungen wie
212 einheimische Arbeitskräfte erhalten. Für viele Migrant*innen ist die Sprachbarriere
213 das größte Hindernis bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Bessere
214 Sprachkenntnisse erhöhen die Beschäftigungsfähigkeit und die beruflichen
215 Aufstiegschancen erheblich. Wir wollen uns daher damit befassen, wie
216 berufsorientierte Sprachkurse ausgebaut werden können und der Zugang vereinfacht
217 werden kann.

218 Barrierefreiheit am Arbeitsplatz ist für Menschen mit Behinderung eine
219 Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Arbeitsleben. Laut dem Bundesministerium für
220 Arbeit und Soziales sind jedoch viele Arbeitsplätze noch nicht barrierefrei. Es ist
221 an der Zeit, massiv in barrierefreie Infrastruktur und Technologien zu investieren
222 und herauszuarbeiten, wie die vollständige Inklusion auf dem Arbeitsmarkt gelingt.
223 Die Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist
224 unerlässlich für eine inklusive Gesellschaft. Dennoch sind viele Menschen mit
225 Behinderungen in Werkstätten beschäftigt und ihnen wird selten der Übergang in den
226 regulären Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
227 ist in Deutschland bisher mangelhaft. Gerade im Bereich der Arbeit muss viel
228 nachgebessert werden. Wir wollen uns in den nächsten Jahren damit auseinandersetzen,
229 wie die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland nachhaltig umgesetzt werden
230 kann.

231 Der Gender Pay Gap in Deutschland beträgt laut dem Statistischen Bundesamt immer noch
232 etwa 18 Prozent (unbereinigt) bzw. 6% (bereinigt). Diese Ungerechtigkeit ist
233 inakzeptabel und erfordert dringende Maßnahmen zur Lohntransparenz und zur Förderung
234 von Frauen - insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu Erwerbsarbeit in Vollzeit und
235 Führungspositionen. Welche das konkret sind, wollen wir in den kommenden Jahren
236 erarbeiten. Alleinerziehende - überdurchschnittlich oft Frauen - stehen besonders oft
237 vor unüberwindbaren Herausforderungen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Sie haben
238 ein höheres Armutsrisiko und finden seltener Vollzeitstellen. Flexible
239 Arbeitszeitmodelle und bessere Kinderbetreuungsangebote sind essenziell, um ihre
240 beruflichen Chancen zu verbessern. Wir wollen die Frage beantworten, welche Maßnahmen
241 notwendig sind, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alleinerziehende
242 Arbeitnehmer*innen zu verbessern und ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

243 **Soziale Sicherungssysteme**

244 Arbeit macht den Großteil unseres Lebens aus und soll garantieren, dass man in jeder
245 Lebenslage ausreichend versorgt ist. Dafür gibt es die sozialen Sicherungssysteme.
246 Doch selten reicht das staatliche System aus, und immer mehr Menschen greifen auf
247 private Versorgungssysteme, beispielsweise bei der Rente, zurück. Das ist für uns als
248 Jungsozialist*innen nicht der Anspruch an einen Sozialstaat. Wir Jusos wollen uns in
249 den nächsten zwei Jahren damit auseinandersetzen, wie wir das soziale
250 Sicherungssystem gerecht und tatsächlich sicher gestalten können. Die Garantie
251 sozialer Sicherheit hängt für uns eng mit Verteilungsfragen zusammen. Vermögende und
252 Arbeitgeber*innen müssen stärker in die Verantwortung genommen werden.

253 Für jede fünfte Person droht auch nach 45 Arbeitsjahren weniger als 1200€ Rente und
254 damit die Altersarmut. Betroffen davon sind vor allem Menschen, die im
255 Niedriglohnssektor arbeiten, Frauen, die jahrelang Care-Arbeit geleistet haben und
256 Menschen mit Migrationsgeschichte, die durch schlechtere Arbeitsverträge schon heute
257 weniger Rente bekommen. Auch bei jungen Menschen ist jetzt schon laut Befragungen die
258 Altersvorsorge eine der größten Ängste. Altersarmut wird für viele immer mehr die
259 Realität, und obwohl sich die Bundesregierung immer wieder mit der Rente
260 auseinandersetzt, fallen dabei immer wieder die falschen Schlagworte. Anstatt über
261 Verteilungsfragen zu sprechen, soll – wenn es nach FDP und Union ginge - das
262 Renteneintrittsalter erhöht werden. Das ist insbesondere für armutsbetroffene
263 Menschen ungerecht, da diese ohnehin schon eine geringere Lebenserwartung haben.

264 Auch das Thema Sozialversicherungen hat einen großen Einfluss auf die individuelle
265 Lebenssituation. Zwar hat sich auch die SPD mittlerweile die Einführung einer
266 Bürger*innenversicherung anstelle der Zwei-Klassen-Versorgung auf die Fahne
267 geschrieben, doch fehlt es sowohl an dem politischen Willen, das Thema anzugehen, als
268 auch an einer umsetzungsfähigen Initiative. Auch hier müssen wir über eine stärkere
269 Beteiligung durch Arbeitgeber*innen sprechen. Das Ausmaß von Berufsunfähigkeits- und
270 Unfallversicherungen darf keine Frage des privaten Geldbeutels sein.

271 Zum sozialen Sicherungssystem gehört auch die Frage, wie man Menschen unterstützen
272 kann, die gerade nicht arbeiten können. Das Bürger*innengeld bedarf dringend einer
273 Reform, sodass wir keine Wiederholung von Hartz 4 erleben. Statt mit Sanktionen zu
274 drohen, muss aktiv durch bessere Arbeitsvermittlung und an Inflation angepasste
275 Regelsätze unterstützt werden. Auch die Arbeitsvermittlung muss überdacht werden -
276 Wir wollen unter anderem einen Anspruch auf qualifikationsorientierte Vermittlung und
277 Weiterbildungsangebote für Arbeitsuchende.

278 Bei der Verbesserung der Situation von Wohnungslosen wollen wir uns auch wieder
279 intensiver mit Mechanismen wie "Housing First" auseinandersetzen, denn die deutsche
280 Bürokratie legt Arbeitssuchenden ohne gemeldete Adresse zusätzliche Steine in den
281 Weg.

282 **Unentgeltliche und ehrenamtliche Arbeit**

283 Arbeit ist für uns nicht nur Lohnarbeit. Noch heute führt uns der Gender Care Gap

284 regelmäßig vor Augen, wie viel Care Arbeit in Deutschland tatsächlich unentgeltlich
285 erbracht wird. So leisteten Frauen im Jahr 2022 fast 30 Stunden unbezahlte Arbeit pro
286 Woche, Männer knapp 21 Stunden. Wenn wir über unentgeltliche Arbeit reden, dürfen wir
287 aber auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht außer Acht lassen. Schließlich
288 engagieren sich ca. 40 % der Menschen ab 14 Jahren ehrenamtlich - sei es im Sport,
289 der Kultur und Musik oder im sozialen Bereich. Fakt ist damit, dass unbezahlte Care-
290 Arbeit und ehrenamtliche Tätigkeit aktuell ein Grundpfeiler dafür sind, dass unsere
291 Gesellschaft, unser Zusammenleben und unser Miteinander funktionieren.

292 Hier drängt sich unmittelbar die Frage auf, ob der aktuelle Umgang mit ehrenamtlicher
293 und Care-Arbeit im kapitalistischen System angemessen ist. In den kommenden Jahren
294 möchten wir uns daher damit auseinandersetzen, wie wir die Bedeutung und den Wert
295 unentgeltlich erbrachter Arbeit anerkennen und fördern können. In diesem Zusammenhang
296 möchten wir uns auch mit der Frage beschäftigen, wie die politischen Grundlagen für
297 eine Arbeitswelt aussehen müssen, die eine bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Care-
298 Arbeit, ggf. Familie und Beruf ermöglichen und zugleich die Geschlechtergerechtigkeit
299 verbessern.

300 Letztlich möchten wir uns auch mit Freiwilligendiensten auseinandersetzen. Ob
301 Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr oder
302 Bundesfreiwilligendienst, auch diese Tätigkeiten leisten zum Teil elementare Beiträge
303 zu einer funktionierenden Gesellschaft. Auch hier möchten wir uns damit eingehend
304 beschäftigen, ob die Freiwilligendienste eine angemessene Anerkennung ihrer
305 erbrachten Arbeit erhalten und welche Möglichkeiten es zur Stärkung und Förderung von
306 Freiwilligendienstler*innen gibt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns aber auch mit
307 immer wieder auflebenden Ideen in Richtung „zurück zur Wehrpflicht“ kritisch
308 auseinandersetzen.

309 **Nachhaltigkeit in der Arbeitswelt**

310 In Zeiten der Klimakrise kommen wir nicht an der Frage vorbei, wie man ökologische
311 Nachhaltigkeit in der Arbeitswelt verankern kann. Endliche Ressourcen, steigende
312 Treibhausgase und CO2-Emissionen beschäftigen uns weltweit. Die Klimaziele in
313 Deutschland und in der EU sind hochgesteckt, aber immer noch nicht ausreichend und
314 werden dennoch teilweise aufgeweicht. Für uns als Jusos ist das nicht hinnehmbar,
315 weswegen wir weiter laut gegen die Klimakrise kämpfen werden.

316 Klimakrise und Kapitalismus sind eng miteinander verwoben. Wir wollen uns damit
317 beschäftigen, wie Unternehmen durch Greenwashing scheinbar nachhaltig handeln. Dabei
318 muss beispielsweise die Effizienz von CO2-Zertifikaten und anderen Maßnahmen kritisch
319 hinterfragt werden. Wir stellen uns als Jusos entschieden dagegen, dass sich
320 Unternehmen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes noch weiter bereichern und somit
321 der Umwelt nur noch mehr schaden.

322 Nachhaltigkeit spielt auch auf dem Arbeitsweg eine Rolle. Fast 70% der erwerbstätigen
323 Menschen in Deutschland fahren täglich mit dem Auto und weniger als ein Fünftel mit
324 dem ÖPNV zur Arbeit. Zwar hat sich nach Einführung des Deutschland-Tickets die

325 Nutzung des ÖPNVs erhöht, doch mangelt es nach wie vor am Angebot. Gerade im
326 ländlichen Raum bleibt die tägliche Nutzung des Autos unabdingbar, da Bus und Bahn
327 den Bedarf noch lange nicht decken können. Ein Ausbau und eine Strategie gegen den
328 Personalangel im ÖPNV sind lange überfällig. Deshalb wollen wir uns auch damit
329 auseinandersetzen.

330 In NRW spielt für uns auch die sozialverträgliche Transformation langfristig eine
331 Rolle. Bis der Arbeitsplatz ökologisch nachhaltig wird, scheint es noch ein langer
332 Weg zu sein. Dabei ist für uns klar, dass das Auslagern klimaschädlicher Industrien
333 in andere Länder keine Lösung für die deutschen Klimaziele sein kann. Der Klimawandel
334 kennt ebenso wie der Kapitalismus keine staatlichen Grenzen. Dass wir aber nicht mehr
335 lange Zeit haben, ist uns Jusos klar, also wollen wir in den zwei Jahren Antworten
336 darauf finden, wie unsere Arbeitswelt ein ökologisch nachhaltiger Ort wird.

337 **Arbeitsmarktpolitik**

338 Der gesellschaftliche Diskurs über arbeitsmarktpolitische Themen bewegt sich aktuell
339 zwischen der Forderung, dass sich „Arbeit wieder lohnen“ müsse und Vorurteilen
340 gegenüber Empfänger*innen von Bürgergeld und anderen Sozialleistungen. Wir als Jusos
341 stehen in der Verantwortung, immer wieder daran zu erinnern, dass die Lösung der
342 Probleme nicht sein kann, Sozialleistungen zu streichen und bei den Ärmsten unserer
343 Gesellschaft einzusparen. Unsere jungsozialistische Antwort auf diese Forderungen
344 muss der Weg zu einer gerechten Verteilung des Wohlstands sein. Das zeigt uns auch
345 die Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie, die aktuell vor allem an der
346 Finanzierungsfrage scheitert. Die von der DGB Jugend immer wieder gestellte und von
347 uns unterstützte Forderung einer Umlagefinanzierung, also einer Umverteilung der
348 Kosten von Ausbildung, hätte diese Frage durch das Prinzip der Umverteilung leicht
349 beantworten können.

350 Aktuell müssen wir uns nicht nur einem Fachkräfte-, sondern auch einem reinen
351 Arbeitskräftemangel stellen. Die Bekämpfung dieses Mangels kann und sollte in erster
352 Linie darin liegen, mehr Menschen in Arbeit zu begleiten. Die Bekämpfung der immer
353 noch hohen Jugendarbeitslosigkeit, u.a. durch Instrumente wie der
354 Ausbildungsplatzgarantie, ist ein erster wichtiger Schritt. Doch wir müssen noch
355 weiter gehen, denn viel zu oft werden gerade junge Menschen in vollschulische
356 Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit vermittelt, statt in eine duale Ausbildung. Am
357 Ende dieser Maßnahmen steht ihnen dann genau die Perspektivlosigkeit bevor, der sie
358 sich schon zu Beginn entgegengesehen haben.

359 Mit dem demografischen Wandel geht vor allem auch unsichere Zukunftsaussichten
360 hinsichtlich unseres Rentensystems einher. Es ist auch unsere Aufgabe, neben
361 neoliberalen Erzählungen von der Aktienrente und privaten Rentensparplänen,
362 langfristige Lösungen zu erarbeiten, die vor allem jungen Menschen wieder eine
363 Zukunftsperspektive bieten. Nicht zuletzt sollten wir uns als säkularer Verband
364 weiterhin klar für die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts aussprechen, welches
365 vor allem für Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen kirchlichen und wirtschaftlichen

366 Trägern sorgt.

367 **Arbeitnehmer*innenrechte**

368 Während die konkreten Maßnahmen des Arbeitskampfes von den DGB-Gewerkschaften
369 ergriffen werden, muss es unsere Aufgabe sein, die gesetzlichen Entwicklungen rund um
370 das Streikrecht, insbesondere auch für Auszubildende, zu begleiten und anzukurbeln.
371 Dabei ist es uns wichtig, dass wir eine genaue Vorstellung davon haben, wie
372 Arbeitskämpfe, sowohl in Deutschland als auch im Ausland, ablaufen und welche
373 Rahmenbedingungen sie erfolgreich machen oder auch scheitern lassen. Es hat sich
374 gezeigt, dass starke Gewerkschaften und ein effektives Streikrecht der einzige Garant
375 für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie faire Löhne sind.

376 Ein weiterer zentraler Punkt ist der Schutz der persönlichen Daten von
377 Arbeitnehmer*innen. Arbeitgeber*innen dürfen keine übermäßigen oder unzulässigen
378 Daten erheben, speichern oder verarbeiten. Klare und verbindliche Richtlinien für den
379 Datenschutz am Arbeitsplatz sind notwendig, um die Privatsphäre der
380 Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten und Missbrauch zu verhindern. Dies umfasst auch
381 die Beschränkung der Überwachung am Arbeitsplatz, wie etwa durch Kameras oder
382 Software zur Überwachung von Computeraktivitäten. Der Schutz sensibler Daten, wie
383 Gesundheitsinformationen oder persönliche Kommunikationsinhalte, muss gewährleistet
384 sein. Mit der Frage, wie Persönlichkeitsrechte am Arbeitsplatz stärker geschützt
385 werden können, wollen wir uns intensiver auseinandersetzen. Die Förderung
386 genossenschaftlicher Betriebe ist ein weiterer wichtiger Aspekt unserer
387 bevorstehenden Arbeit. Genossenschaften bieten Arbeitnehmer*innen Mitspracherechte
388 und direkte Beteiligung am Unternehmenserfolg. Staatliche Anreize und
389 Unterstützungsprogramme zur Gründung und Entwicklung von Genossenschaften sind daher
390 zentral, um die Solidarität und Selbstbestimmung der Beschäftigten zu stärken.
391 Genossenschaftliche Betriebe ermöglichen eine gerechtere Verteilung von Gewinnen und
392 können stärker auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer*innen ausgerichtet sein als
393 andere Unternehmen. Sie können eine nachhaltige Alternative in einer von Ungleichheit
394 geprägten Wirtschaft bieten und gleichzeitig Innovation und wirtschaftliche
395 Stabilität fördern. Daher möchten wir uns mit diesen Modellen von Unternehmen aus
396 einer jungsozialistischen Perspektive beschäftigen.

397 Wir möchten im gesamten Verband ein fundiertes Verständnis dafür herstellen, warum
398 Tarifverträge für eine faire Arbeitswelt wichtig sind, welche Rolle sie in der
399 Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital spielen und welchen Mehrwert im Leben
400 des Einzelnen ein Tarifvertrag und die demokratische Mitbestimmung im Betrieb als
401 Ganzes, darstellen kann.

402 Außerdem spielt die Erfassung von Arbeitszeit durch den Anstieg von unverbindlicheren
403 Arbeitszeitmodellen eine immer größere Rolle in der Arbeitsrealität der Menschen in
404 Deutschland. Daher müssen wir uns in den kommenden Jahren verstärkt damit
405 beschäftigen, welche politischen Rahmenbedingungen nötig sind, damit die
406 Arbeitszeiterfassung, die auch die Grundlage jeder fairen Vergütung ist, geregelt

407 wird. Wir müssen dafür sorgen, dass Beschäftigte nicht um ihre geleistete Arbeitszeit
408 betrogen werden können.

409 Die betriebliche Mitbestimmung, gesichert durch die gewerkschaftliche Arbeit, ist ein
410 fundamentales Element für die Gestaltung gerechter Arbeitsbedingungen und die
411 Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte. Wir setzen uns dafür ein, die Mitbestimmung in
412 Betrieben auszubauen und weiter zu stärken, insbesondere durch die Förderung von
413 Betriebsräten und Personalvertretungen. Die Mitbestimmung ermöglicht es den
414 Beschäftigten, aktiv an unternehmerischen Entscheidungen teilzunehmen und ihre
415 Interessen direkt zu vertreten. Wir unterstützen daher Initiativen, die die Gründung
416 und Stärkung von Betriebsräten erleichtern, und setzen uns für eine rechtliche
417 Absicherung der Mitbestimmungsrechte ein. Ebenso wollen wir die Transparenz und
418 Mitsprache in Fragen der Unternehmensführung fördern, etwa durch die Einführung von
419 Mitbestimmungsrechten bei Unternehmensverkäufen oder Umstrukturierungen. Dabei gilt
420 es, die Erfahrungen aus erfolgreichen Mitbestimmungsmodellen in Deutschland und
421 anderen Ländern zu nutzen und innovative Wege zu finden, um die Mitbestimmung weiter
422 zu fördern.

423 **2. Unsere Grundwerte**

424 Unsere Grundwerte – Feminismus, Sozialismus, Antifaschismus, Antirassismus und
425 Internationalismus – sind für uns unverhandelbar. Sie sind entscheidend, um unsere
426 politische Arbeit zu stärken und zu vertiefen. Diese Grundwerte sind das Fundament
427 unseres Handelns. Wir müssen sie hochhalten und effektiv in unser politisches Handeln
428 integrieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, eine Verbindung zwischen diesen
429 festen Prinzipien und ihrer praktischen Umsetzung herzustellen. Wir dürfen sie nicht
430 nur auf dem Papier bewahren, sondern müssen sie aktiv in die Praxis umsetzen.

431 Die Ergebnisse der Europawahl zeigen, dass Konservative an Zuspruch gewinnen und die
432 Geschichte lehrt uns: Auf sie muss Verlass sein, um die Gefahr von Rechts zu bannen!
433 Wir dürfen nicht zulassen, dass rechte Politiker*innen wie Meloni und Le Pen weiter
434 an Einfluss gewinnen, und das mitunter durch Konservative erst ermöglicht wird. Hier
435 trägt aber auch die SPD eine große Verantwortung: Sie muss rechte Erzählweisen,
436 besonders in der Asylpolitik, vermeiden und darf nicht nur einseitig an Konservative
437 appellieren. Das Aufnehmen rechter Narrative schreckt nicht nur unsere Mitglieder und
438 potenzielle Wähler*innen ab, sondern stärkt die Position der Rechten.

439 Die Aufarbeitung der Niederlage muss zwingend auf die Wiederbesinnung auf
440 sozialistische Werte zur Förderung von Würde und Teilhabe fokussieren. In Zeiten von
441 Inflation, Krieg in Europa und Klimakatastrophe ist unser Kampf gegen soziale Härten,
442 Rassismus, Patriarchat, Antisemitismus, Ableismus und Queerfeindlichkeit wichtiger
443 denn je.

444 **Sozialismus als Bollwerk gegen globale Ungerechtigkeit**

445 Wir NRW Jusos verstehen uns als sozialistischer Richtungsverband und kämpfen für eine
446 Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der jede*r ein Leben ohne Ausbeutung, Gewalt

447 und Unterdrückung gestalten kann. Dafür ist ein ausgewogenes Zusammenspiel
448 ökonomischer, sozialer und ökologischer Ansprüche an eine gerechte Gesellschaft
449 notwendig. Wir sind überzeugt, dass dies innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse
450 nicht erreichbar ist. Unser Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus ist daher auch
451 ein Bekenntnis zur Überwindung des Kapitalismus als konkretes Ziel unserer
452 politischen Arbeit.

453 Damit der demokratische Sozialismus nicht zur historischen Erzählung verkommt, ist
454 eine aktive Auseinandersetzung mit sozialistischer Theorie und kontinuierlicher
455 Bildungsarbeit im Verband unerlässlich. Sozialismus ist ein zentrales
456 Querschnittsthema, das in allen Bereichen unserer Arbeit berücksichtigt werden muss.
457 Diesem Anspruch wollen wir in den kommenden Jahren gerecht werden.

458 **Der Klasse bewusst werden**

459 Der demokratische Sozialismus kann nicht ohne Klassenbewusstsein erreicht werden. Für
460 die NRW Jusos hat dies eine doppelte Bedeutung. Zum einen müssen wir unser
461 Verständnis des Klassenbegriffs und dessen theoretische Grundlagen und Folgen neu
462 überdenken. Dabei ist es wichtig, die historischen und aktuellen Dimensionen von
463 Klassenverhältnissen zu analysieren und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu
464 verstehen. Dies umfasst auch die Reflexion über die Rolle des Staates, der
465 Institutionen und der internationalen Zusammenhänge, die Klassenstrukturen prägen.
466 Zum anderen ist es unsere Aufgabe, insbesondere jungen Erwerbstätigen,
467 Auszubildenden, Studierenden und all jenen, die nichts außer ihrer Arbeitskraft zu
468 verkaufen haben, zu vermitteln, dass sie durch gemeinsame Klasseninteressen verbunden
469 sind. Hierfür bedarf es einer intensiven Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die
470 aufzeigt, wie soziale Ungleichheit und Klassenkonflikte entstehen und welche
471 Strategien zur Überwindung dieser Ungerechtigkeiten notwendig sind. Dies beinhaltet
472 auch die Förderung von Gewerkschaftsarbeit, politischen Kampagnen und sozialen
473 Bewegungen, die sich für die Rechte und Interessen der arbeitenden Klasse einsetzen.
474 Durch gemeinsames Engagement können wir die Grundlagen für eine gerechtere und
475 solidarische Gesellschaft schaffen.

476 **Feminismus – Unsere Kampfansage gegen das Patriarchat**

477 Die NRW Jusos sind ein feministischer Verband. Das ist für uns kein Lippenbekenntnis,
478 sondern geht mit dem Anspruch einher, unsere gesamte politische Arbeit feministisch
479 und intersektional zu gestalten. Als Jusos verstehen wir uns als vorderste
480 Kämpfer*innen gegen patriarchale Unterdrückung und Gewalt. Unsere Bildungsarbeit muss
481 das Ziel haben, den Mitgliedern neben feministischen Grundlagen auch aktuelle
482 feministische Debatten näherzubringen. Intersektionaler Feminismus ist ein
483 Querschnittsthema und soll sich deshalb als lila Faden durch all unsere Themen und
484 Veranstaltungen ziehen.

485 Feminismus ist und bleibt ein Kampf, der nur gemeinsam bestritten werden kann. Wir
486 sehen uns weiterhin mit der Tatsache konfrontiert, dass die große Mehrheit unseres

487 Verbandes aus cis Männern besteht und unsere Strukturen für Frauen nicht immer
488 zugänglich sind. Daher ist es unabdingbar, dass besonders die, die vom Patriarchat
489 profitieren den feministischen Kampf auch als ihren begreifen müssen. Wir wollen die
490 Unterbezirke und Kreisverbände hierbei weiter unterstützen. Ein denkbare Instrument
491 ist ein Leitfaden, der die UB/KV in der Umsetzung feministischer Strukturen
492 unterstützt und fördert. Dies soll sicherstellen, dass feministische Anliegen in
493 allen Bereichen unseres Verbandes verankert werden. Unser Ziel ist es dabei stets
494 auch, den Anteil von Frauen und INTA-Personen unter unseren Mitgliedern zu steigern.
495 Zu feministischer Arbeit gehört auch eine ehrliche Selbstreflexion und kritische
496 Auseinandersetzung mit den bestehenden Strukturen und bisherigen Angeboten. Daher
497 wollen wir unter anderem INTA-Personen stärker in die feministische Arbeit
498 einbeziehen, damit auch ihre Perspektiven gehört und berücksichtigt werden.
499 Unsere Gesellschaft und Parteienlandschaft driften immer weiter nach rechts. Damit
500 geht ein Wiedererstarken reaktionärer und antifeministischer Tendenzen einher. Als
501 NRW Jusos wollen wir daher weiterhin über das Phänomen Antifeminismus aufklären und
502 Gegenstrategien entwickeln, insbesondere, aber nicht ausschließlich für den digitalen
503 Raum.

504 Internationalismus – Hoch die internationale Solidarität

505 Die derzeit chaotische Weltlage erfordert eine jungsozialistische Perspektive, die
506 uns als internationalistischer Verband gerecht wird. Wir streben einen Ansatz an, der
507 sowohl Aufklärung über internationalistische Grundsatzfragen als auch aktuelle
508 internationale Geschehnisse berücksichtigt. Daher wollen wir Bildungsangebote über
509 die historischen Entwicklungen globaler Verhältnisse und unterschiedlichen
510 Perspektiven bereitstellen. Globale Entwicklungen wollen wir nicht kontextlos
511 betrachten, sondern stets in ihren Zusammenhängen verstehen. Auf unseren
512 Veranstaltungen wollen wir eine internationale Perspektive einnehmen und den
513 Internationalismus als übergreifendes Thema begreifen. Ein drängendes Beispiel, das
514 es zu berücksichtigen gilt, ist die Lage in Nahost. Sie zeigt, wie wichtig
515 grundlegende Bildungsangebote des Verbandes sind. Als NRW Jusos ist unser Anspruch
516 aktuelle komplexe internationale Konflikte durch konkrete Bildungsarbeit für die
517 Breite des Verbandes zu erschließen.

518 Unser Anspruch ist es auch, feministische Kämpfe auf internationaler Ebene nicht in
519 Vergessenheit geraten zu lassen. Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass
520 Klassenfragen in einer globalisierten Welt themenübergreifend betrachtet werden
521 müssen. Dazu gehört für uns eine Reflexion der Machtstrukturen in Europa und der EU
522 sowie über die Rolle der EU in der Welt. Postkolonialismus und Deutschlands
523 Verantwortung als ehemalige Kolonialmacht müssen in unsere Analysen einfließen, wenn
524 wir über internationale und feministische Entwicklungszusammenarbeit nachdenken.

525 Antifaschismus – Antifa bleibt Handarbeit!

526 Die letzten zwei Jahre haben uns vor Augen geführt, wie wichtig eine starke

527 antifaschistische Politik ist. Immer häufiger gehen wir auf die Straße. Denn wir
528 beobachten mit großer Sorge, dass die extreme Rechte an Stärke gewinnt. Als
529 Jungsozialist*innen ist es uns ein besonderes Anliegen, ein starkes Bollwerk gegen
530 alle rechten Strömungen zu sein. Insbesondere den ins bürgerliche Spektrum
531 hineinwirkenden Kräften wie der sogenannten neuen Rechten und der AfD möchten wir
532 überall entgegentreten. Antifaschismus ist eine Aufgabe, die uns alle angeht und die
533 wir nur gemeinsam lösen können. Deswegen sind unsere Bündnispartner*innen ein ganz
534 wichtiger Teil unseres gemeinsamen Kampfes gegen Rechts. Auch dürfen wir unsere
535 Genoss*innen im Osten nicht vergessen und müssen sie weiterhin aktiv in ihrem
536 antifaschistischen Kampf unterstützen.

537 Es ist uns ein zentrales Anliegen, uns mit einem breiten Themenspektrum zu befassen.
538 Dazu gehört auch, sich mit unterschiedlichsten faschistischen Strukturen und ihren
539 Ideologien auseinanderzusetzen. Dabei dürfen wir nie die politischen Ursachen dieser
540 Bewegungen aus dem Auge verlieren. Gerade für die kommenden Wahlen ist es uns ein
541 großes Anliegen, zu wissen, wie die extreme Rechte arbeitet, um sie zu verhindern.
542 Deshalb möchten wir gerne weiterhin Praxis wie Demo-Trainings oder Schulungen zum
543 Demonstrationsrecht durch die Vernetzung oder auf Verbandswochenenden in den Verband
544 tragen.

545 Unser antifaschistisches Grundverständnis ist für uns eine Herzensangelegenheit.
546 Diese Einstellung möchten wir gerne aktiv in die Partei tragen und uns auch kritisch
547 mit der Übernahme rechter Rhetorik und Talking Points durch die SPD
548 auseinandersetzen.

549 **Erinnern heißt verändern!**

550 In Zeiten des Rechtsrucks gewinnt eine bewusste Erinnerungskultur zunehmend an
551 Bedeutung. Die AfD zeigt sich immer wieder skeptisch gegenüber der Finanzierung von
552 NS-Gedenkstätten und hinterfragt Erinnerungskonzepte, die rechtsterroristischen und
553 rassistischen Anschläge der neueren Zeit thematisieren. Wir möchten uns mit einem
554 modernen und kritischen Verständnis von Erinnerungskultur auseinandersetzen, dass
555 eine klare antirassistische und antifaschistische Haltung einnimmt. Dazu möchten wir
556 den Austausch mit betroffenen Verbänden und Interessensvertretungen suchen.

557 **Antirassismus muss Praxis bleiben**

558 Rassismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Er nimmt hierzulande immer
559 weiter zu. Als Jusos ist es unsere Pflicht, dem etwas entgegenzusetzen. Wir werden
560 uns daher, wie in den letzten zwei Jahren, für Antirassismus innerhalb und außerhalb
561 des Verbandes einsetzen. Daher werden wir in den kommenden zwei Jahren wieder
562 Veranstaltungen zu den Grundlagen des Antirassismus durchführen und uns intensiv mit
563 der Thematik auseinandersetzen. Unser Antirassismusverständnis ist und bleibt
564 intersektional. Wir begreifen Rassismus nicht als für sich allein stehende
565 Unterdrückungsform, sondern arbeiten auch die Verknüpfungen mit Sexismus, Klassismus
566 und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit heraus. Dies muss auch

567 bei den Veranstaltungen im nächsten Jahr weiterhin Berücksichtigung finden. Außerdem
568 werden wir vor allem für weiße Mitglieder im Verband die Möglichkeit schaffen, sich
569 mit Rassismus auseinanderzusetzen. Dabei geht es um seine Ursprünge, Ideologie und
570 Wirkung. Wir werden uns nicht nur mit „Critical Whiteness“ im Sinne einer
571 individuellen Auseinandersetzung mit dem eigenen rassistischen Verhalten und
572 Denkweisen befassen, sondern auch die komplexen Zusammenhänge zwischen Rassismus und
573 Kapitalismus thematisieren. Wir wollen unsere Mitglieder im derzeitigen politischen
574 Klima gegen rassistische Stereotype und Narrative stärken. Wir sind das linke
575 Gewissen der SPD und stellen uns gegen jegliche menschenfeindliche Rhetorik und
576 Gesetzgebung.

577 **3. Unsere Strategie**

578 Die wichtigsten inhaltlichen Anliegen bringen uns in unserem Kampf für eine
579 Gesellschaft der Freien und Gleichen nicht weiter, wenn es uns nicht gelingt, sie
580 über unseren Verband und unsere Mutterpartei hinaus in die Breite der Gesellschaft zu
581 tragen. Unsere Strategie zur Durchsetzung unserer hoch gesteckten
582 gesellschaftspolitischen Forderungen speist sich daher aus dem bewussten Gang raus
583 aus der eigenen Bubble, der gelebten Praxis kritischer Solidarität mit der SPD sowie
584 einem lebendigen Verbandsleben, das allen Mitgliedern und Interessierten unseren
585 Verband als politisches Zuhause öffnet.

586 **Raus aus der Bubble! - Unsere Öffentlichkeitsarbeit**

587 Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Hier wollen wir
588 sowohl nach außen, an politisch interessierte junge Menschen, aber auch allgemein in
589 die breite Gesellschaft mit unseren linken Inhalten wirken. Auch wollen wir intern
590 kommunizieren, um unsere Mitglieder zu informieren und zu mobilisieren, sowie
591 politisch interessierte junge Menschen auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen.
592 Für die vornehmlich innerverbandliche Kommunikation setzen wir auf ein breites
593 Angebot. So wollen wir weiterhin auf unser Verbandsmagazin STADT.LAND.LINKS setzen,
594 wo wir aktuelle politische Debatten kommentieren. In den Broadcasts sollen zudem
595 weiterhin Mitglieder und UB/KVs informiert, motiviert und mobilisiert werden. Auch
596 unser E-Mail-Newsletter ist eine Möglichkeit der einfachen Kommunikation, die
597 beibehalten werden soll.
598 Mit unserer Webseite können wir sowohl intern als auch extern wirken, daher haben wir
599 das Ziel, sie fortlaufend in Hinblick auf niedrigschwellige Erreichbarkeit zu
600 verbessern. Mit dem Beschluss-Wiki ist die inhaltliche Grundlage des Verbandes hier
601 leicht zugänglich. Blogbeiträge, in denen Stellung zu aktuellen Themen geliefert
602 wird, dienen ebenfalls zur Klarstellung unserer Positionen und Inhalte.
603 Unsere Social-Media-Arbeit ist darüber hinaus einer der zentralen Pfeiler unserer
604 öffentlichen Kommunikation. Über Instagram informieren wir über Veranstaltungen und
605 mobilisieren damit Mitglieder und Interessierte. Zudem nehmen wir hier Stellung zu
606 politischen Themen und machen auf tagesaktuelle Ereignisse aufmerksam.

607 Neben Instagram, wo es durch Maßnahmen, die politische Inhalte einschränken, immer
608 schwieriger wird, über die eigene Bubble hinaus zu wirken, muss zukünftig ein noch
609 stärkerer Fokus auf TikTok gelegt werden. Hier gilt es rechten, menschenverachtenden
610 Stimmen den Raum nicht zu überlassen.

611 Ein Großteil der landesweiten Social-Media-Arbeit soll jedoch weiterhin dezentral
612 durch die UB/KVs stattfinden, der Landesverband soll zukünftig dafür digitale
613 Unterstützung zur effizienteren Kampagnenfähigkeit in der Breite des Verbandes
614 bereitstellen. Möglichkeiten des kurzfristigen Austausches, Workshopangebote im
615 Bereich der Social-Media-Arbeit sowie Rahmenkampagnen durch die Landesebene sollen
616 diese Effizienz ermöglichen.

617 Im Einklang mit unseren Kampagnen im Rahmen der Social-Media-Arbeit, wollen wir auch
618 die Pressearbeit nicht vernachlässigen. Ziel muss es sein, durch eine Vielzahl an
619 Medien möglichst viel außerhalb unserer verbandsinternen Kreise zu wirken. In unserer
620 Kommunikation wollen wir generell auf Barrierefreiheit setzen, indem wir Inhalte
621 verständlich gestalten und in jeglichen Formaten zudem auf Diversität achten.
622 Mitglieder zu informieren und zu mobilisieren, linke Inhalte gezielt zu platzieren
623 und Zielgruppen außerhalb der eigenen Bubble mit unserer jungsozialistischen,
624 antifaschistischen, feministischen, internationalistischen und antirassistischen
625 Arbeit zu erreichen, sind grundsätzliche Schwerpunkte unserer Öffentlichkeitsarbeit.

626 Wir wollen auch unsere interne Debattenkultur öffnen. Das heißt konkret auf
627 zugängliche Sprache in Wort und Schrift zu achten. Um außerdem den Einstieg zu
628 erleichtern, setzen wir keine Politikkenntnisse voraus und erklären Abkürzungen und
629 Fachbegriffe regelmäßig. Um das zu Vereinfachen stellen wir allen ein Juso-Lexikon
630 mit Erklärungen zu wichtigen Begriffen, Kürzeln und Personen zur Verfügung.

631 Aus purer Liebe alles geben - unser Verbandsleben

632 Unser reges Verbandsleben stellt einen zentralen Baustein im Fundament unseres
633 politischen Daseins dar. Teil dessen sind unsere Bildungs-, Vernetzungs- und
634 Empowermentangebote. Wir legen großen Wert auf eine breite Beteiligung sowohl aus dem
635 Verband selbst als auch von Bündnispartner*innen und externen Referent*innen. Durch
636 Bildungsveranstaltungen, methodische Schulungen und Empowerment-Maßnahmen wollen wir
637 unsere Mitglieder, Interessierte und den Verband stärken, um so unserem Anspruch
638 gerecht zu werden jungen Menschen in ganz NRW eine Stimme zu verleihen.

639 Unsere Bildungsarbeit soll auch weiterhin in vielfältigen Veranstaltungsformaten
640 stattfinden, um die verschiedenen inhaltlichen Bereiche unseres Arbeitsschwerpunktes,
641 unserer Grundwerte und tagespolitische Fragestellungen optimal abzudecken. Dazu
642 gehören beispielsweise Gedenkstättenfahrten, Delegationsreisen, Online-
643 Veranstaltungen, Thementage und Verbandswochenenden oder Tagesausflüge,
644 beispielsweise in Form von Betriebsbesichtigungen. Unser Anspruch ist es, diese
645 Veranstaltungen inklusiv zu gestalten, unterschiedliche Wissensstände zu
646 berücksichtigen und stets niederschwellige Zugänge zu schaffen. Dies betrifft sowohl
647 die Vielfalt der Veranstaltungen als auch die inhaltliche Arbeit. Wir streben an,

648 verschiedene Lebensrealitäten in unseren Veranstaltungsformaten mitzudenken und bauen
649 deshalb unser Angebot an digitalen und asynchronen Veranstaltungen aus und setzen
650 vermehrt auf eine kürzere Dauer der Formate. Das beinhaltet für uns auch eine
651 Reduzierung der Veranstaltungsdichte, also die Zahl der Veranstaltungen ins Besondere
652 der Wochenendveranstaltungen. Alle unsere Veranstaltungen sollen für jedes unserer
653 Mitglieder erschwinglich und zeitlich sowie räumlich möglichst erreichbar sein. In
654 dem Zusammenhang achten wir auch auf genügend Pausen während intensiver
655 Bildungsveranstaltungen. Um besonders finanzielle Hürden abzubauen, soll die Gründung
656 eines Fördervereins geprüft werden.

657 Wir werden sowohl die Neumitgliederseminare als auch die Funktionär*innenschulung für
658 erfahrenere Genoss*innen beibehalten. In den vergangenen zwei Jahren haben wir NRW
659 Jusos unser Konzept der landesweiten Teams verwirklicht. Zu verschiedenen
660 Themenbereichen haben engagierte Menschen starke inhaltliche Arbeit geleistet. Den
661 Gedanken der langfristigen inhaltlichen Arbeit zu unterschiedlichen Themen auf
662 Landesebene halten wir weiterhin für sehr sinnvoll. Deshalb wollen wir ein Angebot
663 schaffen, in dem man sich länger und intensiver mit einem Themenkomplex befasst.
664 Aufgrund der nachlassenden Teilnahme in den letzten Monaten soll der Landesvorstand,
665 die jetzige Struktur der Teams überprüfen und ggf. anpassen. Wir möchten weiterhin
666 versuchen, die Teams zu einem starken inhaltlichen Ort des Diskurses innerhalb
667 unseres Landesverbandes zu machen.

668 Das Empowerment von BIPoC, FINTA und queeren Menschen sowie das Schaffen von Safer
669 Spaces im Verband ist eine wichtige Aufgabe für unseren Verband. Unsere BIPoC-
670 Vernetzungen und Empowerment-Angebote sollen auch in Zukunft weitergeführt werden.
671 Darüber hinaus wollen wir unsere Vernetzungsangebote für queere Menschen
672 weiterentwickeln. Als feministischer Richtungsverband ist es unser Kernanliegen,
673 FINTA im Verband zu stärken und den Anteil von FINTA an der Mitgliedschaft zu
674 steigern. Unsere FINTA-Rhetorikschulung bietet in diesem Sinne Raum zur individuellen
675 Förderung. Um die unersetzlichen Empowermentmaßnahmen der UB/KV optimal zu
676 unterstützen, sollen die Vernetzungen für die Gleichstellungsbeauftragten
677 weitergeführt werden. Formate, die nach einem ähnlichen Konzept dezentrale Awareness
678 Strukturen unterstützen, werden wir etablieren. Unseren Grundwert des Antifaschismus
679 wollen wir auch zukünftig durch die Antifa-Netzwerkstelle auf Landesebene
680 aufrechterhalten.

681 Die Anbindung der Unterbezirke und Kreisverbände an den Landesverband und die damit
682 verbundene Teilnahme von Mitgliedern an Veranstaltungen der NRW Jusos variieren
683 stark. Um keine weißen Flecken auf der NRW Juso-Karte entstehen zu lassen, wollen wir
684 die Betreuungsstruktur des Landesvorstands stärken und die Mitglieder des
685 Landesvorstandes ermutigen, verstärkt eigeninitiativ den Kontakt zu den betreuten
686 Gliederungen zu suchen. Den neu eingeführten UB/KV-Tag erachten wir als sehr
687 erhaltenswertes Erfolgsprojekt, das wir um Austauschmöglichkeiten für die
688 Vorsitzenden aus strukturschwachen Gliederungen, insbesondere im ländlichen Raum,
689 ergänzen möchten. Hier wollen wir den UBs/KVs Vorlagen, Checklisten und How-To's für

690 Anträge, Protokolle und Veranstaltungsorganisation zur Verfügung stellen. Der Katalog
691 mit den Inputangeboten der einzelnen Landesvorstandsmitglieder soll weitergeführt
692 werden, genauso wie das monatliche Austauschformat zwischen Landesverband und UB/KV-
693 Vorsitzenden. Es soll geprüft werden, ob ein Vorschlagstool für Themenwünsche und -
694 ideen auf der Website eingerichtet werden kann. Weiterhin gilt zu prüfen, wie das
695 Einrichten einer Börse für Mitfahrgemeinschaften technisch und rechtlich umsetzbar
696 ist, um auch Genoss*innen aus weniger gut angebundenen Regionen die Teilnahme an
697 Präsenzveranstaltungen zu ermöglichen.

698 Für einen transparenten Prozess zur Auswahl der Anträge für den Juso-Bundeskongress
699 schaffen wir einen Prozess, der über die zum Bundeskongress zu sendenden Anträge, auf
700 der Landeskonferenz abstimmt. Dazu wird im Voraus, eine Auswahl an zur Abstimmung
701 stehenden Anträgen durch den Juso-Landesvorstand getroffen. So erhöhen wir die
702 Beteiligung der UBs/KVs auf der Bundesebene.

703 Über unseren eigenen Landesverband hinaus ist es uns ein Anliegen, die inhaltliche
704 themenbezogene Zusammenarbeit mit anderen Juso-Landesverbänden und Bezirken zu
705 intensivieren. Ein gutes Verhältnis mit den Juso-Hochschulgruppen und der Juso-
706 Schüler*innen- und Auszubildendengruppe in NRW ist für uns weiterhin sehr wichtig.

707 **Es lebe die kritische Solidarität! - Unser Verhältnis zur Partei**

708 Im strategischen Umgang mit unserer Partei wollen wir auf klare Forderungen setzen
709 und dabei auch unangenehme Themen ansprechen. Dabei wollen wir die Unterschiede und
710 Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Jusos sowohl innerhalb des Verbandes als auch
711 öffentlich betonen. Wir sind ein eigenständiger politischer Verband, aber vergessen
712 dabei nie, dass wir Teil der Sozialdemokratie sind und bleiben. Wir wollen deshalb
713 unser Prinzip der kritischen Solidarität leben und in den kommenden zwei Jahren an
714 der Schärfung des Verständnisses der sozialdemokratischen Zielgruppe aktiv mitwirken.
715 Wir sind der festen Überzeugung: Die Sozialdemokratie wird gebraucht und ist der
716 einzige parteipolitische Garant für gesellschaftlichen Fortschritt. In Hinblick auf
717 die inhaltliche Debatte mit der Partei, wollen wir deshalb unseren Themenschwerpunkt
718 Arbeit so gut wie möglich in jegliche gemeinsame Arbeit einfließen lassen.

719 Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 wollen wir verstärkt auf die Bedürfnisse junger
720 Menschen eingehen. In diesem Zusammenhang ist es unsere Aufgabe, uns weiterhin mit
721 Juso-Kandidierenden solidarisch zu zeigen, welche die Bedürfnisse junger Menschen in
722 den Vordergrund stellen.

723 Auch die Arbeit aus unserem Themenschwerpunkt soll sich in der inhaltlichen Planung
724 für die Bundestagswahl niederschlagen. Darüber hinaus wollen wir den Verband
725 bestmöglich auf den Bundestagswahlkampf vorbereiten und Juso-Kandidierende bei ihren
726 Wahlkämpfen unterstützen. Für die Unterbezirke und Kreisverbände bieten wir daher
727 wieder eine Wahlkampfeschulung an. Die vom Bundesverband gestellte Juso-
728 Wahlkampfkampagne wollen wir als Landesverband mit Ergänzungen erweitern.

729 Auf Landesebene pflegen wir einen intensiven Austausch mit der NRWSPD, den anderen
730 Arbeitsgemeinschaften sowie unserer Landtagsfraktion, was sich auch in gemeinsamen

731 Veranstaltungen niederschlagen kann. Schon lange setzen wir uns dabei für lebendigere
732 Debattenorte innerhalb unserer Mutterpartei ein und wollen unsere Bemühungen
733 besonders in Hinblick auf die inhaltliche Planung des Landtagswahlprogramms 2027
734 verstärken. Das bedeutet konkret, dass wir besonders unseren aktuellen inhaltlichen
735 Schwerpunkt im Bereich Arbeit in konkrete Forderungen auch an die Landespartei
736 übersetzen, damit diese ihren Weg in den Landtagswahlkampf 2027 finden. In Hinblick
737 auf die 2025 anstehenden Neuwahlen für den Landesvorstand der NRWSPD werden wir
738 erneut eine Juso-Nominierung für einen Posten als stellvertretende*r Vorsitzende*n
739 aussprechen.

740 Entscheidende Bedeutung kommt der Kommunalwahl 2025 zu. Wir setzen uns aktiv für eine
741 Altschuldenlösung ein, welche unsere Kommunen endlich wieder handlungsfähiger macht.
742 Gleichzeitig wissen wir, dass in unserem schönen NRW auch ganz unterschiedliche
743 kommunale Probleme auf jungsozialistische Antworten warten. Als Landesverband wollen
744 wir einerseits junge Kandidierende auf ihrem Weg zu einem kommunalpolitischen Mandat
745 verhelfen, als auch dafür Sorge tragen, dass die kommunale Ebene als unersetzliche
746 Verfechterin der sozialen Daseinsvorsorge die inhaltliche Beachtung erfährt, die sie
747 verdient.

748 Wir wollen junge Kandidierende für kommunale Ämter, etwa durch Bildungs- und
749 Vernetzungsangebote unterstützen. Hierbei soll unser Fokus vor allem auf jungen FINTA
750 und BIPOC Kandidierenden liegen. Zusätzlich wollen wir inhaltliche Einstiegsseminare
751 für die Breite des Verbandes anbieten, um für kommunale Themen zu begeistern.

752 **Bündnisarbeit ist kein Selbstzweck - Unsere Bündnisarbeit**

753 Um unsere Ziele und Ideale bestmöglich umzusetzen, brauchen wir starke und diverse
754 Bündnispartner*innen aus Politik und Gesellschaft. Dabei ist die Bündnisarbeit für
755 uns kein Selbstzweck: Ein gutes Bündnis bedeutet Zusammenarbeit und Vertrauen, es
756 ermöglicht uns Themen, Impulse und Perspektiven verschiedener Partner*innen in unsere
757 Arbeit einfließen zu lassen und vom breiten Expert*innenwissen außerhalb des
758 Verbandes zu profitieren.

759 Unsere Bündnisarbeit gestaltet sich so vielfältig wie unsere möglichen
760 Bündnispartner*innen, seien es die DGB-Gewerkschaftsjugend, sozialdemokratisch und
761 sozialistisch geprägte Verbände und Vorfeldorganisationen, Partei-Jugend oder
762 sonstige Interessensvertretungen. Es bedarf insofern verschiedenster Formate in der
763 Zusammenarbeit. Sei es die klassische Netzwerkarbeit, die Demonstration oder der
764 Thementag: Durch Bündnisse können wir Menschen mobilisieren und Aufmerksamkeit durch
765 Multiplikator*innen schaffen. Unsere Bündnisarbeit mit der DGB Jugend und den
766 Jugendlichen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften im Rahmen unseres Jugendgewerkschaftsrates
767 liegt uns besonders am Herzen. Besonders hier wollen wir im Rahmen unseres
768 inhaltlichen Schwerpunktes Synergieeffekte nutzen sowie immer unserem
769 innerverbandlichen Anspruch gerecht werden, gewerkschaftliche Arbeitskämpfe
770 solidarisch zu unterstützen.

771 Wir holen uns, was uns zusteht!

772 Als NRW Jusos verschreiben wir uns unseren Grundwerten Sozialismus, Antifaschismus,
773 Feminismus, Antirassismus und Internationalismus und träumen nicht nur von einer
774 besseren Zukunft. Wir wollen politisches Zuhause für alle jungen Menschen in NRW
775 sein, die sich dem politischen wie gesellschaftlichen Rechtsruck entgegenstellen
776 wollen und sich mit der immer wieder propagierten neuen Normalität der Dauerkrisen
777 nicht zufriedengeben. Als Verband vereinen wir uns gemäß unserem Selbstverständnis,
778 um aus purer Liebe alles zu geben und uns zu holen, was uns zusteht: Freiheit und das
779 ganze Leben!

Antrag A02: Zeit für mehr Gerechtigkeit- Gerechtigkeit für mehr Zeit. Warum Arbeitszeitverkürzung Klassenkampf ist und wer sie erkämpft

Sachgebiet: A - Arbeit und Ausbildung

1 Im Kapitalismus befinden sich Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen stets in einem
2 großen Konflikt um den Mehrwert, den die Arbeitnehmer*innen mit ihrer Arbeitskraft
3 erwirtschaften und den sich die Kapitalisten aneignen wollen.

4 Wer bewerten will, wo entlang dieser Konfliktlinie sich die Beschäftigten eines
5 Unternehmens oder einer Branche befinden, wird wahrscheinlich zunächst auf die
6 Entgelttabellen schauen. Und natürlich sagt die Höhe der Löhne viel darüber aus, wie
7 gut es den Beschäftigten gelungen ist, ihre Interessen gegen die der Kapitalisten
8 durchzusetzen. Aber ebenso wichtig wie die Löhne, ist die Frage nach der Arbeitszeit.

9 Die Frage, welchen Teil des Tages und wieviele Tage unseres Lebens, wir damit
10 verbringen unter fremder Kontrolle zu Arbeiten, beschäftigt die
11 Arbeiter*innenbewegung schon sehr lange. Seit der Industrialisierung sind wir weit
12 gekommen- die Höchstarbeitszeiten sind gesunken und die Ansprüche auf Urlaub,
13 Krankengeld oder Rente sind gestiegen. In Deutschland ist die Arbeitszeit ein
14 Verhandlungsgegenstand von Tarifverhandlungen. Gesetzlich sind lediglich
15 Rahmenbedingungen wie eine tägliche Höchstarbeitszeit oder Regeln für den
16 Jugendschutz verankert. Da allerdings seit vielen Jahren die Tarifbindung, also der
17 Anteil der Beschäftigten, die unter einem Tarifvertrag arbeiten, sinkt, lastet eine
18 größere Verantwortung auf der Politik, Arbeitspolitik zu diskutieren und umzusetzen.

19 **Wer hat an der Uhr gedreht? Die aktuelle Debatte**

20 In den vergangenen Monaten hat die Diskussion um Arbeitszeiten in der Öffentlichkeit
21 wieder spürbar Fahrt aufgenommen. Anfang des Jahres legte die GdL (Gewerkschaft
22 Deutscher Lokomotivführer) den deutschen Bahnverkehr medienwirksam und nachhaltig
23 lahm, um in ihrer Tarifbewegung die Verringerung der Wochenarbeitszeit für
24 Schichtarbeitende von 40 auf 35 Stunden durchzusetzen. Trotz des großen öffentlichen
25 Drucks, der auf der Gewerkschaft lastete, setzte sie sich am Ende durch und erreichte
26 eine Reduzierung auf 35 Stunden bis 2029, wobei die Beschäftigten freiwillig bei 40
27 Stunden bleiben können- dann mit deutlich besserer Bezahlung. Das Modell, auf das
28 sich GdL und Bahnvorstand geeinigt haben, wird von Expert*innen als zukunftsweisend
29 bezeichnet, weil es flexibel genug ist, um verschiedenen Bedürfnissen einer
30 individueller werdenden Arbeitnehmer*innenschaft zu begegnen.

31 Dennoch gehen einige Akteur*innen der Bundes- und Landespolitik auf die Barrikaden:
32 Angesichts des sich immer stärker auswirkenden Fachkräftemangels träumt etwa die FDP
33 davon Überstunden bei Vollzeit steuerfrei zu machen^[1] oder gleich das Streikrecht
34 einzuschränken^[2], um sich gegen unliebsame Arbeitskämpfe zu wehren. Währenddessen
35 würde Sachsens Ministerpräsident Kretschmer das Recht auf Teilzeit am liebsten ganz
36 abschaffen^[3].

37 Union und FDP möchten außerdem die bestehenden Höchstarbeitsgrenzen anheben-
38 ungeachtet der damit verbundenen steigenden Gefahr von Unfällen und Krankheiten.[\[4\]](#)
39 Nur weil in den Büros von Investmentbankern auch nach 12 Arbeitsstunden keine
40 schweren Arbeitsunfälle passieren, heißt das nicht, dass wir auf diese wichtigen
41 Arbeitsschutzgesetze verzichten können.

42 All diese Beispiele zeigen: Wenn Liberale und Konservative sich in die Debatte um
43 Arbeitszeitverkürzungen einmischen, tun sie das meist destruktiv und unsachlich. Das
44 hilft weder den Arbeitnehmer*innen, noch den Unternehmen, denn rückwärtsgewandte
45 Ansätze werden den Arbeitskräftemangel nicht bekämpfen.

46 Sachlich betrachtet stellt sich die Realität auf dem deutschen Arbeitsmarkt ohnehin
47 anders dar: Noch nie wurden in Deutschland so viele Stunden gearbeitet wie 2023!

48 Konservative und Liberale argumentieren darum stattdessen gerne mit der
49 durchschnittlichen Arbeitszeit pro Kopf, die in Deutschland tatsächlich deutlich
50 unter dem EU-Schnitt liegt. Der wichtigste Grund dafür: Seit einigen Jahren nimmt die
51 Zahl der Frauen, die arbeiten, stetig zu. Da jedoch das Betreuungssystem für Kinder,
52 insbesondere in Westdeutschland, noch immer viel zu unzuverlässig und unzureichend
53 funktioniert und Care Arbeit auch 2024 in den meisten Partnerschaften nicht fair
54 verteilt wird, arbeitet fast die Hälfte der Frauen in Deutschland in Teilzeit.

55 Gemeinsam mit den insgesamt in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden, liegt so auch
56 die Teilzeitquote auf einem historischen Höchststand. Frauen bilden auf diese Weise
57 nach wie vor das größte Potential für Fachkräftegewinnung.

58 **Feministisch Arbeiten- Arbeitszeit verkürzen**

59 Die 40-Stunden-Woche als Goldstandard für die Erwerbstätigkeit stammt aus der Mitte
60 des 20. Jahrhunderts. Damals standen Frauen nur in Ausnahmefällen in
61 Beschäftigungsverhältnissen- gearbeitet wurde trotzdem:

62 Es waren Frauen, die ihre Familien bekochten, ihnen hinterher putzten und die oft
63 allein für die ganztägige Betreuung der Kinder zuständig waren. Nur durch die unfaire
64 Verteilung unbezahlter Arbeiten innerhalb von Partnerschaften war es möglich,
65 Wochenarbeitszeiten von über 40 Stunden zu erreichen. Diese Verteilung der
66 Arbeitszeit zementiert patriarchale Rollenbilder und hat ganze Generationen von
67 Frauen in wirtschaftliche Abhängigkeiten von ihren Ehepartnern geführt, was sich im
68 Rentenniveau auch noch Jahrzehnte später bemerkbar macht. Unser Steuersystem
69 begünstigt diese Form der Arbeitsverteilung durch das sog. "Ehegattensplitting" sogar
70 noch. Die Aufweichung von starren Arbeitszeiten und vor allem die allgemeine
71 Reduzierung der Wochenarbeitszeit ist daher eine wichtige Bedingung für eine fairere
72 Aufteilung der Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen.

73 Noch immer besteht ein bemerkenswert hoher "Gender-Care-Gap", also eine Lücke
74 zwischen der Care-Arbeit, die von Frauen und derjenigen Care-Arbeit, die von Männern
75 geleistet wird.

76 Um diesen Gap zu schließen und Frauen den Weg in den Arbeitsmarkt zu ebnen, muss die
77 Wochenarbeitszeit sinken. Dabei ist der Kampf um eine hohe Frauenerwerbsquote nicht

78 nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine feministische Pflicht!

79 **Vorteile von Verkürzter Arbeitszeit**

80 Die Vorteile von kürzeren Arbeitszeiten, egal in welcher zeitlichen Aufteilung sie
81 schlussendlich auftreten, sind vielfältig. Unternehmen, in denen mit der Vier-Tage-
82 Woche experimentiert wird, berichten beispielsweise davon, dass der Umgangston unter
83 den Arbeitnehmer*innen entspannter geworden sei. Ebenso zeigt sich, dass die
84 Krankentage der Beschäftigten sinken- die Arbeitnehmer*innen also offensichtlich
85 gesünder sind und sich besser von der Arbeitswoche erholen können. Sie können
86 außerdem mehr Zeit für Sport, gesunde Ernährung und Schlaf einsetzen.

87 Handwerker*innen, Industriearbeiter*innen und alle anderen, die körperlich schwere
88 Tätigkeiten während ihrer Arbeitszeit ausführen müssen, profitieren hier besonders.
89 Wenn es gelingt, dass mehr körperlich stark beanspruchte Arbeitnehmer*innen regulär
90 in Rente gehen können, sorgen kürzere Arbeitszeiten sogar für ein höheres
91 Arbeitsvolumen der einzelnen Arbeitnehmer*innen, wenn man ihr gesamtes Erwerbsleben
92 betrachtet.

93 **Was tun?**

94 Die Arbeitszeitverkürzung ist ein langfristiger und dynamischer Prozess. Es wird noch
95 Jahre dauern, bis bspw. die 35-Stundenwoche zur Norm geworden sein wird und mehr und
96 mehr Unternehmen die Vorzüge der Vier-Tage-Woche erkennen werden. Wir Jusos erkennen
97 aus unserer marxistischen Analyse die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung als
98 klassenkämpferisches Mittel und unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Kampf im
99 Sinne der Beschäftigten. Unsere politischen Ziele richten sich in erster Linie an den
100 Bedürfnissen der arbeitenden Menschen aus, nicht an der Personalentwicklung von
101 Unternehmen. Anstatt künstlich die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu bremsen,
102 konzentrieren wir uns darauf, dem Arbeitskräftemangel konstruktiv zu begegnen. Das
103 bedeutet konkret, dass wir weiterhin marktpopulistischen Ideen wie der 41 Stunden
104 Woche, der Erhöhung des Renteneintrittsalters oder der Aufhebung der täglichen
105 Höchstarbeitszeit klare Absagen erteilen.

106 Unsere Arbeitsmarktpolitik basiert hingegen auf Migration und der guten Integration
107 von Migrant*innen in den Arbeitsmarkt, ebenso wie dem Einbinden von Frauen in das
108 Erwerbsleben und der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen.
109 Deshalb fordern wir:

- 110 • **Die politische Stärkung der Gewerkschaften und der Tarifbindung**
- 111 • **Den Erhalt und Ausbau der momentanen Arbeitszeitgesetze, insbesondere die**
112 **Reduzierung der täglichen Höchstarbeitszeit**
- 113 • **Einen massiven Ausbau der Ganztagskinderbetreuung, sowohl für Kinder im KiTa**
114 **Alter, als auch in den Schulen**
- 115 • **Das Recht für Eltern, nach der Elternzeit und anderen Teilzeitbeschäftigten**
116 **wieder in das vorige (Vollzeit)Arbeitsverhältnis zurückzukehren**
- 117 • **Die Weiterentwicklung der aktuellen Ausbildungsplatzgarantie zu einer**

118 **umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie**

- 119 • **Eine vollständigere Sprachbildung für Geflüchtete und die Anerkennung ihrer**
120 **Abschlüsse, wo dies möglich ist**

121 [\[1\]](#)

122 [https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-ab-der-41-wochenstunde-lindner-plant-](https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-ab-der-41-wochenstunde-lindner-plant-steuerfreiheit-fur-uberstunden-nur-bei-vollzeit-11543810.html)
123 [steuerfreiheit-fur-uberstunden-nur-bei-vollzeit-11543810.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-ab-der-41-wochenstunde-lindner-plant-steuerfreiheit-fur-uberstunden-nur-bei-vollzeit-11543810.html)

124 [\[2\]](#)

125 <https://www.jacobin.de/artikel/fdp-streikrecht-einschraenkung>

126 [\[3\]](#)

127 [https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/michael-kretschmer-will-rueckkehr-zur-40-](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/michael-kretschmer-will-rueckkehr-zur-40-stunden-woche-recht-auf-teilzeit-abschaffen-a-a6cabfc7-55f9-433e-8b8b-68d9960bd24d)
128 [stunden-woche-recht-auf-teilzeit-abschaffen-a-a6cabfc7-55f9-433e-8b8b-68d9960bd24d](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/michael-kretschmer-will-rueckkehr-zur-40-stunden-woche-recht-auf-teilzeit-abschaffen-a-a6cabfc7-55f9-433e-8b8b-68d9960bd24d)

129 [\[4\]](#)

130 [https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-langere-arbeitszeiten-verscharfen-](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-langere-arbeitszeiten-verscharfen-personalprobleme-60577.htm)
131 [personalprobleme-60577.htm](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-langere-arbeitszeiten-verscharfen-personalprobleme-60577.htm)

Antrag A04: Dem Fachkräftemangel in der Erzieherausbildung entgegentreten - die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung attraktiver gestalten

Sachgebiet: A - Arbeit und Ausbildung

1 Seit 2022 gilt in NRW der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Ab 2026 wird ebenso in
2 NRW der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz gültig. Schon jetzt macht sich der
3 Fachkräftemangel an den Kitas und offenen und gebundenen Ganztagschulen bemerkbar
4 und der Bedarf wird in den kommenden Jahren weiter spürbar steigen. In NRW werden bis
5 2030 rund 20.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt. Es ist daher dringend notwendig,
6 die Attraktivität der Erzieher*innenausbildung in NRW zu stärken.

7 Sowohl in den Kindertagesstätten als auch im Bereich der offenen und gebundenen
8 Ganztagschulen macht sich der Fachkräftemangel mit aller Härte bemerkbar. Für die
9 wertvolle und unerlässliche pädagogische Arbeit benötigen wir hier Erzieher*innen in
10 ausreichender Anzahl für die Kitas und offenen und gebundenen Ganztagschulen.
11 Perspektivisch müssen wir darauf vorbereitet sein, dass die Bedarfe mit der
12 Einführung des Rechtsanspruches auf einen OGS-Platz weiter steigen werden.

13
14 Eine wichtige Säule in der Sicherung von Fachkräften bildet die Ausbildung. Aktuell
15 kann die Erzieher*innenausbildung in einer vollschulischen Variante (konsekutive
16 Ausbildung) und einer praxisintegrierten Ausbildung (PiA) absolviert werden. Im
17 Gegensatz zur klassischen vollschulischen Ausbildung liegt der Vorteil bei der PiA in
18 einer frühen und regelmäßigen Einbindung der Auszubildenden im Berufsfeld. Hier fällt
19 weniger Unterricht in den Berufsschulen an, stattdessen werden die Stunden in Form
20 von "Unterricht am anderen Ort" ausgegliedert in die Praxis. Für die Arbeit bei den
21 Praxisträger erhalten die PiA-Auszubildenden dazu auch eine Vergütung. Das steigert
22 die Attraktivität der Ausbildung durch einen erhöhten Praxisanteil und ermöglicht
23 eine frühe Mitwirkung der Auszubildenden in pädagogischen Tätigkeiten. Dazu benötigen
24 die Anwärter*innen vor der PIA-Ausbildung sowohl einen Platz an einer Berufsschule
25 als auch einen Arbeitsvertrag mit einer Einrichtung. So drohen Ausbildungen an
26 fehlenden Standorten zu scheitern - wenn der Platz an einer Schule vorliegt, die
27 Zusage der Einrichtung aber noch fehlt, kann die Ausbildung nicht angetreten werden.

28 Unser Ziel muss es sein, dort landesweit für mehr Verbindlichkeit und Sicherheit zu
29 sorgen.

30 Um das gewährleisten zu können, müssen Kooperationsverträge zwischen den
31 Berufsschulen und den jeweiligen Trägern der Kindertagesstätten und offenen und
32 gebundenen Ganztagschulen geschlossen werden. Es muss klar sein: Wer einen PiA-Platz
33 an einer Berufsschule bekommt, wird auch Einrichtung zugewiesen bekommen.

34 **Deshalb fordern wir:**

35 • eine landesweite Bestrebung zur Schaffung von Kooperationsverträgen zwischen den

- 36 Fachschulen und den berufsbegleitenden Trägern im Rahmen eines
37 “Ausbildungspaktes Erziehung” in NRW.
- 38 Weiterhin schließen wir uns den Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen in
39 Beruf und Ausbildung an und fordern die kirchlichen Träger und
40 Interessensvertretungen auf, sich den Forderungen anzuschließen.
- 41 Geschlossene Kooperationsverträge müssen teilweise oder vollständig durch das Land
42 Nordrhein-Westfalen gegenfinanziert werden.
- 43 Quellen:
- 44 [https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-nordrhein-westfalen-weite-studie-liefert-](https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-nordrhein-westfalen-weite-studie-liefert-daten-zu-fachkraeftesituation-der)
45 [daten-zu-fachkraeftesituation-der](https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-nordrhein-westfalen-weite-studie-liefert-daten-zu-fachkraeftesituation-der)

Antrag A05: Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte: Faire Abfindungsregelungen und Urlaubsansprüche sicherstellen

Sachgebiet:

A - Arbeit und Ausbildung

1 **Recht auf Abfindung**

2 Nach einer Kündigung erhalten Arbeitnehmer*innen oft eine Abfindung. Diese soll
3 helfen, Streitigkeiten zu vermeiden oder zu beenden und ein reibungsloses
4 Auseinandergehen zu ermöglichen. Die sogenannte Regelabfindung beträgt normalerweise
5 ein halbes Bruttomonatsgehalt pro Jahr der Beschäftigung im Betrieb.

6 Allerdings gibt es keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Abfindung. Wenn
7 Arbeitgeber*innen nicht bereit sind, eine Abfindung zu zahlen, ist es
8 für Arbeitnehmer*innen schwierig, diese einzufordern. Nur in Ausnahmefällen, wie etwa
9 bei ungerechtfertigten Kündigungen, können Arbeitnehmer*innen eine Abfindung gegen
10 den Willen der Arbeitgeber*innen durchsetzen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn
11 eine weitere Zusammenarbeit unzumutbar ist, etwa bei sexualisierter Belästigung am
12 Arbeitsplatz.

13 In solchen Fällen kann ein Gericht eine Abfindung anordnen. Die gesetzliche Regelung
14 ist hier sehr eng gefasst und sieht solche Abfindungen nicht als Standard vor. Dabei
15 sollte in solchen Fällen der Wille der Arbeitnehmer*innen berücksichtigt werden, da
16 Arbeitgeber*innen durch die ungerechtfertigte Kündigung im Unrecht sind.

17 Besonders bei ungerechtfertigten fristlosen Kündigungen ist die aktuelle Regelung
18 ungerecht. Ein solcher Vertrauensbruch führt oft dazu, dass Arbeitnehmer*innen nicht
19 mehr für das Unternehmen arbeiten möchten und sich eine neue Stelle suchen.
20 Arbeitgeber*innen haben hier wenig zu verlieren. Trotz einer rechtlich unwirksamen
21 Kündigung können sie Arbeitnehmer*innen loswerden, ohne finanzielle Einbußen zu
22 erleiden, während die Arbeitnehmer*innen mit finanziellen und persönlichen
23 Schwierigkeiten konfrontiert sind, oft monatelang arbeitslos sind.

24 Die Abfindung, die eigentlich den Verlust des Arbeitsplatzes ausgleichen und die
25 Suche nach einer neuen Stelle erleichtern soll, wird den Arbeitnehmer*innen verwehrt.

26 **Bundesurlaubsgesetz:**

27 Auch das Bundesurlaubsgesetz muss zugunsten der Arbeitnehmer*innen geändert werden.
28 Aktuell werden Urlaubstage anteilig für volle Monate im Jahr gewährt.

29 Arbeitnehmer*innen müssen also vom 13. eines Monats bis zum 13. des Folgemonats
30 beschäftigt sein, um einen Urlaubsanspruch für diesen Zeitraum zu erhalten. Dies ist
31 unproblematisch, wenn das Arbeitsverhältnis am 1. eines Monats beginnt und zum
32 Monatsende endet. Schwierigkeiten entstehen jedoch, wenn Arbeitsverhältnisse zum
33 Beispiel am 15. eines Monats enden oder beginnen oder ohne festes Enddatum befristet
34 sind und mit kurzer Kündigungsfrist beendet werden können. In diesen Fällen verlieren
35 Arbeitnehmer*innen den Urlaubsanspruch für diesen Monat. Die geleistete Arbeitszeit
36 wird nicht auf den Urlaub angerechnet. Für einzelne Arbeitnehmer*innen mag dies
37 gering erscheinen, doch insgesamt ist dies vor allem für Beschäftigte in prekären

38 Arbeitsverhältnissen ein erheblicher Nachteil. Eine Änderung des Gesetzes ist daher
39 dringend nötig.

40 Die NRW Jusos fordern daher:

- 41 • Die gesetzlichen Grundlagen des Kündigungsschutzes so zu ändern, dass bei jeder
42 unwirksamen Kündigung eine Abfindung gezahlt werden muss, die mindestens der
43 Regelabfindung entspricht, wenn Arbeitnehmer*innen sich gegen eine
44 Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses entscheiden.
- 45 • Urlaubsansprüche sollen nicht nur für volle Beschäftigungsmonate, sondern auch
46 für anteilige Beschäftigungsmonate entstehen. Angefangene Urlaubstage sollen
47 weiterhin aufgerundet werden.
- 48 • Dass Abfindungen bis zu einem Betrag in Höhe von 50.000,00 € steuerfrei sein
49 sollen und über diesen Betrag hinaus mit dem persönlichen Steuersatz, statt wie
50 bisher mit der Steuerklasse 6, besteuert werden.

Weitere Antragsteller*innen

UB Solingen, UB Wuppertal, UB Düsseldorf, UB Remscheid

Antrag A06: Alles Streik oder was? Streikrecht schützen!

Sachgebiet:

A - Arbeit und Ausbildung

1 "Zeige mir ein Land, wo es keine Streiks gibt, und ich zeige dir ein Land, wo es
2 keine Freiheiten gibt“ – Samuel Gompers. Das Streikrecht ist nicht nur ein
3 fundamentaler Bestandteil unseres Grundgesetzes^[1], sondern ein unverzichtbares
4 Bollwerk gegen eine arbeitspolitische Willkür von Arbeitgeber*innen. Die
5 Streikbewegungen des letzten Jahres haben neben kräftigen Lohnzuwächsen, die die
6 Beschäftigten vor der steigenden Inflation geschützt haben, auch einige unerwünschte
7 gesellschaftliche Nebenwirkungen nach sich gezogen - darunter das Versagen einzelner
8 Politiker*innen und politischer Parteien

9 In einer Zeit, in der die soziale Ungleichheit immer weiter zunimmt^[2] und immer mehr
10 Menschen sich in A-typischen Beschäftigungsformen^[3] wiederfinden, ist es
11 inakzeptabel, dass führende Politiker*innen wie Friedrich Merz^[4], Robert Habeck^[5]
12 und Christian Lindner^[6] wiederholt die Einschränkung des Streikrechts fordern. Diese
13 Angriffe sind nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer*innen, sondern ein
14 gefährlicher Angriff auf die Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Einschränkung des
15 Streikrechts als Wahlkampfmanöver zu benutzen ist nicht nur schäbig und
16 realitätsfern, sondern auch gefährlich und Demokratiezersetzend.

17 Streiks sind unbequem – gerade das macht sie so erfolgreich. Unbequem vor Allem für
18 die Kapitalisten*innen und nicht – wie oben genannte Blindgänger*innen es sich
19 zurechtlegen – für die Gesellschaft. Natürlich ist es ärgerlich, wenn der Bus oder
20 die Bahn nicht kommt – schlimmer wäre es, wenn nie wieder Busse fahren würden oder
21 KiTas öffnen könnten, weil niemand unter den gegebenen Arbeitsbedingungen bereit
22 ist, diesen Job zu machen^[7]. Die Streiks des letzten Jahres waren für die
23 Gesellschaft also ebenso wichtig, wie für die Beschäftigten. Insbesondere die DGB
24 Gewerkschaften haben dadurch mehr für die Menschen erreicht^[8], als die Ampel über
25 Sozialpolitik streiten konnte. Wer das Streikrecht angreift, greift Menschenrechte
26 an!

27 Die NRW Jusos fordern:

28 **1. Unbedingte Verteidigung des Streikrechts:** Die NRW Jusos lehnen jegliche Versuche,
29 das Streikrecht zu beschneiden oder zu beschränken, kategorisch ab. Wir verurteilen
30 diese Angriffe als direkten Angriff auf die Demokratie und die Rechte der
31 Arbeitnehmer*innen.

32 **2. Ausweitung des Streikrechts:** Streikrecht ist Menschenrecht! Wir fordern, dass das
33 Streikverbot für Beamte*innen, gemäß der europäischen Sozialcharta, aufgehoben wird.
34 Für kritische Infrastruktur wie Polizei, Militär oder Gesundheitsversorgung sollen
35 verpflichtende Regelungen mit Gewerkschaften gefunden werden, wie dies in vielen
36 Fällen bereits der Fall ist.

37 **2.1 Versammlungsgesetz NRW**

38 Die beschlossenen Verschärfungen des Versammlungsgesetzes von 2021 kriminalisieren

39 legitimen Protest und bedrohen die Meinungsfreiheit. Wir fordern daher die umgehende
40 Rücknahme dieser Änderungen, um das verfassungsmäßig garantierte Recht auf friedliche
41 Versammlung zu schützen und die Demokratie in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

42 **3. Solidarität und Unterstützung für Streikende:** Die NRW Jusos stehen an der DGB
43 Gewerkschaften und werden diese in ihrem Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden
44 Mitteln unterstützen. Wir werden uns aktiv an Arbeitskämpfen beteiligen und die
45 Streikposten stärken, wo immer es notwendig ist.

46 **4. Schutz vor Repressionen:** Es muss eine gesetzliche Garantie geben, dass
47 Arbeitnehmer*innen, die streiken, vor jeder Form von Repressalien, wie Kündigung,
48 Gehaltskürzung oder beruflichen Nachteilen, geschützt sind. Arbeitgeber*innen, die
49 gegen diese Regeln verstoßen, sollten mit hohen Strafen belegt werden.

50 **5. Förderung der Streikkultur durch Bildung:** Streiks und Arbeitskämpfe sollten fester
51 Bestandteil der politischen Bildung sein. Die NRW Jusos fordern, dass Streikrecht,
52 Gewerkschaftsgeschichte als Demokratiebildung verstärkt in Schulen, Berufsschulen und
53 Universitäten gelehrt werden, um ein Bewusstsein für die Bedeutung dieser Themen zu
54 schaffen. Die NRW Jusos gehen mit gutem Beispiel voran und werden diese Themen in
55 ihrem Bildungsprogramm verankern. Wenn möglich in enger Kooperation mit der DGB
56 Jugend NRW.

57 **6. Verhandlungspflicht für Arbeitgeber*innen:** Wir fordern eine gesetzliche
58 Verhandlungspflicht der Arbeitgeber, wenn die zuständige einen Organisationsgrad
59 jenseits von 30% erreicht hat. Die Gewerkschaften bleiben hiervon unberührt, sollten
60 sie nicht verhandeln wollen.

61 **7. Wirkungsvolle Steigerung der Tarifbindung:** Die Bundesregierung muss unverzüglich
62 die Zielvorgabe der europäischen Kommission von 80% Tarifbindung in Deutschland
63 erreichen. Dazu zählen ein Tariftreuegesetz, leichtere Möglichkeiten Tarifverträge
64 Allgemeinverbindlich zu erklären, als auch alle oben genannten Maßnahmen.

65 **8. Die SPD respektiert die Tarifautonomie:** Die Jusos und die SPD verstehen, dass
66 Arbeitsbeziehungen am besten von den Sozialpartnern und nicht der Politik bestimmt
67 werden. Gesetze wie Mindestlohn sind nur Notlösungen, welche die Symptome und nicht
68 die Ursache bekämpfen – eine sinkende Tarifbindung in Deutschland. Diskussionen zu
69 Arbeitszeiten, Urlaub, Löhne und weiteren Fragen der Arbeitsbeziehungen gehören auf
70 den Verhandlungstisch der Sozialpartner und nicht auf Parteitage oder Konferenzen!

71 Wir lassen nicht zu, dass das Streikrecht in Deutschland zur Verhandlungsmasse
72 neoliberaler Politik verkommt. Unsere Antwort auf die Angriffe von Merz, Habeck,
73 Lindner und Co. ist klar: Wir werden das Streikrecht verteidigen. Es ist Zeit für
74 eine kämpferische Politik, die sich nicht duckt, sondern offensiv für die Rechte der
75 Arbeitenden eintritt.

76 Diese zusätzlichen Forderungen sollen das Streikrecht in Deutschland nicht nur
77 verteidigen, sondern umfassend stärken und ausweiten, um sicherzustellen, dass
78 Arbeitnehmer*innen auch in Zukunft ihre Rechte wirksam und ohne Einschränkungen
79 verteidigen und ausbauen können.

- 80 [\[1\] Artikel 9 Absatz Grundgesetz](#)
- 81 [\[2\]https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024](https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024)
- 82 [\[3\]](#)
- 83 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Glossar/atypische->
- 84 [beschaeftigung.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Glossar/atypische-beschaeftigung.html)
- 85 [\[4\]](#)
- 86 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bahn-streik-konsequenzen-merz->
- 87 [dobrindt-duerr-klingsbeil-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bahn-streik-konsequenzen-merz-dobrindt-duerr-klingsbeil-100.html)
- 88 [\[5\]](#)
- 89 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/robert-habeck-kritisiert-streik-forderung-nach->
- 90 [weniger-arbeitszeit-a-039d4d68-3afe-42b5-8d30-c27653c3fd94](https://www.spiegel.de/wirtschaft/robert-habeck-kritisiert-streik-forderung-nach-weniger-arbeitszeit-a-039d4d68-3afe-42b5-8d30-c27653c3fd94)
- 91 [\[6\]](#)
- 92 <https://www.fr.de/wirtschaft/fdp-streikrecht-beschneiden-masslose-streikgier-streiks->
- 93 [gewerkschaften-zr-92897891.html](https://www.fr.de/wirtschaft/fdp-streikrecht-beschneiden-masslose-streikgier-streiks-gewerkschaften-zr-92897891.html)
- 94 [\[7\]](#)
- 95 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bahn-studie-55-millionen-menschen->
- 96 [ohne-ausreichenden-oepnv,Sn0gw7C](https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bahn-studie-55-millionen-menschen-ohne-ausreichenden-oepnv,Sn0gw7C) ;
- 97 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/fachkraeftemangel-2024/548767/fach-und->
- 98 [arbeitskraeftemangel-ohne-ende/](https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/fachkraeftemangel-2024/548767/fach-und-arbeitskraeftemangel-ohne-ende/)
- 99 [\[8\]https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/tarifrunde-127.html](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/tarifrunde-127.html) ;
- 100 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/tarifforderungen-verhandlungen->
- 101 [101.html](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/tarifforderungen-verhandlungen-101.html)

Weitere Antragsteller*innen

KV Recklinghausen

Antrag B01: "Not my Hochschulgesetz"

Sachgebiet:

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Nach der großen Novellierung des Hochschulgesetzes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2019,
2 bei der zentrale studentische Forderungen, wie die Anwesenheitspflicht und die
3 Beteiligungsmöglichkeiten Studierender an studentischen Gremien hart eingeschnitten
4 wurden, hat sich die aktuelle Landesregierung einige Neuerungen für eine Novellierung
5 in diesem Jahr vorgenommen.

6 Die diesjährige Novellierung des Hochschulgesetzes steht unter dem Titel "Gesetz
7 betreffend die Abfederung des Fachkräftemangels durch Hochschulbildung
8 (Hochschulfachkräftegesetz)". Hochschulbildung soll in Zukunft also vermehrt dazu
9 beitragen, den Fachkräftemangel abzufedern. Bei einem Fachkräftemangel, der vor allem
10 Ausbildungsberufe betrifft, stellt sich nicht nur die Frage, wie der Fachkräftemangel
11 durch weitere Studierende abgedeckt werden kann sondern auch, ob das Vorgehen nicht
12 die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung gefährdet.

13 *Deshalb fordern wir, dem Fachkräftemangel durch Stärkung der beruflichen Ausbildung
14 entgegenzuwirken und die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in NRW zu realisieren!*

15 **Mit der Novellierung kommt die Mitbestimmung**

16 Für die studentische Mitbestimmung bedeutet die Novellierung des Hochschulgesetzes
17 eine deutliche Verbesserung. Sie fordert die Viertelparität in Senaten als
18 Standardmodell für die studentische Mitbestimmung. Dadurch sollen in den Gremien der
19 Hochschulen und Universitäten alle vier Statusgruppen gleichermaßen vertreten werden.
20 Das betrifft Studierende, Professor*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie
21 Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung. Mit den Einschnitten der
22 studentischen Mitbestimmung, die mit der Novellierung 2019 kamen, ging allerdings
23 auch die Verpflichtung der Universitäten zu Studentische Hilfskräfte-Räten (SHK)
24 verloren, die sich an den Universitäten als "betriebliche" Interessenvertretung für
25 die Belange der Studentischen Hilfskräfte einsetzen.

26 *Deshalb fordern wir die Wiederaufnahme der SHK Räte ins das Hochschulgesetz, sowie
27 eine Erweiterung der Viertelparität auf alle universitären Gremien! Ausgehend davon
28 fordern wir faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen und Universitäten. Neben einer
29 fairen Bezahlung gehören dazu auch feste und verpflichtende Mindestlaufzeiten für
30 Arbeitsverträge.*

31 **Lebenslanges Lernen**

32 Mit der Novellierung sollen Universitäten systematisch in den Bereich der
33 Weiterbildung einsteigen. Im Sinne des lebenslangen Lernens mag das zunächst
34 attraktiv klingen. Mit Blick auf die Kosten, die mit den Weiterbildungen an
35 Universitäten einhergehen, ist dieser charmante Gedanke jedoch schnell verflogen. Mit
36 Semesterbeiträgen von mehr als 500€ (pro Semester), werden Weiterbildungen zu einer
37 Möglichkeit, die nur wenige Studierende und Arbeitende wahrnehmen können. Mit
38 Weiterbildungen gehen vor allem verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt einher.

39 Diese sollten allen barrierefrei zugänglich gemacht werden und nicht vom eigenen
40 Geldbeutel abhängig sein. Wir kämpfen für Weiterbildung für alle!

41 *Wir fordern eine solidarische Finanzierung von Studiengebühren für*
42 *Weiterbildungsstudiengänge. Unternehmen sollen für ihre Beschäftigte die vollen*
43 *Gebühren finanzieren. Alle geeigneten Studieninteressierten ohne Unternehmen oder*
44 *Stipendium sollen finanziell unterstützt werden. Hierzu soll das Land den*
45 *Bildungseinrichtungen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen.*

46 **Oh, wie schön ist Bielefeld!**

47 Die Verbesserung der Studienbedingungen sollten grundsätzlicher Bestandteil der
48 Novellierung und Diskussion des Hochschulgesetzes sein. Doch davon ist in der
49 aktuellen Novellierung wenig zu finden.

50 Die Semesterferien sind fester Bestandteil des Studienalltags, um sich auf Klausuren
51 vorzubereiten, in den Ferien zu arbeiten um sich das Studium zu finanzieren und
52 (Pflicht-) Praktika zu absolvieren. Mit der diesjährigen Novellierung fordert die
53 Landesregierung, die Festlegung der Vorlesungszeiten in die Hände der Hochschulen zu
54 legen, um das Studium "familienfreundlicher" zu gestalten und es an die Schulferien
55 anzupassen.

56 *Auch wenn wir die Idee eines familienfreundlicheren Studiums unterstützen, braucht es*
57 *weiterhin einheitliche Semesterferien, um Arbeit und Studium miteinander in Einklang*
58 *bringen zu können und Praktika, die auch zur späteren Berufsorientierung dienen,*
59 *absolvieren zu können. Ein familienfreundliches Studium beinhaltet auch hochschulnahe*
60 *finanzierte Betreuungseinrichtungen für Kinder von Studierenden. Diese sollen*
61 *Langzeit- sowie kurzfristige Angebote anbieten und damit auch für Studierende mit*
62 *Kindern ein flexibles Studium ermöglichen.*

63 *Aber für eine tatsächliche familienfreundliche Gestaltung des Studiums braucht es*
64 *auch ein besseres KiTa-Angebot an Universitäten, eine Abschaffung der*
65 *Anwesenheitspflicht und ein leistungs- und elternunabhängiges BAföG! Hier dient das*
66 *"Bielefelder Studienmodell" als bereits etabliertes Konzept, welches flächendeckend*
67 *an Universitäten eingeführt werden sollte. Mit dem Bielefelder Modell gehen unter*
68 *anderem die unendliche Wiederholbarkeit aller Prüfungen, die Abschaffung der*
69 *Prüfungsanmeldung und die Abschaffung der Anwesenheitsregelungen einher.*

70 **NRW international**

71 Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz, sollen zudem auch vermehrt Fachkräfte
72 aus dem Ausland für Arbeit und Ausbildung zu uns nach Deutschland kommen. Auch das
73 neue Hochschulgesetz möchte das Studium in NRW international attraktiver machen. Um
74 jungen Menschen unabhängig von ihren finanziellen Mitteln im Herkunftsland die
75 Perspektive auf ein Studium in Deutschland zu ermöglichen, ist es notwendig, dass die
76 enorm hohen Studiengebühren für internationale Studierende abgeschafft werden!

77 **Dauerstellen für Daueraufgaben**

78 Mit der Novellierung gehen so einige Forderungen und Ideen zur Optimierung der
79 Universitätsverwaltung und der Lehre (Digitalisierung der Lehre) einher. Um diesen

80 Ansprüchen gerecht zu werden, braucht es auch an Universitäten gut ausgebildetes
81 Personal. Allerdings arbeiten Hochschulen immer noch mit Kettenbefristungen, die die
82 Universität als Arbeitsplatz unattraktiv und unsicher machen.

83 *Wir fordern, dass sich die Hochschulen an Quoten für Festanstellungen halten und*
84 *nicht weiter auf befristete Arbeitsverträge setzen. Es braucht Dauerstellen für*
85 *Daueraufgaben und damit einhergehend verbindlich zu entwickelnde*
86 *Dauerstellenkonzepte! Für die Vielzahl studentischer Hilfskräfte braucht es zudem*
87 *bessere Arbeitsbedingungen und einen TVStud! Wir wollen gemeinsam mit unseren*
88 *Partner*innen, den Gewerkschaften, an den Hochschulen und Universitäten für einen*
89 *höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad kämpfen.*

Weitere Antragsteller*innen

Hochschulgruppen

Antrag B04: „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, aber damit ist das Problem nicht behoben. Landesweite Präventionsprogramme gegen Rassismus und Diskriminierung an Schulen!

Sachgebiet:

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Rassismus und Diskriminierung sind Teil des alltäglichen Schullebens in Deutschland
2 und auch in NRW. Diskriminierendes Verhalten zeigt sich dabei auf unterschiedlichen
3 Ebenen und reicht von geteilten Beiträgen, Kommentaren und Posts mit rechtsradikalem
4 Gedankengut in sozialen Netzwerken oder WhatsApp-Gruppen bis hin zu Ausgrenzung und
5 Mobbing im Klassenzimmer oder dem Pausenhof, und somit Rassismus- und
6 Diskriminierungserfahrung in mitten des Schulalltags.

7 Als Jungsozialist*innen bildet der Kampf gegen Rassismus, Ausgrenzung und
8 Diskriminierung jeglicher Art eine zentrale Säule unseres Handelns. Demnach wollen
9 wir dieses Problem anerkennen und so eine Schulkultur schaffen, die geprägt ist von
10 Akzeptanz, Empathie und Zusammenhalt.

11 “Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage” - dieser Titel wird seit knapp 30 Jahren
12 an Schulen in Deutschland vergeben. Das Programm bildet mittlerweile mit mehr als
13 3000 Schulen das größte Schulnetzwerk Deutschlands und fördert damit das Engagement
14 der Schulen vor Ort gegenüber Rassismus und Diskriminierung. Es zielt darauf ab,
15 Schulen zu Orten des respektvollen Miteinanders und der Vielfalt zu machen und dabei
16 Schüler*innen vor allem zu ermutigen aktiv gegen Rassismus, Diskriminierung und
17 Ausgrenzung vorzugehen. Doch wird die Verpflichtung gegenüber dem Konzept „Schule
18 ohne Rassismus, Schule mit Courage“ überhaupt ernstgenommen? - Wir sagen: Nicht
19 genug!

20 Die meisten Schulen tragen das Siegel mit ganzem Stolz und halten es bei jeder
21 Veranstaltung vor die Kamera, doch letztendlich wird präventiv nur unzureichend etwas
22 unternommen.

23 Es sollte nicht als ein Siegel zur Selbstdarstellung angesehen werden, sondern als
24 eine tatsächliche Verpflichtung und ein kontinuierlicher Prozess zur Schaffung einer
25 inklusiven und respektvollen Schulumgebung. Dafür wollen wir, die NRW Jusos, uns
26 stark machen, denn wir erkennen, dass Symbole alleine nicht ausreichen, um echten
27 Wandel zu bewirken!

28 Schule ist ein Ort, an dem junge Menschen nicht nur Wissen erlangen, sondern auch
29 Werte und Einstellungen entwickeln. Rassismus kann das Lernumfeld stark negativ
30 beeinflussen, indem er Schüler*innen diskriminiert, ausgrenzt und verletzt. Durch die
31 tatsächliche Umsetzung von "Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage" soll eine
32 Atmosphäre geschaffen werden, die Vielfalt, Toleranz, und Respekt fördert und so
33 allen Schüler*innen hilft, sich sicher und akzeptiert zu fühlen, unabhängig von ihrer
34 Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

35 Insgesamt wird dadurch die Botschaft deutlich, dass Rassismus nicht toleriert wird
36 und das jeder dazu beitragen kann eine respektvolle Umgebung zu schaffen. Denn indem
37 Rassismus an Schulen bekämpft wird, bewirken wir echte Veränderungen in der
38 Bildungslandschaft und legen den Grundstein für eine inklusive Gesellschaft, in der
39 jeder die gleichen Chancen verdient und wertgeschätzt wird.

40 Darüber hinaus muss klar sein, dass sich Schulen aktiv gegen Rassismus und
41 Diskriminierung in der Schulgemeinschaft einsetzen müssen. Dies muss durch eine
42 ständige Reflektion und Evaluation gesichert werden. Sollte sich eine Schule nicht an
43 die vorgegebenen Kriterien halten und/oder rassistische Verhaltensweisen z.B. der
44 Schüler*innen oder der Lehrer*innen dulden, muss das Siegel „Schule ohne Rassismus -
45 Schule mit Courage“ der entsprechenden Schule schnellstmöglich und konsequent
46 entzogen werden.

47 **Daher fordern wir:**

48 Die Umsetzung des Programms „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ und damit
49 konkrete Maßnahmen, um die Ziele dieses Programms zu verwirklichen.

50 Es braucht:

51 **a) Bildung und Sensibilisierung:**

52 Die Lösung muss es sein, Rassismus zum Unterrichtsthema zu machen. Lehrkräfte müssen
53 in der Lage sein, den Schüler*innen ein Verständnis von Rassismus auch im Alltag zu
54 vermitteln und das Bewusstsein für Vorurteile zu schärfen. Die Schule muss ein
55 Lernort sein, an dem aktive präventive Arbeit gegenüber Diskriminierung und Rassismus
56 geleistet wird.

57 In diesem Zuge muss die Bedeutung des Siegels „Schule ohne Rassismus, Schule mit
58 Courage“ für alle bewusst gemacht werden. Nur so kann ein tieferes Verständnis
59 erreicht werden.

60 Genauso muss eine diverse Erinnerungskultur gestärkt werden, die eine Sonderstellung
61 im Geschichts-/Politikunterricht erhalten muss. Dabei muss in gleichermaßen auf
62 aktuelle Ereignisse eingegangen und diese ggf. miteinander in Beziehung gesetzt
63 werden.

64 Wir, als NRW Jusos, setzen uns dafür ein, dass an allen Schulen in NRW
65 antirassistische Präventionsprogramme flächendeckend und regelmäßig finanziert und
66 angeboten werden. Dabei sollten Angebote sowohl für Schüler*innen als auch
67 spezifische Fortbildungen für Lehrkräfte gestellt werden.

68 Mögliche Angebote sind beispielsweise:

- 69 • Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW (MOBIM)[1]: Durch die jeweiligen
70 Bezirksregierungen durchgeführte Beratungen und Unterstützung gegen
71 Rechtsextremismus.
- 72 • “90 Minuten gegen Rechts”[2]: Ein Konzept der DGB-Jugend. In einem Workshop
73 setzen sich beispielsweise Schulklassen in unterschiedlichen Modulen mit
74 Rechtsextremismus auseinander.

- 75 • Angebote des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in
76 Nordrhein-Westfalen (IDA NRW)[3]: Das IDA-NRW bietet Angebote zur
77 Auseinandersetzung mit Rassismuskritik und Rechtsextremismus in Institutionen,
78 um beispielsweise bei der Jugendarbeit eine angemessene Pädagogik zu
79 unterstützen.

80 **b) Einbeziehung der Schulgemeinschaft**

81 Eine relevante Voraussetzung dafür ist eine auf das Problem sensibilisierte
82 Schulgemeinschaft.

83 Es ist entscheidend, die gesamte Schulgemeinschaft aktiv in Maßnahmen gegen Rassismus
84 einzubeziehen. Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern und das nicht-pädagogische Personal
85 sollten gemeinsam daran arbeiten, eine inklusive und respektvolle Umgebung zu
86 schaffen.

87 **c) Klare Richtlinien und Konsequenzen/ Verhaltenskodex:**

88 Lehrkräfte sollten über die Problematiken Bescheid wissen und es sollten
89 flächendeckend Richtlinien und Verfahren zur Bekämpfung rassistischer Vorfälle in der
90 Schulgemeinschaft festgelegt werden. Diese Richtlinien sollten von allen respektiert
91 und durchgesetzt werden, um ein Nulltoleranzklima für Rassismus zu schaffen.

92 Auch wenn das bereits an vielen Stellen gut funktioniert, zeigen Erfahrungen aus der
93 Praxis immer wieder auch negative Beispiele im Umgang mit Rassismus und
94 Diskriminierung an Schulen. Das Problem liegt dort im fehlenden Bewusstsein.
95 Lehrer*innen reproduzieren gesellschaftliches Verhalten. Rassismus im Alltag wird
96 beispielsweise in einigen Fällen gar nicht als solcher wahrgenommen - so beschreibt
97 es Prof. Dr. Fereidooni [4].

98 Im Zuge dessen müssen Lehrkräfte auf ihre Neutralitätspflicht hingewiesen werden und
99 insbesondere im Politikunterricht auf den Beutelsbacher Konsens
100 (Überwältigungsverbot, Kontroversität, Schülerorientierung).

101 **d) Etablierung einer unabhängigen Meldestelle „Rassismus an Schule“**

102 Jede Schule in NRW sollte über eine unabhängige Meldestelle „Rassismus an Schule“
103 verfügen mit Lehrkräften als Antidiskriminierungsbeauftragte für spezielle Fälle.
104 Somit könnten Schüler*innen rassistische Vorfälle ohne Angst vor Repressalien melden.
105 So soll die Meldestelle dazu beitragen, dass rassistische Vorfälle ernst genommen und
106 angemessen behandelt werden (Prävention und Intervention), was zur Schaffung eines
107 respektvollen und inklusiven Schulklimas beiträgt.

108 **e) Kontinuierliche Evaluation:**

109 Eine regelmäßige Überprüfung und Bewertung der Bemühungen der Schule im Kampf gegen
110 Rassismus ist wichtig. Durch eine kontinuierliche Evaluation durch Umfragen an die
111 Schulgemeinschaft können Schwachstellen identifiziert und Maßnahmen zur Verbesserung
112 entwickelt werden.

113 **f) Förderung von Diversität und Inklusion:**

114 Die Schule sollte Programme und Aktivitäten fördern, die die Vielfalt der

115 Schüler*innen und Kulturen feiern. Durch die Förderung von Diversität und Inklusion
116 wird eine Atmosphäre geschaffen, in der sich alle Mitglieder der Schulgemeinschaft
117 akzeptiert und respektiert fühlen.

118 **g) Die Umbenennung von “Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage” in “Schule gegen**
119 **Rassismus - Schule mit Courage”**

120 Als Schule zu behaupten man sei frei von Rassismus, entspricht nicht der Realität, da
121 es nie Orte “ohne” Rassismus geben wird. So ignoriert die Schule die Strukturen, die
122 Rassismus möglich machen und wird ihrem Anspruch gegen Rassismus zu kämpfen nicht
123 gerecht. Daher sollte der Name in “Schule gegen Rassismus - Schule mit Courage”
124 umbenannt werden, um sich so aktiv gegen Rassismus zu stellen, und um nicht das
125 falsche Narrativ zu verbreiten, frei von Rassismus zu sein.

126 Quellen:

127 [1] <https://www.mobile-beratung-nrw.de/>.

128 [2] <https://90-minuten-gegen-rechts.de/>.

129 [3] <https://www.ida-nrw.de/>.

130 [4] Kuhn, Annette (2021): “Es gibt keine Schule ohne Rassismus”. Deutsches
131 Schulportal der Robert Bosch Stiftung. Im Internet unter:

132 <https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/es-gibt-keine-schule-ohne-rassismus/>

Weitere Antragsteller*innen

Jusos im Kreis Recklinghausen

Antrag B05: Weil „Nie wieder“ Jetzt ist - Solidarität mit jüdischen Studierenden

Sachgebiet: B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Antisemitismus war nie verschwunden. Wann immer Menschen einfache Lösungen auf
2 gesellschaftliche Probleme suchen, sorgen tief verinnerlichte antisemitische
3 Einstellungen für eben diese einfachen Antworten, indem antisemitische Narrative
4 bedient werden. Es ist ein Motiv, das gerade deshalb so gefährlich ist, weil es in
5 bürgerlichen, religiösen, linken und rechten Kreisen geteilt wird. Am 7. Oktober 2023
6 griff die islamistische Terrororganisation Hamas, Israel mit dem größten Pogrom an
7 Jüd*innen seit dem Holocaust an. Die Zahl jüdischer Studierender und
8 Hochschulangehöriger, die sich aus Angst vor Angriffen von den Universitäten
9 zurückziehen und sich auf ihrem Campus unsicher fühlen, nimmt seitdem deutlich zu.
10 Damit werden 86 Jahre nach den Novemberpogromen Angriffe auf jüdische Studierende und
11 Hassbotschaften gegenüber Jüd:innen in Deutschland im Jahr 2024 wieder zur Realität.
12 Insbesondere Hochschulen standen in den vergangenen Monaten im Mittelpunkt, wenn es
13 um Antisemitismus ging. Gruppen nutzen antisemitische Stereotype und übertragen sie
14 auf Israel, um den Staat an sich zu dämonisieren, auch mit Forderungen nach der
15 Auslöschung des einzigen Schutzraums jüdischen Lebens. Bei der sogenannten Langen
16 Nacht der Bildung der Fachschaften Politikwissenschaft und Soziologie der Universität
17 Münster wurden genau solche Aussagen dokumentiert. In Berlin markierten Gruppen
18 Räume, von beispielsweise Dozent:innen, mit dem umgedrehten Dreieck, das ein Symbol
19 der Hamas zur Markierung ihrer Gegner ist. In den vergangenen Monaten wurde es immer
20 wieder auf die Wände israelischer Restaurants, an die Büros von
21 Antisemitismusforscher*innen oder Politiker*innen gesprüht. In Bonn projizierten sie
22 den Ruf nach einer neuen Intifada an das Hauptgebäude der Uni und bezeichnen als pro-
23 israelisch vermutete Kommiliton*innen als „Zionazi“. An der Heinrich-Heine-
24 Universität in Düsseldorf kam es ebenso zu antisemitischen Vorfällen. So wurden an
25 Wände in Seminarräumen antisemitische Sprüche wie „Happy Holocaust“ oder „Juden ->
26 Gas“/„Juden -> Auschwitz“ geschrieben. Als Jusos nehmen wir es niemals hin, dass
27 sich jüdische Studierende, Dozent:innen oder auch Unterstützer:innen bedroht fühlen.
28 Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis jüdischer Menschen an den Hochschulen sehr ernst
29 und müssen immer laut sein, wenn es zu solchen verbalen und nonverbalen
30 Ausschreitungen kommt.
31 Der Austausch über Antisemitismus ist im Rahmen des wiederaufflammenden
32 Nahostkonflikts zu einer besonderen Herausforderung geworden, weil sich in der
33 öffentlichen Debatte besonders die lauten Stimmen zeigen. Unser Anspruch als Jusos
34 muss es aber sein, dass wir dem großen Leid der israelischen Geiseln, ihren
35 Angehörigen, den Opfern und ihren Hinterbliebenen und ebenso den unter dem Krieg
36 leidenden Menschen in Gaza Raum geben. Dafür brauchen wir gesellschaftlich einen
37 angstfreien, respektvollen und sicheren Umgang. Menschen, die von dem großen Leid
38 betroffen sind, müssen Raum bekommen, ohne direkt Hass und Verunglimpfung zu

39 erfahren. Das bedeutet, dass wir diese Räume auch gegen laute, unversöhnliche
40 Akteur*innen verteidigen müssen. Als Jusos erkennen wir dabei an, dass ganz
41 unterschiedliche Sozialisierungen Antisemitismus hervorbringen können. Die
42 Antisemitismus-Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken
43 (IHRA) ist eine fundierte Grundlage für unsere politische Positionierung, sie ist
44 international und wissenschaftlich anerkannt.

45 Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als
46 Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in
47 Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren
48 Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

49 Als Erklärung schreibt die IHRA:

50 Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der
51 dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an
52 Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch
53 betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben
54 eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich,
55 dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort,
56 Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype
57 und unterstellt negative Charakterzüge.

58 Mit diesem Antrag bekräftigen wir, dass die IHRA-Arbeitsdefinition unser Handeln
59 leitet. Unser Anspruch ist es weiterhin, auf den Antisemitismus anderer Gruppen und
60 der Öffentlichkeit gemäß dieser Arbeitsdefinition hinzuweisen. Wir übernehmen diese
61 Verantwortung für diesen gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus, auch
62 wenn er ungemütlich ist, weil er andere linke Gruppen betrifft. Dabei ist uns stets
63 bewusst, dass wir aufgrund der deutschen nationalsozialistischen Geschichte eine
64 besondere Verantwortung tragen und setzen uns für eine konsequente Aufarbeitung ein.
65 Dabei stellen wir uns gegen rechte Narrative, die den Fokus auf einen “importierten
66 Antisemitismus” lenken wollen. Wir wollen alle Formen des Antisemitismus klar
67 benennen und bekämpfen.

68 Uns ist wichtig:

- 69 1. Alle Hochschulangehörigen sollten, sicher und frei vor Angst und Diskriminierung
70 forschen, studieren, lehren und lernen können.
- 71 2. Dazu gehört, keine Toleranz für antisemitische Symbole, Anfeindungen und
72 Bedrohungen von Menschen zu zeigen.
- 73 3. Solidarität mit denjenigen, die aufgrund ihres Jüdischseins oder ihrer
74 Unterstützung angefeindet, diskriminiert und angegriffen werden.
- 75 4. Institutionalisierung und Verstärkung des Austausches mit jüdischen Genoss:innen,
76 außerverbandlichen und innerverbandlichen Selbstorganisationen und Veranstaltungen.

Weitere Antragsteller*innen

Jusos Münster

Juso Hochschulgruppen NRW

Regio Bergisches Land

Antrag B07: Politische Bildung an Schulen stärken

Sachgebiet:

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Politische Bildung hat das Ziel, junge Menschen zu befähigen, das demokratische
2 Bewusstsein zu festigen, Kompetenzen für politisches Handeln und die Mündigkeit zu
3 fördern. Politische Bildung ist eine der Hauptaufgaben der schulischen Bildung. Viele
4 Kinder und Jugendliche kommen in der Schule erstmals mit der Demokratie in Kontakt.
5 Sei es durch die Wahl von Klassensprecher*innen, das Engagement in der
6 Schüler*innenvertretung (SV) oder durch den Politik- und SoWi Unterricht. Politische
7 Bildung ist essenziell für die Förderung der Demokratie und zur politischen
8 Meinungsbildung der Schüler*innen. Gleichzeitig konnten wir in den letzten Jahren
9 beobachten, wie die Meinung vieler Jungendlicher geprägt ist durch Unwahrheiten,
10 Verschwörungstheorien und rechte Narrative. So ist bereits seit einigen Jahren auch
11 bei Jugendlichen und besonders in der Schule eine allgemeine Diskursverschiebung in
12 Richtung des rechten Randes zu erkennen. Auf vielen Schulhöfen gehören Rassismus,
13 Ableismus oder Queerfeindlichkeit leider zum Alltag. Unter anderem auch, weil eine
14 ausreichende politische Bildung an vielen Schulen zu kurz kommt. Durch eine nicht
15 ausreichend vermittelte Medienkompetenz fallen einige Schüler*innen auf Fake-News
16 durch Nius und andere Nachrichtenformate und auf rechten Populismus herein.

17 Dadurch und durch mangelnde Aufklärung über demokratische Prozesse und Institutionen
18 wird auch das Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen gestärkt und
19 verstärkt und ein allgemeiner Hass gegen alles „von oben“ macht sich deutlich. Hinzu
20 kommt, dass die wenigen Austauschmöglichkeiten mit Politiker*innen auch eine gewisse
21 Distanz zwischen Schüler*innen und Demokratie bringt und Politiker*innen oft nur zu
22 Vorstellungsrunden vor Wahlen eingeladen werden. Diese Veranstaltungen sind oft
23 zeitlich viel zu knapp geplant und gefährdet von rechtem Populismus eingenommen zu
24 werden, der nur viel zu selten durch beispielsweise Lehrer*innen eingeordnet wird,
25 als mit ausführlichen Erklärungen und Lösungen.

26 Die Schüler*innenvertretungen sind oft anders strukturiert und sie widmen sich oft
27 nicht ihrem eigentlichen Aufgabenfeld, stattdessen werden sie viel zu oft als
28 Aushilfsgruppe bei Schulveranstaltungen missbraucht. Somit verlieren viele
29 Schüler*innen ihr Interesse an dem Engagement in Schüler*innenvertretungen und in der
30 Demokratie im Allgemeinen. Auch in anderen Fächern kommt die politische Bildung
31 häufig zu kurz. Auf dem Papier wird der politischen Bildung in NRW vermeintlich ein
32 hoher Stellenwert eingeräumt, da in NRW zwar das Prinzip der fächerübergreifenden
33 politischen Bildung gilt, was bedeutet, dass die Politische Bildung nicht nur im
34 Politikunterricht stattfinden soll, sondern auch in anderen Fächern. Oftmals fehlen
35 jedoch Rückbezüge auf die heutige Situation im Geschichtsunterricht oder auch queere
36 Repräsentation im Biologieunterricht.

37 Ein wichtiger Faktor der politischen Bildung in Deutschland und damit auch NRW ist
38 bereits die Beschäftigung mit der Shoah und der NS-Zeit. Zwar nimmt dies
39 glücklicherweise in unterschiedlichen Fächern viel Zeit in Anspruch, dennoch ist die

40 Unterrichtsgestaltung aber offensichtlich wenig effektiv. Viele Schüler*innen
41 scheinen gelangweilt und trotz dieser Erinnerungskultur nimmt der Antisemitismus auch
42 an Schulen weiter zu. Die Ursache dafür ist wie so oft die gleiche. Für viele
43 Schüler*innen scheinen diese Ereignisse zu weit weg und keinen gravierenden und
44 spürbaren Bezug zu ihrem Leben zu haben. Der Unterricht bleibt auch bei diesem
45 wichtigen Thema oftmals zu trocken und theoretisch, anstatt beispielsweise durch
46 regelmäßige Veranstaltungen wie Zeitzeug*innengespräche oder dem Besuch von
47 Gedenkstätten den Schüler*innen ein reales Bild vor Augen zu führen, oder auch durch
48 das Darstellen der aktuellen politischen Situation Parallelen beispielsweise in der
49 Debattenführung darzustellen.

50 Durch diese Faktoren zeigen viele Jugendliche ein sehr geringes Interesse an
51 politischen Themen, lassen sich leichter beeinflussen, gehen erst gar nicht zur Wahl
52 oder entscheiden sich aktiv für rechte Narrative und Parteien.

53 Daher fordern wir:

- 54 • Politische Bildung soll bereits in der Grundschule in den Unterricht integriert
55 werden, die Themen sollen altersgerecht vermittelt werden um das Interesse an
56 unserer Demokratie bereits bei jungen Schüler*innen etablieren.
- 57 • Der Politikunterricht soll an allen Schulen in NRW möglichst praxisorientiert
58 gestaltet sein und durch Debatten innerhalb des Kurses oder durch Gespräche mit
59 lokalen Politiker*innen der demokratischen Parteien möglichst interessant und
60 abwechslungsreich gestaltet werden.
- 61 • In den Lehrplänen für das Fach Politik/Sowi soll mehr Raum für zur Beschäftigung
62 mit aktuellen politischen Themen geschaffen werden, beispielsweise durch die
63 Etablierung von zeitlichem Raum zu Beginn der Stunde für eine „aktuelle Stunde“.
- 64 • Die Vermittlung von Medienkompetenz soll an Schulen in NRW ein fester
65 Bestandteil der politischen Bildung werden, als auch in speziell dafür
66 vorgesehenem zeitlichen Raum, durch unter anderem dem Konzept der
67 „Medienschoutes“, bei dem Wissen durch ältere Schüler*innen an jüngere
68 weitergegeben wird.
- 69 • Die fächerübergreifende politische Bildung soll gestärkt werden. So soll im
70 Geschichtsunterricht mehr Bezug auf die aktuellen politischen Situationen
71 genommen werden. Auch in Fächern wie Biologie muss mehr über unterschiedliche
72 Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten aufgeklärt werden.
- 73 • Die Schüler*innenvertretungen sollen an allen Schulen inklusiv gestaltet werden,
74 um allen Schüler*innen mehr Möglichkeiten zur Partizipation zu bieten.
- 75 • Alle Schüler*innen in NRW sollen im Laufe ihrer Schulzeit an verpflichtenden
76 Veranstaltungen (insb. dem Besuch von Gedenkstätten für die NS-Verbrechen) zur
77 Erinnerung an die Shoah teilnehmen müssen. Wir fordern, dass das Gesehene nicht
78 unkommentiert bleiben soll, sondern im Unterricht auch mit Bezügen auf die
79 Gegenwart ausführlich aufgearbeitet werden soll. Dabei muss darauf geachtet
80 werden, dass solche Veranstaltungen an allen Schulen in der gleichen

- 81 Jahrgangsstufe, vorzugsweise in der späteren Mittelstufe, stattfinden, um
82 vorbeugen zu können, dass Schüler*innen beispielsweise durch Schulwechsel diese
83 Veranstaltungen verpassen.
- 84 • Die Fächer Geschichte, Gesellschaftslehre und Wirtschaft-Politik müssen in der
85 gesamten Sekundarstufe I mit jeweils mindestens 8 Wochenstunden belegt werden.
86 Politikunterricht muss fortlaufend in allen Jahrgangsstufen an allen Schulformen
87 unterrichtet werden.
 - 88 • Wir fordern ebenfalls, die politische Bildung an berufsbildenden Schulen in NRW
89 auszuweiten und zu stärken.
 - 90 • Wir fordern außerdem regelmäßige und verpflichtende, dezidierte Fortbildungen
91 für alle Lehrer*innen in politischer Bildung, um aktuelle Themen besser und
92 effektiver vermitteln zu können.
 - 93 • Eine stärkere Zusammenarbeit gemeinsam mit Projekten und Expert*innen zur
94 politischen Bildung und eine größere Stärkung von politischem Engagement durch
95 beispielsweise mehr Befreiungstagen für politische Veranstaltungen und die
96 Ermöglichung von Besuchen der Parlamente, politischen Veranstaltungen und
97 Medientagen.
 - 98 • Mehr Austauschmöglichkeiten mit demokratischen Vertreter*innen, wie unter
99 anderem den Wahlkreisabgeordneten.
 - 100 • Verpflichtende Vorstellungsrunden der demokratischen Vertreter*innen und
101 demokratischen Parteien vor politischen Wahlen in weiterführenden Schulen,
102 möglicherweise auch mit anderen Schulen zusammen. Dabei ist es wichtig, dass
103 Schutzkonzepte für diese Veranstaltungen vorliegen, konsequente Faktenchecks
104 durchgeführt werden und die Äußerungen der Vertreter*innen durch die
105 Veranstaltungsleiter*innen eingeordnet werden. Hinzukommend sollten
106 Schüler*innengruppen nicht alleine mit den Vertreter*innen gelassen werden und
107 alle Vertreter*innen sollten vorher geprüft werden und bei rechtsextremen
108 Tendenzen(wenn möglich) nicht eingeladen, bzw. ausgeladen werden.
 - 109 • Politische Bildung bereits in Grundschulen mehr in den Unterricht zu
110 integrieren, wobei selbstverständlich eine altersgerechte und verständliche
111 Vermittlung zu beachten ist.
 - 112 • Um stärker gegen die Missstände an Schulen vorzugehen, sollten wir außerdem
113 nicht nur versuchen, stärker zu Bilden. Wir sollten auch gegen Rassismus,
114 Ableismus oder Queerfeindlichkeit entscheidend vorgehen und auch zeigen, warum.
115 Wir sollten uns in der Debatte nicht nur darauf konzentrieren rechten Gedanken
116 zu widersprechen und in allen Momenten dagegen zu halten, sondern auch vor
117 allem aufzeigen welche Vorteile eine vielfältige und inklusive Lebensweise hat.
118 Nach dem Motto "Vielfalt verbindet und stärkt". Dazu könnte man Schulweite
119 Projekte und Aktionen einführen wie "Die Vielfältige Woche", bei der man
120 probiert, Schüler*innen aus ihren festen Gruppen zu lösen und neue
121 Mitschüler*innen kennenzulernen. Das könnt zum Beispiel in Form von

- 122 Projektgruppen passieren bei der darauf geachtet wird Schüler*innen mit
123 unterschiedlichen Backgrounds, Geschlechter und Religionen zusammenzubringen.
124 Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass diese Veranstaltungen verpflichtet
125 sind und genügend Raum für einen weitgehenden Austausch gewährleistet wird.

Weitere Antragsteller*innen

JSAG NRW

Antrag D01: Das rheinische Revier nicht an die AfD verlieren - Die Landesregierung muss handeln!

Sachgebiet:

D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

1 Das Rheinische Revier, eine der traditionsreichsten Industrieregionen Deutschlands,
2 steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Jahrzehntlang war die Region durch den
3 Kohleabbau und die damit verbundene Energieerzeugung geprägt. Diese Industrie bildete
4 das wirtschaftliche Rückgrat und sorgte für Wohlstand und Beschäftigung. Doch mit dem
5 beschlossenen Kohleausstieg wird diese Grundlage in den kommenden Jahren wegfallen.
6 Dieser Wandel ist notwendig und muss unumkehrbar sein, um wichtige und Klimaziele zu
7 erreichen und eine nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten. Sie stellt die
8 Region jedoch vor enorme Herausforderungen.

9 Viele Menschen haben ihr gesamtes Berufsleben in diesem Sektor verbracht. Mit dem
10 Rückgang der Kohleförderung und der Schließung der Kraftwerke droht der Verlust
11 tausender Industriearbeitsplätze^[1] insbesondere im Bereich der Chemieindustrien oder
12 der Zulieferunternehmen. Dies hätte nicht nur gravierende wirtschaftliche Folgen für
13 die betroffenen Familien, sondern könnte auch die soziale Stabilität der gesamten
14 Region gefährden. Die Perspektivlosigkeit und die Angst vor sozialem Abstieg schaffen
15 einen Nährboden für politische Radikalisierung, wie der zunehmende Zuspruch zur AfD
16 in der Region zeigt^[2]. Der Verlust von Arbeitsplätzen und die damit verbundene
17 Unsicherheit können tiefgreifende soziale und psychologische Auswirkungen haben.
18 Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit führen häufig zu einem Verlust des
19 Selbstwertgefühls und können soziale Isolation und andere psychische Probleme nach
20 sich ziehen. Dies trifft insbesondere auf eine Region wie das Rheinische Revier zu,
21 wo die Identität vieler Menschen stark mit der Kohleindustrie verbunden ist.^[3]

22 Ein Strukturwandel in einer Region, die so stark von einem einzelnen Industriezweig
23 abhängig ist, stellt eine immense Herausforderung dar. Ohne gezielte Maßnahmen droht
24 ein wirtschaftlicher Abstieg der Region, da nicht nur Arbeitsplätze verloren gehen,
25 sondern auch zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen, die vom günstigen
26 Strom der Kohleindustrie abhängig sind. Ein erfolgreicher Strukturwandel muss daher
27 nicht nur den Erhalt von Arbeitsplätzen im Fokus haben, sondern auch neue,
28 zukunftsfähige Wirtschaftssektoren entwickeln und fördern, die klimaneutral besser
29 aber klimapositiv sind.

30 Die AfD hat in den letzten Jahren in der Region an Zuspruch gewonnen, indem sie die
31 Ängste der Menschen vor sozialem Abstieg und Verlust ihrer Lebensgrundlage und
32 Identität instrumentalisiert. Insbesondere während der Europawahl hat die AfD
33 beispielsweise im nördlichen Rhein-Erft-Kreis dazugewonnen^[4]. Wenn es nicht gelingt,
34 den Strukturwandel sozial gerecht und wirtschaftlich erfolgreich zu gestalten,
35 besteht die Gefahr, dass diese Kräfte weiter erstarken und die Region in eine
36 politische und soziale Krise stürzen. Es ist daher dringend notwendig, den
37 Strukturwandel so zu gestalten, dass er breite gesellschaftliche Unterstützung findet
38 und die Menschen in der Region mitnimmt.

39 Um die genannten Probleme zu bewältigen, sind massive Investitionen, wie die bereits
40 14,8 Milliarden bewilligten Gelder^[5], und eine klare politische Strategie
41 erforderlich. Die Landesregierung ist gefordert, eine aktive Rolle im Strukturwandel
42 zu übernehmen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das Rheinische
43 Revier zu einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung und Innovation wird. Dies
44 umfasst sowohl Investitionen in die Infrastruktur und die Schaffung neuer
45 Arbeitsplätze und vieles mehr. Gleichzeitig müssen die Menschen vor Ort aktiv in den
46 Wandel eingebunden werden, um die Akzeptanz und Unterstützung für die notwendigen
47 Veränderungen zu sichern.

48 Die NRW Jusos fordern:

49 **Fokussierung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und Schaffung von Perspektiven für**
50 **junge Menschen**

- 51 • Die Schaffung neuer zukunftsorientierter Arbeitsplätze muss oberste Priorität
52 haben, um soziale Sicherheit zu gewährleisten. Dafür bedarf es einem Anspruch
53 auf Weiterbildungen und auf eine Anschlussbeschäftigung oder eine Möglichkeit
54 zur Fortführung einer angefangenen Ausbildung.
- 55 • Ausbildungszentren von RWE müssen übernommen und von anderen Unternehmen
56 weitergeführt werden, soweit RWE diese nicht weiterbetreiben kann.
- 57 • Insbesondere für junge Menschen im rheinischen Revier bedarf es Sicherheit, so
58 sollen besonders Unternehmen mit zukünftigen Ausbildungsplätzen gefördert
59 werden.

60 **Fokussierung der Investitionen auf klimafreundliche und nachhaltige Infrastrukturen.**

- 61 • Wir fordern einen besonderen Anschluss der alten Kohlschienennetze an die
62 allgemeinen ÖPNV-Netze durch einen angepassten Ausbau.
- 63 • Durch direkte Wirtschaftsförderungen sollen besonders klimaneutrale oder
64 klimapositive Unternehmen im rheinischen Revier angesiedelt werden.
- 65 • Eine neue geplante Vision des rheinischen Reviers insbesondere in Anbetracht der
66 Neugestaltung von Orten muss unter nachhaltigen und klimafreundlichen und
67 klimapositiven Aspekten geschehen.
- 68 • Industrieflächen müssen unter den oben genannten Forderungen Bestand haben und
69 ein neuer Ort von zukunftsorientierter Industrie werden.

70 **Respekt - Gewalt und Diffamierungen der Arbeitenden gegenüber stoppen**

- 71 • Als linke Bewegung ist uns bewusst, dass sich der direkte Kampf gegen
72 Beschäftigte nie an die Richtigen richtet. Daher appellieren wir an einen
73 respektvollen Umgang mit den Arbeitenden vor Ort.

74 **Landesregierung muss handeln**

- 75 • Die Landesregierung hat noch 6 Jahre Zeit, um eine gesamte Region zu
76 transformieren. 6 Jahre sind wenig Zeit, um eine Infrastruktur zu verändern,
77 Arbeitsplätze, Perspektiven, neue Wirtschaft und vor allem Verständnis zu
78 schaffen. Umso wichtiger, jetzt Tempo zu gewinnen. Es braucht weniger

79 bürokratische Hürden, um die 14,8 Milliarden Strukturwandel Gelder besser und
80 effektiver zu vergeben, sowie eine klare Prioritätensetzung der
81 Landesregierung. Bis 2027 sollen 70% der Flächen im rheinischen Revier
82 entwickelt werden, damit die nötigen Veränderungen noch rechtzeitig umgesetzt
83 werden können.

84 [\[1\]](#)

85 <https://www.mags.nrw/system/files/media/document/file/esf-tjtp-rheinisches-revier.pdf>

86 [\[2\]](#)

87 [https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-](https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233)
88 [die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233](https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233)

89 [\[3\]](#)<https://www.sueddeutsche.de/politik/kohle-rheinland-kraftwerk-1.5502789>

90 [\[4\]](#)

91 [https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-](https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233)
92 [die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233](https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233)

93 [\[5\]](#)

94 [https://www.land.nrw/pressemitteilung/rheinisches-revier-land-unterstuetzt-](https://www.land.nrw/pressemitteilung/rheinisches-revier-land-unterstuetzt-strukturwandel-von-green-economy-und)
95 [strukturwandel-von-green-economy-und](https://www.land.nrw/pressemitteilung/rheinisches-revier-land-unterstuetzt-strukturwandel-von-green-economy-und)

Antrag D02: Vorsicht vor falscher Vielfalt: Die DAVA-Partei

Sachgebiet:

D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

1 Nur weil Demokratie draufsteht, heißt es nicht, dass Demokratie wirklich drinsteckt.
2 Im Januar 2024 wurde die Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch, kurz DAVA,
3 gegründet. Auf den ersten Blick hören sich die Forderungen der Partei gut an:
4 Bekämpfung von Islamfeindlichkeit und Diskriminierung im Alltag sowie die Forderung
5 nach mehr Repräsentation von Minderheiten in Deutschland. Doch auf den zweiten Blick
6 offenbaren sich äußerst kritisch zu bewertende Programmatiken und Persönlichkeiten.

7 **Programmatik & Problematik der DAVA**

8 Zum einen weist das Programm massenhaft Queerfeindlichkeit auf. Das zeigt sich nicht
9 zuletzt durch die Verwendung des Begriffes "Gender-Ideologie" im Parteiprogramm zur
10 Europawahl. Die DAVA fordert so beispielsweise, dass Bildungspolitik auf "faktischem
11 Wissen und traditionellen Werten basieren" soll. Darunter verstehen sie sinngemäß die
12 Rückbesinnung auf klassische Geschlechterrollen.

13 Dies impliziert natürlich, dass die DAVA queere Identitäten nicht faktisch anerkennt.
14 Dieses Verständnis entspricht nicht unserem Verständnis einer freiheitlich-
15 demokratischen und offenen Gesellschaft. Die DAVA möchte, dass queere Identitäten aus
16 den Lehrplänen verschwinden - entgegen den Erkenntnissen der modernen Biologie.

17 Zum anderen will die DAVA alle muslimischen Verbände als Körperschaften des
18 öffentlichen Rechts einstufen.

19 Im Allgemeinen zeichnet sich auch nicht ab, inwieweit die DAVA der
20 verfassungsrechtlich gebotenen Trennung von Staat und Religion nachkommen will. Zwar
21 steht es einer Partei frei muslimische Verbände fördern zu wollen, jedoch steht die
22 Religion bei der DAVA im Mittelpunkt des Programms und steckt auch in dem Auftreten
23 ihrer Mitglieder. Sie zeigt keine erkennbaren Bemühungen die Religion vom Staat
24 strikt trennen zu wollen.

25 Eine weitere Problematik zeichnet sich darin ab, dass Funktionär*innen der Partei den
26 Massenmord der Türkei an den Armenier*innen als "Mythos" deklarieren, wie es bspw.
27 der Parteivorsitzende Teyfik Özcan im entsprechenden Wortlaut tat. Wir Jusos erkennen
28 den Völkermord und das den Armenier*innen, auch unter deutscher Beteiligung,
29 zugefügte Leid an und stellen uns entschieden gegen jede Relativierung dieser
30 Verbrechen.

31 Die konservativ-nationalistische Haltung der Partei ist nicht immer direkt erkennbar.
32 Sie versteckt sich oft im Detail. Die Partei setzt sich u.a. gegen Islamfeindlichkeit
33 oder auch Diskriminierung im Alltag ein. Das ist zunächst positiv, leitet sich
34 angesichts des Verhaltens der Anhänger*innen aber nicht aus einer Haltung gegen
35 Diskriminierung ab, sondern aus dem Kalkül, von Diskriminierung Betroffene für
36 konservativ-nationalistische Ideen zu begeistern. Es ist ein Trugschluss zu glauben,
37 dass eine Partei, die Anhänger*innen aus dem türkisch-rechtsextremen Spektrum
38 beinhaltet, sich gegen Diskriminierung in Deutschland einsetzt. Gerade Kurd*innen,

39 Alevit*innen und Armenier*innen sind nach Ansicht von DAVA-Funktionär*innen nicht vom
40 Anti-Diskriminierungsschutz inkludiert. Die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei
41 leitet sich auch nicht immer nur aus dem Programm allein her, sondern auch aus dem
42 Verhalten der Anhänger*innen. Dieser Gedanke liegt auch dem Grundgesetz zugrunde.

43 **Verbindungen zur AKP**

44 Die DAVA ist nicht die erste Partei, die die Nähe zur türkischen Regierungspartei AKP
45 (Adalet ve Kalkınma Partisi) sucht und in Deutschland politisch Einfluss nehmen will.
46 2019 wurde dies beispielsweise vom Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG)
47 versucht. Teilweise erhielten sie bei der letzten Europawahl in einzelnen
48 Wahlbezirken über 30 % der Stimmen, schafften es 2020 jedoch in keinen einzigen
49 Stadtrat einzuziehen. Mittlerweile hat die Partei keine nennenswerte Bedeutung mehr.
50 Ihre Nähe zur AKP hat die Partei des Öfteren, besonders auf den sozialen Medien,
51 abgestritten. Schaut man sich die Mitglieder und die Kandidierenden zur Europawahl
52 genauer an, sind die Verbindungen zur türkischen Regierung leicht nachzuvollziehen.
53 Der DAVA-Spitzenkandidat zur Europawahl, Fatih Zingal, war zuvor bei der "Union
54 Internationaler Demokraten" (UID) aktiv. Die UID ist eine Lobby-Organisation der AKP
55 und wurde vom Verfassungsschutz als Instrument zur Einflussnahme auf Menschen mit
56 türkischer Migrationsgeschichte eingestuft. Außerdem wird sie im Bereich der
57 Nachrichtendienste der Republik Türkei geführt (Also den Geheimdiensten). DAVA-
58 Gründungsmitglied Mustafa Yoldaş sagte im Interview mit dem NDR: "Wenn man von uns
59 einfordert, dass wir uns explizit gegen die Türkei wenden (...) oder gegen Erdoğan -
60 das werden wir nicht tun". Hieran erkennt man die mangelnde Bereitschaft sich gegen
61 das autoritäre Regime in der Türkei zu stellen. Während DAVA-Politiker*innen den
62 türkischen Staatspräsidenten und sein Regime öffentlich verteidigen, streitet die
63 Partei online ihre Nähe zu Erdogan gerne ab. Mit unserer Sorge vor einem Erstarken
64 der DAVA-Partei sind wir nicht allein: Der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde
65 Deutschlands, Ali Ertan Toprak, warnte ebenfalls vor der DAVA und stufte sie als
66 antidemokratisch ein. Auch Kontakte der Partei Funktionär*innen zu den
67 rechtsextremistischen Grauen Wölfen sind bei weitem keine Seltenheit. Wie oben
68 gespiegelt, zeigt sich dies auch in der Programmatik.

69 **Verbindungen zur SPD**

70 Auch zu beachten sind die Verbindungen zur SPD. Fatih Zingal, Spitzenkandidat zur
71 Europawahl, war kurz vor der Gründung der DAVA noch SPD-Mitglied. Für die Solinger
72 SPD war er sogar Mitglied im Integrationsrat. So war auch Teyfik Özcan, der
73 derzeitige Vorsitzende, früher Mitglied in unserer Partei. Es ist nicht das erste
74 Mal, dass sich unter SPD-Funktionär*innen türkische Extremist*innen wiederfinden. Ein
75 prominentes Beispiel ist die Liste der SPD Filderstadt, auf der sich Anhänger*innen
76 der Grauen Wölfe wiederfanden. Dass sich solche Fälle in den letzten Jahren gehäuft
77 haben, zeigt uns, dass sich die SPD in all ihren Gliederungen sorgfältiger darum
78 bemühen muss, nationalistische Tendenzen bei potenziellen Mitgliedern zu erkennen und
79 ihnen keinen politischen Handlungsraum zu eröffnen.

80 **Einordnung nach der Europawahl**

81 Die Europawahl 2024 ist die erste Wahl bei der die DAVA angetreten ist. Laut der DAVA
82 sei die Europawahl nur ein Zwischenschritt vor der „eigentlichen Wahl“- der
83 Bundestagswahl 2025. Die DAVA-Parteiführung geht dabei von einem
84 Wähler*innenpotential von bis zu 5 Millionen Menschen aus. Entgegen ihrer
85 Erwartungen, gelang es der DAVA bei der Europawahl 2024 nicht, Abgeordnete in das
86 europäische Parlament entsenden zu können. Bei einem Ergebnis von insgesamt nur 0,4%
87 der Stimmen, fallen vor allem Stimmbezirke im Duisburger Norden auf, in denen die
88 DAVA teils mehr als 40 % der Stimmen erhalten hat. Die Wahlbeteiligung war dort mit
89 rund 25 % überaus niedrig. Fakt ist: die Dava-Partei kam in Duisburg auf insgesamt
90 2,5 % Prozent. Das Ergebnis liegt somit zwar über dem Bundestrend, ist aber eine
91 Niederlage für die Partei. Auch für die Zukunft schätzen Expert*innen die Chancen der
92 Partei eher gering ein. Wie schon erwähnt ist es kein neues Phänomen, dass AKP-
93 Ableger versuchen in Deutschland politisch Fuß zu fassen und dann relativ schnell aus
94 der Politik-Landschaft verschwinden. Und dennoch sollten wir die Gründung der Dava-
95 Partei nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn Parteien sich mit türkisch-
96 nationalistisch-konservativen Forderungen in der deutschen Parteienlandschaft
97 etablieren können, zeigt das vor Allem, wie sehr die deutsche Gesellschaft und
98 Politik darin versagt hat, türkische Migrant*innen und ihre Nachkommen zu
99 integrieren. Jede*r Wähler*in der DAVA-Partei muss uns daran erinnern, dass eine
100 erfolgreiche Integration von Migrant*innen essentiell für den sozialen Frieden in
101 Deutschland ist. Bei den Bundestags- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr wird sich
102 zeigen, ob die DAVA-Partei in NRW Fuß fassen kann. Eine klare Positionierung gegen
103 diese konservativ-nationalistische Partei ist frühzeitig von Nöten.

104 **Forderungen**

105 Die DAVA stellt durch ihre ideologischen Hintergründe, Verbindungen zu autoritären
106 Regimen und diskriminierende Haltungen eine Gefahr für die Demokratie und Vielfalt in
107 Deutschland dar.

108 Wir fordern daher:

- 109 • Alle Gliederungen der SPD sollen sich fundiert mit nationalistischen Ideologien
110 befassen und bei der Aufnahme von Neumitgliedern, darauf achten, ob Verbindungen
111 zu antidemokratischen Gruppierungen bestehen.
- 112 • Die SPD soll auf keiner politischen Ebene mit der DAVA-Partei zusammenarbeiten
- 113 • Die SPD soll auf eigenen Veranstaltungen der DAVA-Partei und ihren Mitgliedern
114 keinen Raum geben
- 115 • Die Ermöglichung von Aussteigerprogrammen für Anhänger*innen, in Anlehnung zu
116 den bereits geforderten Aussteigerprogrammen bei den Grauen Wölfen

Weitere Antragsteller*innen

UB Mönchengladbach

Antrag E01: Appeasement klappt nicht mit Verbrechern - für eine konsequente Wende in der Iran-Politik

Sachgebiet:

E - Europa und Internationales

1 „Unser Beileid gilt der Regierung der Islamischen Republik Iran und den Familien der
2 beim Absturz Getöteten. Mit stillem Gruß, Olaf Scholz“. Mit diesen Worten bekundete
3 Bundeskanzler Olaf Scholz dem Vizepräsidenten der Islamischen Republik Iran Mohammed
4 Mokhber sein Beileid nach dem Tod des bisherigen Präsidenten Ebrahim Raisi durch
5 einen Helikopterabsturz. Es mögen zwar nur wenige Worte sein, doch sie stehen
6 sinnbildlich für ein Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem
7 islamistischen Mullah-Regime des Irans, welches einer dringenden Generalüberholung
8 bedarf.

9 Nach der „Islamischen Revolution“ 1979 war der westdeutsche Außenminister Genscher
10 der erste westliche Außenminister, der die neue Islamische Republik besuchte. Der
11 Handel mit dem Iran florierte seitdem. Deutschland war bis 2022 einer der größten
12 Handelspartner des Irans. Dass in diesem Zeitraum tausende Menschen hingerichtet
13 wurden und noch viel mehr verhaftet wurden, hat die Bundesregierung und auch die SPD
14 bisher nicht so groß gestört. Ebenso wenig, dass sie dem Regime damit Stabilität und
15 Legitimität gegeben haben.

16 **Legitimation des iranischen Systems?**

17 Doch mit wem sitzt man im Hinblick auf den Iran eigentlich am Verhandlungstisch? Das
18 Staatsoberhaupt ist ein auf Lebenszeit ernannter Oberster Führer und Regierungschef
19 ein zwar direkt gewählter Präsident, der vor der Wahl aber von einem Expertenrat zur
20 Wahl zugelassen werden muss. Jene Experten werden vom Obersten Führer ernannt.

21 Genauso sieht es mit den Kandidierenden zu Parlamentswahlen aus. Auch diese müssen
22 vorher durch staatliche Stellen zur Wahl zugelassen werden. Wahlen im Iran sind nach
23 unserem Verständnis also keineswegs frei und demokratisch, sondern lediglich
24 Scheinwahlen.

25 Alle Macht geht also nicht vom Volke aus, sondern von fundamentalistischen Klerikern,
26 von erzkonservativen Juristen und Beamten, von einem kleinen Machtzirkel rund um den
27 Obersten Führer und seinen engsten Vertrauten.

28 Man lehnt sich also nicht weit aus dem Fenster, wenn man die demokratische
29 Legitimation dieser Verhandlungspartner in Frage stellt.

30 **Die besondere gesellschaftliche Situation ftliche Situation**

31 Die Augen waren nach dem Mord an der Kurdin Jina Amini durch die iranische
32 „Sittenpolizei“ auf das Land und die Menschen gerichtet. Wie es häufig bei
33 politischen Konflikten in Ländern des globalen Südens ist, ist die Aufmerksamkeit
34 anfangs groß, lässt aber schnell wieder ab. Vor allem seit dem Mord an Jina Amini,
35 aber auch schon seit Beginn des Terror-Regimes, kämpfen Iraner*innen gegen die
36 Unterdrückung. Damals wurde auch von Seiten des Bundeskanzlers noch die Solidarität

37 mit den Protestierenden groß geschrieben, heute ist sie kaum noch sichtbar. Auch wenn
38 die internationale Aufmerksamkeit nicht mehr auf der Situation im Iran liegt,
39 benötigen die Menschen vor Ort immer noch die volle Solidarität.

40 Das Regime geht weiterhin brutal gegen Demonstrierende vor. Um ein fälschliches Bild
41 der Bevölkerung abzugeben, werden medial Situationen geschaffen, die sinnbildlich für
42 die Meinung des Volkes stehen sollen. Zum Beispiel kursierten nach dem Tod des
43 iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi bei einem Helikopter-Absturz Bilder eines
44 trauernden Volkes, das den Verlust tief betrauerte. Teilweise wurde sicherlich
45 getrauert, die große Mehrheit des Landes hat aber nicht über den Tod des
46 Massenmörders getrauert, im Gegenteil. Es gibt zwar keine repräsentativen Umfragen,
47 Menschenrechtsorganisationen gehen aber davon aus, dass um die 20 % der Bevölkerung
48 das Regime noch unterstützen, 80 % nicht. Der Großteil der Iraner*innen sieht, dass
49 die Mullahs einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führen und sehnen sich nach
50 einem freien Land. Besonders die iranischen Frauen leiden unter dem Regime, das seit
51 Jahrzehnten versucht, Frauen unter dem Deckmantel religiöser Gründe zu unterdrücken.
52 Queere Menschen haben im Iran nicht nur keine Rechte, sie müssen konkret mit ihrem
53 Leben bezahlen, falls sie sich outen. Die Situation religiöser Minderheiten im Iran
54 ist von Diskriminierung, Verfolgung und systematischer Benachteiligung geprägt. Der
55 Iran ist offiziell ein islamischer Staat, in dem die schiitische Ausrichtung des
56 Islams dominiert. Andere religiöse Gruppen haben nur eingeschränkte Rechte oder
57 werden stark verfolgt.

58 Um die gesellschaftliche Situation im Iran nachvollziehen zu können, muss man die
59 Heterogenität der Bevölkerung benennen. Der Iran ist ein Vielvölkerstaat. Unter den
60 ethnischen Gruppen wie beispielsweise den Balutschis im Südosten, den Turkmenen im
61 Nordosten, den Kurd*innen im Westen sowie den arabischsprachigen Menschen im Süden
62 Irans sind eigene traditionelle Bräuche und Lebensgewohnheiten selbstverständlich.
63 Ethnische Minderheiten sind im Iran besonders von Repressalien des Regimes betroffen.
64 Der Kampf den die iranische Bevölkerung gegen das Mullah-Regime führt, wird besonders
65 durch Bevölkerungsgruppen wie den Kurd*innen geführt, deren Lebensgrundlage seit
66 jeher strukturell besonders bedroht ist.

67 Die Menschen im Iran sehnen sich nach einem Land mit Meinungsfreiheit und ohne
68 staatliche Repressionen. Ihr Streben nach Freiheit wird durch politische,
69 wirtschaftliche und religiöse Konflikte sowie durch Machteinflüsse blockiert. Als
70 internationalistischer und feministischer Verband ist es unsere Aufgabe, stets an der
71 Seite der mutigen Freiheitskämpfer*innen im Iran zu stehen und sie in ihrem Kampf zu
72 unterstützen.

73 **Revolutionsgarde auf die Terrorliste - jetzt!**

74 Die Armee der Wächter der Islamischen Revolution (kurz: Revolutionsgarde) ist eine
75 der mächtigsten Institutionen und Machtinstrumente der Islamischen Republik und ist
76 allein dem Obersten Führer Rechenschaft schuldig. Durch ihre weitreichenden
77 Strukturen und Einflussmöglichkeiten, sowie durch ihre Verbindungen in die iranische
78 Wirtschaft stellt sie einen Staat im Staat dar.

79 Die Revolutionsgarde ist im Inland ein Instrument des Regimes, um Proteste gewaltsam
80 zu unterdrücken. Das Regime der Mullahs nutzt sie aber nicht ausschließlich im
81 Inland, um dort die eigene Bevölkerung zu unterdrücken, sondern nutzt sie auch in
82 anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, um dort den Einfluss des Regimes zu
83 erweitern.

84 So kooperiert die Revolutionsgarde mit den jemenitischen Huthis, mit der
85 libanesischen Hisbollah und der Hamas im Gazastreifen und setzt Einheiten in
86 Kriegsgebieten im Irak und in Syrien ein. In allen genannten Fällen ist die
87 Revolutionsgarde also direkt oder indirekt an Kriegsverbrechen,
88 Menschenrechtsverletzungen und Terrorismus beteiligt. Das erklärte Ziel der Mullahs
89 ist es, so zur dominierenden Macht in der Region zu werden und den Staat Israel und
90 Jüdinnen*Juden auszulöschen.

91 Vertreter*innen der iranischen Diaspora und iranische Oppositionelle und
92 Aktivist*innen im Iran und im Ausland setzen sich für eine Listung der
93 Revolutionsgarde auf der Terrorliste der EU und die Einstufung als terroristische
94 Vereinigung ein. Die Terrorliste der EU wurde nach den Anschlägen vom 11. September
95 2001 angelegt - auch Al-Qaida und der IS stehen auf dieser Liste.

96 Die Terrorliste wird alle sechs Monate überarbeitet. EU-Mitgliedsstaaten können im
97 Europäischen Rat Gruppierungen oder Einzelpersonen benennen, die ihrer Ansicht nach
98 auf diese Liste gesetzt werden sollen. Hier sind die Staats- und Regierungschefs der
99 EU-Mitgliedsstaaten vertreten. Im Januar und im Juli 2023 forderte auch das
100 Europäische Parlament den Rat auf, die Revolutionsgarde auf die Terrorliste zu
101 setzen.

102 Dadurch wird eine EU-weite Strafverfolgung und das sofortige Einfrieren von Geldern
103 und finanziellen Vermögenswerten in der EU möglich. Europäische Konzerne, Banken oder
104 sonstige Geldgeber können ihnen nicht mehr länger Geld und wirtschaftliche Ressourcen
105 zur Verfügung stellen. Zudem wird die Bewegungsfreiheit von Akteur*innen EU-weit
106 eingeschränkt.

107 **Daher fordern wir:**

- 108 • dass sich die SPD in der Bundesregierung, die über den Bundeskanzler im
109 Europäischen Rat vertreten ist, für eine Listung der iranischen Revolutionsgarde
110 als Terrororganisation einsetzt.
- 111 • dass Amts- und Mandatsträger*innen der SPD verstärkter in den Kontakt mit
112 iranischen Oppositionellen und Aktivist*innen treten.

113 **Abschiebestopp - jetzt!**

114 Erst kürzlich sollten eine 17-jährige Schülerin und ihre Großmutter, beides Kurdinnen
115 aus dem Iran, über die Türkei in den Iran abgeschoben werden. Die Schülerin war bei
116 Solidaritäts-Protesten für die Menschen im Iran aktiv. Der iranische Geheimdienst
117 hatte eine Frau an ihrer Schule postiert, die Aufnahmen von den Protesten gemacht
118 hatte.

119 Die Asylanträge der beiden Frauen wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

120 als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Nur durch den starken, vor allem
121 medialen, Einsatz von Aktivist*innen, konnte die Abschiebung am Flughafen verhindert
122 werden. Solche Fälle sind nicht neu. Solidarisch mit den Frauen im Iran zu sein
123 heißt, sie nicht in den sicheren Tod zu schicken. Es liegt in der Verantwortung der
124 deutschen Politik, Menschen vor dem Terror zu schützen.

125 Auf zahlreichen Demonstrationen hier in Deutschland sind Handlanger des iranischen
126 Regimes unterwegs und schreiben sich Namen und Informationen von Demonstrierenden
127 auf. Diese Menschen müssen hier in Deutschland Repressionen am eigenen Leibe
128 erfahren, sowie Repressionen an Freund*innen oder Familienmitgliedern, die im Iran
129 leben. Auch bei eventuellen Einreisen oder Abschiebungen in den Iran droht ihnen die
130 Verhaftung und Repressionen durch iranische Behörden.

131 **Wir fordern daher:**

- 132 • einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran
- 133 • den Schutz für Exiliraner*innen und Angehörige, die auch hier in Deutschland von
134 Seiten des Mullah-Regimes verfolgt und bedroht werden.

135 **Patenschaftsprogramme stärken!**

136 Das Patenschaftsprogramm der Menschenrechtsorganisation "[HÁWAR.help](#)" vermittelt
137 Patenschaften für politisch Inhaftierte im Iran an Politiker*innen in Deutschland.
138 Bei den Inhaftierten handelt es sich um Menschen, die langjährige Haftstrafen
139 bekommen haben oder auch unmittelbar vor der Hinrichtung stehen. Bislang haben
140 zahlreiche Abgeordnete Patenschaften übernommen. Sie geben den Inhaftierten damit ein
141 Gesicht und eine Geschichte und lassen sie nicht zu einer bloßen Zahl in Statistiken
142 verkommen. Auch die Jusos und andere Partei-Jugenden sind nun Teil des
143 Patenschaftsprogramms. Die breite Unterstützung für das Patenschaftsprogramm ist sehr
144 erfreulich. Die Unterstützung muss in den nächsten Jahren weitergehen und noch weiter
145 ausgebaut werden. Die Zahl der inhaftierten Demonstrant*innen beläuft sich auf ca.
146 20.000 Menschen.

147 **Wir fordern daher:**

- 148 • eine dauerhafte Unterstützung der Patenschaften von Seiten der Politik!
- 149 • die Unterstützung und starke Zusammenarbeit von Jusos mit Organisationen wie
150 "Frau-Leben-Freiheit", [HÁWAR.help](#) und anderen Aktivist*innen, die sich mit dem
151 Thema beschäftigen.

152 **Zeit das Atomabkommen zu überdenken**

153 Im Juli 2015 wurde nach zwölf Jahren intensiver Verhandlungen, das Atomabkommen
154 (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) zwischen den USA, Russland, China,
155 Großbritannien, Frankreich, Deutschland und dem Iran geschlossen. Ziel war es, den
156 Iran daran zu hindern, eine Atombombe zu entwickeln und zur Atommacht zu werden.
157 Dafür wurden nukleare Aktivitäten stark eingeschränkt und im Gegenzug internationale
158 Wirtschaftssanktionen aufgehoben.

159 Der Iran musste daraufhin sein Atomprogramm drastisch reduzieren und stand unter

160 Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO). In vielen Teilen
161 Europas wurde das Atomabkommen als diplomatischer Erfolg bewertet, da man so die
162 nukleare Bedrohung durch den Iran dämmen und vermeintlich einen neuen Krieg im Nahen
163 Osten verhindert hätte. Für den Iran war der Deal auch von Vorteil, da sich so die
164 Wirtschaft des Landes verbessern konnte.

165 Dadurch, dass US-Präsident Donald Trump 2018 das Abkommen einseitig kündigte und die
166 Europäischen Ländern nicht in der Lage waren, die wirtschaftlichen Folgen für den
167 Iran abzumildern, hatte das erhebliche Folgen für das Abkommen. Europäische
168 Unternehmen zogen sich aus Angst vor US-Sanktionen aus dem Iran zurück, was die
169 wirtschaftliche Erholung im Land zum Erliegen brachte.

170 Für Deutschland ist das Festhalten am Abkommen schwierig, da man einerseits bisher
171 eine Politik des Dialogs und der wirtschaftlichen Verflechtung präferiert hat,
172 andererseits man politisch der USA und ihrem Vorgehen sehr nahe steht.

173 Zudem kommt, dass der Iran sich nach dem Rückzug der USA, begann sich schrittweise
174 aus seinen Verpflichtungen zurückzuziehen.

175 2019 hat die SPD beschlossen, weiterhin am Atomabkommen festzuhalten und den Dialog
176 aufrechtzuerhalten.

177 Im Oktober 2022, einem Monat nach dem Mord an Jina Amini, hat sich Saskia Esken für
178 ein Ende der Gespräche über das Atomabkommen ausgesprochen. In Anbetracht des
179 Vorgehens des Regimes gegen die eigene Bevölkerung, könne man so nicht weiter
180 verfahren.

181 Dass der Iran auch schon vorher brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgeht und nicht
182 erst seit 2022 ist kein Geheimnis. Genauso wenig wie die Machenschaften des Mullah-
183 Regimes in Hinblick auf den Nahen Osten und die Gefahr, die es für den einzigen
184 jüdischen Staat, Israel, darstellt.

185 Aus unserem Verbandsverständnis heraus, kann es keine ordentlichen Verhandlungen mit
186 diesem Terror-Regime geben.

187 **Wir fordern daher:**

- 188 • eine grundlegende Änderung in der Iran-Politik. Der Iran war letztes Jahr das
189 Land mit den meisten Hinrichtungen. Die Menschen im Iran brauchen die
190 Solidarität demokratischer Mächte und nicht das Terror-Regime. Das Atomkommen
191 muss überdacht werden und zwingend unter menschenwürdigen Umständen
192 funktionieren.

193 **So wie es war, darf es nie mehr werden**

194 Vor allem aus einer westlichen Perspektive wird der Iran vor der Islamischen
195 Revolution romantisiert. Mit Ausschnitten von Frauen, die mit offenen Haaren und
196 leicht bekleidet durch iranische Straßen und Parks, soll so der Eindruck einer freien
197 Gesellschaft vermittelt werden. Was diese Videos aber nicht zeigen, sind die fehlende
198 politische Teilhabe der breiten Bevölkerung und der repressive Polizeiapparat des
199 Shahs (des Königs) des Irans und der herrschenden Pahlavi-Dynastie, mit dem jegliche

200 Opposition unterdrückt werden sollte. Frauen hatten bis 1963 gar kein Wahlrecht. Der
201 Shah versprach der iranischen Bevölkerung Sicherheit und Wohlstand im "Tausch" für
202 eine autokratische Herrschaft seinerseits. Damals wie heute war die Quelle des
203 iranischen Wohlstands vor allem das Öl, welches damals an westliche Staaten verkauft
204 wurde. Nur war dieser Wohlstand keinesfalls gerecht verteilt. Während der Shah und
205 sein Umfeld in Palästen lebten, wohnten seine Untertanen im Land in Hütten und in
206 bitterer Armut.

207 Der gefürchtete Geheimdienst des Irans, der SAVAK, ging gnadenlos gegen diejenigen
208 vor, die die Herrschaft des Schahs hinterfragten. Das berüchtigte Evin-Gefängnis
209 diente schon vor der Islamischen Republik als das größte Gefängnis für die
210 politischen Häftlinge des SAVAK. Dazu gehörten Linke und Liberale genauso wie die
211 islamischen Kleriker, die nach der Revolution die Macht ergreifen sollten. Dort wurde
212 verhört, gefoltert und hingerichtet. Im Kontext des Kalten Krieges sah der "Westen"
213 im Iran einen wertvollen und starken Partner gegen die Sowjetunion und den
214 Kommunismus. Dazu war man gerne bereit, bis zuletzt über Menschenrechtsverletzungen
215 hinwegzusehen.

216 Wir Jusos wehren uns gegen eine Verklärung und Romantisierung des vorrevolutionären
217 Irans. Solch ein autoritärer Staat kann für uns keine positive Erinnerung sein.

218 **#JinJiyanAzadī - der Kampf endet nicht!**

219 Wir sind uns bewusst, dass die Mullahs im Iran und ihre Regierung derzeit leider zur
220 Realität gehören, der wir uns nicht verschließen dürfen. Umso mehr stehen wir an der
221 Seite derjenigen, die für einen demokratischen, gerechten und freien Iran kämpfen und
222 dafür auch ihr Leben geben. Wir stehen hinter der iranischen Demokratiebewegung und
223 den Kämpfer*innen der feministischen Revolution. Wir geben denen eine Stimme, ein
224 Gesicht und eine Geschichte, die vom Unrechtsregime der Mullahs ihrer Freiheit und
225 ihres Lebens beraubt wurden.

226 Wir stehen an der Seite derjenigen, die im Exil ihre Stimme gegen das Regime im Iran
227 erheben und für einen freien Iran protestieren.

Antrag E02: Für eine dauerhafte Sicherheit in Nahost

Sachgebiet:

E - Europa und Internationales

1 **Grundsätzlicher Zweck dieses Antrags**

2 Aus unserem internationalistischen Selbstverständnis brauchen wir nach dem Beschluss
3 des Bundeskongresses 2023, auf den viele Monate des Krieges in Gaza folgten, eine
4 weitere Analyse und Formulierung jungsozialistischer Ansprüche an lokale Akteure. Es
5 braucht eine inhaltliche Grundlage und Richtung für den Landesvorstand, um in Zukunft
6 öffentliche und parteiinterne Positionierungen mit starker demokratischer
7 Legitimierung zu ermöglichen. Es braucht eine Abkehr von Nullsummenspiel-Argumenten
8 in der öffentlichen Debatte, dass Kritik am Verhalten eines Akteurs einen anderen
9 Akteur implizit relativiert. So kann keine Debatte zur Verhinderung von menschlichem
10 Leid geführt werden.

11 Notwendiger Schutz für eine Gruppe kann nicht durch Kompromittierung des Schutzes
12 einer anderen Gruppe herbeigeführt werden. Es erfolgt bei den Jusos keine qualitative
13 Priorisierung oder Abstufung der Gefährlichkeit von Antisemitismus oder Rassismus.

14

15 **Die Verantwortung der Hamas**

16 Die Hamas trägt die Verantwortung für die Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023 als
17 Auslöser des Krieges. Die Massaker und Überfälle dieses Tages machen ihn zu dem
18 einschneidendsten und brutalsten Ereignis der israelischen Geschichte. Seit der Shoah
19 starben nicht mehr so viele Jüdinnen und Juden an nur einem einzigen Tag. Die Hamas
20 wurde in der Vorbereitung stark vom Iran unterstützt. Gemäß ihrer ideologischen
21 Grundlage, verfolgte die Hamas dabei kein rein militärisches Ziel, sondern richtete
22 sich gegen den israelischen Staat und Gesellschaft als Ganzes. Ihr Ziel war und ist
23 es, jüdisches Leben auszulöschen und den Staat Israel als einzigen jüdischen Staat
24 auf der Welt zu zerstören. Vermutlich war der israelische militärische Widerstand
25 geringer als die Hamas erwartet hatte. Nachdem Terroristen der Hamas die Grenzanlagen
26 nach Israel überwinden konnten, verübten sie unzählige Gräueltaten an der
27 israelischen Zivilbevölkerung aus antisemitischem Hass und verschleppten über 200
28 Menschen als Geiseln. [\[1\]](#) Sexualisierte Gewalt als systematischer Einsatz durch die
29 Hamas war dabei eine geplante und häufige Taktik. Wer diese Akte der sexualisierten
30 Gewalt als Waffe, wie sie am 07. Oktober durch die Hamas systematisch Anwendung fand,
31 relativiert oder sogar negiert, enttarnt den eigenen Antisemitismus. Jüdinnen müssen
32 immer Teil eines feministischen Kampfes gegen sexualisierte Gewalt sein. Wir lehnen
33 Narrative, die von einem Tag der "Freiheit" oder des "Widerstands" sprechen,
34 entschieden ab und verurteilen entsprechende Verharmlosungen als klar antisemitisch.

35 Die Hamas ist nicht nur eine Gefahr für den israelischen Staat, sondern auch für die
36 Bevölkerung des Gazastreifens selbst. Nachdem sie nach ihrer Machtübernahme 2007 die
37 demokratischen Systeme des Gazastreifens außer Kraft gesetzt hat, ist sie regelmäßig
38 in kriegerische Auseinandersetzung mit Israel eingetreten und nutzt dabei geschützte

39 Orte wie Schulen und Krankenhäuser zu ihren militärischen Zwecken, wodurch sie die
40 Zivilbevölkerung in Gefahr bringt. Diese Praktiken zeigen deutlich, dass die Hamas
41 nie die Interessen der Bevölkerung des Gazastreifens vertreten hat. Im Verlaufe des
42 aktuellen Krieges hortet sie Lebensmittel, die sie exklusiv eigenen Mitgliedern zur
43 Verfügung stellt, während die Bevölkerung unter massiver Lebensmittelknappheit
44 leidet.[\[2\]](#) Ein weiteres Merkmal des antisemitischen Terrors der Hamas ist der seit
45 Jahren kontinuierliche und wahllose Raketenbeschuss auf Israel sowie die
46 inakzeptablen und grausamen Geiselnahmen. Diese Handlungen verdeutlichen ihren
47 Charakter als antisemitische Terrorgruppe, und müssen jeden Mythos einer "legitimen
48 Widerstandsbewegung" entstellen.

49

50 **Handlungen der israelischen Regierung und der IDF**

51 Die israelische Regierung hat seit dem 7. Oktober 2023 Vorbereitung für die
52 Bodenoffensive getroffen. Ab dem 8. Oktober 2023 wurden gleichzeitig Lebensmittel-,
53 Strom- und Wassersperren gegen den gesamten Gazastreifen erhoben, die eine Woche
54 später auf großen Druck von der US-Regierung wieder aufgehoben wurden.[\[3\]](#)[\[4\]](#) Seit
55 dem 7. Oktober führt das israelische Militär unzählige Bombenangriffe durch, die
56 durch die hohe Bebauungsdichte im Gazastreifen zur völligen Zerstörung von
57 zahlreichen Gebäuden und wichtiger, ziviler Infrastruktur in großen Teilen des
58 Gazastreifens führt. Zudem wurden in diesem Zeitraum mehrmals Angriffe auf Konvois
59 und Räumlichkeiten von Hilfskräften in Gaza durchgeführt. Über mehrere Monate sind
60 alle Menschen im Gazastreifen in teils unterschiedlichen Zeiträumen extremer
61 Unterversorgung und Unterernährung ausgesetzt. Der IPC-Bericht des World Food Program
62 (WFP) spricht von unterschiedlichen Graden, aber einer grundsätzlich hohen und
63 andauernden Gefahr für eine Hungersnot. Der Bericht begründet die Nicht-
64 Klassifizierung der Situation im Gazastreifen als Hungersnot vor allem mit einer
65 unzureichende Datenlage [\[5\]](#). Eine Hungersnot ist im Sinne des WFP dann gegeben, wenn
66 Menschen beginnen, aufgrund von Unterernährung und ihren Begleiterscheinungen wie
67 Krankheiten in signifikantem Maße zu sterben.[\[6\]](#) Parallel dazu versagt die
68 medizinische Versorgung der Menschen, insbesondere in Rafah. Dort gibt es quasi keine
69 funktionierende Gesundheitsinfrastruktur mehr. Es gibt im ganzen Gazastreifen
70 grassierende, leicht übertragbare Krankheiten, die teilweise gar nicht mehr behandelt
71 werden können.[\[7\]](#)[\[8\]](#)

72 Bereits vor dem 07. Oktober war die Bevölkerung des Gaza Streifens in hohem Maße
73 abhängig von Hilfslieferungen, die über die von Israel kontrollierten Grenzübergänge
74 zu Ägypten per LKW ins Land gelangten. Infolge des Überfalls der Hamas am 07. Oktober
75 verhinderte die israelische Regierung die Lieferung der dringend benötigten
76 Hilfslieferungen. Obwohl der Internationale Gerichtshof (IGH) sie zur Verbesserung
77 der humanitären Situation und dem Zulassen von Hilfslieferungen aufforderte, ließ die
78 israelische Regierung im Februar etwas weniger als die Hälfte der beantragten
79 Hilfslieferung blockieren.[\[9\]](#)[\[10\]](#) Die beantragte Menge an Hilfsgütern wäre immer
80 noch deutlich weniger als vor dem 7. Oktober in den Gazastreifen geliefert wurde.[\[11\]](#)

81 Die israelische Regierung ließ zeitweise sogar Aktivisten gewähren, die einen der
82 Grenzübergänge, Kerem Shalom, blockierten, um durch Hunger als Druckmittel die
83 Geiseln von der Hamas freipressen zu können.[\[12\]](#) Der Krieg in dieser Form macht die
84 notwendige Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen unmöglich.

85 Seit Beginn der Bodenoffensive befinden sich immer mehr Menschen im Gazastreifen auf
86 der Flucht. Phasenweise sind es 1,5 Mio., also etwas mehr als 70% der knapp 2,1 Mio.
87 Gesamtbevölkerung. Ein Großteil der Menschen, die im Norden des Gazastreifens gelebt
88 haben, befinden sich zur Zeit viel weiter südlich, oft in Rafah und Umgebung. Eine
89 Aufnahme der Geflüchteten durch Ägypten ist weder für Ägypten noch für die Hamas eine
90 Option. Während Ägypten die Kosten und innenpolitische Herausforderungen durch die
91 Aufnahme der Geflüchteten fürchtet, ist es für die Hamas von Interesse, das Leid der
92 Zivilbevölkerung für die eigene Propaganda zu nutzen. Vor dem Hintergrund, das
93 bereits 11 israelische Kabinettsmitglieder sich mit einer Siedlerorganisation,
94 Nahalla, die den Gazastreifen wieder besiedeln will, assoziiert, droht eine
95 Zementierung der Zustände, sollte die Bevölkerung des Gaza Streifens durch Ägypten
96 Asyl erhalten.[\[13\]](#)

97 Bis 2005 wurde der Gazastreifen, der nach dem Sechstagekrieg 1967 von Israel besetzt
98 wurde, durch israelische Siedler*innen besiedelt. Der Abzug der Besatzung und die
99 Räumung der Siedlungen erfolgte durch Premierminister Scharon, damals noch Likud-
100 Mitglied. Die IDF musste durch die Garantie der Sicherheit der Siedlungen viele
101 Kräfte vor Ort bündeln und konnte ihre Hauptaufgabe, die Landesverteidigung, neben
102 der Sicherung der Siedlungen im Westjordanland, nicht mehr adäquat gewährleisten.[\[14\]](#)
103 Aus wahrscheinlich demselben Grund gab es keine adäquate Grenzsicherung am
104 Gazastreifen im Vorfeld des 7. Oktober.[\[15\]](#) Warnungen eines bevorstehenden Angriffes
105 wurden von der politischen und militärischen Führung Israels ignoriert.

106

107 **Kriegsführung der israelischen Regierung**

108 Die totale Blockade des Gazastreifens im Oktober und die dauerhafte Begrenzung der
109 Hilfsgüterlieferungen stellen den Versuch der israelischen Regierung dar, mit Hunger
110 und Durst als Druckmittel die Hamas zum Einlenken bzw. zur Geiselfreigabe zu zwingen.
111 [\[16\]](#) Dies wird mit einer extrem entmenslichenden Rhetorik von vielen Mitgliedern
112 der rechten bis rechtsextremen israelischen Regierung begleitet und gerechtfertigt.
113 [\[17\]\[18\]](#)

114 Die Demokratiebewegung in Israel, welche bereits vor dem 07. Oktober begründet wurde,
115 organisierte sich nach dem 07. Oktober durch das bewundernswerte Engagement vieler
116 Aktivist*innen aus politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einer
117 Hilfsnetzwerk und einer Protestbewegung. Seit fast einem Jahr gehen in ganz Israel
118 immer wieder zehntausende Menschen auf die Straße und demonstrieren für die
119 Freilassung der Geiseln und ein ernsthafteres Vorgehen der israelischen Regierung die
120 Geiseln über Verhandlungen zurück nach Hause zu bringen. Offen wird das Vorgehen des
121 israelischen Militärs und die Strategie und Narrative der israelischen Regierung von
122 den Aktivist*innen und Familien und Angehörigen der Geiseln kritisiert. Immer wieder

123 verweisen sie darauf, dass die Millit roperation die Geiseln nicht wiederbringen wird
124 und fordern ein grundlegend anderes vorgehen. Denn die Bodenoffensive geführt das
125 Leben der Geiseln selbst, wie immer wieder betont wird.

126 Es gab sogar den Fall, dass Geiseln direkt durch IDF-Soldaten getötet wurden.[\[19\]](#)
127 Etwa ein Drittel der Geiseln, die nach Gaza verschleppt wurden, sind bereits tot.[\[20\]](#)
128 Es gibt regelmäsig große Proteste, die teilweise von betroffenen Familien der
129 Geiseln initiiert werden. Diese Proteste kritisieren Netanjahu und seine Regierung
130 für die Strategie, die Zerstörung der Hamas über die Befreiung der Geiseln zu
131 priorisieren. Berater aus Netanjahus Umfeld bestätigen diese Annahme.[\[21\]](#) Aus
132 Solidarität mit den Familien der Geiseln und den Geiseln selbst ist eine
133 Unterstützung der Proteste in Israel notwendig. **Für uns gilt das Prinzip der**
134 **Gleichzeitigkeit der Geiselbefreiung und dem Ende der Bodenoffensive der IDF.**

135 Auch die Verh ltnism sigkeit der Luftsins tze der IDF ist nicht gegeben. Zwar
136 versteckt die Hamas sich und ihre Infrastruktur zum Teil hinter der Zivilbevölkerung
137 und steht damit deutlich außerhalb des Völkerrechts, was zur Anklage von Hamas-
138 Funktionären vor dem IStGH (Internationaler Strafgerichtshof) geführt hat. Um aber
139 die völkerrechtliche Legitimität für einen Angriff sicherzustellen, müsste die IDF
140 Evakuierungsbem hungen der Zivilist*innen zeigen. Unangekündigte Bombenangriffe
141 stehen dem entgegen. Die israelischen Militäraktionen im Gazastreifen können seit
142 längerem als Teil einer systematischen und gezielten Taktik der Tötung, die weit über
143 legitime Verteidigung hinausgeht, beschrieben werden. Diese Beschreibungen beziehen
144 sich auf die Zielerfassung mittels eines KI-Systems, die mit stumpfen
145 Wahrscheinlichkeiten und niedrigen Schwellen zum Teil abstruse Ziele generiert.[\[23\]](#)
146 [\[24\]](#) Diese Zielgeneration geht weit über Abschussbasen von Raketen oder Waffenlagern
147 hinaus.

148 Es werden sogenannte "Power targets" durch dieses KI-System der IDF generiert, wo ein
149 Hamas-Kommandeur oder Funktionär mit niedrigem Rang in einem hohen oder großen
150 Gebäude reicht, um das gesamte Gebäude per Luftangriff zu zerstören. Quellen aus der
151 IDF zufolge geschieht dies als Strategie, um den Rückhalt der Hamas in der
152 Bevölkerung zu schwächen, unter der Inkaufnahme von teilweise über hundert zivilen
153 Toten. Eine Legitimierung solcher Luftangriffe ohne realistische
154 Evakuierungsbem hungen kommt für uns nicht in Frage, insbesondere dann nicht, wenn
155 die Verh ltnism sigkeit von zivilen Toten so missachtet wird. Diese Art der
156 Bekämpfung einer terroristischen Gruppe ist eine Form der Extrajudicial Killings, wie
157 wir sie aus Afghanistan kennen, nur mit viel geringerer Zielsicherheit,
158 Verh ltnism sigkeit und mit massivem Schaden an der zum Teil überlebenswichtigen
159 Infrastruktur. Recherchen von CNN und der New York Times zeigen, dass in zwei
160 Gefangenencamps in Israel Folter und sexualisierte Gewalt stattfindet. Offene
161 Auseinandersetzungen über diese Zustände hatten zuletzt auch Festnahmen von Soldaten
162 zur Folge. Ben Gvir forderte den offenen Rechtsbruch für die beschuldigten Soldaten
163 und zementiert damit die Entmenschlichung.

164

165 **Kriegsziele der israelischen Regierung**

166 Die Umsetzung des israelischen Kriegsziels, der Zerstörung der Hamas, ist fraglich.
167 Die Kampfbrigaden der Hamas sind im Norden Gazas, wo der Kampf bereits stattgefunden
168 hat und Infrastruktur zerstört wurde, teilweise wieder aktiv.[\[25\]](#) Die Schwächung der
169 militärischen Fähigkeiten der Hamas ist nicht mit aktuellen Mitteln auf das
170 offizielle Kriegsziel erweiterbar. Es gibt keine erkennbare Strategie der
171 israelischen Regierung, die eine Beseitigung der Gefahr durch die Hamas möglich
172 macht.[\[26\]](#) Bei einer unveränderten Strategie wird die Hamas ideologisch nicht
173 besiegt. Gibt es keine Besetzung des Gaza-Streifens, ist zu erwarten, dass die Hamas
174 oder eine Nachfolgeorganisation in wenigen Jahren ihre Kampfbrigaden voll aufgestellt
175 und Raketenabschussbasen sowie weitere Infrastruktur wiederaufgebaut hat. Dies
176 passiert mit finanziellen und materiellen Ressourcen aus dem Ausland, die die Hamas
177 jetzt wahrscheinlich sogar mehr hat als vor dem 7. Oktober. Dann ist Israel wieder im
178 gleichen Bedrohungsszenario wie vor dem Krieg, mit einer vermutlich noch stärkeren
179 Hamas. Um weitere sinnlose Opfer zu vermeiden, ist eine Beendigung des Krieges
180 notwendig. Auf internationaler Ebene ist es unerlässlich, die Hamas klar und
181 konsequent abzulehnen und koordinierte Maßnahmen zu ergreifen, um sie gemeinsam mit
182 ihren Unterstützern zu ächten. Nur durch eine entschlossene internationale
183 Zusammenarbeit kann es gelingen, die Strukturen der Hamas zu destabilisieren, ihre
184 Einflussnahme zu verringern und damit den betroffenen Bevölkerungen die Möglichkeit
185 zu geben, sich aus der Gewalt und Unterdrückung zu befreien.

186 Einige Kabinettsmitglieder wie Ben-Gvir präferieren dagegen offenbar eine Besetzung
187 mit Besiedlung. Dann droht eine Zementierung der Flucht und damit eine de facto
188 Vertreibung von 1-2 Millionen Menschen. Ein solcher Zustand würde den Stopp der
189 internationalen Unterstützung der Hamas durch diplomatischen Druck unmöglich machen.
190 Die Hamas wäre personell, materiell und finanziell wahrscheinlich sogar besser als
191 vor dem Krieg ausgestattet. Eine Wiederbesiedlung des Gazastreifens lehnen wir aus
192 Gründen der Vertreibung von Palästinenser*innen und Sicherheit für Israelis vehement
193 ab. Es braucht stattdessen den diplomatischen Druck zur Beendigung der
194 internationalen Unterstützung der Hamas.

195

196 **Kriegsführung der terroristischen Hamas und ihrer Verbündeten**

197 Die Kriegsführung der Hamas geht weit über die Gräueltaten des 07. Oktober hinaus.
198 Die Ermordungen, Plünderungen, sexualisierte Gewalt und die Verschleppungen wurden
199 von den Terroristen teilweise über Stunden live ins Internet übertragen. Die
200 Terroristen waren mit GoPros ausgestattet um die Bilder teilweise in Echtzeit zu
201 übertragen. Diese grausame Zurschaustellung der unvorstellbaren Gewalt war und ist
202 Teil der Kriegsstrategie der Hamas. So sollten die Aufnahmen das antisemitische
203 Narrativ nähren und die Täter schmückten sich regelrecht mit ihren entmenschlichenden
204 Handlungen. Diese Form der digitalen Kriegsführung und des Kriegs der Bilder ist
205 seitdem nicht abgerissen. So kursieren noch heute immer wieder Bilder von den
206 Verschleppungen und israelischen Opfern sexualisierter Gewalt, die Angehörigen können

207 nichts dagegen unternehmen, dass ihre Liebsten so vor aller Welt vorgeführt werden.
208 Dabei nutzen die Hamas sowohl Social Media, als auch Messengerdienste wie Telegram.
209 So wurde Anfang September die Ermordung von Hersch Goldberg-Polin, Carmel Hat, Almog
210 Sarussi, Ori Danino, Eden Yerushalmi und Alexander Lobanov durch die Hamas mit ins
211 Netz gestellten Videoaufnahmen der Geiseln, die alle am 07. Oktober 2023 in den
212 Gazastreifen verschleppt worden waren, inszeniert. Alle sechs Geiseln waren fast ein
213 Jahr lang unter unvorstellbaren Bedingungen Gefangene der Hamas, bevor sie
214 hingerichtet wurden nur kurz bevor Kräfte der IDF zu ihnen gelangten. So nutzen die
215 Hamas die Geiseln immer wieder als Druckmittel und damit effektiv als Spielball. Die
216 Leben der Zivilist*innen sind ihnen gleichgültig, sie nutzen sie nur zur Inszenierung
217 und als Druckmittel. Eine weitere Methode der Terroristen ist die Inszenierung vom
218 Feind mittels eines roten Dreiecks. Über Social Media, etwa bei TikTok und Instagram,
219 wird dieses Symbol der Hamas salonfähig und findet zunehmend Eingang in Content von
220 sich als pro-palästinensisch verstehenden Aktivist*innen. Schon alleine die
221 Geiselnahme an sich ist völkerrechtswidrig und steht symbolisch für das Vorgehen der
222 Hamas als Terrororganisation. Ihr Krieg der Bilder im Internet ist überdies ebenso
223 als Kriegsverbrechen zu verstehen. (Fußnote:
224 [https://www.nytimes.com/2024/09/04/world/](https://www.nytimes.com/2024/09/04/world/middleeast/hamas-hostage-videos.html) middleeast/hamas-hostage-videos.html) Auch
225 die palästinensische Zivilbevölkerung ist für die Hamas nur ein Druckmittel. Neben
226 dem Horten überlebensnotwendiger Lebensmittel nutzen die Hamas immer wieder auch
227 Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde, eine Strategie, die nicht erst seit dem
228 07. Oktober bekannt ist. Sich solidarisch mit dem palästinensischen Wunsch nach einem
229 eigenen Staat und der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu verstehen
230 darf niemals eine Verharmlosung der Hamas bedeuten. Denn die Hamas scheren sich nicht
231 um die Palästinenser*innen; ihr erklärtes Ziel ist die endgültige Zerstörung Israels
232 und allen jüdischen Lebens. Daher haben die Hamas auch wichtige Verbündete etwa im
233 Mullah-Regime im Iran und der Hisbollah. Sie agieren nicht alleine, sondern haben ein
234 ganzes Netzwerk an Unterstützer*innen, die ihr Ziel der Zerstörung Israels und allen
235 jüdischen Lebens teilen.

236

237 **Sicherheit durch Nachbarn**

238 Der Annäherungsprozess zwischen Israel und den Staaten in der Region ist durch den
239 Krieg nahezu zum Stillstand gekommen. Genau dieser Annäherungsprozess mit Jordanien
240 und Ägypten hat aber in der Vergangenheit erst dafür gesorgt, dass die Bedrohung
241 durch die beiden Länder für die Sicherheit Israels quasi verschwunden ist. Dass ein
242 Land wie Ägypten, das mehrfach Krieg gegen Israel geführt hat, heute als Vermittler
243 zwischen der Hamas und Israel auftreten kann, ist ein starkes Zeichen für die Kraft
244 der Diplomatie. Am 13.-14. April 2024 gab es einen großen Luftangriff des Irans auf
245 Israel mit hunderten Drohnen und Raketen. Viele Drohnen und Raketen wurden bereits
246 unter anderem im jordanischen Luftraum von der jordanischen und französischen
247 Luftwaffe abgefangen. Der iranische Angriff zeigt, dass Jordanien sogar proaktiv zu
248 Israels Sicherheit beitragen kann. Dass Jordanien Flugabwehr gegen iranische Raketen
249 und Flugdrohnen geleistet hat, ist großes Glück für Israel, denn die jordanische

250 Regierung steht unter hohem innenpolitischen Druck, sich klar gegen Israel zu
251 stellen.[\[27\]](#)

252 Es sind diese Beziehungen, die neben dem starken israelischen Militär und einer
253 konsequenten Unterstützung durch die USA für Israels Sicherheit nach außen sorgen.
254 Deutschland als wichtiger Bündnispartner enthielt sich etwa in der UN zuletzt
255 wiederholt bei Resolutionen zu Israel - die Partnerschaft ist aufgrund des Krieges
256 mehr als angespannt. Und auch US-Präsident Biden hat wiederholt öffentlich und
257 offensiv eine andere Strategie der israelischen Regierung gefordert. Die US-
258 amerikanischen Bemühungen in Verhandlungen einen Waffenstillstand zu erreichen
259 beweisen das aktive Handeln der Partner*innen Israels für ein Ende des Krieges.

260

261 **Entwicklungen im Westjordanland**

262 Kurz nach dem 7. Oktober ließ der israelische Minister Ben Gvir kostenlos
263 Schusswaffen an Siedlergruppen im Westjordanland verteilen. Er erteilte auch im
264 großen Stil Waffenlizenzen, insbesondere in Siedlungen, in Grenznähe oder in Städten
265 mit einer größeren arabischen Minderheit.[\[28\]](#) Die Gewalt der Siedlergruppen ist
266 seitdem massiv angestiegen. Die Vertreibung von palästinensischen Menschen und die
267 Besiedlung im Westjordanland wird stark intensiviert. Landannexionen durch Israel
268 sind völkerrechtswidrig und zementieren den Landraub für in Teilen rechtsradikale
269 Siedler.[\[29\]](#) Die Siedlungen sind völkerrechtswidrig und weder in ihrem aktuellen
270 Ausmaß hinnehmbar noch in einer weiteren Ausdehnung. Unsere israelischen
271 Partner*innen kritisieren die völkerrechtswidrigen Siedlungen seit Jahren und setzen
272 sich innenpolitisch gegen die Siedlungspolitik ein. Wir verstehen uns solidarisch mit
273 ihnen. Der dauerhafte rassistische Zustand der juristischen Zweiklassengesellschaft
274 zwischen Israelis und Nicht-Israelis in Teilen von Jerusalem und dem Westjordanland
275 muss enden.

276 Es sind Konsequenzen seitens der Bundesregierung gegenüber diesem juristischen
277 Zustand und neuen Siedlungen mit ihren Spitzenkräften und politischen Befürwortern im
278 Einklang mit unseren BDS-Beschlüssen erforderlich.

279

280 **Unsere Rolle als Verband**

281 Die Geschichte des Nahostkonfliktes ist lang und komplex. Weder dieser Antrag noch
282 eine andere Juso-Beschlusslage vermag es die verschiedenen Narrative und ihre
283 jeweilige Berechtigung vollends zu erfassen. Dem sind wir uns bewusst und verstehen
284 unsere Positionierung deshalb vor allem als Ausdruck der Notwendigkeit, dass wir
285 innerverbandlich einen Weg für offene Diskussionsräume finden müssen und wollen. Wir
286 weigern uns die politische Debatte über den Nahostkonflikt im Verband zu
287 verunmöglichen aus Sorge vor kontroversen Auseinandersetzungen. Für uns gilt deshalb
288 der Grundsatz: Gemeinsam wollen wir uns über Antisemitismus und Rassismus
289 weiterbilden, denn auch wenn wir unterschiedliche Perspektiven auf den Nahostkonflikt
290 durchaus aushalten wollen: Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserem Verband und

291 unseren Diskussionen keinen Raum einnehmen.

292

293 **Die deutsche Debatte**

294 Dass jüdische Studierende in Deutschland, und auch an Universitäten in NRW, aus Sorge
295 vor antisemitischen Übergriffen sich nicht mehr trauen an Lehrveranstaltungen
296 teilzunehmen, ist nicht einfach nur Grund zur Sorge, sondern inakzeptabel. Die
297 Berichte über antisemitische Schmierereien etwa an der HHU in Düsseldorf, einem
298 antisemitischen Bücherverkauf in Münster, dem Beschmieren von Fassaden mit dem roten
299 Dreieckssymbol der Hamas oder das Doxing von Jüdinnen* Juden sind nur die Spitze des
300 Eisbergs antisemitischer Vorgänge an deutschen Universitäten und Hochschulen. Und die
301 aufgeheizte Stimmung macht auch gesamtgesellschaftlich nicht Halt. Die Fälle
302 antisemitischer Straftaten und Übergriffe wächst und wächst auf einen historischen
303 Höchststand. Wenn Jüdinnen und Juden etwa wiederholt für die aktuelle Situation in
304 Israel und dem Gazastreifen verantwortlich gemacht werden, ist das Antisemitismus.
305 Wenn aus vermeintlicher Solidarität mit der palästinensischen Sache die Gräueltat des 7.
306 Oktober als sogenannter ‚legitimer Widerstand‘ begriffen werden, ist das
307 Antisemitismus. Und wenn Synagogen und jüdische Einrichtungen und Geschäfte
308 beschmiert, angegriffen und Ort von gewaltvollen Angriffen werden, ist das
309 Antisemitismus. Dieser Antisemitismus war noch nie aus der deutschen Gesellschaft
310 verschwunden, er bricht sich zurzeit jedoch so hart wie lange nicht zu Tage.
311 Gleichzeitig ist auch eine Verrohung gegenüber palästinensisch gelesenen Menschen
312 sowie muslimisch gelesenen Menschen wahrzunehmen. So unterstellen etwa pauschale
313 Forderungen an muslimische Menschen in Deutschland sich von der Hamas zu distanzieren
314 alle sich dem Islam zugehörigen Menschen würden die Machenschaften der Terroristen
315 befürworten. Dies ist nicht nur faktisch einfach falsch, sondern folgt schlichtweg
316 rassistischen Narrativen.

317 Die zu beobachtende antisemitische Radikalisierung in Deutschland ist inakzeptabel
318 und schrecklich. Wir unterstützen das Betätigungsverbot gegen die Hamas und Samidoun
319 in Deutschland. Wir verurteilen Süßigkeitenverteilungen und andere Feierlichkeiten
320 aufgrund von Terrorangriffen scharf.

321 Wir verurteilen die Versuche beispielsweise aus der Union, den Antrag auf
322 internationalen Haftbefehl für Teile der israelischen Regierung schon im Grundsatz zu
323 delegitimieren.[\[33\]](#) Die Gleichzeitigkeit des Haftantrages von Hamas Funktionären und
324 Teilen der israelischen Regierung ist kein qualitativer Vergleich der vorgeworfenen
325 Verbrechen.

326 Es braucht außerdem einen Stopp der Versuche der Bundesregierung, die Bearbeitung des
327 Haftbefehlsantrags gegen Netanjahu und Gallant zu verzögern.[\[34\]](#)

328 Kriterien für wissenschaftliche Förderanträge zur Person außerhalb des Strafrechts
329 lehnen wir als Methode zur Bekämpfung von Diskriminierung grundsätzlich ab. Diese Art
330 der Methodik ist extrem anfällig für Machtmissbrauch und Selbstzensur.

331 Wir erkennen an, dass es antisemitismusfreie Proteste gibt, die sich für die

332 Palästinenser*innen einsetzen. Wir erkennen die Gefahr, dass eine voreingenommene
333 Haltung hier rassistische Merkmale aufweisen kann. Ein Trend zu einer Protestform wie
334 einem Camp allein zeigt noch keine organisatorische Zusammenarbeit und rechtfertigt
335 keine Verallgemeinerung. Ein Protestcamp in einer Stadt kann antisemitische Haltungen
336 vertreten, ein anderes parallel dazu oder in einer anderen Stadt nicht. Ebenso
337 erkennen wir an, dass Israelsolidarische Aktionen zur Zeit häufig nur unter
338 verschärftem Polizeischutz stattfinden können. Eine israelsolidarische Bewegung ist
339 nicht gleichzusetzen mit jenen, die das Leid des aktuellen Krieges relativieren.

340

341 **Konsequenzen**

342 Die Sicherheit Israels muss, insbesondere gegenüber der Hamas und dem Iran,
343 garantiert werden.

344 Auf dem Bundeskongress 2012 haben wir beschlossen, dass die politische Entmachtung
345 der Hamas unser Ziel ist. Das bedeutet die Unfähigkeit zu jeder politischen oder
346 terroristischen Handlung und/oder Auflösung dieser Gruppe. Um solch eine Isolation zu
347 erreichen, braucht es vor allem eine Trockenlegung von Finanz- und Waffenströmen aus
348 dem Ausland und eine politische und wirtschaftliche Perspektive der palästinensischen
349 Bevölkerung. Alle terroristischen Gruppen, die aus mangelnder politischer
350 Partizipation von großen Gruppen entstanden sind und die heute keine Anschläge mehr
351 verüben, konnten in die Entwaffnung und Auflösung gedrängt werden, wenn es eine echte
352 politische Partizipationsmöglichkeit und keine signifikante Entrechtung der
353 entsprechenden Minderheit mehr gab. Eine solche Lösung muss weiterhin das Ziel
354 unseres politischen Handelns und das der Bundesregierung sein.

355 Seit dem Jahreswechsel 2023/2024 liefert Deutschland kaum noch nennenswerte Mengen an
356 Kriegsmaterial an Israel^[37]. Über die Zahl der Anträge auf Ausfuhr von
357 Rüstungsgütern informiert die Bundesregierung nicht. Eine bewusste Reduktion ist
358 somit nicht eindeutig feststellbar. Es braucht maximalen Druck zur Beendigung des
359 Krieges, dessen Ende wir anstreben. Da die Sicherheit der Menschen in Israel
360 weiterhin durch den Iran und die Hisbollah bedroht ist, braucht es andere Wege des
361 militärischen Schutzes durch westliche Staaten. Wege, die nicht die Sicherheit der
362 Menschen im Gazastreifen gefährden. Diese Haltung wollen wir auch explizit in die SPD
363 tragen.

364 Wir schließen uns den Forderungen des Netzwerks feministische Außenpolitik in der SPD
365 für eine Nachkriegsordnung im Gazastreifen an. Es braucht nach dem Krieg einen
366 Wiederaufbau der lebenswichtigen Infrastruktur im Gazastreifen und ein robustes
367 Wirtschaftssystem, das dauerhaft ein Existenzminimum und langfristige Perspektiven
368 für die Menschen vor Ort gewährleistet. Wir lehnen die Politisierung von
369 existenzsichernder humanitärer Hilfe ab. Es braucht darüber hinaus internationale
370 Unterstützung für eine Beweissammlung der sexualisierter Gewalt der Hamas und der IDF
371 und entsprechende Anklagen.

372 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, alle internationalen Gerichtsurteile

373 vorbehaltlos umzusetzen und mit Maßnahmen im Sinne der Urteile zu unterstützen.

374 =====

375 [\[1\]](#)

376 [https://www.hrw.org/news/2023/10/09/israel/palestine-devastating-civilian-toll-](https://www.hrw.org/news/2023/10/09/israel/palestine-devastating-civilian-toll-parties-flout-legal-obligations)
377 [parties-flout-legal-obligations](https://www.hrw.org/news/2023/10/09/israel/palestine-devastating-civilian-toll-parties-flout-legal-obligations)

378 [\[2\]](#)

379 <https://www.nytimes.com/2023/10/27/world/middleeast/palestine-gazans-amas-food.html>

380 [\[3\]](#)

381 [https://www.spiegel.de/ausland/israel-stellt-wasserversorgung-im-sueden-des-](https://www.spiegel.de/ausland/israel-stellt-wasserversorgung-im-sueden-des-gazastreifens-wieder-her-a-5006e23c-1e59-4f08-a443-68aec19b7dc5)
382 [gazastreifens-wieder-her-a-5006e23c-1e59-4f08-a443-68aec19b7dc5](https://www.spiegel.de/ausland/israel-stellt-wasserversorgung-im-sueden-des-gazastreifens-wieder-her-a-5006e23c-1e59-4f08-a443-68aec19b7dc5)

383 [\[4\]](#)

384 [https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/gazastreifen-blockade-israel-amas-](https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/gazastreifen-blockade-israel-amas-angriff)
385 [angriff](https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/gazastreifen-blockade-israel-amas-angriff)

386 [\[5\]](#)

387 [https://www.ipcinfo.org/fileadmin/user_upload/ipcinfo/docs/IPC_Famine_Review_Committee](https://www.ipcinfo.org/fileadmin/user_upload/ipcinfo/docs/IPC_Famine_Review_Committee_Report_Gaza_June2024.pdf)
388 [e_Report_Gaza_June2024.pdf](https://www.ipcinfo.org/fileadmin/user_upload/ipcinfo/docs/IPC_Famine_Review_Committee_Report_Gaza_June2024.pdf)

389 [\[6\]](#)<https://de.wfp.org/hunger-beenden>

390 [\[7\]](#)

391 [https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/WHO_WHO_oPt_Operational_Plan_April_](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/WHO_WHO_oPt_Operational_Plan_April_2024.pdf?ua=1)
392 [2024.pdf?ua=1](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/WHO_WHO_oPt_Operational_Plan_April_2024.pdf?ua=1)

393 [\[8\]](#)https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep_-_issue_37b.pdf

394 [\[9\]](#)

395 [https://www.theguardian.com/world/2024/feb/10/israel-appears-to-be-in-breach-of-icj-](https://www.theguardian.com/world/2024/feb/10/israel-appears-to-be-in-breach-of-icj-orders-on-gaza-senior-un-official-says)
396 [orders-on-gaza-senior-un-official-says](https://www.theguardian.com/world/2024/feb/10/israel-appears-to-be-in-breach-of-icj-orders-on-gaza-senior-un-official-says)

397 [\[10\]](#)

398 [https://edition.cnn.com/2024/03/01/middleeast/gaza-aid-israel-restrictions-](https://edition.cnn.com/2024/03/01/middleeast/gaza-aid-israel-restrictions-investigation-intl-cmd/index.html)
399 [investigation-intl-cmd/index.html](https://edition.cnn.com/2024/03/01/middleeast/gaza-aid-israel-restrictions-investigation-intl-cmd/index.html)

400 [\[11\]](#)<https://www.zeit.de/gesundheit/2023-11/humanitaere-situation-gaza-who-ngo>

401 [\[12\]](#)

402 [https://edition.cnn.com/2024/03/08/middleeast/gaza-israelis-aid-trucks-](https://edition.cnn.com/2024/03/08/middleeast/gaza-israelis-aid-trucks-protests/index.html)
403 [protests/index.html](https://edition.cnn.com/2024/03/08/middleeast/gaza-israelis-aid-trucks-protests/index.html)

404 [\[13\]](#)

405 [https://www.theguardian.com/world/2024/jan/29/israeli-ministers-attend-conference-](https://www.theguardian.com/world/2024/jan/29/israeli-ministers-attend-conference-calling-for-voluntary-migration-of-palestinians)
406 [calling-for-voluntary-migration-of-palestinians](https://www.theguardian.com/world/2024/jan/29/israeli-ministers-attend-conference-calling-for-voluntary-migration-of-palestinians)

407 [\[14\]](#)

408 [https://www.fr.de/politik/netanjahu-israel-besiedlung-gazastreifens-trauemerei-](https://www.fr.de/politik/netanjahu-israel-besiedlung-gazastreifens-trauemerei-radikalen-rechten-92762847.html)
409 [radikalen-rechten-92762847.html](https://www.fr.de/politik/netanjahu-israel-besiedlung-gazastreifens-trauemerei-radikalen-rechten-92762847.html)

410 [\[15\]](#)<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-armee-amas-angriff-100.html>

- 411 [\[16\]https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza](https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza)
- 412 [\[17\]](#)
- 413 [https://www.timesofisrael.com/smotrich-it-may-be-justified-to-starve-2-million-](https://www.timesofisrael.com/smotrich-it-may-be-justified-to-starve-2-million-gazans-but-world-wont-let-us/)
- 414 [gazans-but-world-wont-let-us/](https://www.timesofisrael.com/smotrich-it-may-be-justified-to-starve-2-million-gazans-but-world-wont-let-us/)
- 415 [\[18\]](#)
- 416 [https://www.zeit.de/2024/03/voelkermord-klage-israel-gazastreifen-suedafrika-](https://www.zeit.de/2024/03/voelkermord-klage-israel-gazastreifen-suedafrika-krieg/seite-2)
- 417 [krieg/seite-2](https://www.zeit.de/2024/03/voelkermord-klage-israel-gazastreifen-suedafrika-krieg/seite-2)
- 418 [\[19\]https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-geiseln-getoetet-102.html](https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-geiseln-getoetet-102.html)
- 419 [\[20\]https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-geiseln-tot-100.html](https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-geiseln-tot-100.html)
- 420 [\[21\]](#)
- 421 [https://www.timesofisrael.com/israel-wont-end-war-for-deal-to-free-all-hostages-pms-](https://www.timesofisrael.com/israel-wont-end-war-for-deal-to-free-all-hostages-pms-aide-said-to-tell-families/)
- 422 [aide-said-to-tell-families/](https://www.timesofisrael.com/israel-wont-end-war-for-deal-to-free-all-hostages-pms-aide-said-to-tell-families/)
- 423 [\[22\]https://docs.google.com/document/d/1ayfutoMsaTsuhk1ldzH9l7DmAv9WqNtZ/mobilebasic](https://docs.google.com/document/d/1ayfutoMsaTsuhk1ldzH9l7DmAv9WqNtZ/mobilebasic)
- 424 [\[23\]](#)
- 425 [https://www.derstandard.de/story/3000000198169/waehlt-tatsaechlich-ein-ki-system-die-](https://www.derstandard.de/story/3000000198169/waehlt-tatsaechlich-ein-ki-system-die-ziele-israels-im-gaza-krieg-aus)
- 426 [ziele-israels-im-gaza-krieg-aus](https://www.derstandard.de/story/3000000198169/waehlt-tatsaechlich-ein-ki-system-die-ziele-israels-im-gaza-krieg-aus)
- 427 [\[24\]](#)
- 428 [https://www.theguardian.com/world/2023/dec/01/the-gospel-how-israel-uses-ai-to-](https://www.theguardian.com/world/2023/dec/01/the-gospel-how-israel-uses-ai-to-select-bombing-targets)
- 429 [select-bombing-targets](https://www.theguardian.com/world/2023/dec/01/the-gospel-how-israel-uses-ai-to-select-bombing-targets)
- 430 [\[25\]](#)
- 431 [https://edition.cnn.com/interactive/2024/08/middleeast/gaza-israel-hamas-battalions-](https://edition.cnn.com/interactive/2024/08/middleeast/gaza-israel-hamas-battalions-invs-intl/)
- 432 [invs-intl/](https://edition.cnn.com/interactive/2024/08/middleeast/gaza-israel-hamas-battalions-invs-intl/)
- 433 [\[26\]](#)
- 434 [https://www.timesofisrael.com/idf-chief-said-to-unbraid-netanyahu-for-failing-to-lay-](https://www.timesofisrael.com/idf-chief-said-to-unbraid-netanyahu-for-failing-to-lay-out-post-war-plan-for-gaza/)
- 435 [out-post-war-plan-for-gaza/](https://www.timesofisrael.com/idf-chief-said-to-unbraid-netanyahu-for-failing-to-lay-out-post-war-plan-for-gaza/)
- 436 [\[27\]](#)
- 437 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/jordanien-israel-plaestinenser-iran-100.html>
- 438 [\[28\]](#)
- 439 [https://www.tagesschau.de/ausland/rechtsextreme-krieg-nahost-israel-gaza-hamas-](https://www.tagesschau.de/ausland/rechtsextreme-krieg-nahost-israel-gaza-hamas-100.html)
- 440 [100.html](https://www.tagesschau.de/ausland/rechtsextreme-krieg-nahost-israel-gaza-hamas-100.html)
- 441 [\[29\]](#)
- 442 [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/igh-israels-besatzung-im-westjordanland-](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/igh-israels-besatzung-im-westjordanland-voelkerrechtswidrig-19867250.html)
- 443 [voelkerrechtswidrig-19867250.html](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/igh-israels-besatzung-im-westjordanland-voelkerrechtswidrig-19867250.html)
- 444 [\[30\]https://www.deutschlandfunk.de/israel-justizreform-netanyahu-100.html](https://www.deutschlandfunk.de/israel-justizreform-netanyahu-100.html)
- 445 [\[31\]](#)
- 446 [https://edition.cnn.com/2024/05/10/middleeast/israel-sde-teiman-detention-](https://edition.cnn.com/2024/05/10/middleeast/israel-sde-teiman-detention-whistleblowers-intl-cmd/index.html)
- 447 [whistleblowers-intl-cmd/index.html](https://edition.cnn.com/2024/05/10/middleeast/israel-sde-teiman-detention-whistleblowers-intl-cmd/index.html)
- 448 [\[32\]](#)
- 449 <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-07-30/ty-article/.premium/idf-move-troops->

- 450 [to-base-where-mob-protested-arrest-of-soldiers-for-abusing-gaza-detainee/00000191-](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nahost-konflikt-antrag-haftbefehl-internationaler-straengerichtshof-netanjahu-hamas-100.html)
451 [008a-d643-a1d1-b88eb6730001](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nahost-konflikt-antrag-haftbefehl-internationaler-straengerichtshof-netanjahu-hamas-100.html)
- 452 [\[33\]](#)
453 [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nahost-konflikt-antrag-haftbefehl-](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nahost-konflikt-antrag-haftbefehl-internationaler-straengerichtshof-netanjahu-hamas-100.html)
454 [internationaler-straengerichtshof-netanjahu-hamas-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nahost-konflikt-antrag-haftbefehl-internationaler-straengerichtshof-netanjahu-hamas-100.html)
- 455 [\[34\]https://sz.de/lux.7RQq8xBv5gznqhJmXXZ9Zd](https://sz.de/lux.7RQq8xBv5gznqhJmXXZ9Zd)
- 456 [\[35\]](#)
457 [https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-](https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-state)
458 [arrest-warrants-situation-state](https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-state)
- 459 [\[36\]](#)
460 [https://www.bundestag.de/resource/blob/992664/3b8ffc5891cf570ba0404a444567f0fe/WD-5-](https://www.bundestag.de/resource/blob/992664/3b8ffc5891cf570ba0404a444567f0fe/WD-5-004-24-pdf.pdf)
461 [004-24-pdf.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/992664/3b8ffc5891cf570ba0404a444567f0fe/WD-5-004-24-pdf.pdf)
- 462 [\[37\]](#)
463 [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland-israel-kriegswaffen-exporte-](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland-israel-kriegswaffen-exporte-100.html)
464 [100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland-israel-kriegswaffen-exporte-100.html)

Weitere Antragsteller*innen

UB Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Euskirchen, UB Gelsenkirchen

Antrag F01: Kein Platz für Antifeminismus - Incels den Kampf ansagen!

Sachgebiet: F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Inhaltswarning: Gewalt, Antifeminismus, Sexismus, Antisemitismus
2 Der Weg in die Bewegung beginnt für Männer meist mit der Suche nach anderen,
3 frustrierten Gleichgesinnten, die keine Partnerin finden. In der Regel steigert sie
4 sich zu extremem Frauenhass und endet im schlimmsten Fall in Femiziden. In den
5 letzten Jahren hat sich die Wirkung des vormaligen Internet Phänomens nach und nach
6 auch in die echte Welt verlagert und immer mehr Männer zählen sich zu den "Incels".
7 Die "Incels" (aus dem Englischen "involuntary celibate") sind eine antifeministische
8 Bewegung, die ihre Wurzeln im Internet hat.

9 **Ursprünge der Ideologie**

10 Die Bewegung hat ihren Ursprung in einer Selbsthilfegruppe, die 1997 von Alana, einer
11 queeren kanadischen Studentin, gegründet wurde. Alana hatte damals Schwierigkeiten
12 mit ihrer queeren Identität und wollte ein Forum schaffen, das Menschen helfen
13 sollte, Partner*innen zu finden. Dieses „Alana’s Involuntary Celibacy Project“ begann
14 also als Plattform zur Unterstützung bei der Suche nach romantischen Beziehungen.
15 Die anfängliche Intention wurde durch zunehmend frauenfeindliche Ansichten und eine
16 toxische Männergemeinschaft ersetzt, die ihre Frustration und ihren Hass gegenüber
17 Frauen öffentlich machte und sich gegenseitig darin bestärkte. Alana verließ
18 daraufhin im Jahr 2000 die Plattform. Dabei kommt der Umschwung der Anfangsidee nicht
19 von ungefähr. Die Ideologie ist auch stark durch die sogenannte "Verführung
20 Gemeinschaft" bzw. die "Pick-Up-Artist-Bewegung" beeinflusst, die in den 1990er
21 Jahren in den USA populär wurde.

22 Diese Gruppen propagierten die Vorstellung, dass Männer Frauen durch psychologische
23 Techniken und manipulative Verhaltensweisen verführen könnten. Frauen wurden in
24 diesen Diskursen als Objekte betrachtet, die es zu „knacken“ galt. Der tief sitzende
25 Frauenhass und die Objektivierung von Frauen sind Kernelemente der Pick-Up-Artist-
26 Bewegung und schufen eine Kultur, in der Frauen als Belohnungen oder Ziele für
27 männliche „Erfolge“ angesehen wurden. Diese Ansichten spiegeln sich stark in der
28 ideologischen Grundlage der Incels wider.

29 **Was sind Incels?**

30 Der Begriff „Incel“ ist eine Selbstbezeichnung und bedeutet auf Deutsch „ungewollte
31 Abstinenz“. Er beschreibt Männer, die (vermeintlich) keine romantische und sexuelle
32 Beziehung mit Frauen haben. Die Incels sind tief in einem antifeministischen Weltbild
33 verwurzelt. Sie vernetzen sich hauptsächlich in Online-Foren und sozialen Plattformen
34 wie Reddit, wo sie sich als Teil der „Manosphere“ sehen – einem Netzwerk von Männern,
35 die sich über antifeministische und oft misogynen Ideen austauschen. Grundposition

36 dieser Bewegung ist, dass Männer ein Recht auf Sex und romantische Beziehungen zu
37 Frauen hätten, das ihnen von Frauen bewusst vorenthalten werde.

38 Dafür, dass sie keinen Sex mit Frauen haben, machen sie Frauen, den Feminismus und
39 die sexuelle Revolution verantwortlich. Dadurch, dass Frauen seither selbstbestimmt
40 leben würden – das Patriarchat ist laut Incels nämlich längst abgeschafft bzw. nicht
41 existent – befände man sich in einem Zustand, in dem Frauen das Dating-Leben
42 kontrollieren. Demnach würden sich Frauen ausschließlich nach dem Aussehen ihrer
43 Partner richten und diese kategorisieren. Die attraktivsten Männer, oft als „Chads“
44 bezeichnet, würden die meisten romantischen Angebote erhalten, während weniger
45 attraktive Männer, die als „Incels“ gelten, keinerlei Chancen hätten, da sie von
46 Frauen als unattraktiv angesehen würden. In ihrer Wahrnehmung gelten Frauen als
47 oberflächliche Wesen, die andere nur anhand des Aussehens beurteilen. Selbst bewerten
48 Incels Frauen ebenfalls anhand ihres Aussehens und stufen sie auf Skalen ein. Die
49 Entmenschlichung von Frauen steht dabei im Fokus.

50 Die Incel-Ideologie nutzt popkulturelle Referenzen, um ihre Weltanschauung zu
51 verdeutlichen. Das bekannteste Beispiel ist die Analogie zur berühmten Szene aus dem
52 Film „The Matrix“, in der der Protagonist zwischen der blauen und der roten Pille
53 wählen muss. Incels sprechen von „bluepilled“ (Illusionsgläubige) und „redpilled“
54 (die „Wahrheit“ Erkennende). Als „bluepilled“ verstehen sie alle, die nicht wie sie
55 selbst denken und in einer Art Illusion leben und nicht wie sie „redpilled“ sind und
56 die „Wahrheit“ der Welt erkannt haben. In den radikalisiertesten Kreisen gibt es
57 zusätzlich sogenannte „Blackpilled“-Personen, die ein nihilistisches Weltbild und ein
58 „Beta-Male-Uprising“ anstreben – eine gewalttätige Revolution, bei der Frauen und
59 sexuell aktive Menschen getötet werden sollen, um anschließend selbst die Macht zu
60 übernehmen.

61 Die extreme Sichtweise innerhalb der Incel-Community stellt Frauen in eine abwertende
62 und objektivierende Rolle, was zu einer tiefen Verachtung und aggressiven Haltung
63 gegenüber Frauen führt. Die Incel-Bewegung ist somit nicht nur ein Ausdruck von
64 persönlichem Frust, sondern ein zutiefst antifeministisches und frauenfeindliches
65 Phänomen, das autoritäre Tendenzen und extreme Weltanschauungen fördert.

66 **Bedrohung durch Incels**

67 Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an Incel-Foren und Untergruppen, die
68 unterschiedlich extreme Ansichten vertreten und unterschiedlich gewaltbereit sind. So
69 gibt es immer noch Gruppen, bei denen eher der Frust über eine nicht vorhandene
70 Partnerin im Fokus steht. Dies darf man jedoch nicht verharmlosen. Eine abwertende,
71 antifeministische Einstellung ist eine Haupteigenschaft, die sich durch alle Gruppen
72 zieht. Auch die scheinbar harmloseren Gruppen bieten einen fruchtbaren Boden für
73 weitere Radikalisierung. Incels mit extremeren Ansichten versuchen oftmals, Menschen
74 aus anderen Gruppen zu rekrutieren und sie zu radikalisieren.

75 Ihre radikalen Ansichten haben zur Folge, dass einige Incel-Mitglieder extreme
76 Gewaltfantasien entwickeln. So gibt es unter ihnen eine Strömung, die eine Welt ohne

77 Frauen oder eine extreme Umverteilung der Sexualität fordert. Hierbei werden
78 Vorschläge gemacht, alle „Chads“ (attraktive Männer) und alle sexuell aktiven Frauen
79 zu eliminieren oder dass alle Incel-Mitglieder sich selbst umbringen sollten, um
80 einen vermeintlich gerechten Zustand herzustellen. Diese gewalttätigen und
81 selbstzerstörerischen Ideen tragen zur Gefährdung von Gesellschaft und Einzelpersonen
82 bei.

83 Innerhalb der Incel-Community herrscht eine unheimlich toxische Dynamik, in der
84 Mitglieder einander attackieren und sich gegenseitig in einem Teufelskreis aus Hass
85 und Isolation festsetzen. Die Radikalisierung in der Community ging in den letzten
86 Jahren soweit, dass sie unter anderem in Amokläufen und Femiziden endete, wie in
87 Kalifornien 2014 oder in Toronto 2018. Die extremistischen Überzeugungen der Incels
88 sind keine Fantasien, die nur im Internet bleiben. Im schlimmsten Fall enden sie in
89 tödlicher Gewalt. Die Glorifizierung von Gewalttaten und Attentätern macht die Lage
90 umso bedrohlicher. Mit Begriffen wie „GO-ER“ wird beispielsweise aktiv dazu
91 aufgerufen, Amokläufe wie in Kalifornien zu begehen.

92 **Überschneidungen mit anderen Diskriminierungsformen**

93 Die Incel-Bewegung zeigt klare Verbindungen zu verschiedenen Diskriminierungsformen
94 und extremistischen Bewegungen auf. Dazu gehören unter anderem Rassismus,
95 Antisemitismus und Queerfeindlichkeit. Incel-Ideologie und Antisemitismus
96 verschmelzen oft, indem beispielsweise die feministische und sexuelle Revolution als
97 Teil einer jüdischen Weltverschwörung angesehen wird. Der antisemitische Attentäter
98 von Halle (2019) hatte direkte Verbindungen zur Incel-Community und spielte bei
99 seinem Livestream während des Attentats ein in Incel-Kreisen populäres Lied ab. Zudem
100 ist die Ablehnung von allem, was nicht in das binäre heteronormative Weltbild passt,
101 Bestandteil der Ideologie.

102 Sowohl die Pick-Up-Artist-Bewegung als auch die Incel-Community sind Teil der
103 „Manosphere“, einer breiteren Online-Subkultur von Männern, die sich gegen Feminismus
104 und weibliche Empowerment-Phänomene positionieren. Diese Szene weist auch
105 Überschneidungen mit rechten Bewegungen wie der Alt-Right-Bewegung, die ähnliche
106 antifeministische und frauenfeindliche Ansichten vertreten, auf. Antifeminismus und
107 der Wunsch nach starken patriarchalen Rollenbildern sind Elemente, die sich mit
108 rechtem Gedankengut überschneiden und Verbindungen schaffen.

109 **Incels als Ausdruck patriarchaler Missstände**

110 Das grundlegende Gedankengut der Incel-Bewegung ist nicht neu, sondern spiegelt tief
111 verwurzelte gesellschaftliche und kulturelle Normen wider. Das Verständnis von
112 Männern und Frauen als „Konkurrent*innen“ um soziale und romantische Ressourcen ist
113 in vielen Aspekten unserer Kultur präsent, von Filmen und Serien bis hin zu
114 alltäglichen Interaktionen. Die Incel-Bewegung nimmt diese Ideen auf und verstärkt
115 sie zu einer extremen Form von Misogynie und Frauenfeindlichkeit.

116 Die Vorstellung, dass Männer aufgrund ihres Aussehens oder ihrer sozialen Stellung

117 von Frauen abgelehnt würden, ist ein Produkt des sozialen und kulturellen Drucks, der
118 durch die Medien und die Gesellschaft auf junge Männer wirkt. Ein Druck, der erst
119 durch das Patriarchat selbst erzeugt wird. Die Bildung des Phänomens der Incels und
120 ihre rasante Verbreitung sind für uns ein wieder einmal ein klares Zeichen, dass die
121 Notwendigkeit des feministischen Kampfes hochaktuell ist!

122 **Wir fordern daher:**

- 123 • Die Entwicklung von Schulungsprogrammen für Sozial*arbeiterinnen,
124 Journalist*innen, Sicherheitsbehörden und politisch Engagierte, um den Umgang
125 mit antifeministischer Hassrede und die Stärkung der zivilgesellschaftlichen
126 Resilienz zu fördern.
 - 127 • Frühzeitige und umfassende Bildungsprogramme, um die Fähigkeit zur kritischen
128 Bewertung von Informationen zu fördern und antifeministische Propaganda zu
129 erkennen und zu bekämpfen.
 - 130 • Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen! Kapitalistische Interessen sollten auf
131 Plattformen wie Reddit nicht über Gewaltfantasien und Mordaufrufen stehen. Auch
132 von Incels selbstgeschaffene Foren und Server, die keinen Kontrollmechanismen
133 unterliegen, werden immer häufiger. Ein härteres Vorgehen gegen solche
134 Aktivitäten ist dringend von Nöten!
 - 135 • Politische Anerkennung für die nicht nur digitale, sondern reale Gefahr, die von
136 Incels ausgeht. Die Incel-Bewegung wird von Wissenschaftler*innen zum Teil als
137 "stochastischer Terrorismus", also die Radikalisierung einer Gruppe in der
138 Hoffnung, dass eine Person dann tatsächlich einen Terrorakt begeht, benannt. Der
139 Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist durch diese
140 Bewegung in Gefahr. Politische Maßnahmen müssen folgen!
- 141 Zudem unterstützen wir die Bemühungen der SPD-Landtagsfraktion, Druck auf die
142 Landesregierung auszuüben, um den Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen
143 weiterzuentwickeln. Die konsequente Verstärkung von Maßnahmen gegen antifeministische
144 und frauenfeindliche Ideologien ist unheimlich wichtig.
- 145 • Wir fordern zusätzlich eine intensivere Auseinandersetzung der Bundespolitik mit
146 antifeministischen Ideologien.

Antrag F02: Schutz vor Gewalt - autonom und für alle!

Sachgebiet:

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Im Jahr 2022 wurden in Nordrhein-Westfalen rund 64.000 Menschen Opfer von
2 Partnerschaftsgewalt. 72 Prozent der Opfer waren weiblich. Im selben Jahr steigt die
3 Zahl der landesgeförderten Frauenhäuser von 64 auf 69. Bundesweit gibt es aktuell
4 rund 7.000 Plätze in rund 400 Frauenhäusern - in ganz Deutschland.

5 Bundesweit, aber besonders in Nordrhein-Westfalen gibt es zu wenige Häuser mit zu
6 wenigen Plätzen für Frauen - Mädchen, Frauen mit Behinderungen und LBTIN*-Personen
7 trifft die Situation besonders schwer. Es gibt multiple Gründe für die schlechten
8 Strukturen, doch allem vorweg steht die unzulängliche Finanzierung der Frauenhilfe-
9 Infrastruktur. Weitere Hürden, wie konfessionell gebundene Trägerschaften, binäre
10 Geschlechtervorstellungen und stereotype Denkmuster stehen einem Schutz für alle
11 Betroffenen noch immer im Weg.

12 **Deshalb fordern wir die Landesregierung auf noch in diesem Jahr folgende Maßnahmen zu**
13 **ergreifen:**

14 **a) Stärkung von autonomer Frauenhilfe-Infrastruktur**

15 Wir wollen eine vielfältige Trägerinnenschaft für die Frauenhilfe-Infrastruktur in
16 NRW. Wir sehen es als falsch an, wenn nur große Wohlfahrtsverbände wie die Caritas
17 und die Diakonie in der Frauenhilfe als Träger aktiv sind. Autonome
18 Frauenhilfestrukturen arbeiten anders, gehen nicht in einem Gesamtkonstrukt auf und
19 durch die mögliche Vereinsarbeit von autonomen Frauenhilfevereinen wird auch eine
20 andere politische Auseinandersetzung mit den diversen Themen der Frauenhilfe geführt
21 werden können. Um dies zu erreichen, muss die Landesregierung u. a. Schulungen für
22 aktive Frauen in diesen Vorständen anbieten sowie eine öffentlichkeitswirksame
23 Kampagne durchführen, damit auch Frauen für Nachfolgeregelungen angesprochen werden
24 und mitarbeiten können, die bisher nicht erreicht wurden. Besonders die Stärkung des
25 Ehrenamtes in der autonomen Frauenhilfe-Infrastruktur sollte öffentlichkeitswirksam
26 beworben werden.

27

28

29 **c) Eine Gewaltprävention für ALLE**

30 Die Landesregierung muss ein Konzept vorlegen, wie sie alle sich weiblich
31 positionierenden Menschen vor Gewalt schützen kann. Bisher entscheidet jedes
32 Frauenhaus im Einzelfall, ob eine trans*-, inter*- oder nicht-binäre Person dort
33 aufgenommen wird. Vom Grundsatz ist dies nicht TIN*-feindlichkeit, sondern der
34 Ansatz, dass bei jeder Frau, als auch endo-cis Frauen, eine Einzelfallentscheidung
35 über eine Aufnahme getroffen wird. Wir benötigen also spezielle Möglichkeiten zur
36 Unterbringung von LBTIN*-Weiblichkeiten und dafür gesonderte Strukturen und/oder
37 Häuser.

38 d) Qualitätsmindestanforderungen in die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen
39 zur Förderung von Frauenhäusern

40 Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration
41 hat mit dem Runderlass aus dem November 2023 die Frauenhausfinanzierung bis 2028
42 geregelt. Nicht inbegriffen sind qualitative Mindestanforderungen an Frauenhäuser. So
43 beschreibt der Erlass zwar eine personelle Untergrenze von zwei
44 Hochschulabsolventinnen, davon min. eine Sozialpädagogin, einer Erzieherin sowie
45 einer weiteren Mitarbeiterin sowie, dass ein Frauenhaus min. acht Plätze für Frauen
46 und ihre Kinder bereitstellen muss, aber nicht ein Wort zu fachlichen Standards die
47 eingehalten werden müssen.

48 Diese personelle Untergrenze lässt keine 24/7 Begleitung durch Fachkräfte zu Aufgrund
49 dessen fordern wird eine personelle Mindestausstattung von

- 50 1. Fünf Hochschulabsolventinnen, davon min. drei SozPäd
- 51 2. Zwei Erzieherinnen
- 52 3. Eine Verwaltungsmitarbeiterin
- 53 4. Bei einem Verhältnis von mehr als 75 % Kinder- zu Frauenplätzen, zwei weitere
54 SozPäd.

55 Ferner fordern wird die Landesregierung dazu auf, die Mindestplätze von derzeit acht
56 auf zehn zu erhöhen. Damit verbunden ist eine entsprechende Dynamisierung der Mittel
57 im Verhältnis zu den damit neu gewonnenen Plätzen und jährlichen Steigerungen wie z.
58 B. Personal- Immobilien- und Sachkosten.

59 In der Jugendhilfe müssen bspw. Träger*innen im Vorfeld der Antragstellung für
60 Zuwendungen anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe sein, dies entscheidet der
61 Kinder- und Jugendhilfeausschuss einer Kommune - wenn dort ein Jugendamt angesiedelt
62 ist. Daher fordern wir ein landesweites einheitliches und transparentes
63 Vergabeverfahren zur Vergabe von Frauenhäusern an Träger.

64 **e) Finanzielle Unterstützung schutzsuchender Frauen**

65 Schutzsuchende Frauen benötigen oft finanzielle Unterstützung, die sie meist durch
66 die Beantragung von Transferleistungen erhalten. Bekommt eine Frau einen Platz im
67 Frauenhaus, ist es bis zur ersten Auszahlung dieser Transferleistungen meist noch
68 lang und die Wartezeit muss finanziell überbrückt werden. Deshalb braucht es eine
69 finanzielle Unterstützung der Schutzsuchenden für die Wartezeit auf staatliche
70 Leistungen. Um das zu erreichen muss es für alle schutzsuchenden Frauen einen
71 Sofortfonds geben, egal, ob sie Leistungen beantragt haben oder nicht. Dieser Fonds
72 soll von allen Landesregierungen und der Bundesregierung finanziell ausgestattet
73 werden.

74 Der Gewaltschutz muss für alle Frauen zugänglich sein. Das geplante Gewalthilfegesetz
75 ist ein guter Anfang für eine bundesweite institutionelle Förderung von
76 Frauenhilfesystem. Nur das kann nach unserem Verständnis die Istanbul Konvention
77 korrekt umsetzen. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf, das

78 Gewalthilfegesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden und mit
79 ausreichenden finanziellen Ressourcen zu hinterlegen. Ziel muss sein, dass keine Frau
80 Transferleistungen beantragen muss, um vor Gewalt sicher zu sein.

81 **f) Stereotype abbauen und Gewaltprävention stärken**

82 Wenn in den Medien über sogenannte Ehrenmorde berichtet wird, steht oft ein Aspekt im
83 Vordergrund: der Täter wird mit einem islamisch geprägten Herkunftsland in Verbindung
84 gebracht. Gewaltverbrechen wie sogenannte „Ehrenmorde“ werden in der öffentlichen
85 Wahrnehmung und medialen Berichterstattung häufig ausschließlich mit migrantischen
86 Communities in Verbindung gebracht. Während ähnliche Taten, die von nicht-
87 migrantischen Deutschen verübt werden, meist als Familiendrama oder Eifersucht mit
88 weniger medialer Aufmerksamkeit abgetan werden, wird bei migrantischen Tätern häufig
89 ein kultureller Kontext betont, der die Taten als spezifisch für ihre Herkunft
90 dargestellt. Diese einseitige und stereotype Darstellung verstärkt rassistische
91 Narrative und fördert die Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Es
92 wird dabei übersehen, dass tödliche Gewalt gegen Frauen ein globales Phänomen ist,
93 das in allen Kulturen und Gesellschaften vorkommt.

94 Ehrenmorde alleine am Islam zu festigen versteckt bzw. führt am Problem vorbei. Die
95 Fixierung auf „Ehrenmorde“ als ein Phänomen, das vermeintlich nur in migrantischen
96 Communities vorkommt, verankert tiefgreifende Vorurteile und trägt zur Ausgrenzung
97 dieser Gruppen bei. Durch sozialpsychologische Mechanismen wird die Kriminalität der
98 „Anderen“ als bedrohlicher und bemerkenswerter wahrgenommen als ähnliche Verbrechen
99 in der Mehrheitsgesellschaft. Dies führt dazu, dass Gewalt gegen Frauen in
100 migrantischen Communities besonders hervorgehoben und als kulturell bedingt
101 dargestellt wird, während die strukturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen
102 in den Hintergrund treten. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, ist es
103 unerlässlich, rassistische Narrative und Stereotype zu bekämpfen, die „Ehrenmorde“ als
104 spezifisches Problem migrantischer Communities darstellen. Stattdessen muss ein
105 differenziertes Verständnis gefördert werden, das Gewalt gegen Frauen als
106 gesamtgesellschaftliches Problem anerkennt. Die Präventionsarbeit sollte sich stärker
107 auf die sozialen Ursachen von Gewalt, wie Armut, Bildungslosigkeit und soziale
108 Isolation konzentrieren. Es ist entscheidend, dass migrantische Communities nicht
109 pauschal kriminalisiert werden, sondern dass die spezifischen Herausforderungen,
110 denen sie begegnen, berücksichtigt werden.

111 Eine wirksame Prävention setzt die gezielte Einbindung von Personen mit
112 Migrationshintergrund in die Sozial- und Präventionsarbeit voraus. Diese Einbindung
113 fördert nicht nur das Vertrauen innerhalb der Communities, sondern ermöglicht auch
114 Veränderungen von innen heraus, die nachhaltiger und effektiver sein können. Darüber
115 hinaus ist die Förderung der Jungen- und Geschlechterarbeit von zentraler Bedeutung.
116 Präventionsarbeit muss bereits in der Schule ansetzen und insbesondere migrantische
117 Jungen in ihren Identitätsbildungsprozessen unterstützen. Ein besonderer Fokus sollte
118 dabei auf die Gleichberechtigung aller Geschlechter und die Dekonstruktion fragiler
119 Männlichkeitsbilder und patriarchaler Strukturen gelegt werden.

- 120 Die größten Leidtragenden patriarchaler Strukturen sind häufig Migrantinnen, die
121 aufgrund fehlender Bildung, mangelnder Sprachkompetenz und prekären ökonomischen
122 sowie ausländerrechtlichen Situationen in einer umfassenden Abhängigkeit von ihren
123 Familien verharren. Diese Abhängigkeit zu durchbrechen, ist die wichtigste präventive
124 Maßnahme, um familiäre Gewalt bis hin zu Ehrenmorden zu verhindern. Dafür bedarf es
125 umfangreicher Programme, die Migrantinnen in ihrem Emanzipationsprozess unterstützen,
126 indem sie Bildungsangebote, rechtliche Beratung und ökonomische Hilfen bereitstellen,
127 Deswegen braucht es dringend folgende Punkte:
- 128 • Umfassende Bildungsarbeit: Vermittlung von Wissen über die Vielfalt von Kulturen
129 und Religionen, um Verständnis und Respekt zu fördern und Vorurteile abzubauen.
 - 130 • Sensibilisierung der Öffentlichkeit: Aufklärungskampagnen, die die sozialen und
131 strukturellen Ursachen von Gewalt beleuchten und rassistische Narrative
132 dekonstruieren.
 - 133 • Frühzeitige Förderung von Gleichberechtigung: Integration von Jungen- und
134 Geschlechterarbeit in den Schulalltag, um Männlichkeitsbilder zu dekonstruieren
135 und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern.
 - 136 • Multidisziplinäre Ansätze: Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Einrichtungen,
137 Gemeinden und lokalen Behörden, um eine ganzheitliche und koordinierte
138 Präventionsarbeit zu gewährleisten.
 - 139 • Förderung von interkulturellem Dialog: Schaffung von Räumen für den Austausch
140 zwischen verschiedenen Kulturen und Gemeinschaften, um gegenseitiges Verständnis
141 zu fördern und Vorurteile abzubauen.

Weitere Antragsteller*innen

Jusos im Kreis Recklinghausen

Jusos Gelsenkirchen

Antrag F03: Alexa, bitte lösche Antifeminismus

Sachgebiet:

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien sind kein Randphänomen, sondern ein
2 zentrales Problem unserer digitalen Gesellschaft. Die zunehmende Verbreitung von
3 frauenfeindlichen, sexistischen und antifeministischen Inhalten stellt nicht nur eine
4 Gefahr für die betroffenen FINTA dar, sondern auch für die demokratischen Grundwerte
5 unserer Gesellschaft und bietet einen Nährboden für rechte Ideologien^[1]. Diese
6 Formen digitaler Gewalt sind Teil einer größeren systemischen Problematik, die tief
7 in den Strukturen von Macht, Privilegien und Ungleichheit verwurzelt ist.

8 In den letzten Jahren haben wir beobachten müssen, wie Antifeminismus und Misogynie
9 im Netz immer aggressivere und gefährlichere Formen angenommen haben^[2]. Plattformen
10 wie Twitter, Facebook, Instagram und Tiktok sind zu zentralen Schauplätzen für die
11 Verbreitung von Hassrede und Frauenfeindlichkeit geworden. Diese Inhalte haben
12 schwerwiegende Auswirkungen: Sie tragen zur Radikalisierung von Menschen bei^[3],
13 schüren Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen und fördern ein Klima der
14 Angst und Unterdrückung. Für viele Betroffene ist dies nicht nur eine abstrakte
15 Bedrohung, sondern ein täglicher Angriff auf ihre Würde, ihre Sicherheit und ihre
16 psychische Gesundheit.

17 Der digitale Raum hat sich in den letzten Jahrzehnten rasant entwickelt, doch die
18 Regulierung und der Schutz der Nutzer*innen haben nicht Schritt gehalten^[4]. Viele
19 soziale Medienbetreiber haben zwar Richtlinien gegen Hassrede und Gewalt, doch die
20 Umsetzung dieser Regeln ist oft inkonsequent und unzureichend. Dies führt dazu, dass
21 frauenfeindliche und antifeministische Inhalte weiterhin weit verbreitet sind und oft
22 ungeahndet bleiben. Die bestehenden Gesetze und Maßnahmen zum Schutz vor digitaler
23 Gewalt sind nicht ausreichend, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Hier besteht
24 dringender Handlungsbedarf, um rechtliche, technische und präventive Maßnahmen zu
25 schaffen, die der Komplexität des Problems gerecht werden.

26 Besonders alarmierend ist, dass Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien oft
27 mit anderen Formen der Diskriminierung und des Hasses verknüpft sind. Sie verstärken
28 Rassismus, Queer- und Transfeindlichkeit und andere Formen von Ausgrenzung und Gewalt
29 und beruhen in vielen Fällen auf Vorurteilen, Falschinformationen und gezielten
30 Angriffen^[5]. Dies zeigt deutlich, dass die Bekämpfung von Antifeminismus und
31 Misogynie nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern Teil eines umfassenderen
32 Kampfes gegen alle Formen von Ungleichheit und Diskriminierung sein muss. Die
33 Bekämpfung dieser Phänomene erfordert daher eine breite und koordinierte
34 gesellschaftliche Anstrengung, die auf allen Ebenen – von der Politik über die
35 Bildung, rechtliche Institutionen bis hin zur allgemeinen Gesellschaft stattfinden
36 muss.

37 Die NRW Jusos fordern daher:

38 **1. Reform des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG):**

- 39 • Einführung strengerer Meldepflichten für soziale Plattformen, insbesondere für
40 wiederholte Verstöße gegen das Verbot von Hassrede, antifeministischen und
41 misogynen Inhalten.
- 42 • Verpflichtung der Plattformen zur transparenteren Berichterstattung über
43 gelöschte Inhalte, Gründe für die Löschung oder Unterlassung und Maßnahmen zur
44 Prävention von Hassrede.

45 **2. Verankerung des Themas Gleichberechtigung in der digitalen Aufsicht und**
46 **Einrichtung einer Behörde für Sicherheit und Gleichberechtigung:**

- 47 • Gründung einer unabhängigen, behördlichen Institution, die bundesweit für die
48 Überwachung und Bekämpfung von Hassrede, Antifeminismus und Misogynie in
49 digitalen Medien verantwortlich ist.
- 50 • Die Behörde soll in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen
51 Organisationen und Betroffenen arbeiten, um gezielte Maßnahmen zu entwickeln und
52 durchzusetzen.
- 53 • Einführung eines zentralen Meldesystems, bei dem Betroffene diskriminierende
54 Inhalte und digitale Gewalt direkt an die Behörde melden können.

55 **3. Verpflichtung von sozialen Plattformen zur Förderung diverser und inklusiver**
56 **Inhalte:**

- 57 • Verpflichtung zur Bereitstellung von Tools, die Nutzer*innen dabei unterstützen,
58 sich vor toxischen Inhalten zu schützen (z.B. erweiterte Filtermöglichkeiten,
59 Blocklisten).
- 60 • Förderung der algorithmischen Transparenz, um sicherzustellen, dass die
61 Verbreitung von Hassrede und diskriminierenden Inhalten nicht durch
62 Plattformalgorithmen begünstigt wird.

63 **4. Förderung der digitalen Bildung mit Fokus auf Gleichberechtigung und**
64 **Menschenrechte:**

- 65 • Einführung eines bundesweiten Programms zur digitalen Bildung, das den Fokus auf
66 die Förderung von Gleichberechtigung, Menschenrechten und den Umgang mit
67 digitalen Medien legt.
- 68 • Thematisierung von Themen wie Antifeminismus, Misogynie und digitale Gewalt in
69 Schulen, um Schülerinnen und Schüler frühzeitig zu sensibilisieren.
- 70 • Schaffung von Zertifizierungen für Weiterbildungsangebote im Bereich digitale
71 Medienkompetenz und Gleichberechtigung, die von Bildungseinrichtungen und
72 Arbeitgeber*innen anerkannt werden.

73 **5. Staatliche Unterstützung und Schutz für Aktivist*innen und Betroffene:**

- 74 • Einrichtung eines staatlich finanzierten Fonds, der Betroffenen von digitaler
75 Gewalt und Hassrede schnelle finanzielle und rechtliche Unterstützung bietet.
- 76 • Bereitstellung von Schutzmaßnahmen (z.B. Adresssperren, Anonymitätsdienste) für
77 Aktivist*innen, die aufgrund ihres Einsatzes für Gleichberechtigung Ziel von
78 antifeministischer oder misogynistischer Gewalt werden.

- 79 • Förderung und Unterstützung von Kampagnen, die sich gegen Antifeminismus und
80 Misogynie einsetzen, durch staatliche Mittel und Ressourcen.

81 **6. Internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Antifeminismus und Misogynie:**

- 82 • Einsatz für ein internationales Abkommen zur Bekämpfung von Hassrede,
83 Antifeminismus und Misogynie in digitalen Medien, das verbindliche Maßnahmen für
84 soziale Plattformen und Staaten vorsieht.

- 85 • Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, um Best Practices
86 auszutauschen und globale Initiativen zur Förderung der Gleichberechtigung in
87 digitalen Medien zu unterstützen.

88 **7. Verankerung von Gleichstellungsaspekten in der Plattformregulierung:**

- 89 • Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung für soziale Medien,
90 Gleichstellungsrichtlinien zu implementieren und regelmäßig zu überprüfen.
91 • Verpflichtung zur regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Community-
92 Richtlinien von sozialen Plattformen, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen
93 Herausforderungen im Bereich Antifeminismus und Misogynie gerecht werden.

94 **8. Stärkung feministischer Netzwerke und Initiativen:**

- 95 • Finanzielle und organisatorische Förderung von feministischen Organisationen und
96 Initiativen, die sich gegen Antifeminismus und Misogynie engagieren.
97 • Unterstützung lokaler Aktionsgruppen, die sich gegen Antifeminismus in ihrer
98 Region engagieren und Projekte zur Stärkung von Mädchen und Frauen initiieren.

99 **9. Psychosoziale Unterstützung und Schutzmaßnahmen für Betroffene:**

- 100 • Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen, die speziell auf die
101 Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet sind, die Opfer antifeministischer und
102 misogynistischer Hetze in sozialen Medien geworden sind.
103 • Förderung von psychosozialen Unterstützungsangeboten, die durch digitale Gewalt
104 belasteten Personen helfen, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und gestärkt aus der
105 Situation hervorzugehen.

106 **10. Forschung**

- 107 • Unterstützung von Forschungsprojekten, die das Ausmaß und die Auswirkungen von
108 Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien untersuchen.
109 • Erstellung regelmäßiger Berichte und Publikationen, die den Fortschritt im Kampf
110 gegen Antifeminismus und Misogynie dokumentieren.

111 Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien sind nicht nur Symptome einer
112 gesellschaftlichen Krise, sondern auch Faktoren, die bestehende Ungleichheiten und
113 Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen verstärken. Es bedarf umfassender und
114 systematischer politischer Maßnahmen, um diesen Herausforderungen wirksam zu
115 begegnen. Die vorgeschlagenen Forderungen zielen darauf ab, rechtliche,
116 bildungspolitische und präventive Maßnahmen zu kombinieren, um eine gerechtere und
117 sicherere digitale Kultur zu schaffen. Nur durch entschlossenes Handeln der Politik

118 können wir den digitalen Raum zu einem Ort machen, der für alle Menschen
119 gleichermaßen sicher und zugänglich ist.

120

121 [\[1\]](#)

122 [https://centreforfeministforeignpolicy.org/2024/02/12/interlinkages-of-anti-feminism-](https://centreforfeministforeignpolicy.org/2024/02/12/interlinkages-of-anti-feminism-and-anti-democratic-developments/)
123 [and-anti-democratic-developments/](https://centreforfeministforeignpolicy.org/2024/02/12/interlinkages-of-anti-feminism-and-anti-democratic-developments/)

124 [\[2\]](#)

125 [https://www.gwi-](https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/digitale_offentlichkeiten_drueeke.pdf)
126 [boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/digitale_offentlichkeiten_drueeke.pdf](https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/digitale_offentlichkeiten_drueeke.pdf)

127 [\[3\]](#)<https://www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/st21-18>

128 [\[4\]](#)

129 [https://www.derstandard.de/story/2000138068863/rechtliche-richtlinien-gegen-hass-im-](https://www.derstandard.de/story/2000138068863/rechtliche-richtlinien-gegen-hass-im-netz)
130 [netz](https://www.derstandard.de/story/2000138068863/rechtliche-richtlinien-gegen-hass-im-netz)

131 [\[5\]](#)

132 [https://www.nsvrc.org/blogs/saam/what-are-connections-between-transphobia-racism-and-](https://www.nsvrc.org/blogs/saam/what-are-connections-between-transphobia-racism-and-sexual-violence)
133 [sexual-violence](https://www.nsvrc.org/blogs/saam/what-are-connections-between-transphobia-racism-and-sexual-violence)

Antrag G01: Menschen vor Märkte: Für eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge in NRW

Sachgebiet:

G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 **Was Gemeinwohl für uns bedeutet**

2 Für uns Jungsozialist*innen ist das Gemeinwohl mehr als nur ein Ziel. Es ist unser
3 Kompass, der das Zusammenwirken zwischen Staat, Kommunen und Bürger*innen leitet. Es
4 steht für unsere Bestrebungen, eine Gesellschaft zu etablieren, die auf den
5 Grundprinzipien der Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität beruht. Wir sehen
6 das Gemeinwohl als Basis, auf der eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Chancen
7 gefördert und realisiert werden soll. Es geht uns darum, Bedingungen zu schaffen, die
8 allen ermöglichen, sich vollständig zu entfalten und ein erfülltes Leben zu führen.
9 Nur so kann eine Gesellschaft der Freien und Gleichen gestaltet werden, in der das
10 Wohl aller im Vordergrund steht. Unser Fokus liegt auf der langfristigen Entwicklung
11 einer soliden Lebensgrundlage für alle Menschen. Wir streben keine kurzfristige
12 Gewinnerzielung für einige wenige an, schon gar nicht auf Kosten anderer Menschen.

13 **Welche Rolle spielt Arbeit für das Gemeinwohl?**

14 Arbeit spielt eine zentrale Rolle für das Gemeinwohl. Arbeit ist nicht nur Mittel zum
15 Zweck der Einkommenssicherung, sondern auch ein wichtiger Faktor für persönliche
16 Entfaltung, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Unser Verständnis
17 von Arbeit geht über die traditionelle Erwerbsarbeit hinaus und umfasst auch andere
18 Formen der Tätigkeit, die für das Gemeinwohl essentiell sind.

19 Erwerbsarbeit und Transformation des Arbeitsmarktes

20 Die Erwerbsarbeit ist nach wie vor ein grundlegender Bestandteil unserer
21 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, einer
22 sinnvollen und fair bezahlten Tätigkeit nachzugehen. Dabei legen wir besonderen Wert
23 auf gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und die soziale Absicherung aller
24 Beschäftigten. In einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt müssen wir den
25 Arbeitsmarkt an die Herausforderungen der Digitalisierung und Globalisierung
26 anpassen. Die Demokratisierung aller Arbeitsbereiche im Sinne einer Stärkung der DGB-
27 Gewerkschaften ist für uns maßgebend für eine gemeinwohlorientierte Arbeit. Dies
28 erfordert eine umfassende Transformation, bei der insbesondere auch Arbeitsplätze des
29 sogenannten zweiten Arbeitsmarktes einbezogen werden. Der zweite Arbeitsmarkt wurde
30 für Menschen geschaffen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt kaum oder keine Chancen
31 auf eine Anstellung haben. Er wird durch staatliche Maßnahmen reguliert und
32 subventioniert. Problematisch ist daran jedoch, dass die Beschäftigten oft weit unter
33 Mindestlohn beschäftigt werden. Es darf nicht sein, dass sozial marginalisierte
34 Gruppen als günstige Arbeitskräfte ausgebeutet werden, während die Auftraggeber*innen
35 Gewinne maximieren. Darunter fallen beispielsweise Behindertenwerkstätten. Im Sinne
36 einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft fordern wir echte Teilhabe, einen
37 armutsfesten Mindestlohn und die Stärkung betrieblicher Eigenorganisation.

38 Fürsorgearbeit im Kontext des Gemeinwohls

39 Ein weiterer zentraler Aspekt unserer Arbeitsvorstellung ist die Fürsorgearbeit, auch
40 Care-Arbeit genannt. Diese umfasst alle Tätigkeiten, die der Pflege, Betreuung und
41 Unterstützung von Menschen dienen – sei es in der Familie, in sozialen Einrichtungen
42 oder in der Nachbar*innenschaft. Care-Arbeit ist oft unbezahlt oder schlecht bezahlt
43 und wird überwiegend von Frauen geleistet. Niemand sollte durch Arbeit ausgebeutet
44 werden oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Stattdessen müssen wir
45 Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Menschen ermöglichen, sich durch ihre Arbeit
46 selbst zu verwirklichen, zum Gemeinwohl beizutragen und davon zu profitieren. Wir
47 erkennen die immense Bedeutung dieser Arbeit an und setzen uns dafür ein, dass sie
48 gesellschaftlich gewürdigt und angemessen vergütet wird. Die Gleichstellung aller
49 Geschlechter und die Anerkennung von Care-Arbeit als Arbeit ist für uns ein zentrales
50 Element, um Gerechtigkeit in der Gesellschaft herzustellen.

51 Um dies zu unterstützen, halten wir an unserer Beschlusslage ein 7+7 Modell beim
52 Elterngeld einzuführen, das die Elternzeit gerecht zwischen den Partnern aufteilt,
53 fest. Das hilft dabei, die Care-Arbeit gleichmäßiger zu verteilen. Außerdem möchten
54 wir das Ehegattensplitting abschaffen, weil es finanzielle Anreize setzt, die
55 besonders Frauen oft von bezahlter Arbeit abhalten und stattdessen in unbezahlte
56 Care-Arbeit drängen. Ferner setzen wir uns für eine 25-Stunden-Woche bei vollem
57 Lohnausgleich ein, um allen mehr Zeit für persönliche Entwicklung und für die
58 Teilnahme am Arbeitsmarkt zu geben, ohne die Belastung durch Care-Arbeit zu erhöhen.
59 Schließlich wollen wir Minijobs rechtlich einschränken, um Frauen voll in den
60 Arbeitsmarkt zu integrieren und die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen zu
61 beseitigen.

62 **Welche Rolle spielt Daseinsvorsorge für das Gemeinwohl?**

63 Daseinsvorsorge bedeutet für uns die staatliche Bereitstellung grundlegender
64 Dienstleistungen, die für das tägliche Leben unverzichtbar sind und die
65 Grundbedürfnisse der Bevölkerung decken. Dazu zählen beispielsweise sauberes Wasser,
66 bezahlbarer Wohnraum, Energie, Mobilität, Bildung und Gesundheitsvorsorge. Diese
67 Punkte sind für uns nicht verhandelbar. Die Daseinsvorsorge ist der Schlüssel für ein
68 Gemeinwohl, das die umfassendere Verbesserung der Lebensqualität und des
69 gesellschaftlichen Zusammenhalts anstrebt. Hieraus ergibt sich die Verantwortung für
70 Kommunen, Land und Staat, einen Zugang zu dieser Grundversorgung herzustellen.
71 Kurzfristige Lösungen sowie vermeintliche Verbesserungen durch Privatisierung der
72 genannten Leistungen lehnen wir ab. Stattdessen betonen wir, dass Daseinsvorsorge als
73 Instrument für Inklusion und Teilhabe dient, indem sie allen Bürger*innen unabhängig
74 von ihrem sozialen oder ökonomischen Status Zugang zu essentiellen Diensten
75 gewährleistet. Daseinsvorsorge ist ein zentrales Instrument zur Armutsbekämpfung,
76 indem sie vor allem benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch Chancengleichheit
77 ermöglicht, ihre Lebenssituation zu verbessern und an der Gesellschaft teilzuhaben.

78 **Gemeinwohl in der Krise**

79 In Zeiten, in denen die Herausforderungen für das Gemeinwohl immer drängender werden,

80 ist es unabdingbar, die vielfältigen Krisen unserer Gesellschaft zu erkennen und
81 entschlossen anzugehen. Junge Menschen sind besonders betroffen, sei es durch die
82 Unsicherheiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die verheerenden Auswirkungen
83 der Klimakrise oder die Schwächen eines ausgehöhlten Sozialstaates. Auch die Themen
84 Flucht und Zuwanderung sowie die wachsende Bedrohung durch faschistische Ideologien
85 fordern unser Engagement für eine gerechte und solidarische Gesellschaft heraus.

86 Die "Dauerkrise" Kapitalismus

87 Der Kapitalismus und seine negativen Auswirkungen sind im Alltag junger Menschen
88 allgegenwärtig. Viele junge Menschen erleben wirtschaftliche Unsicherheit, da ihre
89 Beschäftigungsverhältnisse in der Regel besonders von prekären Bedingungen und
90 befristeten Arbeitsverträgen geprägt sind. Dies führt zu finanziellen Sorgen und
91 Zukunftsängsten. Zudem ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ein großes Problem in
92 vielen Städten NRWs. Die Selbstständigkeit und Lebensplanung junger Menschen werden
93 dadurch erheblich erschwert. Der Druck, in einem wettbewerbsorientierten
94 Bildungssystem erfolgreich zu sein, führt häufig zu Stress und psychischen
95 Belastungen.

96 Der Kapitalismus in seiner derzeitigen Form trägt maßgeblich zur Verschärfung
97 sozialer Ungleichheiten und ökologischer Zerstörung bei. Wir müssen uns dem
98 Profitstreben widersetzen und stattdessen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt
99 wirtschaftlicher Aktivitäten stellen. Dies bedeutet, dass wir gerechtere
100 Verteilungsmechanismen schaffen, Arbeitnehmer*innenrechte stärken und eine stärkere
101 demokratische Kontrolle über die Wirtschaft etablieren müssen. Gemeinwohlorientierte
102 Unternehmen und Genossenschaften sollten gefördert werden, um eine wirtschaftliche
103 Basis zu schaffen, die auf Solidarität und Nachhaltigkeit beruht.

104 Die Klimakrise

105 Im Alltag junger Menschen äußert sich die Klimakrise durch häufigere und intensivere
106 Wetterereignisse wie Hitzewellen und Überschwemmungen, die unsere Gesundheit und
107 Sicherheit gefährden. Die Sorge um die Zukunft und der Druck, sich für stärkere
108 Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen, belasten viele junge Menschen zusätzlich. Die
109 Fridays-for-Future-Bewegung zeigt das Engagement und die Frustration, die viele junge
110 Menschen verspüren, da politische Entscheidungen oft zu langsam und unzureichend
111 sind.

112 Die Klimakrise bedroht das Gemeinwohl in existenzieller Weise. Wir sehen die
113 dringende Notwendigkeit, unsere Wirtschaft radikal zu transformieren, um eine
114 nachhaltige und ökologisch verantwortliche Praxis zu etablieren. Es ist unerlässlich,
115 dass wir ökologische Gerechtigkeit sicherstellen, indem wir die am stärksten
116 betroffenen und marginalisierten Gemeinschaften in den Mittelpunkt unserer
117 Klimapolitik stellen. Ein gerechter Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft muss
118 gewährleisten, dass niemand zurückgelassen wird und die Kosten der Transformation
119 gerecht verteilt werden. Dazu gehört auch, dass wir in erneuerbare Energien
120 investieren, umweltfreundliche Technologien fördern und nachhaltige Produktion
121 vorantreiben. Auch Investitionen in die Klimafolgenanpassung sind unerlässlich, um

122 Katastrophen wie zuletzt im Ahrtal zu verhindern oder jedenfalls die Auswirkungen
123 abzumildern.

124 Unser aller Gemeinwohl hängt maßgeblich damit zusammen, ob es uns gelingt, unsere
125 Existenzgrundlagen in ausreichendem Maße zu schützen.

126 Der fragile Sozialstaat

127 Unser Sozialstaat ist durch neoliberale Politik stark geschwächt worden und kann
128 seine Schutzfunktion für die Bevölkerung nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Wir
129 wollen nicht hinnehmen, dass Menschen in Armut leben und aufwachsen. Wir wollen nicht
130 mehr zusehen, wie Bildungschancen und Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel der Eltern
131 abhängen. Wir müssen den Sozialstaat wieder stärken und ausbauen, um soziale
132 Sicherheit und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

133 Eine Sanktionierung des Existenzminimums darf es für uns nicht geben. Wir müssen
134 durch den Abbau von bürokratischen und sozialen Hürden, individuelle
135 Beratungsangebote und gerechte Arbeitsbedingungen dafür sorgen, dass Menschen, die
136 Arbeit suchen, auch gute Arbeit finden. Menschen, die arbeitsunfähig sind, müssen wir
137 als Gesellschaft vollumfänglich unterstützen.

138 Besonders problematisch sind zudem die restriktiven Regelungen zur Sozialhilfe und
139 das komplizierte Asylverfahren, die viele Geflüchtete in eine prekäre Lebenssituation
140 bringen. Die Sanktionsregeln und die restriktiven Maßnahmen im Asylrecht, wie etwa
141 Leistungskürzungen bei angeblichen Pflichtverletzungen, verschärfen die ohnehin
142 schwierige Situation der Geflüchteten. Auch hier bedarf es einer grundlegenden
143 Reform.

144 Ein starkes Gemeinwohl kann nur erzielt werden, wenn das Sicherungsnetz auf das wir
145 uns alle verlassen und in das jede*r Einzelne jederzeit fallen oder hineingeboren
146 werden kann stabil genug ist, um tatsächliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu
147 ermöglichen.

148 Flucht und Zuwanderung

149 Internationale Konflikte im Kampf um Rohstoffe werden sich nicht zuletzt aufgrund der
150 Klimakrise in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Hinzu kommen Fluchtbewegungen
151 aufgrund der Klimafolgen. Zunehmende Flucht und Zuwanderung stellen uns vor die
152 enorme Aufgabe, gesellschaftliche Teilhabe und Integration zu gewährleisten. Ein
153 gesellschaftliches Klima, das von Stigmatisierung und Hass geprägt ist, erschwert
154 dies zusätzlich. Das Gemeinwohl umfasst für uns auch das Wohl von Geflüchteten und
155 Migrant*innen.

156 Es muss sichergestellt werden, dass Geflüchtete Zugang zu Bildung - insbesondere auch
157 Sprachkursen-, Gesundheitsversorgung und sozialer Teilhabe haben. Dazu gehört auch
158 der grundsätzliche Zugang zum Arbeitsmarkt und die zügige Anerkennung vorhandener
159 Qualifikationen. Nur durch eine integrative und menschenfreundliche Politik können
160 wir Geflüchteten eine Chance auf ein würdiges Leben und eine echte Teilhabe an
161 unserer Gesellschaft bieten.

162 Faschismus

163 Nicht erst seit den Enthüllungen des Treffens zwischen AfD-Funktionär*innen und
164 Gesichtern der “Neuen Rechten” ist für uns klar: Der Faschismus ist wieder auf dem
165 Vormarsch. Er stellt eine direkte Bedrohung für das Gemeinwohl und die Demokratie
166 dar. Wir müssen entschieden gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und
167 rechtsextremer Ideologie vorgehen. Dies erfordert nicht nur eine klare politische
168 Haltung, sondern auch präventive Maßnahmen wie die Stärkung der politischen Bildung,
169 die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und die Unterstützung von
170 Initiativen, die sich gegen Hass und Gewalt einsetzen. Es ist unsere Pflicht, die
171 demokratischen Werte zu verteidigen und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf
172 Respekt, Toleranz und Solidarität basiert. Ein faschistisches System zielt darauf ab,
173 das Wohl einzelner über das Wohl der gesamten Gesellschaft zu stellen - das dürfen
174 wir nicht zulassen!

175 **Was Daseinsvorsorge für uns bedeutet**

176 Daseinsvorsorge ist für uns Politik gewordene Solidarität, das konkret ausgeprägte
177 politische Instrument des Solidarprinzips.

178 Investitionen in die Daseinsvorsorge sind für uns immer auch Investitionen in das
179 Gemeinwohl und essentiell, um gesellschaftliche und politische Teilhabe für alle
180 Menschen zu ermöglichen. Daseinsvorsorge ist dabei für uns mehr als nur die Abdeckung
181 physischer Grundbedürfnisse, durch z.B. Wasser- oder Energieversorgung. Das gute
182 Leben für alle muss auch bezahlbaren Wohnraum, Zugang zu angemessener
183 Gesundheitsversorgung, Mobilität, Kultur und demokratischer Beteiligung für jede*n
184 bedeuten. Dabei ist für uns klar, dass die Daseinsvorsorge Aufgabe des Staates ist
185 und in die öffentliche Hand gehört. Die letzten Jahrzehnte der Sparpolitik haben
186 gezeigt, dass Einsparungen und Privatisierungen in der Daseinsvorsorge zu
187 schlechteren Lebensbedingungen für alle führen.

188 Daseinsvorsorge kann und darf nicht überall gleich aufgestellt sein, aber sie muss
189 überall Menschen einen guten Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bieten.
190 Wir brauchen Daseinsvorsorge nicht nur in den Großstädten, sondern auch in
191 ländlicheren Regionen. Sie muss sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen vor
192 Ort orientieren. Welche unterschiedlichen Herausforderungen und Lösungsansätze es in
193 den einzelnen Handlungsfelder der Daseinsvorsorge hierbei gibt, wollen wir nun
194 skizzieren:

195 Mobilität

196 Deutschlands Mobilitätspolitik ist nach wie vor auf Autos ausgerichtet. Diese
197 autozentrierte Struktur führt nicht nur zu verstopften Straßen und zunehmenden Staus,
198 sondern beeinträchtigt auch die Lebensqualität durch Emissionen erheblich. Die
199 bestehenden Subventionen, wie das Dienstwagenprivileg, die Dieselsubvention und die
200 Pendler*innenpauschale, verstärken diese Problematik, indem sie die Nutzung von Autos
201 fördern und soziale Ungleichheiten verschärfen. Eine solche Politik bevorzugt
202 diejenigen, die sich ein Auto leisten können, und vernachlässigt die Bedürfnisse
203 vieler, insbesondere marginalisierter Gruppen, Jugendlicher und Kinder.

204 Der motorisierte Individualverkehr bietet zweifellos Vorteile. Er ermöglicht eine
205 hohe Flexibilität und Unabhängigkeit bei der Wahl von Reiserouten und -zeiten, was
206 besonders für Menschen wichtig ist, die in Gebieten mit unzureichendem öffentlichen
207 Nahverkehr leben oder arbeiten. Zudem bietet das Auto Bequemlichkeit, insbesondere
208 bei größeren Entfernungen und dem Transport von Lasten. Diese Vorteile dürfen jedoch
209 nicht die negativen Auswirkungen überdecken, die dieser Verkehrsträger mit sich
210 bringt. Es wird Zeit, die autozentrierte Grundstruktur unserer Kommunen zu
211 überdenken. Die konservative und neoliberale Vorstellung, dass der Ausbau von Straßen
212 und die Förderung des Autoverkehrs die Lösung für Verkehrsprobleme seien, ist nicht
213 länger haltbar. Projekte wie zehnspurige Autobahnen sind neoliberaler Größenwahn.

214 Statt auf eine einseitige Förderung des Autos zu setzen, sollten wir einen
215 umfassenden Ansatz verfolgen, der verschiedene Mobilitätsformen inkludiert. Der
216 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der motorisierte Individualverkehr werden
217 oft als gegensätzliche Mobilitätsformen betrachtet. Dabei gibt es bereits viele
218 vielversprechende Ansätze, die im Sinne des Modal-Splits, also der Aufteilung des
219 Verkehrsaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel, darauf abzielen, diese
220 Mobilitätsformen zu kombinieren oder den privaten PKW überflüssig zu machen. Durch
221 die Kombination von Verkehrsmitteln wie Bus, Bahn, Fahrrad und Car-Sharing kann die
222 individuelle Autonutzung reduziert werden, ohne dass die Mobilität und Flexibilität
223 der Nutzer*innen darunter leidet.

224 Die Förderung umweltfreundlicher Mobilitätsformen wollen wir priorisieren. Dazu
225 gehört der Ausbau von Radinfrastruktur wie gesicherten Fahrradstreifen,
226 Radschnellwegen und Fahrradparkhäusern, aber auch die Stärkung des Fußverkehrs.
227 Zusammen mit Sharing-Angeboten wird das auch als Umweltverbund bezeichnet. Auch aus
228 feministischer Perspektive ist dies sinnvoll. FINTA (Frauen, Intersexuelle, Nicht-
229 binäre, Trans- und Agender-Personen) sind im Umweltverbund unterwegs und deutlich
230 häufiger in Begleitung von älteren Menschen und Kindern als Männer. Daraus
231 resultieren besondere Anforderungen an die Sicherheit und Zugänglichkeit der
232 Infrastruktur.

233 Im ländlichen Raum sind die Herausforderungen noch ausgeprägter. Die Abhängigkeit vom
234 Auto ist hier oft besonders stark, da öffentliche Verkehrsmittel begrenzt verfügbar
235 und teurer sind. Teilhabe und Mobilität sind hier stark aneinander gekoppelt, da
236 vorhandene Angebote oft nicht gut erreichbar sind. Um dem entgegenzuwirken, sind
237 flexible und barrierearme On-Demand-Lösungen wie "MyBus" aus Duisburg denkbar. Auch
238 Initiativen wie der Nightmover, ein nächtlicher Taxi-Zuschuss in den Landkreisen
239 Kleve, Wesel und Viersen, zeigen, dass sichere Mobilität außerhalb der regulären
240 Verkehrszeiten auch im ländlichen Raum realisierbar ist.

241 Planungshürden für den Umweltverbund sollten gesenkt werden, um auch in weniger dicht
242 besiedelten Gebieten umweltfreundliche Alternativen zu fördern. Jeder Mensch sollte
243 Zugang zu fairer und umweltfreundlicher Mobilität haben, ohne dass bürokratische
244 Hürden oder Leistungsanforderungen im Weg stehen. Ziel muss es sein, allen Menschen,
245 unabhängig von ihrer sozialen oder ökonomischen Lage, Zugang zu sicherer und

246 nachhaltiger Mobilität zu ermöglichen.

247 Wohnen

248 Jeder Mensch verdient einen Ort, den er Zuhause nennen kann – einen Ort, an dem man
249 sich wohlfühlt und der bezahlbar ist. Doch die Realität in vielen Städten Nordrhein-
250 Westfalens sieht anders aus. Jeder dritte Haushalt gibt mehr als 30% seines
251 Einkommens für die Miete aus. Das ist besonders problematisch, da immer mehr
252 Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen, wodurch der Wohnraum für
253 einkommensschwächere Haushalte knapp wird. Diese angespannte Wohnungsmarktsituation
254 betrifft zunehmend mehr Städte.

255 Eine wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik besteht in der Schaffung von ausreichend
256 Wohnraum durch gezielte Bauleitplanung. In den vergangenen Jahrzehnten hat die
257 Ausweisung großflächiger Neubaugebiete sowie die Genehmigung zahlreicher
258 Einfamilienhäuser zu einem erheblichen Flächenverbrauch geführt. In Deutschland
259 werden täglich rund 52 Hektar in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt, was zu
260 erschwerten Bedingungen für eine nachhaltige Nutzung führt. Für viele Kommunen stellt
261 der Verkauf von Bauland eine relativ schnelle Einnahmequelle dar. Sobald die
262 Grundstücke jedoch verkauft sind, können Schwierigkeiten bei der Steuerung und einem
263 möglichen Rückkauf auftreten. In Nordrhein-Westfalen wird die Ausweisung neuer
264 Baugebiete oft als lukrativer Weg betrachtet, um die kommunalen Haushalte zu
265 verbessern. Dies spielt im Rahmen der derzeitigen kommunalen Fiskalpolitik eine
266 bedeutende Rolle. Viele private Unternehmer*innen übernehmen hier im Rahmen von
267 Public Private Partnership (PPP) kommunale Aufgaben. Während PPP durchaus Vorteile
268 wie projektbezogenes Know-how und eine effiziente Umsetzung hat, führt es oft zur
269 Privatisierung ursprünglich kommunaler Aufgabenbereiche. Es gibt Projekte von denen
270 beide Partner*innen langfristig profitieren können: Etwa, wenn die Kommune Flächen
271 für Solarenergie verpachtet und so Einnahmen generiert, ohne selbst Solaranlagen
272 anschaffen zu müssen und der Private den produzierten Strom verkaufen kann. Aber:
273 Wenn der Private pleite ist, kehrt die Kommune die Scherben zusammen. Damit Kommunen
274 nicht auf private Partner*innen angewiesen sind, benötigen sie eine progressive
275 Bodenpolitik.

276 Eine progressive Bodenpolitik ermöglicht es Kommunen, strategisch Grundstücke zu
277 erwerben und langfristig zu sichern. Das wird Bodenvorratspolitik genannt. Anstatt
278 neu ausgewiesene Grundstücke zu verkaufen, können Kommunen diese auch im Rahmen des
279 Erbbaurechts vergeben. Dabei behalten die Kommunen das Grundstück im eigenen Besitz
280 und vergeben das Nutzungsrecht auf lange Zeit an Bauherr*innen, die dann lediglich
281 für den Bau des Objekts zahlen, nicht jedoch für das Grundstück selbst. Diese
282 Vorgehensweise hat Vorteile sowohl für die Kommune als auch für die Bauherr*innen.
283 Für die Kommune bleibt das Grundstück in ihrem Besitz und kann langfristig für die
284 öffentliche Nutzung gesichert werden. Zudem kann mit solchen Flächen nicht spekuliert
285 werden.

286 Die derzeitige Vergaberegulierung für Projekte erachten wir nicht als sinnvoll, da
287 Kommunen, besonders jene in der Haushaltssicherung, noch immer dazu gezwungen sind,

288 Aufträge vor allem nach finanziellen statt nach qualitativen Kriterien zu vergeben.
289 Dies ist insofern auch schwierig, da kommunale Bauämter häufig nicht die personellen
290 Ressourcen haben, um Planungen selbst durchzuführen.

291 Eine weitere Möglichkeit zur Bereitstellung weiterer Wohnflächen stellt das Konzept
292 der doppelten Innenentwicklung dar. Doppelte Innenentwicklung bedeutet, Kommunen
293 sowohl baulich zu verdichten als auch urbane Grünflächen zu erhalten und zu
294 verbessern. Beides muss gemeinsam geplant werden, um die Lebensqualität zu steigern
295 und Landschaftsräume vor weiterer Bebauung zu schützen. Kaum ein anderer Bereich hat
296 so viel Potenzial zur Vermeidung und Einsparung von Emissionen wie das Bauen. Die
297 Renaturierung von Mooren, Wäldern und Flüssen trägt entscheidend zur Verbesserung des
298 Stadtklimas und der Umweltbilanz bei, indem sie CO₂ speichert und die biologische
299 Vielfalt fördert.

300 Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und genossenschaftliches Wohnen begrüßen wir
301 ausdrücklich. Auch die Bereitstellung alternativer Wohnformen, Azubi- und
302 Studiwohnheimen sowie ausreichend inklusivem Wohnraum ist für uns Teil von
303 Daseinsvorsorge. Für uns gehört dazu auch die Berücksichtigung geflüchteter Personen,
304 die ein Recht auf Teilhabe und angemessenen Wohnraum haben. Wir setzen uns gegen
305 menschenunwürdige Unterbringung und die Isolation am Stadtrand und Kommunen ohne
306 Integrationsmöglichkeiten ein. Stattdessen streben wir eine zentrale
307 Dezentralisierung von Wohnraum an, um faire und integrierte Wohnmöglichkeiten für
308 alle zu gewährleisten. „Zentrale Dezentralisierung“ bedeutet in der Stadtplanung,
309 dass mehrere kleinere Zentren anstelle eines großen Hauptzentrums gefördert werden,
310 um die kommunalen Einrichtungen besser zu verteilen und allen bessere Zugänglichkeit
311 zu bieten. Das gilt auch für wohnungslose Personen. Hier wollen wir gemäß des
312 Konzepts „Housing first“ Betroffenen eine Perspektive ohne Stigmatisierung und
313 Diskriminierung bieten. Um all diese Ziele zu erreichen, benötigen Kommunen sowohl
314 finanziellen als auch handlungstechnischen Spielraum durch Land und Bund.

315 Gesundheit

316 Die Gesundheitsversorgung in Deutschland steht vor einer Reihe von Herausforderungen,
317 die sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten spürbar sind. Besonders
318 beunruhigend ist das schleichende Sterben von Arztpraxen. Ländliche Gebiete sind
319 hiervon besonders stark betroffen, da sie demografisch häufig eine ältere Bevölkerung
320 mit einem höheren Versorgungsbedarf aufweisen. Dies gefährdet die Sicherstellung der
321 medizinischen Versorgung. Gründe dafür sind unter anderem unattraktive
322 Arbeitsbedingungen und fehlende Anreize für junge Mediziner*innen, sich in ländlichen
323 Regionen niederzulassen. Aber nicht nur Arztpraxen verschwinden zunehmend, auch
324 Krankenhäuser geraten immer mehr unter Druck. Rund 70 % der Krankenhäuser in
325 Deutschland sehen ihre Existenz kurz- bis mittelfristig als gefährdet an. Dies ist
326 ein Armutszeugnis für eine Politik, die Profite im Gesundheitswesen über die
327 langfristige Sicherstellung der Versorgung stellt.

328 Die derzeitige Krankenhausreform ist ein erster Schritt, das Problem anzugehen,
329 allerdings ist sie umstritten und ihre Folgen sind schwer abzuschätzen. Eine mögliche

330 Lösung ist die Rekommunalisierung von Krankenhäusern sein, um ihren Fokus stärker auf
331 das Gemeinwohl und die Patientenversorgung zu lenken, anstatt auf Gewinnmaximierung.
332 Dies würde es den Krankenhäusern ermöglichen, flächendeckende, bedarfsgerechte
333 medizinische Leistungen anzubieten.

334 Unabhängig von der geografischen Lage gibt es zentrale Herausforderungen, die eine
335 umfassende Reform der Gesundheitsversorgung erforderlich machen. Dazu gehört die
336 Gewährleistung garantierter medizinischer Dienstleistungen für alle Bürger*innen,
337 unabhängig von ihrem Wohnort. Tarifbindung und ein guter Personalschlüssel sind
338 essentiell, um die Qualität der Versorgung zu sichern und Pflegekräfte zu entlasten.
339 Ebenso wichtig ist die Modernisierung der Ausbildung und Qualifizierung von
340 medizinischem Personal, die derzeit noch häufig auf weiße Männer als Standard
341 ausgerichtet ist. Beispielsweise gibt es kaum Bildungsangebote darüber, wie Hautkrebs
342 bei nicht-weißer Haut erkannt werden kann. Es braucht neue Standards in der
343 medizinischen Ausbildung, auch wenn es etwa darum geht, dass Schwangerschaftsabbrüche
344 kompetent und sicher durchgeführt werden können. Diese Aspekte unterstreichen die
345 Notwendigkeit einer inklusiven Ausbildung, die die Vielfalt der Patient*innen und
346 deren spezifische Bedürfnisse besser berücksichtigt. Zudem ist es höchste Zeit, die
347 Zwei-Klassen-Medizin zu überwinden und gleiche Bedingungen für alle Patient*innen zu
348 schaffen und endlich eine Krankenversicherung für alle aufzustellen. Auch die
349 psychische Gesundheit sollte stärker in den Fokus rücken, um eine umfassende und
350 integrative Betreuung zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Stärkung der
351 Hebammenversorgung und der Ausbildung in der Physiotherapie entscheidend, um den
352 wachsenden Anforderungen in diesen Bereichen gerecht zu werden.

353 Ein weiterer Aspekt betrifft die Rolle kirchlicher Träger in der
354 Gesundheitsversorgung. Diese Institutionen betreiben in Deutschland viele
355 Krankenhäuser, allerdings können religiös motivierte Regelungen und Überzeugungen in
356 diesen Einrichtungen zu Einschränkungen und Diskriminierungen führen, beispielsweise
357 bei Themen wie Schwangerschaftsabbrüchen, der Beschäftigung von queeren Personen oder
358 der Sterbehilfe. Kirchliche Träger dürfen nicht außerhalb von einer
359 diskriminierungsfreien Daseinsvorsorge laufen, ganz abgesehen davon, dass der Staat
360 die Hauptverantwortung für gesundheitliche Daseinsvorsorge tragen muss. Nur durch
361 eine umfassende Reform, die alle diese Aspekte integriert, können wir sicherstellen,
362 dass die Gesundheitsversorgung in Deutschland gerecht, inklusiv und zukunftsfähig
363 gestaltet wird.

364 Energie- und Abfallversorgung

365 Wer sich nicht um Energie und Abfall kümmert, sitzt bald im Dunkeln auf einem Berg
366 aus Dreck. Die Ver- und Entsorgung sind grundlegende Aspekte der Daseinsvorsorge und
367 gehören zu den ersten Themen, die in diesem Kontext genannt werden. Um eine
368 zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten, setzen wir uns für den weiteren
369 Ausbau erneuerbarer Energien ein, einschließlich umfassenderer Maßnahmen wie einer
370 Solarpflicht für Neubauten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass unser derzeitiges
371 Energienetz die Einspeisung von Energie auch an Tagen mit hoher Produktion bewältigen

372 können muss. Ein entscheidender Aspekt ist hierbei die Weiterentwicklung und der
373 Ausbau von Speichertechnologien, die es ermöglichen, erzeugte Energie effizient zu
374 speichern und bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. In diesem Kontext spielen auch
375 Synergieeffekte eine wichtige Rolle in einer integrierten Energie- und Abfallpolitik.
376 Ein Beispiel dafür ist die Kombination von Wasserwerken und Stromerzeugung, bei der
377 Abwasserbehandlung zur Energiegewinnung genutzt werden kann. Synergieeffekte werden
378 bisher viel zu wenig genutzt.

379 Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Bekämpfung von Umweltkriminalität, zu der
380 insbesondere der Transfer und Export von Müll in andere Staaten gehört. Diese Praxis
381 führt nicht nur zu erheblichen Umwelt- und Gesundheitsproblemen in den betroffenen
382 Regionen, sondern rächt sich auch langfristig international in Folge von
383 Klimaschäden. Um diese Umweltverbrechen effektiv zu bekämpfen, sind strengere
384 Kontrollen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Staaten notwendig.

385 Auf lokaler Ebene spielen die Einführung und Durchsetzung klarer Vorgaben für
386 Recycling und Upcycling eine zentrale Rolle. Die EU hat hier mit dem European Green
387 Deal bereits einige Vorgaben eingebracht. Diese Maßnahmen tragen nicht nur dazu bei,
388 den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, sondern fördern auch eine
389 Kreislaufwirtschaft, in der Abfälle als wertvolle Ressourcen behandelt werden. Lokale
390 Behörden und Unternehmen müssen ermutigt und unterstützt werden, innovative
391 Recycling- und Upcycling-Technologien zu entwickeln und zu nutzen. Es ist wichtig,
392 dass Kommunen aktiv in Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen investieren, um die
393 Bevölkerung für die Bedeutung von korrekter Mülltrennung und -verwertung zu
394 sensibilisieren.

395 Auch die Problematik der Wasserarmut rückt immer weiter in den Vordergrund. In den
396 letzten 20 Jahren hat Deutschland etwa so viel Wasser verloren, wie es sich im
397 Bodensee befindet. Die Auswirkungen von Wasserknappheit sind weitreichend und
398 betreffen nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung
399 mit Trinkwasser. Es ist dringend erforderlich, Maßnahmen zur Wassereinsparung und -
400 rückgewinnung jetzt schon zu betrachten sowie nachhaltige Bewirtschaftungsstrategien
401 zu entwickeln, um zukünftige Wasserressourcen zu sichern und die ökologischen Folgen
402 zu minimieren.

403 Kreislaufwirtschaft

404 Kreislaufwirtschaft umschließt für uns mehr als reine Abfallvermeidung und
405 Abfallverwertung. Wir sehen zirkuläre Wertschöpfung als Notwendigkeit für eine
406 ressourceneffiziente und klimaschonende Wirtschaft. Dabei müssen Wertschöpfungsketten
407 im Kreis gedacht werden - vom Design eines Produktes bis hin zum Recycling. Hierfür
408 setzen wir vor, während und nach der Nutzung eines Produktes an. Um diese Produkte
409 allen Menschen in unserer Gesellschaft zugänglich zu machen und die Zirkuläre
410 Transformation ernsthaft anzutreiben, braucht es klare Vorgaben zu ökologischem
411 Design, Wiederverwertung und Wiederverwendung sowie der Umgang mit Abfällen.
412 Flankierend fordern wir eine breite Finanzierung zirkulärer Technologien und
413 Prozesse, um unsere Wirtschaft flächendeckend transformieren zu können. Branchen- und

414 produktspezifische sollen zudem Aktionspläne ausgearbeitet werden, um auf
415 verschiedene Bedingungen wie z.B. in energieintensiven Industrien oder in der
416 Textilindustrie, reagieren zu können. Bei ausgewählten Produkten und
417 Wirtschaftszweigen, wie Teile der Textil- oder Kunststoffindustrie, setzen wir uns
418 für Rezyklatquoten ein. Um die Transparenz, Nachverfolgbarkeit und Zirkularität zu
419 erhöhen, setzen wir uns außerdem für die Einführung von verpflichtenden digitalen
420 Produktpässen ein. Hierin kann der gesamte Lebenszyklus eines Produktes nachvollzogen
421 werden.

422 Auf lokaler Ebene müssen kommunale Unternehmen und die Abfallwirtschaft ermutigt und
423 unterstützt werden, innovative Technologien zu entwickeln und zu nutzen. Durch eine
424 engere Zusammenarbeit zwischen Abfallwirtschaft und Wissenschaft wollen wir die
425 Wertstoffhöfe von heute zu den Recycling- und Beratungs-Dienstleistern von morgen
426 machen. Unternehmensansiedlungen wollen wir gezielt aneinander anpassen und Cluster
427 bilden, um möglichst ganze Kreisläufe in einem Gewerbegebiet abbilden zu können.
428 Dabei müssen Unternehmen und Start-Ups unterstützt werden, zirkuläre Prozesse zu
429 entwickeln und umzusetzen. Strategisch müssen jegliche kommunalen Konzepte und
430 Planungen, wie Nachhaltigkeitskonzepte, Entwicklungspläne oder Mobilitätsplänen, mit
431 kommunalen Kreislaufwirtschaftsplanungen zu verzahnen.

432 Um den Herausforderungen der Ressourcenknappheit, der Klimakrise und der
433 Biodiversitätskrise entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine umfassende
434 Kreislaufwirtschaft ein. Wir fordern, dass...

435 die Kreislaufwirtschaft ernst genommen und gefördert wird, indem:

- 436 • ... klare Vorgaben zum ökologischen Design, Wiederverwertung, Weiterverwendung und
437 Abfallende eingeführt werden.
- 438 • ... flankierend eine breite Finanzierung zirkulärer Technologien und Prozesse
439 aufgesetzt wird.
- 440 • ... branchen- und produktspezifische Aktionspläne zur zirkulären Transformation
441 ausgearbeitet werden.
- 442 • ... für ausgewählte Produkte und Wirtschaftszweige Rezyklatquoten eingeführt
443 werden.
- 444 • ... digital Produktpässe verpflichtend geführt werden müssen.
- 445 • ... kommunale Unternehmen und die Abfallwirtschaft bei der Entwicklung und Nutzung
446 innovativer Technologien unterstützt werden.

447

448 Kultur

449 Kultur ist allgegenwärtig im Leben junger Menschen und nicht nur verzichtbare
450 Freizeitbeschäftigung oder Luxusgut, sondern identitätsstiftend und Bestandteil der
451 Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb gehört Kultur für uns auch klar zur
452 Daseinsvorsorge. Dabei muss nicht nur sichergestellt werden, dass alle die
453 Möglichkeit haben, Kultur zu erleben, sondern auch durch staatliche Förderung dafür

454 gesorgt werden, dass nicht nur Mitglieder privilegierter Gruppen die Möglichkeit
455 haben, Kultur zu schaffen.

456 Leider ist Kultur auch einer der politischen Bereiche, bei denen als erstes gespart
457 wird. Schwimmbäder werden geschlossen, Fördergelder nicht länger gezahlt,
458 Eintrittsgelder für Museen und Ausstellungen werden erhöht und die Kneipen vor Ort
459 machen die Schotten dicht. Das bedeutet nicht nur mehr Hürden und weniger kulturelle
460 Teilhabe für alle, sondern auch prekärere Beschäftigungsverhältnisse und permanente
461 Zukunftsangst für Kulturschaffende, in einer Branche, die ohnehin von schlechten
462 Arbeitsbedingungen und oft fehlender gewerkschaftlicher Anbindung geprägt ist. Zudem
463 wird der berufliche Einstieg in den Kultursektor so noch mehr erschwert und bleibt
464 vor allem Menschen aus wohlhabenden Elternhäusern vorbehalten.

465 Auch jungen Menschen, die im ländlichen Raum leben, wird der Zugang zu Kultur,
466 besonders durch weniger Angebote vor Ort, das Club- und Kneipensterben und schlechte
467 ÖPNV-Anbindungen erschwert. Hier müssen Finanzierungsmechanismen einsetzen, die das
468 kulturelle Angebot auf dem Land besonders fördern.

469 Also: Weg mit dem Narrativ, dass Kultur nur ein Luxusgut sei, das man sich leisten
470 können muss. Auch Investitionen in Kultur sind wichtiger Bestandteil, um
471 demokratische Bildung und Teilhabe zu fördern. Gerade deshalb dürfen Bund, Länder und
472 Kommunen hier nicht länger einsparen.

473 Vor allem in Zeiten, in denen medial und politisch oft der Kulturkampf
474 heraufbeschworen wird, müssen Kultur und kulturelle Vielfalt besonders von
475 staatlicher Seite gefördert und geschützt werden. Es bedarf an besonderer
476 finanzieller Unterstützung für Projekte von marginalisierten Kulturschaffenden
477 (besonders BIPOCs, queere Personen, Armutsbetroffene & behinderten Personen), aber
478 auch Schutz vor immer häufiger vorkommenden Angriffen, vor allem von rechts. Noch
479 immer ist die deutsche Kulturlandschaft von weißen, heterosexuellen und patriarchalen
480 Machtstrukturen geprägt. Teil der Daseinsvorsorge muss es auch sein, diese Systeme zu
481 durchbrechen und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen.

482 Sozialstaat und bürokratische Dienstleistungen

483 Der Sozialstaat und das gesamte bürokratische System sind voller Barrieren,
484 insbesondere für marginalisierte Gruppen. Es bedarf einer grundlegenden Reform, die
485 ein Umdenken mit sich bringt. Die konservative und neoliberale Erzählung, dass das
486 Streben nach Leistung Grundpfeiler für Ansprüche des Sozialstaates ist, muss ein Ende
487 haben. Der Anspruch auf Leistungen der sozialen Sicherung gilt allen Menschen, die in
488 unserem Land leben und Teil unserer Gesellschaft sein wollen. Die Gängelung von
489 Leistungsempfänger*innen und Sanktionsmechanismen müssen ein Ende haben. Der hier
490 investierte Bürokratieapparat könnte stattdessen Beratungs- und Fortbildungsangebote
491 liefern.

492 Forderungen nach einer Bezahlkarte für Geflüchtete sind vor diesem Hintergrund
493 unserer Vorstellung nach Teilhabe an gesellschaftlichem Leben nicht mit unserer
494 Grundüberzeugung vereinbar. Die Bezahlkarte schränkt die Teilhabe und auch die

495 Integration massiv ein.

496 Abgesehen davon, dass gerade in Großstädten kaum Termine verfügbar sind und im
497 ländlichen Raum vor allem die eingeschränkte Mobilität den Menschen den Zugang zu
498 öffentlichen Dienstleistungen erschwert, verbindet Stadt und Land die ausbleibende
499 Digitalisierung von Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen. Hierbei handelt es
500 sich wohl um eine der größten bisher verpassten Chancen der Daseinsvorsorge im
501 Bereich Bürokratie und Sozialstaat. Der digitale Zugang kann - wenn er richtig und
502 möglichst einheitlich gestaltet wird - massiv Barrieren abbauen und außerdem
503 Ressourcen durch die Optimierung von Prozessen einsparen.

504 Die Beantragung von Leistungen und auch allgemeine Beratungen oder Auskünfte müssten
505 eigentlich aufgrund des Online-Zugangs-Gesetzes längst möglich sein. Die Chance, bei
506 der Ausgestaltung durch eine einheitliche und benutzer*innenfreundliche Anwendung in
507 verschiedenen Bereichen Barrieren abzubauen und Kosten zu sparen, sowie die
508 Digitalisierung zu nutzen, um Prozesse zu hinterfragen wurde offenbar jedoch
509 weitestgehend verpasst. Die Digitalisierung der Bürokratie gleicht einem
510 Flickenteppich, der weiteren bürokratischen Aufwand schafft, anstatt zum Abbau
511 bürokratischer Hürden beizutragen. Gelungene Online-Angebote sind häufig zu
512 unbekannt.

513 Bildung

514 Anspruch unserer jungsozialistischen Politik ist es, dass jeder Mensch das Leben
515 führen kann, das er*sie führen möchte. Zur Erfüllung dieses Anspruchs ist Bildung
516 nicht alles, aber ohne Bildung ist alles nichts. Sie ist der zentrale Schlüssel
517 dafür, dass die persönliche Zukunft nicht länger von der eigenen Herkunft abhängt.
518 Bildung ist eines der wesentlichen Elemente der Daseinsvorsorge und nimmt (zurecht)
519 in den meisten Landes- und Kommunalhaushalten einen der größten Investitionsbereiche
520 ein. Dennoch ist der Investitionsstau im Bildungsbereich enorm. In vielen Städten
521 sind die Schulen baulich in äußerst fragilen Zuständen. In ländlichen Gemeinden ist
522 der Schulweg für viele junge Menschen aufgrund fehlender weiterführender Schulformen
523 besonders lang. Die Ausstattung mit sonderpädagogischem Fachpersonal oder Lehrkräften
524 ist nahezu überall unzureichend. Zudem sind die technischen und digitalen
525 Infrastrukturen vieler Schulen veraltet, was den Zugang zu zeitgemäßem Unterricht
526 erheblich erschwert.

527 Unsere Vision ist es, ein Bildungssystem zu schaffen, das wirklich allen offensteht,
528 unabhängig von sozioökonomischer Herkunft, Diskriminierungserfahrung oder Wohnort.
529 Dazu gehört, dass Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule finanziell so
530 ausgestattet sind, dass sie ihrer wichtigen Rolle gerecht werden können. Wir brauchen
531 moderne, gut ausgestattete Schulgebäude und dazugehörige Lehrkräfte, die den
532 Anforderungen eines inklusiven und zukunftsorientierten Lernens gerecht werden.
533 Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems.
534 Statt frühzeitig über die Zukunft der Schüler*innen zu entscheiden, wollen wir eine
535 gemeinsame Schule für alle schaffen, in der individuelle Förderung im Vordergrund
536 steht. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre

537 Potenziale voll entfalten können, ohne durch soziale Barrieren oder selektive
538 Bildungssysteme benachteiligt zu werden.

539 Darüber hinaus setzen wir uns für das lebenslange Lernen ein. Bildung darf nicht mit
540 dem Schulabschluss enden. Wir brauchen flexible Bildungsangebote für alle
541 Altersgruppen, die sich an die verschiedenen Lebensphasen und Bedürfnisse anpassen.
542 Das bedeutet, Weiterbildungsmöglichkeiten, berufsbegleitende Studiengänge und die
543 Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen zu fördern.

544 Bildung ist der Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Vor allem
545 vor dem Hintergrund des zunehmenden Populismus und Rechtsextremismus ist die
546 Streichung von Investitionen in politische Bildung für uns nicht nachvollziehbar. Wir
547 müssen in unsere Bildungseinrichtungen und in die politische Partizipation vor allem
548 junger Menschen investieren und sicherstellen, dass die Bildungsangebote allen
549 Menschen zugänglich sind. Nur so können wir unserem Anspruch an eine gerechtere
550 Gesellschaft gerecht werden.

551 **Kommune, Bund und Land: Es klappt nur Hand in Hand!**

552 Der Staat ist verantwortlich für die Daseinsvorsorge und agiert auf verschiedenen
553 politischen Ebenen. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass die Mammutaufgabe
554 einer gelungenen Daseinsvorsorge wie ein Spielball zwischen diesen Ebenen hin und her
555 gespielt wird, sich am Ende aber niemand für die Umsetzung verantwortlich fühlt.

556 Die kommunale Selbstverwaltung ist ein grundlegendes Element unseres demokratischen
557 Staatssystems. Sie ermöglicht es Kommunen, eigenständig Entscheidungen zu treffen und
558 Leistungen anzubieten. Dies ist entscheidend, um die Bedürfnisse der Einwohner*innen
559 angemessen zu erfüllen und die Qualität öffentlicher Dienstleistungen
560 sicherzustellen. Grundsätzlich sind sie daher auch für die Daseinsvorsorge
561 verantwortlich. Eine ausreichende Finanzierung ist hierfür jedoch unerlässlich.

562 Außerdem gibt es unabhängig von der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie Aufgaben der
563 Daseinsvorsorge, bei denen es sich nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern vor allem
564 im Sinne einer möglichst gleichen Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben
565 aufdrängt, eine überörtliche Zuständigkeit für die Bereitstellung der Daseinsvorsorge
566 festzuhalten.

567 Bund und Länder müssen auch endlich ihre Verantwortung für eine effektive Investition
568 in unsere Daseinsvorsorge übernehmen - Wir brauchen einen kommunalen Altschulden-
569 Schnitt! Das Märchen der schwankenden Generationengerechtigkeit bei weiteren
570 Staatsschulden ist längst von der Realität eingeholt: Aktuell bekommen wir die marode
571 Infrastruktur und die verpassten Investitionen der letzten Jahrzehnte hautnah zu
572 spüren. Das ist es, was es in Zukunft zu vermeiden gilt. Wir brauchen Investitionen
573 in eine gerechte Zukunft, statt eine Investitionsbremse.

574 Wohnen

575 Für uns steht fest: Wohnraum muss bezahlbar und für alle Menschen vorhanden sein. Die
576 Wohnpolitik muss so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen aller Menschen
577 gerecht wird und dabei gleichzeitig Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit

578 berücksichtigt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass...

- 579 • ... mehr mietpreisgebundener Wohnraum geschaffen wird, um die finanzielle
- 580 Belastung der Haushalte zu reduzieren.
- 581 • ... eine bauliche Verdichtung mit gleichzeitiger Erhaltung und Förderung urbaner
- 582 Grünflächen erfolgt, um lebenswerte Städte zu schaffen und zu erhalten.
- 583 • ... Kommunen auskömmlich finanziert werden, um Grundstücke langfristig zu
- 584 sichern, damit sie Instrumente wie das Erbbaurecht einsetzen können.
- 585 • ... die Vergabe öffentlicher Bauaufträge nicht nur nach Kosten, sondern
- 586 insbesondere nach Qualität erfolgt. Dazu müssen Bauämter personell und technisch
- 587 besser ausgestattet werden und der bürokratische Rahmen geändert werden.
- 588 • ... kommunale Wohnungsbaugesellschaften sowie genossenschaftliches Wohnen und
- 589 gemeinwohlorientierte Azubi- und Studiwohnheime gefördert werden, um vielfältige
- 590 Wohnoptionen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Lebensphasen zu
- 591 schaffen.
- 592 • ... angemessener und zentral gelegener Wohnraum bereitgestellt wird, um eine
- 593 gelungene Integration für Geflüchtete in die Gesellschaft zu erleichtern.
- 594 • ... die Umsetzung dieser Maßnahmen durch finanzielle und handlungstechnische
- 595 Unterstützung von Land und Bund begleitet wird, um den Kommunen die nötigen
- 596 Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung zu stellen.

597 Mobilität

598 Als Jungsozialist*innen wissen wir: Mobilität muss für alle Menschen zugänglich sein.
599 Unsere Verkehrspolitik soll ökologisch sinnvoll und sozial gerecht gestaltet werden.
600 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass...

- 601 • ... Subventionen wie das Dienstwagenprivileg und die Dieselsubvention
- 602 abgeschafft werden.
- 603 • ... umweltfreundliche Mobilität gefördert wird, indem der Ausbau der
- 604 Radinfrastruktur, des Fußverkehrs und von Sharing-Angeboten priorisiert wird.
- 605 • ... ein Modal-Split umgesetzt wird, der verschiedene Verkehrsmittel wie Bus,
- 606 Bahn, Fahrrad und Car-Sharing integriert.
- 607 • ... die Verkehrsinfrastruktur so gestaltet wird, dass die Bedürfnisse von FINTA-
- 608 Personen (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender
- 609 Personen), älteren Menschen, Menschen mit Behinderung und Kindern berücksichtigt
- 610 werden.
- 611 • ... die Mobilität im ländlichen Raum durch den Ausbau von On-Demand-Lösungen und
- 612 Nachtmobilität verbessert wird.
- 613 • ... Planungshürden gesenkt und bürokratische Barrieren für umweltfreundliche
- 614 Mobilität abgebaut werden.

615 Gesundheit

616 Das Gesundheitssystem ist seit Jahrzehnten von Sparpolitik, schlechten

617 Arbeitsbedingungen und nicht ausreichender Versorgung geprägt. Um den Kollaps zu
618 verhindern und eine gute Versorgung für alle Menschen sicherzustellen, kämpfen wir
619 deshalb...

620 ...dafür, dass der Bund den Ernst der Lage endlich erkennt und fordert:

- 621 • eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl von Pfleger*innen auf den
- 622 Stationen nach der Bemessung einer modernen und aktuellen Pflegepersonal-
- 623 Regelung.
- 624 • Tarifbindung in öffentlichen und privatisierten Einrichtungen
- 625 • die Einführung einer gesetzlichen Bürger*innenversicherung und Aufhebung der
- 626 Zwei-Klassen-Medizin
- 627 • die Förderung von kultur- und sprachsensibler Pflege
- 628 • die Rekommunalisierung aller Krankenhäuser
- 629 • die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung, vor allem auch im
- 630 ländlichen Raum. Dabei sollen vor allem auch Modelle, die zur Förderung der
- 631 hausärztlichen Versorgung beitragen gestärkt werden. Modellprojekte wie “Mit
- 632 Praxis zur Praxis” aus dem Kreis Herford können hier als Vorbilder dienen.
- 633 • den Ausbau der durch LWL und LVR bereitgestellten hausärztlichen Notdienste.
- 634 • vereinfachte Zugänge in den Krankenkassen

635 ... auf Landesebene und in den Kommunen für:

636 Energie- und Abfallversorgung

637 Um den Herausforderungen in den Bereichen Energie, Umwelt und Wasser gerecht zu
638 werden, setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein. Diese Forderungen zielen darauf
639 ab, erneuerbare Energien zu fördern, Umweltkriminalität zu bekämpfen, die
640 Kreislaufwirtschaft voranzutreiben und das Wassermanagement zu verbessern. Wir
641 fordern, dass...

642 Erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden, indem:

- 643 • ... eine Solarpflicht für Neubauten eingeführt wird, um die Nutzung von
- 644 Solarenergie zu fördern.
- 645 • ... verstärkt in die Forschung und Entwicklung von Energiespeichertechnologien
- 646 investiert wird, um eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.
- 647 • ... Projekte gefördert werden, die Synergieeffekte nutzen, wie die Kombination
- 648 von Abwasserbehandlung und Stromerzeugung.

649 Umweltkriminalität bekämpft wird, indem:

- 650 • ... strengere Kontrollen zur Überwachung und Durchsetzung von Gesetzen gegen
- 651 illegalen Mülltransfer und -export eingeführt werden.
- 652 • ... die internationale Zusammenarbeit gestärkt wird, um Umweltverbrechen
- 653 effektiver zu bekämpfen und globale Umweltstandards zu fördern.

654 die Kreislaufwirtschaft weiter gefördert wird, indem:

- 655 • ... klare Vorgaben für Recycling und Upcycling eingeführt und durchgesetzt
656 werden, um Abfälle als wertvolle Ressourcen zu nutzen.
- 657 • ... lokale Behörden und Unternehmen bei der Entwicklung und Nutzung
658 innovativer Recycling- und Upcycling-Technologien unterstützt werden.
- 659 • ... in Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen investiert wird, um die
660 Bevölkerung für die Bedeutung und Methoden der Mülltrennung und -verwertung zu
661 sensibilisieren.

662 das Wassermanagement verbessert wird, indem:

- 663 • ... Wassersparmaßnahmen in Industrie, Landwirtschaft und Haushalten
664 implementiert werden, um den Wasserverbrauch zu reduzieren.
- 665 • ... Technologien und Infrastrukturen zur Wasserrückgewinnung gefördert werden,
666 um die Wiederverwendung und den Schutz von Wasserressourcen zu sichern.
- 667 • ... nachhaltige Bewirtschaftungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden, um
668 zukünftige Wasserressourcen zu sichern und ökologische Schäden zu minimieren.

669 Kultur

670 Kultur ist kein Luxusgut und Kunstschaffende sind keine Bittsteller*innen. Deshalb
671 kämpfen wir dafür, dass...

672 ... der Bund Kulturpolitik endlich als relevanten politischen und wirtschaftlichen
673 Sektor erkennt und:

- 674 • Eine faire Förderpolitik umsetzt, die nicht nur weiße sogenannte Hochkultur
675 fördert und eine finanziell stabile Perspektive für Kunst- und Kulturschaffende
676 bietet. Die Kulturförderungsprogramme sollen langfristig angesetzt sein und
677 Diversität stärken.
- 678 • Gelder für die Kommunen bereitstellt, mit denen diese lokale Projekte fördern
679 können, besonders für den ländlichen Raum
- 680 • für eine bessere Entlohnung für Beschäftigte im Kulturbetrieb und
681 Mindesthonorare für Kulturschaffende sorgt
- 682 • das Angebot des Kulturpasses für 18-Jährige weiter ausweitet und Kulturangebote
683 so zugänglicher für junge Menschen macht.

684 ... das Land Geld in die Hand nimmt und:

- 685 • Gelder für die Kommunen bereitstellt, mit denen diese lokale Projekte fördern
686 können, besonders für den ländlichen Raum
- 687 • Selbst kulturelle Angebote direkt fördert
- 688 ... die Kommunen nicht an der Kultur sparen und stattdessen:
- 689 • die finanzielle Förderung von lokalen Kulturangeboten, vor allem für
690 Jugendliche, sicherstellen.

- 691 • für eine angemessene Schwimmbadversorgung sorgen

692 Sozialstaat und bürokratische Dienstleistungen

- 693 Für uns ist klar: Wir brauchen einen armutsfesten Sozialstaat auf allen Ebenen.
694 Bürokratische Dienstleistungen müssen barrierearm bzw. möglichst barrierefrei
695 zugänglich sein. Deshalb wollen wir dafür streiten, dass...
- 696 ...der Bund endlich den Investitions-Turbo startet und in Kernbereichen der
697 Daseinsvorsorge einheitliche Standards garantiert. Deshalb fordern wir:
- 698 • die bundesweite Reform der sozialstaatlichen Leistungen hin zu einer
699 Grundsicherung, die frei von Sanktionen und bürokratischen Irrgärten ist. Dabei
700 müssen Bürokratiemonster und bürokratische Bedürftigkeitsüberprüfungen, die
701 weder wirtschaftlich lohnenswert sind noch unsere Vorstellung von Gerechtigkeit
702 widerspiegeln, auf den Prüfstand gestellt werden. Der beste Schutz des
703 Sozialstaats gegen Missbrauch ist nicht, Menschen mit Sanktionen zu gängeln oder
704 jeden Cent umzudrehen, sondern durch einen aufsuchenden Sozialstaat frühzeitig
705 Hilfebedarfe zu erkennen und diesen mit Beratungsangeboten und Unterstützung zu
706 begegnen. Der Sozialstaat muss Mechanismen entwickeln, um Hilfebedürftigkeit
707 frühzeitig zu erkennen und proaktive Angebote zu schaffen, statt Bürger*innen
708 als Bittsteller im bürokratischen Irrgarten alleine zu lassen.
 - 709 • die sofortige Einführung einer Kindergrundsicherung, die effektiv verhindert,
710 dass Kinder durch Armut vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.
 - 711 • eine Supervision bisheriger Digitalisierungsprozesse, bei der
712 Verwaltungsprozesse im Hinblick auf ihre Effizienz untersucht werden. Dafür
713 braucht es ein umfassendes Prozessmanagement.
 - 714 • bundeseinheitliche digitale Portale für bundeseinheitliche Leistungen.
- 715 ...das Land die Beratungsangebote ausbaut und:
- 716 • sicherstellt, dass in jeder Kommune ausreichend und qualitativ hochwertige
717 Beratungsstellen vorhanden sind, die Menschen in verschiedenen Lebenslagen
718 unterstützen können. Dies umfasst finanzielle Beratung, Sozialberatung, sowie
719 Beratungsangebote für Arbeitslose und Menschen in prekären
720 Beschäftigungsverhältnissen.
 - 721 • die Ausbildung und Fortbildung von Beratungspersonal sicherstellt, um dafür zu
722 sorgen, dass diese auf dem neuesten Stand sind und effektiv auf die Bedürfnisse
723 der Menschen eingehen können.
 - 724 • die Auszahlung von Geldleistungen als solche etabliert, die tatsächliche
725 Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen und sich eben nicht in einer
726 diskriminierenden Bezahlkarte erschöpfen.
- 727 ...die Kommunen aktiv in die Verbesserung der Daseinsvorsorge eingebunden werden und:
- 728 • niedrigschwellige Zugänge zu sozialen Dienstleistungen in allen städtischen und
729 ländlichen Gebieten geschaffen werden. Dies beinhaltet die Einrichtung von
730 Bürger*innenbüros und Informationszentren, die auch ohne vorherige
731 Terminvereinbarung aufgesucht werden können.
 - 732 • gezielte Programme zur Unterstützung besonders benachteiligter

733 Bevölkerungsgruppen, wie etwa Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und
734 Migrant*innen, entwickelt und umgesetzt werden.

735 • die Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen vorangetrieben wird, um
736 sicherzustellen, dass alle Bürger*innen einfachen Zugang zu wichtigen
737 Dienstleistungen haben und Anträge unkompliziert und schnell online gestellt
738 werden können.

739 Nur so können wir sicherstellen, dass der Sozialstaat wirklich jeden erreicht und
740 niemand durch bürokratische Hürden von notwendigen Unterstützungsleistungen
741 ausgeschlossen wird. Wir müssen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der sozialen
742 Sicherheit auf zukunftsfähige Beine stellen.

743 Bildung

744 Außerdem brauchen wir ein Bildungssystem, das allen Menschen gleiche Chancen und
745 Möglichkeiten bietet. Das Beharren auf den Bildungsföderalismus hat zu einer
746 Zersplitterung und massiver Ungerechtigkeit im deutschen Bildungssystem geführt.
747 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass...

748 ...der Bund und die Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen und in zentralen
749 Aspekten der Bildung einen Konsens erzielen. Wir fordern:

750 • die Schaffung einheitlicher Bildungsstandards, die bundesweit gelten und
751 sicherstellen, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrem Wohnort die gleichen
752 Lern- und Entwicklungschancen haben. Die Feingestaltung und Anpassung dieser
753 Standards kann in der Verantwortung der Länder bleiben, um regionale
754 Besonderheiten zu berücksichtigen.

755 • eine gerechte und auskömmliche Finanzierung des Bildungssystems durch den Bund.
756 Dazu gehört die Beteiligung an der ausreichenden Ausstattung der Schulen mit
757 Lehrkräften, pädagogischem Personal und modernen Lehrmitteln sowie die Sanierung
758 maroder Schulgebäude.

759 • die Einführung eines nationalen Bildungspasses, der den Wechsel zwischen Schulen
760 in verschiedenen Bundesländern erleichtert und sicherstellt, dass erworbene
761 Kompetenzen und Abschlüsse bundesweit anerkannt werden.

762 • die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems zugunsten einer inklusiven,
763 gemeinsamen Schule für alle Schüler*innen. Eine gemeinsame Schule ermöglicht es,
764 dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft und
765 ihren individuellen Fähigkeiten gemeinsam lernen und sich gegenseitig
766 unterstützen.

767 ...die Länder in der Bildungspolitik enger zusammenarbeiten und:

768 • einen ständigen Austausch und Dialog untereinander intensivieren, um Best
769 Practices zu teilen und voneinander zu lernen. Dies kann im Rahmen regelmäßiger
770 Bildungsminister*innenkonferenzen und gemeinsame Arbeitsgruppen geschehen.

771 • Bildungspläne und Lehrpläne so weit wie möglich harmonisieren, um Mobilität und
772 Chancengleichheit für Schüler*innen zu gewährleisten. Hierbei sollen die Länder

- 773 jedoch weiterhin die Möglichkeit haben, spezifische Aspekte in ihre Lehrpläne zu
774 integrieren und im Rahmen der pädagogischen Freiheit auch Lehrkräften eine
775 individuelle Förderung zu ermöglichen.
- 776 • gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung von Bildungsungleichheit entwickeln, wie etwa
777 Programme zur Förderung von Schüler*innen aus sozioökonomisch benachteiligten
778 Familien und spezielle Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit
779 sonderpädagogischem Förderbedarf.
 - 780 • das lebenslange Lernen ermöglichen und fördern, indem sie flexible
781 Bildungsangebote schaffen, die sich an die verschiedenen Lebensphasen und
782 Bedürfnisse der Menschen anpassen. Dies umfasst Weiterbildungsmöglichkeiten wie
783 etwa an Volkshochschulen, berufsbegleitende Studiengänge und die Anerkennung von
784 informell erworbenen Kompetenzen. Bildung darf nicht mit dem Schulabschluss
785 enden, sondern muss für alle Menschen kontinuierlich zugänglich und attraktiv
786 bleiben.
- 787 ...die Kommunen aktiv in die Umsetzung von Bildungsmaßnahmen eingebunden werden und:
- 788 • vor Ort Bildungsinitiativen unterstützen, die den spezifischen Bedürfnissen der
789 Gemeinschaft gerecht werden. Dazu gehören auch außerschulische Lernorte und
790 Angebote zur kulturellen Bildung.
 - 791 • sicherstellen, dass alle Schulen über eine zeitgemäße digitale Infrastruktur
792 verfügen, um modernen Unterricht zu ermöglichen. Dies beinhaltet auch die
793 Bereitstellung von Endgeräten und die Fortbildung von Lehrkräften im Bereich der
794 digitalen Bildung. Sie sollten sich hierbei an einem bundeseinheitlichen
795 Standard orientieren.
 - 796 • Programme zur Förderung der frühkindlichen Bildung und Betreuung ausbauen, um
797 sicherzustellen, dass alle Kinder von Anfang an die bestmöglichen
798 Startbedingungen haben.
 - 799 • lokale Bildungsnetzwerke stärken, die Bildungseinrichtungen, Betriebe und
800 zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander vernetzen, um den Austausch
801 und die Zusammenarbeit zu fördern und vielfältige Lernangebote zu schaffen.
- 802 Wir wollen nach wie vor ein Bildungssystem schaffen, das kein Kind zurücklässt und
803 alle Menschen in ihrer individuellen Entwicklung fördert. Bildung ist ein
804 Menschenrecht und muss daher in allen Bundesländern gleichwertig und gerecht
805 gestaltet werden. Es ist an der Zeit, den Bildungsföderalismus zu reformieren, das
806 mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen und lebenslanges Lernen zu verwirklichen.

Antrag G02: Solidarisch gegen Klassismus - Klasse erkennen und antiklassistisch handeln

Sachgebiet:

G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 **Was ist Klassismus?**

2 Der Begriff "Klassismus" bezeichnet die Diskriminierung und Benachteiligung von
3 Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder ihrer sozialen Klasse. Dies betrifft
4 insbesondere Menschen, die in ärmeren Verhältnissen aufwachsen, weniger Zugang zu
5 Bildung haben oder in Berufen arbeiten, die gesellschaftlich weniger anerkannt sind.
6 Klassismus zeigt sich in Vorurteilen, Ungerechtigkeiten und ungleichen
7 Lebensbedingungen.

8 Unsere Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht von Klassenzugehörigkeit geprägt. Diese
9 Zugehörigkeit hat Einfluss auf verschiedene Lebensbereiche, beispielsweise auf
10 Bildung, Berufswahl, auf Gesundheit und sogar auf die Lebenserwartung. Der
11 Kapitalismus beruht auf eben diesen Klassenunterschieden und zeichnet sich dadurch
12 aus, dass einige wenige über Macht und Ressourcen verfügen, während die große
13 Mehrheit der Menschen nichts anderes als ihre Arbeitskraft hat. Die Klimakrise, die
14 durch die kapitalistischen Verhältnisse erheblich beschleunigt wird, verschärft diese
15 Ungerechtigkeiten, da ärmere Menschen stärker von ihren Auswirkungen betroffen sind.

16

17 **Klassismus in der heutigen Gesellschaft**

18 Auch heute noch prägt Klassismus grundlegend unsere Gesellschaft. Klassismus wirkt
19 hier strukturierend und prägt die Teilhabe und Verwirklichungschancen in unserer
20 Gesellschaft. Ein konkretes Beispiel findet sich im Schulsystem: Die Chance, dass ein
21 Kind von Akademiker*innen eine Empfehlung für das Gymnasium bekommt, ist drei Mal
22 größer als bei einem Arbeiter*innenkind - und das bei gleichen Noten im Zeugnis.
23 Dadurch bleiben den Kindern von Nicht-Akademiker*innen Bildung und Aufstiegschancen
24 verwehrt. Besonders betroffen sind Kinder mit Migrationshintergrund, die zusätzlich
25 oft mit struktureller rassistischer Diskriminierung und Unterdrückung konfrontiert
26 sind.

27 Kulturelle Diskriminierung zeigt sich ebenfalls im Alltag. So werden bestimmte
28 Musikstile wie Hip-Hop und Rap häufig abgewertet und als "kulturlos" bezeichnet, oft
29 auch mit rassistischen Untertönen. Kleidung wie Jogginghosen oder Jeans mit Löchern
30 wird bei ärmeren Menschen oft als unangemessen betrachtet und führt zu Ausgrenzung,
31 während sie bei wohlhabenderen Menschen als modisch gelten.

32 Auch Alleinerziehende, die überproportional von Armut betroffen sind, trifft
33 Klassismus, etwa, wenn sie trotz Arbeit Schwierigkeiten haben, ihre Familien zu
34 versorgen. Diese finanzielle Unsicherheit führt oft zu sozialer Ausgrenzung und
35 weiteren Schwierigkeiten im Alltag.

36 Hinzu kommt die Stigmatisierung von Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen

37 sind. Personen, die Bürger*innengeld erhalten, werden oft als faul dargestellt, was
38 ein falsches und schädliches Stereotyp ist. Auch geflüchtete Menschen, die
39 Bezahlkarten anstelle von Bargeld erhalten, erleben ein erhebliches Ausmaß an
40 Stigmatisierung durch massive Einschränkung ihrer Freiheiten und die Kennzeichnung
41 als Bedürftige. Diese Beispiele zeigen, wie tief Klassismus in unserer Gesellschaft
42 verankert ist und welche Herausforderungen es noch zu überwinden gilt.

43 **Auswirkungen von Klassismus und Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft**

44 Klassismus beginnt auf individueller Ebene bereits in der Kindheit. Beengte
45 Wohnverhältnisse und fehlende eigene Zimmer haben einen negativen Einfluss auf die
46 frühkindliche Entwicklung. Der soziale Hintergrund prägt auch den Bildungsweg: Kinder
47 aus einkommensschwachen Familien haben oft weniger Zugang zu Kulturangeboten und
48 Bildungsmöglichkeiten. Dies führt dazu, dass sie einen geringeren Wortschatz
49 entwickeln als Gleichaltrige aus Akademiker*innenfamilien, was ihre späteren
50 Bildungschancen erheblich mindern kann. Die fehlende Teilnahme an Vereinsaktivitäten
51 und andere Bildungsungleichheiten setzen sich oft fort und beeinflussen die Schul-
52 und Berufslaufbahn. Die Folgen dieser Ungleichbehandlung tragen die Betroffenen ein
53 Leben lang: Statistisch schlechtere Schulnoten führen zu weniger aussichtsreichen
54 Bildungswegen und letztlich zu schlechteren Jobchancen. Besonders gravierend ist die
55 Situation an Universitäten, wo Menschen aus armen Verhältnissen strukturell seltener
56 vertreten sind.

57 Im Berufsleben haben Menschen aus ärmeren Schichten oft das Nachsehen. Selbst in
58 denselben Berufen werden sie schlechter bezahlt. Das führt langfristig zu
59 Altersarmut. Besonders betroffen sind nicht-weiße FINTA, die zusätzlich durch den
60 „Class Pay Gap“ benachteiligt sind. Auch die Teilhabe an politischen und sozialen
61 Institutionen sowie die Infrastruktur ist oft eingeschränkt. Dies betrifft nicht nur
62 die politische Mitbestimmung, sondern auch den Zugang zu sozialen Einrichtungen. So
63 sind die Auswirkungen von Klassismus auch im Gesundheitsbereich sichtbar: Menschen
64 aus ärmeren Verhältnissen haben häufig eine geringere Lebenserwartung, was auf
65 schlechtere Gesundheitsversorgung, höheren Stress und ungünstige Lebensbedingungen
66 zurückzuführen ist. Ein weiteres Problem ist die Stigmatisierung durch Mythen wie das
67 Märchen vom Reichtum durch harte Arbeit. Diese Vorstellung verdeckt die strukturellen
68 Ursachen von Armut und Ungleichheit und beeinflusst das Selbstwertgefühl der
69 Betroffenen.

70 **Die verschiedenen Ebenen des Klassismus**

71 Klassismus auf institutioneller Ebene umfasst etwa Gesetze und politische
72 Entscheidungen, die bestimmte Gruppen systematisch benachteiligen. Beispielsweise
73 können Vorschriften im Bildungswesen dazu führen, dass Schulen in einkommensschwachen
74 Vierteln weniger gut ausgestattet sind, was die Bildungs- und Zukunftschancen von
75 Kindern und Jugendlichen aus armen Familien einschränkt. Auch politische
76 Entscheidungen über Sozialleistungen oder Wohnbaupolitik können dazu führen, dass
77 benachteiligte Gruppen weiterhin in prekären Lebensbedingungen verharren.
78 Auf gesellschaftlicher Ebene äußert sich Klassismus durch Ausgrenzung und

79 Stereotypisierung in den Medien und durch gesellschaftliche Normen. Medienberichte
80 können bestimmte soziale Gruppen negativ darstellen, indem sie etwa Vorurteile und
81 stereotype Bilder verstärken. Gesellschaftliche Normen und Erwartungen, wie der
82 Druck, bestimmten Modetrends zu folgen oder bestimmte kulturelle Aktivitäten zu
83 bevorzugen, können Menschen aus ärmeren Verhältnissen zusätzlich isolieren. Diese Art
84 der Diskriminierung schränkt den Zugang zu sozialen und beruflichen Netzwerken ein
85 und verstärkt bestehende Ungleichheiten.

86 Auf individueller Ebene zeigt sich Klassismus durch konkrete Vorurteile und
87 Verhaltensweisen. Das bedeutet, dass Menschen im Alltag Vorurteile gegenüber anderen
88 haben, die auf deren sozialer Herkunft basieren. Dies kann sich in alltäglichen
89 Interaktionen zeigen, wie beispielsweise in der Art und Weise, wie Menschen
90 miteinander sprechen oder behandelt werden. Individuelle Stereotype führen dazu, dass
91 Menschen aus armen Verhältnissen diskriminiert werden, sei es bei der Jobsuche, im
92 Bildungsbereich oder im sozialen Umfeld.

93 Zusammen zeigen diese verschiedenen Ebenen, wie tief Klassismus in unserer
94 Gesellschaft verwurzelt ist. Jede Ebene verstärkt die andere und trägt zur
95 Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft bei. Das Zusammenspiel von
96 institutionellen, gesellschaftlichen und individuellen Faktoren macht es besonders
97 herausfordernd, Klassismus zu überwinden und eine gerechtere Gesellschaft zu
98 schaffen.

99 **Intersektionalität und Klassismus**

100 Intersektionalität beschreibt, wie verschiedene Formen der Diskriminierung
101 zusammenwirken und sich gegenseitig verstärken. Statt Diskriminierung als einzelne,
102 isolierte Probleme zu betrachten, zeigt der intersektionale Ansatz auf, wie
103 unterschiedliche Benachteiligungen – wie Klassismus, Rassismus oder Sexismus – sich
104 überschneiden und komplexe Formen der Diskriminierung erzeugen. Diese Sichtweise
105 hilft zu verstehen, dass Menschen nicht nur aufgrund einer einzigen Eigenschaft
106 diskriminiert werden, sondern mehrere Aspekte ihrer Identität gleichzeitig
107 Anknüpfungspunkt für Diskriminierung sein können. So führt die Kombination aus
108 rassistischen und klassistischen Strukturen zum Beispiel zur Prekarisierung ganzer
109 Stadtteile, wo Menschen auf besonders engem Raum leben und oftmals hoher
110 Luftverschmutzung ausgesetzt sind. Armut und Rassismus gehen oft Hand in Hand,
111 besonders was die Wahrnehmung und Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft
112 angeht. So zeigt sich beispielsweise beim „Talahon“-Trend auf TikTok, dass sich dort
113 über Menschen mit einem Kleidungs- und Verhaltensstil diskriminierend geäußert wird,
114 die oftmals aus ärmeren und migrantischen Verhältnissen kommen. Auch kann z.B.
115 Sexismus, kombiniert mit Klassismus, dazu führen, dass Frauen aus ärmeren Schichten
116 in der Arbeitswelt strukturell schlechtere Chancen auf eine
117 sozialversicherungspflichtige und gut bezahlte Anstellung haben als andere Frauen.

118 **Unsere Forderungen**

119 Für die Arbeit im Verband setzen wir uns dafür ein, dass alle Mitglieder gleiche
120 Chancen auf Teilhabe und Bildung haben, unabhängig von ihrem sozialen oder

121 ökonomischen Hintergrund. Dafür wollen wir:

- 122 • Eine barrierearme Kommunikation: Innerhalb unseres Verbandes wollen wir
123 sicherstellen, dass alle Veranstaltungen und Kommunikationsmittel in
124 verständlicher Sprache erfolgen, um die Teilhabe aller Mitglieder zu
125 gewährleisten.
- 126 • Unsere Vernetzungsangebote für von Klassismus betroffene stärken: Wir fördern
127 aktiv den Austausch und die Zusammenarbeit innerhalb des Verbandes und mit
128 anderen Bildungs- und Gesellschaftsgruppen, um eine starke und solidarische
129 Gemeinschaft zu schaffen.
- 130 • Unabhängigkeit von finanziellen Mitteln: Im Verband achten wir darauf, dass alle
131 Aktivitäten und Angebote für unsere Mitglieder kostenfrei oder erschwinglich
132 sind, um finanzielle Hürden abzubauen.
- 133 • Klassismus bekämpfen: Wir erkennen Klassismus als Diskriminierungsform an und
134 arbeiten intern daran, soziale Ungleichheiten zu verringern, indem wir
135 Bewusstsein schaffen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.
- 136 • Wissenshierarchien abbauen: Im Verband setzen wir uns dafür ein, dass Wissen
137 frei zugänglich ist.

138 Gesamtgesellschaftlich fordern wir eine grundlegende Veränderung hin zu mehr
139 Gerechtigkeit und Chancengleichheit, damit alle Menschen unabhängig von Herkunft und
140 sozialem Status gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- 141 • Schule für alle: Bildung muss ein Grundrecht sein, das allen Menschen ein Leben
142 lang zugänglich ist, unabhängig von sozialem oder wirtschaftlichem Hintergrund.
143 Wir fordern eine ausreichende staatliche Finanzierung, die gleiche Chancen für
144 alle gewährleistet. Konkret bedeutet das die Abschaffung des mehrgliedrigen
145 Schulsystems hin zu einer Schule für alle!
- 146 • Politische Teilhabe für alle: Demokratische Teilhabe soll nicht von Bildung,
147 Einkommen oder Herkunft abhängen. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, sich
148 politisch zu engagieren und mitzubestimmen.
- 149 • Ticketloser öffentlicher Nahverkehr: Um allen Menschen Mobilität und
150 gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir einen umlagefinanzierten,
151 ticketlosen öffentlichen Nahverkehr.
- 152 • Zugang zu Wissen für alle: Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Wissen
153 nicht durch Zeitmangel oder mangelnde Ressourcen eingeschränkt ist. Öffentliche
154 Bildungseinrichtungen sollen Wissen barrierefrei zur Verfügung stellen.
155 Lebenslanges Lernen muss unabhängig von der individuellen finanziellen Situation
156 für alle möglich sein.
- 157 • Zugang zu Ausbildung: Alle Bildungs- und Ausbildungswege müssen offen und
158 zugänglich sein. Niemand soll aufgrund finanzieller oder sozialer Barrieren
159 ausgeschlossen werden. Konkret bedeutet das die endgültige Abschaffung von
160 individuellen Kosten in Bildung und Ausbildung, etwa in Bezug auf die Bezahlung

161 bei Pflichtpraktika.

- 162 • Abschaffung des Class Pay Gaps: Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ist eine
163 Notwendigkeit. Wir fordern echte Berufsfreiheit und gleiche Chancen für alle,
164 unabhängig vom sozialen Hintergrund. Konkret bedeutet das die Stärkung der
165 betrieblichen Mitbestimmung, denn ist die Tarifdeckung hoch sinkt der Pay Gap.
- 166 • Stärkere soziale Durchmischung von Stadtteilen: Durch stärkere Durchmischung von
167 vielfältigen Wohnraumangeboten möchten wir garantieren, dass durch die eigene
168 Postleitzahl nicht feststehen soll, wer von Armut betroffen ist und wer nicht,
169 eine stärkere soziale Durchmischung von Stadtteilen mit günstigem Wohnraum darf
170 nicht zur Steigerung des Mietenspiegels führen oder Bewohner*innen des
171 Stadtteils zum Umzug bewegen. Maßnahmen zum Schutz günstigen Wohnraumes sind im
172 Einklang der Durchmischung auszuführen.
- 173 • Ausbau von Begegnungsorten, Spielplätzen und Grünflächen für Kinder und
174 Jugendliche: Öffentliche Aufenthaltsorte sollten für alle frei zugänglich sein
175 und keine Frage des Geldbeutels sein. Besonders in dicht besiedelten Vierteln
176 haben Spielplätze eine enorme Bedeutung für Kinder.

Antrag G03: Recht auf Vergessenwerden – Gegen die sozialrechtliche Diskriminierung Krebsüberlebender

Sachgebiet: G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 „Ich habe gegen meine Krankheit und um mein Leben gekämpft. Danach Benachteiligungen
2 in Form fehlender Möglichkeiten zu erfahren, fühlte sich wie ein weiterer Kampf und
3 eine Abstempelung als Erkrankte an.“

4 Jedes Jahr erkranken in Deutschland etwa 16.500 junge Erwachsene zwischen 18 und 39
5 Jahren und ca. 2.100 Kinder bis 17 Jahre an Krebs. Dank der medizinischen
6 Fortschritte können heute mehr als 80 Prozent von ihnen geheilt werden. Doch neben
7 den medizinischen Spät- und Langzeitfolgen rücken zunehmend auch soziale
8 Benachteiligungen in den Fokus.

9 **Geheilt! Geheilt?**

10 Nach wissenschaftlichen Standards gilt man bei Rezidivfreiheit in der Regel nach fünf
11 Jahren als geheilt. Diese sogenannte “Heilungsbewährung” ist in der
12 Versorgungsmedizin-Verordnung definiert. Schwerbehindertenausweise laufen nach dieser
13 Zeit aus und das Rückfallrisiko ist ähnlich dem von Nicht-Vorerkrankten. Nachteile,
14 die die Krankheit in Teilen des Alltags mit sich bringt, bleiben aber bestehen. Denn
15 plötzlich gelten Patient*innen nicht mehr als geheilt. 40 Prozent der jungen
16 Betroffenen berichten einer Umfrage der Deutschen Stiftung für junge Erwachsene mit
17 Krebs zufolge von Benachteiligungen beim Abschluss von Versicherungen oder
18 Kreditaufnahmen. Auch der Zugang zu Adoptionen bleibt den ehemals erkrankten jungen
19 Menschen oft verwehrt.

20 Krebsüberlebende versteht das System also nur kontextbedingt als geheilt. Das scheint
21 paradox, überrascht in einem unregulierten kapitalistischen System jedoch nicht.

22 **Recht auf Vergessenwerden**

23 Das „Recht auf Vergessenwerden“ (auch: „right to be forgotten“) meint, dass
24 personenbezogene digitale Informationen nicht dauerhaft gespeichert, sondern nach
25 einer bestimmten Zeit gelöscht werden sollten. 2023 hat die EU erstmals bestimmt,
26 dass Mitgliedstaaten die Verwendung von Gesundheitsdaten in Bezug auf Blut- und
27 Krebserkrankungen nach Ablauf einer bestimmten Frist nicht mehr zulassen dürfen, wenn
28 Versicherungen im Zusammenhang mit Verbraucherkreditvereinbarungen bis 100.000 Euro
29 abgeschlossen werden. Bei allen Einschränkungen ist dies ein kleiner Durchbruch. Es
30 ist das erste Mal, dass das „Recht auf Vergessenwerden“ spezifisch für Betroffene
31 nach Krebs Einzug in eine EU-Richtlinie erhalten hat.

32 **Deutschland als Vorreiter in Europa? Schön wär's!**

33 Grundsätzlich sind Bürger*innen in Deutschland u. A. durch das Allgemeine
34 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vor einer Ungleichbehandlung geschützt. Dieser Schutz
35 ist fahrlässigerweise aber lückenhaft. Gesundheitsfragebögen gehören in der Regel zum
36 Antragsprozess vieler Versicherungen und müssen auch nach der Zeit der

37 Heilungsbewährung wahrheitsgemäß ausgefüllt werden. Darüber hinaus dürfen
38 Versicherungsgesellschaften nach dem Gendiagnostikgesetz vor und nach
39 Vertragsabschluss Ergebnisse aus bereits durchgeführten genetischen Untersuchungen
40 verlangen und mit Blick auf die Risikoberechnung verwenden. Dies gilt für
41 Lebensversicherungen, Berufsunfähigkeitsversicherungen,
42 Erwerbsunfähigkeitsversicherungen und Pflegerentenversicherungen, wenn eine Leistung
43 von mehr als 300.000 Euro oder eine Jahresrente von mehr als 30.000 Euro vereinbart
44 wird.

45 Das Ergebnis ist: Junge ehemalige Betroffene werden von der Vergabe von
46 Versicherungsabschlüssen und Krediten gänzlich ausgeschlossen oder pauschal mit
47 unangemessen hohen Prämien konfrontiert.

48 Aber nicht nur bei der Umsetzung ins nationale Recht gilt es, den Standpunkt der
49 Bundesregierung kritisch zu betrachten. Ein Richtlinienentwurf der EU von 2008 zur
50 Gleichbehandlung u. A. aufgrund einer Behinderung wird seither von Deutschland wegen
51 eines „allgemeinen Vorbehalts“ blockiert. Ein Abschluss der Verhandlungen der
52 Richtlinie ist erstmal nicht absehbar, was entsprechende Ungleichbehandlungen und
53 Diskriminierungen für die Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin
54 möglich macht.

55 **Und der Rest Europas?**

56 In vielen europäischen Ländern wurde das „Recht auf Vergessenwerden“ für
57 Krebsüberlebende bereits erfolgreich umgesetzt. In acht Staaten (Belgien, Frankreich,
58 Italien, Niederlande, Portugal, Rumänien, Spanien und Zypern) gibt es konkrete
59 gesetzliche Regelungen, die ein „Recht auf Vergessenwerden“ nach 5 bis 10 Jahren
60 Rezidivfreiheit umsetzen. Mit Slowenien befindet sich ein weiteres EU-Mitgliedsland
61 aktuell im Gesetzgebungsprozess. Hinzu kommen fünf weitere Nationen (Dänemark,
62 Griechenland, Irland, Luxemburg und Tschechien), die mit sogenannten „Codes of
63 Conduct“ eine Selbstregulierungspraxis in Zusammenarbeit mit Versichererverbänden
64 geschaffen haben.

65 Das zeigt, es ist möglich die Diskriminierung von Krebsüberlebenden zu minimieren und
66 sie nach dem Kampf gegen die Krankheit nicht allein zu lassen. Das muss auch in
67 Deutschland passieren.

68 **Daher fordern wir:**

- 69 1. die Umsetzung eines vollumfänglichen „Rechts auf Vergessenwerden“ für
70 Krebsüberlebende auch in Deutschland nach fünf Jahren Rezidiv-Freiheit (Empfehlung
71 der European Society for Medical Oncology (ESMO) einzuführen,
- 72 2. die Aufgabe der Blockadehaltung der deutschen Vertretung im Europäischen Rat und
73 die Verabschiedung der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung ungeachtet der Religion
74 oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung
75 (Vorschlag der EU zur Erweiterung der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.
76 November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der
77 Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf),

- 78 3. die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge und zur
79 Aufhebung der Richtlinie 2008/48/EG auch in Deutschland, um ehemaligen
80 Krebspatient*innen u.a. Zugang zu Finanzprodukten bis 100.000 Euro Kreditrahmen zu
81 gewährleisten,
- 82 4. eine Präzisierung des AGG in Bezug auf eine Offenlegungspflicht für
83 Risikobewertungen von Versicherungsunternehmen und die entsprechende Risikobewertung
84 auf Grundlage der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Krebsregisterdaten
- 85 5. das Ende der Benachteiligung von Wunscheltern bei Adoptionsbemühungen, wenn eine*r
86 oder mehrere Partner*innen an Krebs erkrankt waren.

Antrag I01: Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik

Sachgebiet:

I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Die SPD muss sich von „innen“ heraus positionieren!

2 Immer sind die anderen schuld! Wir leben in politischen Umständen, in denen keine
3 politische Partei bereit ist, progressive Ansätze für eine funktionale Innenpolitik
4 glaubhaft zu vertreten. Dabei scheitert es häufig nicht an gesellschaftlichen und
5 parteipolitischen Ideen, wie es unsere Mutterpartei, die SPD, beweist. Doch sobald
6 innen- und sicherheitspolitische Maßnahmen scheitern, wird in der öffentlichen
7 Debatte nach der möglichst repressivsten Methode gesucht, um dem vermeintlichen
8 Problem zu entkommen. Repressive Methoden sind dabei jene, die sich der Unterdrückung
9 und dem gezielten Einsatz von institutioneller und staatlicher Gewalt in jeglicher
10 Form bedienen.

11 Natürlich trifft die Frustration über diesen Politikstil im Besonderen auch uns
12 Jusos. Denn in innenpolitischen Fragestellungen scheint es häufig so, dass unsere
13 Mutterpartei nicht in der Lage ist, zu ihren Werten zu stehen. Doch nur die
14 Sozialdemokratie kann im Kern der politische Anker für diejenigen sein, die sich nach
15 einer glaubhaften Brücke zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischer
16 Realität sehnen. Stattdessen wird die gesamtgesellschaftliche Debatte zur Innen- und
17 Sicherheitspolitik von rechten populistischen Narrativen bestimmt.

18 Noch zuletzt, als die CDU ihrer Fantasie Raum verschaffte, das Alter der
19 Strafmündigkeit von 14 Jahren auf 12 Jahre herabzusetzen. Aber es ist auch eine SPD-
20 Innenministerin, die, nachdem Ende Mai in Mannheim der Polizist Rouven Laur tödlich
21 verletzt wurde, eine Abschiebung des Täters nach Afghanistan ins Gespräch brachte.
22 Dass eine Abschiebung in ein Land, in dem die islamistische Taliban an der Macht ist,
23 Menschen vor dem Täter schützt, ist stark zu bezweifeln. Solche Debattenaufschläge
24 versuchen nach rechts hin ein vermeintliches Wähler*innenpotenzial abzugreifen, sind
25 tatsächlichen Sicherheitsinteressen aber abträglich. Die Innen- und
26 Sicherheitspolitik der SPD darf keine rein reaktive sein, sondern muss eine aktive
27 Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Debatte einnehmen. Wenn es sozialdemokratischen
28 Politiker*innen nicht gelingt, rechten und konservativen Erzählungen etwas glaubhaft
29 entgegen zu setzen, trägt die SPD mit die Verantwortung dafür, dass sich Menschen der
30 politischen Frustration hingeben. Dabei leiden besonders marginalisierte Gruppen
31 unter den Folgen.

32 Die Lücke zwischen wertorientierter und wissenschaftsbasierter Kriminalpolitik muss
33 geschlossen werden. Denn nur dann können gesellschaftlich schädliche Erzählungen
34 langfristig ausgeräumt werden. Die Politik muss weniger von Schnellschüssen geprägt
35 sein. Wir brauchen eine inhaltliche Politisierung der Gesellschaft, die den Maßnahmen
36 zunächst Raum lässt, ihre potenzielle Funktionalität unter Beweis zu stellen. Dieser
37 Stil gewinnt nämlich genau dann an Bedeutung, wenn es darum geht, dass sich

38 präventive Maßnahmen gegenüber den Repressiven durchsetzen müssen. Denn die
39 Prävention zielt darauf ab, dass über kurz oder lang Maßnahmen implementiert werden,
40 die das Risiko zur Entstehung von Kriminalität verringern oder gar verhindern.

41 Als Jusos haben wir allzu häufig die Aufgabe, unserer Mutterpartei zu zeigen, wie man
42 für die eigenen Werte einsteht, dabei wissenschaftliche Erkenntnisse einbezieht und
43 für die Lebensrealität der Menschen arbeitet. Mit der Erarbeitung eines innen- und
44 sicherheitspolitischen Profils können wir neue Perspektiven eröffnen und die Relevanz
45 der jungsozialistischen Kraft innerhalb der SPD einmal mehr herausstellen.

46 **Kriminalität & Prävention**

47 Kriminalpolitik wird oft reaktiv und unkoordiniert angegangen. Viele sehen die
48 Probleme, aber statt die Ursachen zu bekämpfen, konzentrieren sich die Maßnahmen oft
49 nur auf die Symptome. Dies führt dazu, dass sich die Probleme ausweiten und weitere
50 Bereiche betreffen, ohne dass nachhaltige Lösungen gefunden werden. Ein präventiver
51 Ansatz ist von zentraler Bedeutung, denn er zielt darauf ab, Kriminalität gar nicht
52 erst entstehen zu lassen. Prävention bedeutet, das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge
53 in den Vordergrund zu stellen. Während reaktive Maßnahmen oft nur die Symptome
54 bekämpfen, können präventive Strategien die Ursachen von Kriminalität nachhaltig
55 angehen.

56 Die Faktoren, die Kriminalität begünstigen, sind vielfältig und komplex. Dazu gehören
57 soziale Ungleichheiten, mangelnde Bildungschancen und fehlende soziale Netzwerke.
58 Prävention muss immer im Kontext der spezifischen Umstände angepasst sein und einen
59 Geist der Prävention fördern. Die Debatte um die Herabsetzung der Strafmündigkeit ist
60 dabei kontraproduktiv und lenkt von den eigentlichen Ursachen ab. Hilfsangebote für
61 Familien und die Stärkung sozialer Kontrolle sind essenziell. Schulen sollten
62 Programme zum Konfliktlösungsmanagement anbieten, eine gute Schüler*innen-
63 Lehrer*innen-Beziehung fördern und den Betreuungsschlüssel zwischen Lehrkräften und
64 Schüler*innen optimieren. Die Vereinskultur muss durch kommunale Finanzierung
65 unterstützt werden, um als Ort der sozialen Kontrolle und Integration zu fungieren.
66 Zudem sollte die Stadtplanung gezielt auf die Bedürfnisse von armutsbetroffenen und
67 Geflüchteten eingehen und mehr Bildungschancen schaffen. Ein starkes soziales
68 Netzwerk ist ebenfalls wichtig. Jugendhilfe sollte mit personellen und materiellen
69 Ressourcen voll ausgestattet werden, um präventive Maßnahmen effektiv umzusetzen.

70 Statt auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zu vertrauen, könnte ein
71 periodischer Sicherheitsbericht ein umfassenderes Bild der Sicherheitslage bieten.
72 Forschung im Bereich Jugendkriminalität und spezifisch zu Themen wie
73 Drogenkriminalität sollte intensiviert werden, um fundierte Präventionsmaßnahmen zu
74 entwickeln. Darüber hinaus sollte die Kriminologie an Hochschulen generell ausgebaut
75 werden. Eine fundierte wissenschaftliche Basis kann dabei helfen, wirksame Strategien
76 zu entwickeln und umzusetzen. Nur durch einen präventiven Ansatz, der das Gemeinwohl
77 und die Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellt, können wir verhindern, dass die
78 Flammen der Kriminalität überhaupt erst entstehen und um sich greifen. Es ist an der
79 Zeit, dass unsere politischen Handlungsmöglichkeiten in diese Richtung ausgerichtet

80 werden und wir nicht nur reagieren, sondern proaktiv handeln.

81 **Für eine kritikfähige und kontrollierbare Polizei**

82 Der demokratische Rechtsstaat bedarf einer kritik- und handlungsfähigen Gewalt, die
83 Gesetze ausführt und das staatliche Gewaltmonopol ausübt. Diskussionen rund um das
84 Thema Polizei sind jedoch von einem unkritischen Autoritätsglauben und von
85 Abwehrreflexen geprägt, die im Widerspruch zu einer modernen und aufgeklärten
86 Demokratie stehen. Oftmals wird der Polizei die Deutungshoheit über die Zulässigkeit
87 ihres eigenen Handelns überlassen, das somit strukturell einer Infragestellung
88 entzogen wird. Zugleich werden Fehler innerhalb der Behörde tabuisiert, obwohl
89 fehlerfreie Polizeiarbeit ein wichtiges, aber unerreichbares Ideal ist. Doch die
90 vollziehende Gewalt muss sich vor den Bürger*innen rechtfertigen – und nicht
91 umgekehrt. Betroffene übermäßiger polizeilicher Gewaltanwendungen können aktuell aber
92 ohne Mechanismen, die der polizeilichen Definitionsmacht entgegenwirken, in der
93 Praxis kaum zu ihrem Recht kommen. Es gibt jedoch Veränderungspotenziale, die es
94 gewährleisten, dass die Polizei das Recht effektiv durchsetzt und zugleich einer
95 rechtsstaatlichen Kontrolle und Einhegung unterzogen wird.

96 Wir fordern daher:

- 97 • Eine strukturelle Trennung zwischen Ermittlungen gegen die Polizei und der
98 Polizei. Dazu bedarf es flächendeckend unabhängiger und gegenüber der Polizei
99 tatsächlich externalisierter Stellen mit umfassenden Ermittlungskompetenzen. Die
100 in NRW beschlossene Einführung einer*ines am Landtag angesiedelten,
101 unabhängigen Polizeibeauftragten ist daher zu begrüßen. Es bedarf jedoch einer
102 umfassenden Evaluierung, wie effektiv diese Institution tatsächlich zur
103 Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens beiträgt sowie ggf. entsprechender
104 Anpassungen. Kritikwürdig ist etwa, dass anonymen Beschwerden nicht nachgegangen
105 werden muss. Darüber hinaus lassen weitergehende Kompetenzen, die etwa der*die
106 Polizeibeauftragte des Bundes bereits hat, in NRW noch auf sich warten.
- 107 • Eine verstärkte Reflektion in der Justiz über das eigene Vorverständnis in Bezug
108 auf Polizeibeamt*innen, die bei Staatsanwaltschaften und Gerichten aufgrund des
109 Näheverhältnisses möglicherweise privilegiert werden.
- 110 • Nach wie vor die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen, die in vielen
111 Bundesländern Realität ist und es in NRW schon einmal war. Bei der Forderung
112 nach einer solchen anonymen Kennziffer auf der Uniform von Einsatzkräften ging
113 es nie darum, Polizist*innen unter einen vermeintlichen „Generalverdacht“ zu
114 stellen, sondern staatliches Handeln transparent und kontrollierbar zu machen.
- 115 • Die Einführung eines Whistleblower*innen-Systems innerhalb der Polizei, das den
116 Hinweisgeber*innen Anonymität und rechtlichen Schutz gewährleistet. Eine
117 Möglichkeit, Missstände und Fehlverhalten anonym zu melden, ist notwendig, um
118 die Furcht potenzieller Whistleblower*innen vor formellen (etwa Gegenanzeigen
119 wegen Strafvereitelung im Amt, wenn eine beobachtete Straftat eines/einer
120 Kolleg*in erst mit Verzögerung angezeigt wird) und informelle Sanktionen (dem

- 121 Entzug kollegialer Unterstützung) abzuschwächen.
- 122 • Unterstützungsstrukturen im Strafverfahren für Betroffene von Polizeigewalt
123 sowie die Senkung sprachlicher und finanzieller Barrieren bei der
124 Anzeigenerstattung und im Strafverfahren bspw. durch einen Opferschutzfond.
- 125 • Umfassende Studien über diskriminierende Einstellungen und Handlungen bei der
126 Polizei. Die MEGAVO-Studie vermengt mit den politische Einstellungen und den
127 Arbeitsbedingungen von Polizist*innen zwei unterschiedliche Themen miteinander.
128 Angesichts einer nur freiwilligen Online-Teilnahme sowie der niedrigen
129 Rücklaufquoten ist sie zudem nicht repräsentativ.
- 130 • Die jährliche polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) durch einen periodischen
131 Sicherheitsbericht zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Die PKS bildet lediglich – und
132 teils undifferenziert – Hellfelddaten der von der Polizei bearbeiteten
133 Straftaten ab. So wird die Überrepräsentanz nicht-deutscher Tatverdächtiger in
134 der PKS in anknüpfenden medialen Debatten rassistisch geframed. Der periodische
135 Sicherheitsbericht hingegen soll alle verfügbaren Kriminal- und
136 Justizstatistiken, sowie Befunde aus kriminologischen Dunkelfeldbefragungen
137 umfassen, um eine aussagekräftige Grundlage für eine erfolgreiche
138 Kriminalpolitik im Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu
139 bieten.
- 140 • Eine transparente statistische Erfassung aller polizeilichen Gewaltanwendungen
141 und zusammenfassende Analysen in allen Bundesländern.

142 **Ressourcen, Bildung und demokratische Resilienz für eine handlungsfähige Polizei**

143 Personalmangel und unzureichende finanzielle Mittel prägen den Arbeitsalltag von
144 Polizist*innen. Auch hier kann eine zu geringe Budgetierung weitreichende
145 Konsequenzen für den Rechtsstaat haben. In vielen Bereichen wie der Cyberkriminalität
146 und der organisierten Kriminalität bedarf es hoher personeller Ressourcen sowie einer
147 Spezialisierung und Expertise in den Sicherheitsinstitutionen, die sich mit einer
148 rigorosen Sparpolitik nicht vereinbaren lassen. Dabei bringen gerade Straftaten aus
149 diesen Bereichen den Staat um enorme Summen. Es braucht eine auskömmliche
150 Finanzierung, zugleich aber auch eine strukturellen Reformierung der Polizei. Der
151 Fokus polizeilichen Handelns muss deutlich stärker auf Kommunikation und Deeskalation
152 liegen. Gewaltanwendungen dürfen – entgegen einem Trend zu ihrer Normalisierung,
153 beispielsweise in Form von Schmerzgriffen – nur ultima ratio sein. Eine Polizei, die
154 ihrem staatlichen Auftrag, die Rechtsordnung durchzusetzen, gerecht wird, muss
155 selbstreflektiert und diskriminierungssensibel sein. Verfassungsfeindliche
156 Einstellungen entwickeln sich erwiesenermaßen eher im Dienst, etwa im Kontakt mit
157 dienstälteren Kolleg*innen und ihrem vermeintlichen „Erfahrungswissen“, als dass sie
158 von außen hereingetragen werden. Zugleich darf nicht verkannt werden, dass die
159 Polizei, gerade wegen ihres Zugriffs auf das staatliche Machtmonopol, Waffen und
160 Sonderwissen, ein attraktives Einfallstor für die extreme Rechte darstellt.

161 Daher fordern wir:

- 162 • Eine hinreichende Finanzierung der Polizei, die dem Personalmangel entgegenwirkt
163 und strukturelle Personalförderungsmaßnahmen, die eine Spezialisierung von
164 Beamt*innen ermöglichen.
- 165 • Eine Entkriminalisierung strafbarer Handlungen an sinnvollen Stellen. Auf diesem
166 Wege kann zu einer Entlastung der Polizei beigetragen werden. Beispielsweise
167 stellt das Erschleichen einer Beförderung durch ein Verkehrsmittel, also das
168 „Schwarzfahren“, immer noch eine Straftat (§ 265a Abs. 1 StGB) dar.
- 169 • Eine stärkere Einbindung von externer Expertise in die Polizeiarbeit.
170 Beispielsweise die Unterstützung von Psycholog*innen oder Sozialarbeiter*innen
171 soll in entsprechenden Problemlagen herangezogen werden.
- 172 • Ein stärkerer Fokus in der polizeilichen Ausbildung und Praxis auf Deeskalation
173 und Kommunikation. Dies umfasst eine Kommunikation auf Augenhöhe, die die
174 Besonderheiten des jeweiligen Falls berücksichtigt und darum bemüht ist,
175 Verständnisbarrieren abzubauen und auf Drohungen zu verzichten.
- 176 • Weiterhin eine Abschaffung des Tasers, der mitnichten ein eingriffsarmes
177 Instrument, sondern eine Waffe mit einer nur bedingt kontrollierbaren und unter
178 Umständen tödlichen Wirkung darstellt. Bereits mehrfach endete sein Einsatz in
179 NRW, aber etwa auch in Rheinland-Pfalz, für die Betroffenen tödlich.
- 180 • Inhalte zur interkulturellen Kompetenz in der Ausbildung von
181 Polizeivollzugsbediensteten durch Antidiskriminierungskurse zu ergänzen. Auch
182 nach der Ausbildung sollte diskriminierungssensibilisierende und insbesondere
183 rassismuskritische Bildung in verpflichtenden Fortbildungen stattfinden.
- 184 • Die Resilienz der Polizei gegenüber rechtsextremer Einflussnahme und
185 rechtsextremen Ansichten innerhalb der Polizei zu stärken. Hierzu kann etwa die
186 Einführung eines Whistleblower-Systems beitragen.
- 187 • Eine Stärkung der psychologischen Hilfsangebote für Polizeibeamt*innen. Dabei
188 muss gefördert werden, dass diese auch tatsächlich wahrgenommen werden. Teils
189 steht ein häufig in der Polizei anzutreffendes patriarchales Männlichkeitsbild
190 einer Inanspruchnahme von Supervision und Hilfe im Weg, weil dies als Schwäche
191 angesehen wird.
- 192 • Eine kritische und problematisierende Aufarbeitung von Gewaltanwendungen
193 innerhalb der Polizei. Hierzu bedarf es niedrigschwelliger Foren zur Reflektion.
194 Eine Sensibilisierung innerhalb der Polizei kann nur dort ihre Wirkung
195 entfalten, wo sie sich ehrlich, offen und reflektionsbereit mit der eigenen
196 Fehlerkultur und Perspektiven von Betroffenen polizeilicher Gewaltanwendungen
197 auseinandersetzt.

198 **Die Überlastung der Justiz gefährdet den Rechtsstaat**

199 Die Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie. Ihre
200 Aufgabe ist es, staatliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit hin zu untersuchen. Sie
201 sorgt dafür, Konflikte unter Bürger*innen verbindlich beizulegen. Die Justiz legt die
202 von den Parlamenten beschlossenen Gesetze aus, wendet sie an und verschafft ihnen auf

203 diesem Wege Wirkmacht. Ein Rechtsstaat braucht eben nicht nur Recht, sondern auch
204 eine Rechtsanwendung, die mit liberalen und demokratischen Werten gefüllt ist. Die
205 deutsche Geschichte belegt die Schlüsselrolle der Justiz nur allzu gut.

206 Die Mühlen der Justiz ächzen bereits unter der kaum stemmbaren Last von Verfahren,
207 die auf viel zu wenigen Schultern in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ruht. So
208 fehlen nach Angaben des „Bundes der Richter und Staatsanwälte Nordrhein-Westfalen“ in
209 NRW derzeit mehr als 400 Staatsanwält*innen. In der Folge ist die Justiz einer viel
210 zu hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Richter*innen und Staatsanwält*innen versinken
211 in einer Klageflut. Strafverfahren ziehen sich oft in die Länge oder müssen
212 eingestellt werden. Die unzureichende Budgetierung der Justiz geht damit zulasten des
213 Rechtsstaats. Der bereits jetzt bestehende Personalmangel im Staatsdienst wird durch
214 die zu erwartende Pensionierungswelle – insbesondere in Ostdeutschland, aber auch in
215 den übrigen Bundesländern – noch massiv verschärft. So sollen bis 2030
216 deutschlandweit rund 40 Prozent der Jurist*innen berufsübergreifend aus dem Dienst
217 ausscheiden. In Ostdeutschland wird sogar mit einer Quote von bis zu 45% gerechnet.
218 Diese Entwicklung trifft die chronisch unterbesetzte Justiz besonders hart. Hinzu
219 kommt, dass die meisten der Absolvent*innen der juristischen Ausbildung kein
220 Interesse am Staatsdienst haben. Die freie Wirtschaft lockt mit dem vielfachen eines
221 Gehalts im öffentlichen Dienst und bietet darüber hinaus neuste technische
222 Ausstattung und vielseitige Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Die bereits
223 beschriebene Überlastung der Justiz trägt ebenfalls nicht zur Attraktivität des
224 Staatsdienstes bei. Kurzum: Wir steuern auf eine Situation zu, in der die Justiz
225 keine vollumfänglich handlungsfähige Staatsgewalt darstellt.

226 Um dem entgegenzuwirken fordern wir:

- 227 • Eine deutliche Aufstockung der Stellen für Staatsanwält*innen und Richter*innen
228 in NRW, die sowohl aktuelle personelle Lücken als auch die anstehende
229 Pensionierungswelle berücksichtigt.
- 230 • Eine Investitionsoffensive in der Justiz. Insbesondere die Digitalisierung muss
231 stärker ausgebaut und finanziell gefördert werden, um fehlendes Personal mit
232 digitalen Tools zu kompensieren. Selbstverständlich ist gerade in der Justiz
233 besonders bedächtig mit Tools wie „künstlicher Intelligenz“ umzugehen, die keine
234 menschliche Entscheidung ersetzen können.
- 235 • Eine höhere Besoldung für den öffentlichen Dienst, die nicht derart hinter der
236 freien Wirtschaft zurückbleibt, wie dies aktuell der Fall ist.
- 237 • Darüber hinaus müssen Überlegungen angestrengt werden, wie mehr Nachwuchs für
238 den Staatsdienst gewonnen werden kann. Hierbei sind Interessenvertretungen von
239 Jurastudierenden und Rechtsreferendar*innen mit einzubeziehen.

240 **Reformbedarf in der juristischen Ausbildung**

241 Während sich die unerledigten Ermittlungsverfahren in den Staatsanwaltschaften
242 türmen, ist NRW-Justizminister Limbach auf Sparkurs und kürzt die Ausbildungsplätze
243 für Jurist*innen in NRW um 20%. Zur Einordnung: Wer etwa Richter*in werden will, muss

244 zunächst ein universitäres Jurastudium abschließen und das erste juristische
245 Staatsexamen ablegen. Für die klassischen juristischen Berufe muss zusätzlich der
246 juristische Vorbereitungsdienst (auch „Rechtsreferendariat“) an einem deutschen
247 Gerichtsbezirk durchlaufen werden, der sich über zwei Jahre erstreckt. Es verwundert
248 nicht, wenn bei dieser langen und kostspieligen Ausbildung, bei der zudem lange Zeit
249 unklar ist, ob man die Examina tatsächlich besteht, viele Absolvent*innen möglichst
250 gut bezahlte Jobs anstreben, um Schulden und Kredite abzubezahlen. Die hohen
251 finanziellen und sozialen Hürden sorgen außerdem dafür, dass nur wenige Kinder aus
252 Arbeiter*innenfamilien oder mit Migrationsgeschichte der juristischen Ausbildung
253 nachgehen und sie mit erheblichen Nachteilen kämpfen müssen. Zwangsläufig bedeutet
254 diese Exklusion, dass die Justiz die Gesellschaft nicht in ihrer Vielfalt abbildet.

255 Darüber hinaus stellt das Rechtsreferendariat - wie auch das Jurastudium - eine
256 enorme psychische Belastung dar. In einer von der Referendariatskommission
257 initiierten Umfrage gaben circa 90 Prozent der Befragten Referendar*innen an, dass
258 sie durch den juristischen Vorbereitungsdienst psychischen Druck empfinden. Auch hier
259 wirkt sich der Sparkurs der Landesregierung negativ aus. In der Vergangenheit wurde
260 den Referendar*innen vor ihrer abschließenden mündlichen Prüfung noch ein freier
261 Monat gewährt, in welchem die Referendar*innen sich unter Fortzahlung der
262 Unterhaltsbeihilfe die Prüfung vorbereiten konnten. Dieser Monat war an die übliche
263 Ausbildungszeit angehängt und stellte den einzigen Monat im Referendariat dar, in dem
264 die Referendar*innen keine sonstige Leistung in ihren Stationen erbringen mussten.
265 Nun soll die Unterhaltsbeihilfe für diesen letzten Monat des Referendariats
266 gestrichen werden, was vor allem marginalisierte Personengruppen ohne finanzielle
267 Rücklagen treffen wird.

268 Gleichzeitig ist gut qualifizierter Nachwuchs im Staatsdienst dringend nötig. Um mehr
269 Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen, muss schon beim Jurastudium und dem
270 Referendariat angesetzt werden. Seit vielen Jahren unterbreiten
271 Interessenvertretungen – insbesondere die Fachschaften – daher konkrete Vorschläge,
272 die Ausbildung zu verbessern und inklusiver zu gestalten. Statt sich diesen
273 Vorschlägen zu widmen, wurde bei der Justizminister*innenkonferenz im vergangenen
274 Juni lediglich festgestellt, dass ein grundlegender Reformbedarf nicht bestehe. Diese
275 Aussage wirkt angesichts der schwierigen Nachwuchsgenerierung wie blanker Hohn. Ziel
276 muss es dagegen künftig nicht nur sein, mehr juristischen Nachwuchs zu gewinnen,
277 sondern auch, junge Menschen zu aufrechten und aufgeklärten Jurist*innen auszubilden.
278 Sie bilden ein wesentliches Element einer rechtsstaatlichen und resilienten
279 Demokratie.

280 Daher fordern wir:

- 281 • Eine Reformierung sowohl des Jurastudiums als auch des juristischen
- 282 Vorbereitungsdienstes. Ziel der Reform ist eine erhebliche Stressreduzierung in
- 283 der Ausbildung. Wir stellen uns außerdem explizit gegen die Streichung des
- 284 freien Monats vor der abschließenden mündlichen Prüfung im zweiten Staatsexamen.
- 285 Dabei sind die Interessen- und Personalvertretungen des juristischen Nachwuchses

286 aktiv zu beteiligen.

- 287 • Die flächendeckende Umsetzung des integrierten Bachelors im Studium der
288 Rechtswissenschaften. Der integrierte Bachelor fängt das Risiko auf, nach dem
289 Nichtbestehen der staatlichen Examensprüfung trotz mehrjährigem Jurastudium
290 keinen Abschluss zu erlangen.
- 291 • Die Anzahl der Ausbildungsplätze für den juristischen Vorbereitungsdienst in NRW
292 darf nicht gekürzt werden. Junge Menschen sollen nicht viele Monate auf ihren
293 Einstellungstermin warten oder sogar einen Umzug in ein anderes Bundesland in
294 Kauf nehmen müssen, um zeitnah ihrer Ausbildung nachgehen zu können. Statt der
295 Kürzung fordern wir daher eine Erhöhung der Ausbildungsplätze.
- 296 • Eine angemessene Unterhaltsbeihilfe im juristischen Vorbereitungsdienst, die
297 auch in Großstädten den Lebensunterhalt sichert, um die Entscheidung für eine
298 juristische Ausbildung von finanziellen Zwängen zu befreien.
- 299 • Wissenschaftliche Erkenntnisse – insbesondere aus der Kriminologie – sollen
300 stärker Teil der juristischen Aus- und Weiterbildung sein. Wir NRW Jusos haben
301 uns in den letzten beiden Jahren mit einer evidenzbasierten Kriminalpolitik
302 beschäftigt. Doch nicht nur die Politik, insbesondere auch die Strafverfolgung
303 sollte auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Kriminologie beruhen.
- 304 • Um auch schon im Referendariat die Attraktivität des Staatsdienstes zu
305 gewährleisten, sollte in jedem Bundesland eine Option zur Verbeamtung auf
306 Widerruf während des Referendariats eingeführt werden.
- 307 • Wie in anderen Studiengängen setzten wir uns auch im Jura-Studium für eine
308 Flexibilisierung von Bewertungsmethoden ein.

309 **Eine wehrhafte Demokratie braucht eine standhafte Justiz**

310 Das Grundgesetz feiert seinen 75. Geburtstag in einem Jahr, in dem Deportationspläne
311 einer im Bundestag vertretenen Partei öffentlich wurden und der Prozess gegen die
312 Reichsbürger-Gruppe von Prinz Reuß begann. Teil der Gruppe war u.a. Birgit Malsack-
313 Winkemann, promovierte Juristin und ehemalige Richterin am Landgericht Berlin, die
314 für das Justiz-Ressort einer neuen Staatsordnung vorgesehen gewesen sein soll.

315 Möglicherweise dient sie als Vorbild für den jungen NPD-Funktionär (offiziell
316 mittlerweile „Die Heimat“), der sich in diesem Jahr erfolglos für den juristischen
317 Vorbereitungsdienst am Oberlandesgericht Berlin-Brandenburg bewarb. Wenige Jahre
318 zuvor dagegen hatte der Sächsische Verfassungsgerichtshof die Nichtzulassung eines
319 führenden Kaders des „III. Wegs“ zum Referendariat für verfassungswidrig erklärt.
320 Unterschiedliche Regelungen in den Ländern erschweren es, einheitliche Vorgaben für
321 die Nichtzulassung von Extremist*innen aus dem Referendariat festzustellen. So können
322 die Verfassungsfeinde sich bei einer Ablehnung direkt im nächsten Bundesland um die
323 Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bemühen.

324 Die Integrität der Justiz muss gesichert werden, bevor es dafür zu spät ist und
325 Rechtsextreme mancherorts in Regierungsverantwortung kommen. Eine besonders wichtige
326 Funktion übt das Bundesverfassungsgericht aus, das etwa über Parteiverbote

327 entscheidet. Während der Ausgang eines solchen vielfach diskutierten
328 Verbotsverfahrens gegen die AfD ungewiss ist und zu Recht im Entscheidungsmonopol der
329 Verfassungsrichter*innen liegt, gibt es schon jetzt andere Stellschrauben für den
330 Staat, sich nachhaltig gegen Rechtsextreme zu wehren.

331 Unsere Forderungen lauten daher:

- 332 • Die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts muss gestärkt werden. Beispielsweise
333 sollte die Wahl der Verfassungsrichter*innen und die für sie erforderliche
334 Zweidrittelmehrheit des Bundestags künftig im Grundgesetz geregelt werden.
335 Derzeit ist dies nur im Bundesverfassungsgerichtsgesetz normiert, das schon mit
336 einer einfachen Mehrheit geändert werden kann. Sobald Rechtsextremist*innen eine
337 Mehrheit im Bundestag bilden, können sie also den Wahlprozess umgestalten. Dem
338 gilt es vorzubeugen.
- 339 • Es bedarf Rechtsklarheit und einheitlicher Regelungen in den Bundesländern, um
340 verfassungsfeindlichen Bewerber*innen die Zulassung zum juristischen
341 Vorbereitungsdienst zu verwehren. Sie sollen gar nicht erst Zugang zu den
342 praktischen Kenntnissen über die Justiz erhalten, die für die Aushöhlung des
343 Rechtsstaats missbraucht werden können.

344 **Staatliche Verantwortung und Diskriminierung**

345 Der Staat ist nicht nur über das Grundgesetz gezwungen, Diskriminierung zu
346 unterlassen, wir sehen ihn auch in der Pflicht, aktiv gegen jede Form von
347 Diskriminierung vorzugehen und für eine gerechte Gesellschaft zu sorgen. Eine
348 umfassende Antidiskriminierungspolitik, die alle gesellschaftlichen Ebenen einbezieht
349 und marginalisierte Gruppen stärkt, ist hierfür unerlässlich. Diskriminierung hat
350 viele Facetten – von Rassismus und Sexismus über Queerfeindlichkeit bis hin zu
351 Klassismus. Jede dieser Formen stellt eine ernsthafte Bedrohung für den sozialen
352 Frieden und die individuelle Freiheit dar.

353 Um Diskriminierung in all ihren Formen wirksam zu bekämpfen, ist ein aktives und
354 entschlossenes Handeln des Staates unerlässlich. Nur durch eine konsequente
355 Antidiskriminierungspolitik, die auf mehreren Ebenen ansetzt, kann eine gerechte
356 Gesellschaft geschaffen werden. Der Staat trägt die Verantwortung, rechtliche
357 Rahmenbedingungen zu schaffen, Bildung und Aufklärung zu fördern sowie umfassende
358 Unterstützungsangebote bereitzustellen. Diese Maßnahmen müssen ineinandergreifen, um
359 Diskriminierung präventiv zu begegnen und Betroffenen wirksam zu helfen. Im Folgenden
360 wird dargelegt, in welchen Bereichen wir den Staat besonders in der Verantwortung
361 sehen und welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind, um eine gerechte und
362 inklusive Gesellschaft zu gewährleisten.

363 **Gesetzgebung und Rechtsschutz**

- 364 • Wir fordern eine Verschärfung der Antidiskriminierungsgesetze und die Einführung
365 neuer Regelungen, die auch moderne Formen der Diskriminierung, wie digitale
366 Hassrede, berücksichtigen. Der digitale Raum bietet leider neue Plattformen für
367 Hass und Diskriminierung, die durch entsprechende Gesetze reguliert werden

368 müssen.

- 369 • Wir fordern die Stärkung und bessere Finanzierung von
370 Antidiskriminierungsstellen. Zudem sollten unabhängige Aufsichtsbehörden
371 geschaffen werden, die Diskriminierungsfälle untersuchen und ahnden können.
372 Diese Behörden sollen unabhängig arbeiten und die Autorität besitzen, um
373 wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung zu ergreifen.
- 374 • Wir fordern einen umfassenden Opferschutz. Anonyme Meldesysteme und sichere
375 Anlaufstellen für Diskriminierungsopfer müssen eingerichtet werden, damit
376 Betroffene ohne Angst vor Repressalien Unterstützung suchen können. Opfer
377 benötigen sichere Räume, um ihre Fälle zu melden und Unterstützung zu erhalten,
378 ohne Angst vor Stigmatisierung oder Vergeltung haben zu müssen.

379 **Bildung und Aufklärung**

- 380 • Wir setzen uns für eine inklusive Bildungspolitik ein, die Diversität und
381 Toleranz fördert. Die Bekämpfung von Diskriminierung darf zudem nicht nur an
382 Projekttagen stattfinden, sondern sollte auch interdisziplinär Einfluss in den
383 Schulunterricht finden, um bereits bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein
384 für Gleichberechtigung und Toleranz zu schärfen.
- 385 • Wir fordern groß angelegte Aufklärungskampagnen, die über die verschiedenen
386 Formen der Diskriminierung aufklären und die Zivilgesellschaft sensibilisieren.
387 Solche Kampagnen sollen nicht nur informieren, sondern auch zum Handeln
388 ermutigen und die Gesellschaft zur Reflexion anregen.
- 389 • Wir fordern die verstärkte Förderung von Forschungsprojekten, die die Ursachen
390 und Auswirkungen von Diskriminierung untersuchen. Interdisziplinäre Ansätze
391 sollen hierbei besonders unterstützt werden, um ein umfassendes Verständnis der
392 Diskriminierungsmechanismen zu entwickeln und effektive Gegenstrategien zu
393 erarbeiten.

394 **Unterstützungsangebote**

- 395 • Wir fordern den Ausbau von Beratungsstellen, die umfassende Unterstützung für
396 Diskriminierungsopfer bieten. Diese Beratungsstellen sollen rechtliche,
397 psychologische und soziale Beratung umfassen und Betroffenen einen sicheren Raum
398 bieten, um Hilfe zu suchen.
- 399 • Wir fordern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Opfer, um ihnen den
400 Zugang zu Rechtsmitteln und psychologischer Unterstützung zu erleichtern.
401 Oftmals scheitern Betroffene daran, ihre Rechte durchzusetzen, weil ihnen die
402 finanziellen Mittel fehlen. Hier muss der Staat einspringen und für
403 Chancengleichheit sorgen.

404 **Kritischer Umgang mit rechten Gruppen**

405 Ein entschlossener und kritischer Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen ist von
406 entscheidender Bedeutung für den Erhalt unserer Demokratie und für den sozialen
407 Frieden. Gruppen, wie beispielsweise die Grauen Wölfe, stellen eine ernsthafte

408 Bedrohung dar, da sie Ideologien verbreiten, die auf Hass und Intoleranz basieren. Um
409 diesen Gefahren wirksam zu begegnen, sind umfassende Maßnahmen auf verschiedenen
410 Ebenen erforderlich.

411 Aufklärung und Prävention spielen eine zentrale Rolle. Wir fordern umfassende
412 Bildungsprogramme, die über die Ideologien und Gefahren rechtsextremer Gruppen
413 aufklären. Dabei ist es wichtig, auch die Rolle sozialer Medien zu analysieren und zu
414 verstehen, wie diese Plattformen genutzt werden, um Hass und Intoleranz zu
415 verbreiten. Nur durch fundiertes Wissen können wir die Mechanismen erkennen und ihnen
416 entgegenwirken.

417 Ebenso notwendig ist eine verstärkte Überwachung und konsequente Strafverfolgung
418 rechtsextremer Aktivitäten. Sicherheitsbehörden müssen ausreichende Mittel und
419 Kompetenzen erhalten, um effektiv gegen diese Bedrohung vorzugehen und die
420 Gesellschaft zu schützen. Wir betonen, dass eine effektive Überwachung und
421 Strafverfolgung essenziell sind, um rechtsextreme Strukturen aufzudecken und zu
422 zerschlagen.

423 Darüber hinaus ist der Dialog und die Integration von gefährdeten Personen und
424 Gruppen von großer Bedeutung. Präventionsprogramme, die durch Dialog- und
425 Integrationsangebote gefährdete Menschen erreichen, sind entscheidend. Diese
426 Programme sollen Alternativen aufzeigen und Wege zur gesellschaftlichen Integration
427 bieten, um Menschen, die für extremistische Ideologien anfällig sind, von einem
428 Abdriften in solche Ideologien abzuhalten.

429 Ein vielschichtiger Ansatz ist notwendig, um rechtsextremen Gruppierungen effektiv
430 entgegenzutreten. Durch Aufklärung, Prävention, Überwachung, Strafverfolgung sowie
431 Dialog- und Integrationsangebote können wir die Demokratie und den sozialen Frieden
432 schützen und stärken.

433 **Femizide und Frauenhäuser**

434 Die Sicherheit und der Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt sind
435 fundamentale Anliegen einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Trotz vieler
436 Fortschritte in den letzten Jahrzehnten bleibt Gewalt gegen Frauen ein drängendes
437 Problem, das tief in den gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Femizide – die
438 Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts – und andere Formen
439 geschlechtsspezifischer Gewalt sind traurige Realität für viele Frauen weltweit. In
440 diesem Kontext sind Frauenhäuser und unterstützende Einrichtungen unverzichtbare
441 Zufluchtsorte und bieten lebensrettende Dienste für Frauen, die vor Gewalt fliehen.
442 Die Bekämpfung von Femiziden und die Unterstützung von Frauenhäusern sind für uns von
443 zentraler Bedeutung.

444 Wir fordern daher:

- 445 • die Verschärfung der Strafen für geschlechtsspezifische Gewalt und die
446 Einführung spezieller Schutzmaßnahmen für gefährdete Frauen. Strengere Gesetze
447 und gezielte Schutzmaßnahmen können dazu beitragen, die Sicherheit von Frauen zu
448 erhöhen und die Täter abzuschrecken. Damit die Polizei in Zukunft noch

449 effektiver gefährdeten Frauen helfen kann, setzen wir uns für die
450 flächendeckende Einführung von Risikoskalen, wie etwa der Danger Assessment
451 Scale ein.

- 452 • Eine ausreichende und kontinuierliche Finanzierung von Frauenhäusern und
453 Notunterkünften ist unerlässlich. Mit dem so genannten Drei-Säulen Modell der
454 Finanzierung, liegt seit langem ein konkreter Vorschlag zur Sicherung der
455 Schutzhäuser vor. Zudem muss die Kapazität dieser Einrichtungen ausgebaut
456 werden, um allen betroffenen Frauen Schutz und Unterstützung bieten zu können.
457 Die Istanbul-Konvention gibt seit Jahren einen Schlüssel für die Bedarfsanalyse
458 an die Hand.
- 459 • Wir setzen uns für ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungssystem ein, das
460 betroffenen Frauen in allen Lebensbereichen – von rechtlicher bis zu
461 psychologischer Unterstützung – hilft. Ein solches System muss leicht zugänglich
462 und gut vernetzt sein, um effektive Hilfe zu leisten.

463 **Nach Berliner Vorbild, aber mit geschlossenen Schutzlücken**

464 Berlin hat mit seiner Antidiskriminierungspolitik und dem ersten
465 Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene (LADG) wegweisende Fortschritte erzielt.
466 Diese Maßnahmen haben gezeigt, wie wichtig und wirksam rechtliche Rahmenbedingungen
467 im Kampf gegen Diskriminierung sein können. Wir fordern ein ähnliches
468 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) auch für Nordrhein-Westfalen, um den Schutz
469 und die Rechte von Diskriminierungsopfern zu stärken. Dabei ist es unerlässlich,
470 bestehende Schutzlücken zu schließen und die Maßnahmen weiter zu entwickeln.
471 Es bedarf einer umfassenden und robusten Strategie, die nicht nur auf präventive
472 Maßnahmen setzt, sondern auch die Unterstützung und den Schutz von
473 Diskriminierungsopfern in den Mittelpunkt stellt.

474 Ein ganzheitlicher Ansatz ist notwendig, der die rechtlichen, finanziellen und
475 institutionellen Rahmenbedingungen verbessert, um eine nachhaltige und wirksame
476 Antidiskriminierungspolitik zu gewährleisten. Nur durch eine solche konsequente und
477 umfassende Politik können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen frei
478 von Diskriminierung leben können und gleiche Chancen und Rechte haben.

479 Daher fordern wir:

- 480 • Einen Prozesskostenfonds, der Diskriminierungsopfer bei den Kosten für
481 Rechtsstreitigkeiten unterstützt, welcher den Zugang zur Justiz erleichtern und
482 finanziellen Druck von den Betroffenen nehmen soll. Oftmals scheuen
483 Diskriminierungsopfer den Rechtsweg, weil sie die hohen Kosten fürchten. Ein
484 solcher Fonds kann Abhilfe schaffen.
- 485 • Um Diskriminierungsopfern mehr Zeit zur rechtlichen Klärung zu geben, plädieren
486 wir für eine Verlängerung der Verjährungsfristen in Diskriminierungsfällen.
487 Diskriminierung ist oft schwer nachzuweisen und erfordert eine gründliche
488 Aufarbeitung, die mehr Zeit benötigt.
- 489 • Eine auskömmliche Finanzierung von Organisationen und Projekten, die sich gegen

490 Diskriminierung engagieren, ist notwendig. Nur durch eine stabile finanzielle
491 Basis können diese Organisationen nachhaltig und effektiv arbeiten.

492 **Erforschung von Klassismus**

493 Klassismus, die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, bleibt oft im
494 Schatten anderer Diskriminierungsformen und erhält nicht die Aufmerksamkeit, die es
495 verdient. Diese Form der Benachteiligung prägt das Leben vieler Menschen und führt zu
496 erheblichen sozialen Ungleichheiten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dieses
497 Phänomen intensiv zu erforschen, um ein tiefes Verständnis der Mechanismen und
498 Auswirkungen zu entwickeln. Nur so können wir wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung
499 sozialer Ungleichheit entwickeln und Chancengleichheit fördern. Indem wir die
500 Forschung stärken, Bildungs- und Aufklärungsarbeit intensivieren und gezielte
501 politische Maßnahmen einführen, können wir dazu beitragen, die tief verwurzelten
502 Barrieren des Klassismus zu überwinden.

503 Wir fordern:

- 504 • die Förderung von Forschungsprojekten, die die Mechanismen und Auswirkungen von
505 Klassismus untersuchen. Interdisziplinäre und intersektionale Ansätze sollen
506 besonders gefördert werden, um ein umfassendes Bild von den Ursachen und Folgen
507 dieser Form der Diskriminierung zu erhalten.
- 508 • Aufklärungskampagnen, die über die Auswirkungen von Klassismus informieren und
509 für mehr Chancengleichheit werben, sind ein zentrales Anliegen. Diese Kampagnen
510 sollen das Bewusstsein für soziale Ungleichheiten schärfen und zur
511 gesellschaftlichen Reflexion anregen.

Antrag I04: Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend

Sachgebiet:

I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Pistorius stellte im Juni 2024 ein neues Wehrdienstmodell vor. Geplant ist, dass
2 künftig alle wehrfähigen Männer und Frauen einen Fragebogen zu ihrer Haltung zur
3 Bundeswehr zugesandt bekommen. Nur die angeschriebenen Männer müssen diesen
4 Fragebogen verpflichtend beantworten und sich im Falle einer Einladung auch einer
5 Musterung stellen. Das Ableisten des neuen sechsmonatigen Grundwehrdienstes ist den
6 Plänen zufolge zunächst freiwillig. Mit dem Wiederaufbau der vor 13 Jahren
7 ausgesetzten Erfassung von Wehrfähigen macht Pistorius einen ersten Schritt in
8 Richtung einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht. Bei der Vorstellung seiner
9 Pläne betonte der Minister wiederholt, dass mittelfristig eine Regelung vorgesehen
10 ist, die es erlaubt, junge Menschen auch gegen ihren Willen einzuziehen. Mit seinen
11 Überlegungen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes stößt Pistorius keine neue Debatte
12 an. Bereits seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, die einer Abschaffung
13 von Wehr- und Zivildienst gleichkam, plädieren diverse Politiker*innen für ihre
14 Rückkehr. Die Diskussion beschränkt sich dabei nicht nur auf den Dienst bei der
15 Bundeswehr, sondern umfasst auch Überlegungen zur Einführung eines sozialen
16 Pflichtjahres. Viele Befürworter*innen argumentieren, dass eine allgemeine
17 Dienstpflicht zur Stärkung der Bundeswehr, des Katastrophenschutzes und
18 Rettungsdiensten beitragen sowie soziale Einrichtungen und gemeinnützige
19 Organisationen unterstützen könnte. Erst im Sommer 2022 entfachte Bundespräsident
20 Steinmeier mit seiner Forderung nach einer „sozialen Pflichtzeit“ eine breite
21 Diskussion und auch die CDU setzt sich jetzt sogar in ihrem neuen Grundsatzprogramm
22 für ein „Deutschland-Jahr“ ein, das sowohl militärische als auch zivile Dienste
23 umfassen würde. Klar ist, dass weder das vorgeschlagene Wehrdienstmodell noch eine
24 allgemeine Wehrpflicht strukturelle Probleme wie den Fachkräftemangel, die
25 mangelhafte Modernisierung sowie die unattraktiven Arbeitsbedingungen in der
26 Bundeswehr lösen können. Wieder einmal wird die Verantwortung für politische
27 Versäumnisse auf die Schultern junger Menschen abgewälzt.

28 **Eine Dienstpflicht löst den Fachkräftemangel nicht**

29 Angesichts des gravierenden Personalmangels in verschiedenen Bereichen sehen viele
30 Befürworter*innen die Einführung einer Dienstpflicht für junge Menschen als wichtige
31 Maßnahme, um personelle Engpässe auszugleichen. Dies betrifft nicht nur die
32 Bundeswehr, sondern auch Bereiche wie das Gesundheitswesen, die ebenfalls unter
33 akutem Personalmangel leiden. Dabei kann der Mangel sowohl im Gesundheitssystem als
34 auch in der Bundeswehr nicht durch Schulabgänger*innen gelöst werden, da es sich in
35 beiden Bereichen vor allem um einen Mangel an hochqualifizierten Fachkräften handelt.
36 In der Bundeswehr herrscht insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen ein
37 Mangel an Fachkräften. Dazu zählen unter anderem Ingenieur*innen, Spezialist*innen
38 für die Reparatur von Kampfhubschraubern sowie IT-Fachkräfte, die Computernetzwerke

39 betreuen und moderne Fernmeldetechnik warten können. Im Bereich der Cyberabwehr sind
40 besonders hohe Spezialisierungen erforderlich. Aufgrund der Komplexität moderner
41 Ausrüstungen und Waffensysteme sind Wehrpflichtige nicht ausreichend qualifiziert, um
42 den Personalmangel in der Bundeswehr auszugleichen. Wer behauptet, dass die
43 Wiedereinführung der Wehrpflicht die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stärken
44 könnte, lenkt von den eigentlichen Problemen ab. Die Grundausbildung, die
45 Wehrdienstleistende bisher durchlaufen haben, dauert 3 Monate und beinhaltet
46 lediglich ein bisschen Schießen, Sport und laute Unteroffiziere. Oft steht danach
47 eine Tätigkeit am Schreibtisch an. Ein solcher Dienst bietet in einem
48 hochtechnisierten Umfeld keine militärische Fähigkeitsstärkung, insbesondere dann
49 nicht, wenn für die so gebildeten Reservisten kaum Ausrüstung zur Verfügung steht. Es
50 ist viel wichtiger, dass bestehende Reservisten gut erfasst werden, regelmäßig an
51 Übungen teilnehmen und Ausrüstung bereitsteht. Darüber hinaus müssten für eine
52 Wiedereinführung der Wehrpflicht die Ausbildungsstrukturen völlig neu aufgebaut
53 werden. Um wieder große Gruppen von Wehrdienstleistenden auszubilden, müssten
54 komplett neue organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Kasernen müssten
55 neu gebaut oder erweitert, zusätzliche Ausbilder*innen eingestellt und große Mengen
56 militärischer Ausrüstung beschafft werden. Der Aufwand und die finanziellen Mittel,
57 die mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen verbunden wären, stünden in keinem
58 Verhältnis zum Nutzen. Eine Wehrpflicht für wenige kann hingegen im Sinne der
59 Wehrgerechtigkeit keine Alternative darstellen. Die Entscheidung darüber, wer ein
60 halbes Jahr für die Bundeswehr dienen muss, sollte nicht dem Zufall oder einer
61 Losentscheidung überlassen werden. Die zuletzt rückläufigen Zahlen von Frauen in der
62 Truppe zeigen die weiter bestehende strukturelle Misogynie. Bei Übergriffen gibt es
63 systematische Täter-Opfer-Umkehr, Frauen müssen sich allerlei problematische Sprüche
64 erdulden, um akzeptiert zu werden. Auch hier gibt es dringenden Nachbesserungsbedarf.
65 Viele Soldaten klagen zudem über hohe bürokratische Arbeitslasten und verhältnismäßig
66 viele Leitungsposten, die z.T. redundante Entscheidungen treffen. Eine starke
67 Entschlackung insbesondere im Verteidigungsministerium ist notwendig.

68 **Deshalb fordern wir:**

- 69 • Rücknahme des vorgeschlagenen Wehrdienstmodells
- 70 • Maßnahmen zur Anwerbung und Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte,
71 insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen wie IT, Cyberabwehr, und
72 Technik

73 **Bessere Arbeitsbedingungen für eine stärkere Bundeswehr**

74 Wie bereits dargestellt hat die Bundeswehr einen erheblichen Fachkräftemangel.
75 Besonders Berufe wie Techniker*innen und Ingenieur*innen sind schwer zu besetzen, da
76 die Industrie häufig attraktivere Arbeitsbedingungen bietet. Dort finden Fachkräfte
77 nicht nur bessere Arbeitszeiten und höhere Bezahlung, sondern auch allgemein bessere
78 Arbeitsbedingungen. Insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten, der Vereinbarkeit von
79 Beruf und Familie sowie bei Kinderbetreuungsstrukturen kann die Bundeswehr nicht
80 mithalten. Dies ist besonders nachteilig für Frauen, da sie häufig stärker von der

81 Notwendigkeit flexibler Arbeitszeiten und einer guten Vereinbarkeit von Beruf und
82 Familie betroffen sind. Viele Soldat*innen beklagen zudem Überstunden, die sich über
83 mehrere Wochen summieren. Solche belastenden Arbeitsbedingungen führen dazu, dass
84 zahlreiche Soldat*innen vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden. Zudem haben sich die
85 Wege zu den Arbeitsorten der Bundeswehr erheblich verlängert. In den vergangenen
86 Jahrzehnten wurden viele Kasernen geschlossen, wodurch die Bundeswehrstandorte oft
87 weit von den Wohnorten der Soldat*innen entfernt liegen. Viele von ihnen müssen jedes
88 Wochenende hunderte Kilometer zurücklegen, um nach Hause zu gelangen. Auch bestehen
89 trotz des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens weiterhin Probleme bei der
90 Bundeswehr in Bezug auf Material und Finanzen. Viele Bundeswehrekasernen sind in
91 schlechtem Zustand, haben häufig nicht einmal funktionierendes WLAN, und ein großer
92 Teil der Ausrüstung ist defekt.

93 **Daher fordern wir:**

- 94 • Einführung flexibler Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsmodelle
- 95 • Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einschließlich besserer
96 Kinderbetreuungsstrukturen
- 97 • Investitionen in die Renovierung und den Ausbau von Kasernen
- 98 • Bessere Ausrüstung für Soldat*innen

99

100 **Rechtsextremismus bekämpfen und demokratische Werte stärken**

101 Ein häufig vorgebrachtes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist, dass
102 sie die Bundeswehr repräsentativer aufstellen und weniger anfällig für
103 verfassungsfeindliche Bestrebungen machen würde. Diese Annahme ist nicht
104 grundsätzlich falsch. Tatsächlich sprechen die hierarchischen Strukturen der
105 Bundeswehr, das Konzept der "Kameradschaft" und das Militärische im Allgemeinen eher
106 autoritär oder extremistisch denkende Menschen an. Wer jedoch die Wehrpflicht als
107 alleinige Lösung betrachtet, verkennt die tatsächliche Lage. Die Bundeswehr kämpft
108 immer wieder mit autoritären bis undemokratischen Ausbildern, Unteroffizieren und
109 niederen Offizieren, die das Konzept der inneren Führung und den demokratischen
110 Anteil dessen verdrängen. Die innere Führung beschreibt ein Konzept, dass dafür
111 sorgen soll, autoritäre Befehlsausführung zu ersetzen durch eine innere Überzeugung,
112 einen sinnhaften Auftrag auszuführen mit der Pflicht zur Befehlsverweigerung für z.B.
113 unethische Handlungen. Insbesondere im Kommando Spezialkräfte KSK wurde jedoch ein
114 Soldatenbild gepflegt, das extrem autoritär bis staatsgefährdend war. Dies zeigt sich
115 auch in vielen Fällen in anderen Teilen der Streitkräfte, wo die Wehrmacht insgeheim
116 traditionsstiftend war. Analog zur Polizei gibt es vor allem das Problem, dass solche
117 Vorfälle nicht gemeldet werden und in signifikanten Teilen der Bundeswehr durch viele
118 Dienstgrade es ein Haltungsproblem gegenüber dem Schutz des demokratischen Staates
119 gibt. Die Mechanismen des Militärischen Abschirmdienstes MAD greifen zu oft nicht und
120 die politische Bildung und Verantwortung werden in der Ausbildung weiterhin
121 systematisch vernachlässigt. Ein wie auch immer konzipierter verpflichtender

122 Wehrdienst in dieser Bundeswehr bedeutet vor allem eine autoritäre Erziehung ohne
123 militärischen Nutzen, weil nostalgische alte Männer heutige Jugendliche zu
124 unengagiert finden. Zu lange wurden innerhalb der Bundeswehr und des
125 Bundesverteidigungsministeriums strukturelle Probleme als "Einzelfälle" abgetan, und
126 notwendige Reformen wurden aufgeschoben. Erst nach einer Vielzahl von "Einzelfällen"
127 und dem Verschwinden erheblicher Munitionsmengen wächst die Sensibilität für dieses
128 Thema innerhalb der Bundeswehr, was sich beispielsweise an der verstärkten Nutzung
129 von Meldestellen zeigt. Neben der inneren Verantwortung der Bundeswehr, keinen Raum
130 für Rechtsextremismus zu lassen, stellt sich auch die Frage nach ihrer
131 gesamtgesellschaftlichen Rolle. Gerade der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
132 hat die Bedeutung des Militärs als Verteidiger der Demokratie wieder stärker in den
133 Fokus gerückt. Wünschenswert wäre, dass das von der Zeitenwende ausgehende Umdenken
134 dazu führt, dass die Bundeswehr nicht durch eine Faszination für Waffen,
135 Kameradschaft und übertriebenen Nationalismus attraktiv wird, sondern weil sie
136 essentiell ist, um demokratische Staaten und ein friedliches Europa vor autoritären
137 Kräften zu verteidigen. Das kann die Bundeswehr jedoch nur leisten, wenn sie auch
138 intern vor diesen Kräften geschützt ist. Im klaren Widerspruch zu diesem Verständnis
139 von republikanischer Landesverteidigung stehen die aktuell öffentlich gewordenen
140 Ergänzungen des Traditionserlasses der Bundeswehr von 2018. Ehemalige NSDAP-
141 Mitglieder, ein „Fliegerass“ der Luftwaffe oder der erfolgreichste U-Boot-Kapitän des
142 II. Weltkrieges können auch nach der Zeitenwende keine unkritisch positiven
143 Traditionslinien der Bundeswehr sein. Das Bild einer die Demokratie und Freiheit
144 schützenden Bundeswehr muss sie deshalb auch nach außen transportieren und bei der
145 Rekrutierung leben.

146 Wir fordern daher:

- 147 • Ausweitung der bereits verpflichtenden Schulungen zu demokratischen Werten und
148 Anti-Extremismus auf alle Dienstgrade und Einsatzgebiete. Dabei sollten auch
149 regelmäßige Auffrischkurse eingeführt werden
- 150 • Ausbau der anonymen Meldesysteme, um eine noch niedrigschwelligere und sicherere
151 Möglichkeit für Meldungen zu bieten
- 152 • Förderung der Bekanntheit dieser Meldesysteme innerhalb der Bundeswehr durch
153 Informationskampagnen
- 154 • Überarbeitung der Rekrutierungsverfahren, um sicherzustellen, dass
155 Bewerber*innen gründlich auf rechtsextremistische Neigungen überprüft werden
- 156 • Umfassendere Untersuchung und Aufarbeitung rechtsextremistischer Vorfälle
157 innerhalb der Bundeswehr
- 158 • Die Überarbeitung des Traditionserlasses der Bundeswehr, um sie als
159 republikanische Parlamentsarmee zu stärken
- 160 • Die Überarbeitung der Strukturen des MAD für eine bessere Erkennung von
161 problematischen Personen und Zerschlagung von entsprechenden Strukturen
- 162 • Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung hin zu einer gesunden Fehlerkultur

163 analog zu unseren Forderungen gegenüber der Polizei

164 **Freiwilliges Engagement statt Zwangsdienst**

165 Soziales Engagement ist zweifellos bereichernd und kann sowohl den gesellschaftlichen
166 Zusammenhalt als auch die Demokratie stärken. Dies kann jedoch nicht durch Zwang
167 erreicht werden. Abgesehen davon, dass ein soziales Pflichtjahr gemäß der Verfassung
168 als Zwangsdienst verboten ist und nur durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht
169 werden könnte, würde ein verpflichtendes soziales Jahr einen tiefen Einschnitt in die
170 persönliche Freiheit und Lebensplanung junger Menschen darstellen. Freiwilliges
171 Engagement motiviert durch persönliche Überzeugung und das Bewusstsein für
172 gesellschaftliche Verantwortung trägt wesentlich mehr zur Förderung des Gemeinwohls
173 bei. Junge Menschen, die sich aus eigenem Antrieb sozial engagieren, entwickeln ein
174 nachhaltiges Verständnis für soziale Belange und tragen langfristig zu einer
175 solidarischeren und demokratischeren Gesellschaft bei. Ein erzwungenes soziales
176 Pflichtjahr hingegen könnte zu Widerstand und Ablehnung führen, wodurch der
177 eigentliche Zweck des Engagements – nämlich die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und
178 der demokratischen Werte – konterkariert würde. Zudem ist Zwang gar nicht nötig, um
179 junge Menschen davon zu überzeugen, sich zu engagieren, denn sie bringen sich weit
180 mehr ein als andere Altersgruppen. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum zeigte,
181 dass zwei Drittel der jungen Menschen ehrenamtlich aktiv sind. Jedes Jahr gibt es
182 mehr Bewerber*innen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den
183 Bundesfreiwilligendienst, als angenommen werden können. Es braucht also keinen Zwang,
184 sondern vor allem eine Erweiterung des Angebots an Freiwilligendiensten. Dies ist
185 besonders relevant, da erst dieses Jahr die Mittel für Freiwilligendienste gekürzt
186 wurden, was zu einem großen Aufschrei von Freiwilligendienstveranstaltern führte und
187 sogar eine Petition nach sich zog. Eine bessere finanzielle Ausstattung und
188 Unterstützung dieser Programme wäre ein sinnvoller Schritt, um das freiwillige
189 Engagement junger Menschen zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
190 stärken. Auch sollte mehr darüber nachgedacht werden, wie Freiwilligendienste
191 attraktiver gemacht werden können, bevor über die Einführung eines Pflichtjahrs
192 gesprochen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei finanzielle Aspekte. Die
193 derzeitigen rund 400 Euro pro Monat sind unzureichend für die Finanzierung eines
194 Dienstes, insbesondere da in der Regel weder Unterkunft noch Fahrtkosten übernommen
195 werden. Das führt dazu, dass sich viele junge Menschen aus finanziellen Gründen gegen
196 ein FSJ entscheiden. Eine angemessene finanzielle Unterstützung wäre ein
197 entscheidender Schritt, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen unabhängig von
198 ihrer finanziellen Situation die Möglichkeit haben, sich zu engagieren. Nur so kann
199 die Teilnahme an Freiwilligendiensten wirklich attraktiv und zugänglich gemacht
200 werden.

201

202 **Wir fordern daher:**

- 203 • Ausbau der Kapazitäten für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige
204 Ökologische Jahr (FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD)

- 205 • Anhebung der monatlichen Vergütung für Freiwilligendienste auf den Mindestlohn
- 206 • ein kostenloses Deutschlandticket für Freiwilligendienstleistende
- 207 • Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Organisationen die
- 208 Freiwilligendienste durchführen
- 209 • Vertragliche Sicherstellung, dass Freiwilligendienstleistende keine Aufgaben von
- 210 Fachkräften übernehmen müssen, für die sie nicht qualifiziert und/oder nicht
- 211 ausreichend bezahlt sind
- 212 • Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anerkennung von Freiwilligendiensten
- 213 durch Zertifikate und Vorteile bei der Bewerbung um Ausbildungs- und
- 214 Studienplätze
- 215 • Ausbau der Informationsangebote über Freiwilligendienste, z.B. an Schulen

Antrag INI01: Awareness-Konzept (Neufassung 2024)

Sachgebiet:

INI - Initiativanträge

1. Einleitung

Lange galt das Mantra „Politik“ und vor allem Partei-Politik sei eben „hart“ und man(n) müsse das aushalten können. Man könne für Politik nicht zu sensibel und emotional sein. Diese Einstellung verkennt, ob bewusst oder unbewusst, dass diese Kultur des Politikmachens vor allem für privilegierte weiße cis Männer funktioniert, die nur einen Teil unseres Verbands ausmachen. Denn „es“ aushalten zu müssen, betrifft meist diskriminierte Gruppen. Es wird verkannt, dass Menschen mit unterschiedlichen Ressourcen und Mitteln sich in diesen Räumen bewegen. Eine politische Kultur, die dominantes, aggressives Verhalten privilegierter Gruppen toleriert, führt zu einem Raum, in dem sexualisierte und emotionale Gewalt begünstigt wird.

Aufgrund unserer besonderen Strukturen als parteipolitischer Jugendverband, muss uns bewusst sein, dass wir anders agieren müssen als andere Vereine oder Verbände. Das Awareness-Konzept hat somit nicht nur das Ziel, konkrete Fälle zu klären, sondern auch einen Prozess in Gang zu setzen, der das Bewusstsein für diskriminierende Strukturen erhöht, diese zu verändern und alle Herrschaftsverhältnisse kritisch in den Blick zu nehmen. Unser Ziel ist es, dass die Ansprechpersonen nicht mehr tätig werden müssen. Das geht nur, wenn wir eine Verbandskultur etablieren, die von allen gelebt wird und Diskriminierungen dadurch Einhalt gebietet. Wir alle müssen einen Blick dafür entwickeln, ob eine Person sich unwohl fühlt, ob man sich selbst gerade diskriminierend verhält und alle müssen wissen, wie man sich verhalten sollte, wenn man Diskriminierung mitbekommt. Unsere Sensibilität soll sich dabei nicht nur auf Veranstaltungen beziehen, sondern auch sensibel dafür sein, was außerhalb von unseren offiziellen Veranstaltungen passiert. Nur, wenn wir alle diese Kultur der safer spaces leben, können wir unsere Strukturen nachhaltig verändern und einen Raum schaffen, in dem alle gerne Politik machen und nicht abgeschreckt werden, weil sie sich durch Verhalten von anderen nicht bei uns nicht wohlfühlen.

Dabei beziehen wir uns nicht nur auf physische Gewalt und übergriffiges Verhalten. Vor allem marginalisierte Gruppen erleben auch immer wieder emotionale Gewalt und begegnen unangemessenem Verhalten: Ismen wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Klassismus, Queerfeindlichkeit oder Ableismus werden reproduziert. Auch sexualisierte Gewalt ist nicht nur physisch möglich. Emotionale Gewalt kann für Betroffene retraumatisierend sein. Wir wollen deutlich machen, dass wir jegliche Form von Diskriminierung ablehnen und es bei Awareness nicht nur um sexualisierte Gewalt gegen Frauen geht. Insbesondere queere Personen und BIPOC (Black, Indigenous, People of Colour) müssen das Gefühl vermittelt bekommen, dass ihre Sorgen, Ängste und Probleme genauso berücksichtigt werden. Grundlage unseres Awareness-Verständnisses bleibt die Anerkennung gesellschaftlicher Machtstrukturen, die Diskriminierung begünstigen, wie

39 etwa patriarchale oder rassistische Strukturen.
40 Unserem Awareness-Konzept sind dabei Grenzen gesetzt. Es kann keine strafrechtliche
41 Verfolgung aufgenommen werden oder Menschen aus der Partei ausgeschlossen werden. Das
42 Parteiengesetz beschneidet uns dort als Verband in besonderer Weise und das aus guten
43 Gründen. Zentral ist deswegen, Betroffene so zu begleiten, in welcher Form es
44 gewünscht und möglich ist, und ansprechbar zu sein.

45

46 **2. Ansprechpersonen und Zusammensetzung**

47 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es Verantwortliche für die Awareness-Arbeit
48 braucht, die klar nach außen kommuniziert werden und für alle im Verband eindeutig
49 sind. Damit wollen wir deutlich machen, dass wir das Thema Awareness,
50 Antidiskriminierung und Antirassismus ernst nehmen und Verhalten, das dem
51 zuwiderläuft, bei uns im Verband keineswegs tolerieren. Unsere artikulierten
52 Standpunkte sollen sich auch in unserem Verbandsleben widerspiegeln. Daher braucht es
53 einen sensiblen Umgang mit solchen Fällen übergreifender Handlungen. Daher sind klare
54 Verantwortliche, die geschult sind und Erfahrungen haben, von großer Bedeutung.
55 Als ein politischer Verband stehen wir vor einer besonderen Herausforderung. Bei uns
56 gibt es klare Hierarchien und Machtverhältnisse, die bei der Benennung von
57 Verantwortlichen berücksichtigt werden müssen. Daher wollen wir vier Verantwortliche,
58 die nicht Teil des Landesvorstandes sind, nominieren lassen. Alle vier Personen, die
59 zusammen unsere Awareness-Kommission darstellen, werden auf der Wahl-Landeskonferenz,
60 nachdem sich der Landesvorstand konstituiert hat, für zwei Jahre nominiert. Benannt
61 wird die Awareness-Kommission formell vom Landesvorstand, wobei die Nominierungen
62 durch die Landeskonferenz dafür als Grundlage dienen. Bei der Notwendigkeit durch
63 einen Rücktritt kann ein neues Mitglied der Awareness-Kommission auch von einem
64 Landesausschuss neu nominiert werden. Vor der Wahl-Landeskonferenz evaluiert die
65 Awareness-Kommission ihre Arbeit. Diese Evaluierung stellt die Awareness-Kommission,
66 natürlich anonymisiert und nicht anhand konkreter Fälle, dem Landesvorstand auf
67 seiner letzten Sitzung vor der Landeskonferenz vor.
68 Dabei sollten folgende Faktoren berücksichtigt werden. Regio- und UBKV Vorsitzende
69 nehmen im Landesverband eine wichtige Funktion ein. Ihre Position in der
70 Machthierarchie der NRW Jusos bezieht sich allerdings nicht primär, auf den ganzen
71 Landesverband, sondern auf ihre jeweiligen UB/KVs und Regionen. Daher sollen sie,
72 wenn sie Teil der Kommission sind, keine Fälle aus ihren eigenen Strukturen d.h.
73 Regios und UB/KVs betreuen. Außerdem halten wir es für wesentlich, dass alle
74 Personen, die Teil der Awareness Kommission sind, die Landesebene bereits
75 kennengelernt haben und mit den Strukturen vertraut sind.
76 Der Landesvorstand, als höchstes Gremium auf Landesebene, spielt eine zentrale Rolle
77 im Geschehen des Verbandes. Für die Besetzung der Kommission kommen Mitglieder des
78 Landesvorstandes nicht in Frage, da ihre besondere Rolle im Verband Machtstrukturen
79 begünstigen könnte, die wir vermeiden wollen. Dem Landesvorstand kommt nämlich über

80 einzelne Strukturen innerhalb der NRW Jusos hinaus eine relevante Machtposition zu.
81 Um den Kreis an Ansprechpersonen klein zu halten und die nötige Diskretion zu
82 garantieren, soll die die Awareness-Kommission aus vier Personen bestehen.

83 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass es sich um ein diverses Team handeln soll.
84 Dabei müssen die Aspekte von Diskriminierung gegen FINTA (Frauen, Inter, Nicht-
85 binäre, Trans und Agender), Männer und BIPOC beachtet werden. Daher sind mindestens
86 zwei Frauen, sowie mindestens ein Mann und davon mindestens ein*e BIPOC als
87 Verantwortliche zu benennen. Dies muss vor allem der Landesvorstand bei der Benennung
88 der Verantwortlichen aus den eigenen Reihen berücksichtigen. Im Falle einer nicht zu
89 verhindernden Abweichung der Diversität wird der Landesvorstand eine Erklärung
90 festhalten.

91 Weiterhin ist es verpflichtend, dass alle vier Verantwortlichen an einer Schulung
92 teilzunehmen. Dafür eignen sich Schulungen beispielsweise vom Weißen Ring. In dieser
93 Schulung könnten Aspekte inbegriffen sein wie: der sensible Umgang mit Betroffenen,
94 rechtliche Konsequenzen, Konfliktmanagement und Gesprächsführung. Die Kosten der
95 Schulung übernimmt der Landesverband. Außerdem soll auch klar sein, welche Verfahren
96 innerhalb der Partei möglich sind und für welche Fälle bspw. die Schiedskommission
97 herangezogen werden kann.

98 Allerdings soll deutlich gemacht werden, dass Betroffene sich weiterhin an jede
99 Person aus dem Verband und darüber hinaus wenden können, der sie vertrauen. Das Team
100 aus Verantwortlichen stellt ein Angebot dar, keine Pflicht sich nur an diese wenden
101 zu können. Zudem sollen die Betroffenen ausdrücklich die Möglichkeit haben, sich nur
102 an ein Mitglied der Kommission vertraulich zu wenden.

103 Die Awareness-Kommission bildet dabei eine erste Anlaufstelle. Sie soll dann
104 eigenständig entscheiden, ob ein Vorfall in ihre Zuständigkeit fällt. Sollte ein Fall
105 vorliegen, der dem Sinn und Zweck dieses Awareness-Konzepts nicht folgt und die
106 Kommission taktisch genutzt werden sollte, kann die Kommission einer weiteren
107 Bearbeitung widersprechen. Die Awareness-Kommission ist explizit keine Instanz, um
108 zwischenmenschlichen Streit ohne politische Dimension zu schlichten und sie fungiert
109 auch nicht für juristische und/oder psychologische Beratung beziehungsweise Beistand.
110 Sollte die Awareness-Kommission merken, dass statt eines innerverbandlichen
111 Awareness-Verfahrens eher eine juristische und/oder psychische Beratung angemessen
112 ist, verweist sie auf externe Ansprechstellen.

113 Jedes einzelne Mitglied der Awareness-Kommission kann sich eigenständig als befangen
114 erklären, sollte eine mögliche Verbundenheit mit einer beschuldigen Person zu diesem
115 Schluss führen. Die erklärte Befangenheit führt automatisch dazu, dass das
116 entsprechende Mitglied der Awareness-Kommission nicht den entsprechenden Fall
117 betreut. Darüber hinaus kann die Awareness-Kommission per Mehrheitsbeschluss die
118 Befangenheit einzelner oder mehrerer Kommissionsmitglieder feststellen. Eine
119 Befangenheit liegt etwa vor, wenn das Kommissionsmitglied und die beschuldigte Person
120 aus dem gleichen UB/KV stammen oder in einem gemeinsamen politischen Gremium
121 innerhalb des Verbandes arbeiten. Die Feststellung der Befangenheit dient nicht zur

122 Abkapselung einzelner Kommissionsmitglieder, sondern um die generelle Integrität der
123 Awareness-Strukturen als Ganzes zu schützen. Befangenheit kann auch durch Betroffene
124 und Beschuldigte angemerk werden, passiert dies, muss die Awareness-Kommission über
125 diese Bedenken diskutieren.

126

127 **3. Umgang mit Betroffenen**

128 Für uns ist der Umgang mit der betroffenen Person einer der relevantesten Aspekte.
129 Dabei respektieren wir die Definitionsmacht der betroffenen Person. Das bedeutet ganz
130 konkret, dass wir nicht in Frage stellen, ob die Wahrnehmung einer erlebten Situation
131 die eigene Grenze überschritten hat. Gleichzeitig ist für uns aber auch klar, dass
132 die Wahrnehmung über das Erleben der betroffenen Personen nicht von allen geteilt
133 werden kann und muss. Es gibt nicht immer ein*e Täter*in, aber immer eine betroffene
134 Person. Letztendlich sind diese Fälle immer noch ernstzunehmende Übergriffe, die
135 dafür sorgen können, dass man sich in bestimmten Räumen nicht mehr aufhalten oder
136 engagieren will.

137 Aus dem Grund ist für uns von großer Bedeutung, dass die Benennung einer
138 grenzüberschreitenden Handlung an höchster Stelle ist. Daraus resultiert, dass wir
139 prinzipiell auf der Seite der betroffenen Person stehen und in ihrem Interesse
140 handeln. Wir glauben fest daran, dass eine betroffene Person am besten weiß, was sie
141 braucht oder will und welche Unterstützung sie in Anspruch nehmen will. Wir wollen
142 sie dabei unterstützen, Hilfsangebote wahrzunehmen oder bei den NRW Jusos ein
143 Verfahren einzuleiten. Dazu kann gehören, die Schiedskommission der SPD
144 heranzuziehen. Grundsätzlich werden wir aber nichts tun, ohne es mit der betroffenen
145 Person abzuklären. Gleichzeitig wollen wir der beschuldigten Person die Möglichkeit
146 überlassen, eine Stellungnahme abzugeben, damit die eigenen Rechte ausgeübt werden
147 können und beiden Parteien die Möglichkeit gegeben ist, den Vorfall aus der eigenen
148 Perspektive zu schildern.

149 Dabei muss jedoch auch ein Augenmerk darauf gelegt werden, dass es Grenzen des
150 Handlungsspielraums der Awareness-Strukturen gibt. Nicht jeder Fall kann seitens der
151 Kommission angenommen oder bis zur letzten Konsequenz bearbeitet werden. Die
152 Einschätzung darüber muss und kann im Zweifelsfall nur die Kommission selbst treffen,
153 immer in Absprache mit der betroffenen Person. Insbesondere dann, wenn die
154 Betroffenheit sich aus Strukturen und Ereignissen ergibt, die außerhalb der Juso-
155 Strukturen, -Räume oder -Kontexte entsteht, soll die Kommission auf öffentliche
156 Strukturen verweisen und kann eine Unterstützung in der Kontaktaufnahme bieten. Damit
157 sind Strukturen wie psychosoziale Beratungsstellen oder staatliche Institutionen
158 gemeint. Ereignisse und Vorkommnisse, die jenseits der Landesebene liegen und deren
159 Beteiligte zu keinem Teil Mitglieder der NRW Jusos sind, fallen nicht in den
160 Zuständigkeitsbereich der Awareness-Kommission. Aber auch in diesen Fällen kann die
161 Kommission die Vermittlung an Strukturen höherer Ebene (etwa der Bundesebene)
162 empfehlen.

163 Zuletzt muss auch bedacht werden, dass es betroffene Personen geben kann, aber nicht
164 immer auch ein*e Täter*in, da eine betroffene Person auch durch Musik, sensible
165 Themen oder Lieder an schlechte Erfahrungen erinnert werden kann. Daher definieren
166 wir für uns Awareness-Arbeit als eine Arbeit, die Betroffenheit und Emotionen ernst
167 nimmt und aus dieser Grundhaltung heraus vermittelt. Es gibt Grenzen der
168 Zuständigkeit der Awareness-Kommission sowie der Ressourcen ihrer Mitglieder. Die
169 Kommission ist nicht dafür verantwortlich, alle an sie herangetragenen Situationen
170 aufzulösen. Die Vermittlung kann eben auch zwischen der betroffenen Person und der
171 jeweiligen Situation sein, indem beispielsweise Alternativen zur Situation geschaffen
172 werden oder der konstruktive Austausch mit Personen gesucht wird, die für die
173 jeweilige Situation zumindest zuständig sind.

174

175 **4. Genereller Ablauf des Umgangs eines Awareness-Falls**

176 Für den Fall, dass die betroffene Person eine Klärung der Situation anstrebt, möchten
177 wir als Institution ein vertrauliches Verfahren etablieren und verpflichten uns, dem
178 unter bestimmten Voraussetzungen, die in jedem Fall mit der betroffenen Person
179 abzusprechen sind, nachzugehen. Durch ein solches institutionalisiertes Verfahren
180 wollen wir nicht nur eine Möglichkeit der Verarbeitung bieten, sondern schon allein
181 durch das Bestehen von Awareness-Teams bei Veranstaltungen, sowie die Awareness-
182 Kommission unsere Verbandskultur aktiv verändern. Das bedeutet für uns, dass wir es
183 innerverbandlich ermöglichen wollen, eine verhältnismäßige Konsequenz zu ziehen.
184 Das vereinbarte Verfahren soll bei Fällen übergreifiger Handlungen oder
185 unangemessenen Verhaltens folgendermaßen ablaufen: Wenn sich die betroffene Person an
186 eine vermittelnde Person wendet und den Wunsch ausspricht, dass dieser Fall behandelt
187 werden soll, so wird der Fall entweder durch die betroffene Person selbst oder durch
188 eine vermittelnde Person an die Awareness-Kommission herangetragen. Die Awareness-
189 Kommission allein wird über konkrete Details informiert, soweit die betroffene Person
190 das möchte. Hierbei ist dringend der Umstand der Retraumatisierung durch ein erneutes
191 Erzählen zu beachten und dem ist vehement entgegenzuwirken. Im Rahmen des Schutzes
192 aller Parteien wird der Landesvorsitz über den Stand des Verfahrens unterrichtet.
193 Wenn der erste Kontakt stattgefunden hat und über den Vorfall berichtet wurde, sollen
194 der betroffenen Person sowohl innerverbandliche Möglichkeiten der Klärung als auch
195 außerverbandliche Möglichkeiten, wie Beratungsstellen, an die Hand gegeben werden.
196 Wenn die betroffene Person den Wunsch ausspricht, ein innerverbandliches Verfahren
197 einzuleiten, dann wird das hier beschriebene transparente Verfahren eingeleitet.
198 Dieses transparente Verfahren ist nötig, um die Rechte der Parteien zu wahren und
199 gleichzeitig durch die vorangegangene verbandsweite Vereinbarung über die Geltung des
200 Verfahrens für eine effektive Handhabung bei übergreifigen Handlungen zu sorgen.
201 Das Verfahren beginnt mit der formellen Bekanntgabe gegenüber der beschuldigten
202 Person über die Einleitung des Verfahrens. Im Anschluss wird die beschuldigte Person
203 dazu aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Wenn die betroffene Person zustimmt

204 und der Vorfall es zulässt, ist der erste Schritt, ein Mediationsverfahren
205 einzuleiten, um den Vorfall zwischen den beiden Parteien beizulegen und
206 aufzuarbeiten. Sollte ein Mediationsverfahren nicht möglich sein, sucht die
207 Awareness-Kommission mit der beschuldigten Person das Gespräch, um den Vorfall, wenn
208 möglich, aufzuarbeiten.

209 Im Falle einer festgestellten Gewalt oder (wiederholten) unangemessenen Verhaltens,
210 das weiterer Konsequenzen bedarf, wird im Anschluss darauf in Absprache mit der
211 betroffenen Person, eine verhältnismäßige Konsequenz gezogen. Diese Konsequenz wird
212 im Rahmen der Verhältnismäßigkeit an dem Wunsch der betroffenen Personen
213 ausgerichtet, damit für diese Person eine möglichst unbeschwerte und geschützte
214 Teilnahme an Juso-Veranstaltungen gesichert wird. Mögliche Konsequenzen werden von
215 dem Fall abhängig gemacht und sind Alkoholverzicht, zu unterlassende Kontaktaufnahmen
216 und (vorübergehende) Veranstaltungsverbote. Ziel ist es dabei, zunächst
217 unterschiedliche Eskalationsstufen schrittweise zu gehen. Sollten sich andere
218 Konsequenzen in einem spezifischen Vorfall ergeben, kann die Awareness-Kommission
219 diese ergreifen. Die Konsequenzen müssen in Absprache mit dem Landesbüro und dem
220 Landesvorsitz gezogen werden. Sollte es sich um einen strafrechtlichen Vorfall
221 handeln, wird die betroffene Person von der Awareness-Kommission darüber informiert,
222 dass sie sich professionelle juristische Hilfe holen kann. Ist es letztendlich zu
223 einer Verurteilung der beschuldigten Person gekommen, kann die Awareness-Kommission
224 die betroffene Person darüber unterrichten, dass diese auch innerparteiliche Schritte
225 einleiten kann, und es werden die relevanten Informationen über die Schiedskommission
226 mitgegeben.

227 Die Verschwiegenheit der Awareness-Kommission sowie des Landesvorsitzes, der über den
228 Stand eines Verfahrens informiert wird, gilt grundsätzlich. Je nach Ausmaß der
229 Situation muss bei der Ziehung der Konsequenz auch beachtet werden, wie ein Raum
230 geschaffen wird, wo übergreifige Menschen trotz ihrer zu verurteilenden Handlung die
231 Möglichkeit haben, durch einen Reflektionsprozess keinem sozialen Ausschluss zu
232 unterliegen. Es ist aber klar, dass dieser Aspekt nur in den Fällen greift, wo die
233 Härte des Falls nicht dagegenspricht. Besonders strafrechtlich relevante Tatsachen
234 sprechen für uns schon per se gegen diese Möglichkeit, aber auch schwerwiegende
235 Umstände, die nicht von rechtlicher Relevanz sind, aber gegen unser Grundverständnis
236 verstoßen.

237

238 **5. Awareness auf Veranstaltungen**

239 Gerade auf Veranstaltungen bedarf es einer besonderen Awareness. Wir wollen bei
240 unserer Sensibilität für dieses Thema nicht vernachlässigen, dass wir ein
241 Jugendverband sind, der zusammen feiert und dass auch enge Freundschaften,
242 körperliche Nähe und partnerschaftliche Beziehungen bei uns Normalität sind. Wir
243 wollen, dass Awareness und zwischenmenschliche Beziehungen jeglicher Art für uns Hand
244 in Hand gehen und sich nicht ausschließen. Awareness bedeutet für uns besonders, dass

245 bei allen Teilnehmenden unserer Veranstaltungen ein Bewusstsein geschaffen werden
246 soll, dass diskriminierende Strukturen auch bei den Jusos noch allgegenwärtig sind.
247 Uns ist bewusst, dass niemand bereits vollständig mit unseren Grundwerten
248 sozialisiert in unseren Verband kommt. Awareness ist ein dauerhafter Lernprozess.
249 Damit dies möglich ist, wollen wir gerade bei Veranstaltungen dazu beitragen, dass
250 sich möglichst jede*r wohlfühlt. Uns ist bewusst, dass politische Veranstaltungen, wo
251 viele Menschen zusammenkommen, für einige kein "Wohlfühlraum" sind. Wir möchten unser
252 Bestes dazu beitragen, damit sich trotzdem jede*r wohlfühlt und eine konkrete
253 Anlaufstelle hat, falls dem nicht so sein sollte. Dies beinhaltet für uns, dass bei
254 jeder Veranstaltung auf unsere Verbandskultur sowie auf Sensibilität für
255 Diskriminierung aufmerksam gemacht wird, sowohl mündlich als auch schriftlich durch
256 Aushänge. Außerdem soll bei jeder Veranstaltung ein Awareness-Team benannt werden,
257 welche in Vorbereitung einer Veranstaltung durch die zuständigen Mitglieder der
258 Awareness-Kommission kontaktiert werden. Die Verantwortlichen werden am Anfang jeder
259 Veranstaltung sichtbar für alle vorgestellt. Außerdem soll bei mehrtägigen
260 Veranstaltungen eine Telefonnummer bereitgestellt werden, die einen direkten Kontakt
261 zum Awareness-Team ermöglicht. Das Team umfasst mindestens zwei Personen mit
262 mindestens einer FINTA-Person, ebenfalls sollte eine möglichst diverse Aufstellung
263 angestrebt werden. Die Personen sind von eventuell anfallenden Teilnahmekosten für
264 die Veranstaltung befreit. Die Verantwortlichen erhalten vorher einen Leitfaden, der
265 erläutert, wie in konkreten Situationen reagiert und wie mit Betroffenen umgegangen
266 werden sollte. Dieser Leitfaden wird von der Awareness-Kommission erstellt. Ebenfalls
267 soll dafür sensibilisiert werden, ab welchem Punkt Personen von Veranstaltungen
268 ausgeschlossen werden und ab wann Grenzen derartig überschritten sind, dass die
269 Polizei einbezogen werden muss. Dies muss stets in Rücksprache mit dem Landesbüro und
270 dem Landesvorsitz geschehen. Die endgültige Entscheidung eines Ausschlusses von einer
271 Veranstaltung liegt dabei beim Landesbüro, welcher bereits jetzt durch unsere AGBs
272 möglich ist. Das Awareness-Team ist nur für Veranstaltungen zuständig, sollte eine
273 weitere Betreuung einer Person beziehungsweise eines Falls notwendig und gewünscht
274 sein, übernimmt dies die Awareness-Kommission nachgelagert. Um die Sensibilität für
275 Awareness im Verband zu fördern und einen Standard für Awarenessarbeit in den den NRW
276 Jusos untergeordneten Strukturen zu schaffen, bieten die NRW Jusos mindestens einmal
277 im Jahr ein Awareness Seminar für alle Interessierten an.

Antrag INI02: Grenzkontrollen zu Deutschland sofort beenden!

Sachgebiet:

INI - Initiativanträge

1 Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaften in Deutschland gab es für Einreisende
2 Grenzkontrollen. Nun bezeichnen Politiker*innen die Grenzkontrollen als vollen Erfolg
3 als Mittel gegen illegale Migration und Forderungen aus vielen Ecken werden laut,
4 diese beizubehalten. Dass Grenzkontrollen nicht nur rassistisch, sondern auch kein
5 sinnvolles Mittel sind, ist für uns Jusos klar!

6 Die Debatte, von unter anderem auch der SPD, Grenzkontrollen jetzt als wirksames
7 Mittel einsetzen zu wollen, ist rein populistisch motiviert um im rechten Spektrum
8 Wähler*innen abzufischen. Das alles passiert unter dem Deckmantel von
9 Sicherheitsbedenken. Wer ernsthaft denkt, durch Grenzkontrollen zu Deutschland
10 illegale Migration bekämpfen zu können, verrät entweder nur sein eigenes
11 Unverständnis von globaler Politik oder zeigt seine rassistische Weltanschauung. Denn
12 klar ist, die Migration an sich und vor allem Fluchtursachen werden durch
13 Grenzkontrollen nicht bekämpft. Wenn ein Mensch flüchtet, nimmt er*sie sowieso schon
14 hohes Sicherheitsrisiko in Kauf. Die Entscheidung, zu flüchten, ist schon gefallen
15 und lässt sich durch Grenzkontrollen auch nicht mehr ändern lassen. Was allerdings
16 passiert, ist das man die Gefahr für Geflüchtete auf ihrer Fluchtroute verstärkt.
17 Denn wenn bekannt ist, das an den Grenzen zu Deutschland kontrolliert wird, erhöht
18 man damit die Gefahr, dass Geflüchtete sich an Schmuggler*innen und Schleuser*innen
19 wenden, um auf unscheinbarer, womöglich sehr gefährlichen Routen nach Deutschland
20 zu kommen.

21 Auch bedient die Forderung nach Kontrollen an den deutschen Außengrenzen den Mythos
22 der Push- und Pull-Faktoren. Bei der migrationswissenschaftlich schon lange
23 widerlegten „Theorie“ handelt es sich um die Annahme, dass bestimmte Faktoren
24 Menschen überhaupt erst dazu veranlassen würden zu flüchten. Klar ist aber, der Grund
25 für die Flucht aus dem eigenen Land ist immer eine Bedrohungssituation vor Ort.
26 Trotzdem lässt sich zunehmend beobachten, dass Asyl- und Migrationspolitik sich an
27 diesem Mythos orientiert. Als aktuelle Beispiele lassen sich dafür der Ruanda-Deal in
28 Großbritannien oder auch die Einführung der Bezahlkarte in Deutschland nennen. Und so
29 ist auch die Analyse, Grenzkontrollen in Deutschland würden Migration verhindern,
30 schlichtweg falsch.

31 Dieser Diskussionskurs zeigt noch einmal mehr, dass sich auf rechte Hetze eingelassen
32 wird, statt tatsächlich wirksame Asyl- und Migrationspolitik umzusetzen. Wir als
33 Jusos fordern schon lange eine humane Politik, die unter anderem sicher Fluchtrouten
34 und eine feministische Außenpolitik verlangt.

35 Verstärkt wird das Ganze zusätzlich, wenn man einen kurzen Blick auf die EU-
36 rechtliche Lage wirft. Der Schengen-Kodex – wie das EU-Recht heißt, welches die
37 Grenzkontrollen regelt – besagt, dass EU-Staaten Grenzkontrollen mit einer
38 Maximaldauer von bis zu drei Jahren einführen dürfen. Bedingung dafür ist, dass "Die
39 öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit ernsthaft bedroht" sein muss.

40 Angebliche Gefahren durch Migration werden dabei immer wieder als Begründung
41 geliefert, wie zum Beispiel auch in Österreich. Hier werden die Grenzkontrollen mit
42 dieser Begründung seit mehreren Jahren immer wieder verlängert, und das obwohl
43 zwischenzeitlich der EuGH eingeschaltet wurde. Der allgemein herrschende Rassismus
44 zeigt sich also auch darin, dass Migration als ernsthafte Gefahr für die innere
45 Sicherheit gewertet wird, sodass Grenzkontrollen fortlaufend genehmigt werden.
46 Grenzkontrollen sind noch in einer weiteren Hinsicht mehr als fragwürdig. Im EU-
47 Wahlkampf gaben junge Menschen an, dass die Reisefreiheit der Wert ist, den sie
48 besonders mit der EU verbinden. Auch während des Wahlkampfes wurde von
49 Politiker*innen immer wieder die Reisefreiheit als größte Errungenschaft der EU
50 bezeichnet.

51 Doch vor der Landtagswahl in Brandenburg entschied man sich, mit dem Schengen-Raum zu
52 brechen, rechten Forderungen hinterher zu rennen und mit den Grenzkontrollen auch die
53 Reisefreiheit einzuschränken. Die naive Hoffnung damit Wähler*innen zu gewinnen
54 erfüllte sich nicht, stattdessen hüllte man eine der größten Errungenschaften der EU
55 aus.

56 Am 10. September war es dann soweit: Nancy Faeser verkündete die Einführung von
57 Grenzkontrollen an allen deutschen Außengrenzen - mit der Begründung Migration.
58 Geflüchtete werden an den Grenzen zurückgewiesen, womit bewusst das EU-Recht umgangen
59 und Menschenrechte mit den Füßen getreten werden. Die SPD und die Bundesregierung
60 kapitulieren vor den rechten und populistischen Forderungen nach Verschärfungen des
61 Asylrechts, Abschiebungen und Entmenschlichung von Schutzsuchenden. Einmal mehr
62 werden Zugeständnisse gemacht und sich auf die Diskursverschiebung eingelassen. Die
63 SPD gießt damit Öl ins Feuer der rassistischen Hetze.

64 Aber nicht nur beim Thema Asyl- und Migration wirken Grenzkontrollen innerhalb der EU
65 destruktiv. Vorübergehende Grenzkontrollen führten in der Vergangenheit zu
66 übermäßigen Staus, was vor allem Pendler*innen und den Handel eingeschränkt hat.
67 Grenzkontrollen haben also auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Und auch
68 realistisch betrachtet ist die Umsetzung der Kontrollen nur schwierig personell zu
69 stemmen, wie beispielsweise die Gewerkschaft der Polizei anmerkt.

70 Des Weiteren ergibt sich, durch die stichprobenartigen Grenzkontrollen, welche laut
71 Nancy Faeser „smart“ und ohne viel bürokratischen Aufwand durchgeführt werden sollen,
72 für BIPOCs das große Risiko, Opfer von „racial profiling“ zu werden. Denn
73 Polizist*innen, die angehalten sind Menschen an illegaler Migration zu hindern,
74 werden aufgrund des nicht-weißen Aussehens von BIPOCs, sicher immer diese vor weißen
75 Menschen kontrollieren.

76 Nach zwei Wochen der Grenzkontrollen hat sich auch die Gewerkschaft der Polizei an
77 eine Einschätzung gewagt: Die Kontrollen sind quasi wirkungslos - weder fänden
78 tatsächliche Zurückweisungen statt, noch wirken sie abschreckend. Stattdessen stehen
79 zehntausende Pendler*innen und Grenzgänger*innen tagtäglich im Stau. Grenzkontrollen
80 in einem modernen Europa haben sich als reine Symbolpolitik entpuppt, deren einzige
81 Wirkung es ist, Migration als immanente Gefahr darzustellen und die rassistische

82 Angst vor geflüchteten Menschen zu schüren. Der Schrei nach Schlagbäumen kann nicht
83 als sozialdemokratische realpolitische Notwendigkeit verharmlost werden: Nancy Faeser
84 macht stramm rechte Politik.

85

86 **Deshalb fordern wir:**

- 87 • Eine sofortige Beendigung der Grenzkontrollen, sowohl an der deutschen Grenze
- 88 als auch im Rest der EU
- 89 • Das Respektieren des geltenden EU-Rechts ohne das Suchen von Schlupflöchern
- 90 • Die vollständige Erhaltung von Reisefreiheit innerhalb der EU
- 91 • Sichere Fluchtrouten und eine humane Asyl- und Migrationspolitik, die sich nicht
- 92 am Push- und Pull-Mythos orientiert

93

Antrag INI03: Initiativantrag gegen VW Werksschließungen

Sachgebiet:

INI - Initiativanträge

1 295.000 Mitarbeitende sind der Grund für den Jahrzehnte andauernden Erfolg der Marke
2 Volkswagen. Doch nun muss Volkswagen umlenken – plötzlich, so schien es bei VW zu
3 sein, heißt es, E-Mobilität ist die Zukunft. Viel zu spät stellt das VW-Management
4 die Weichen hin zur Elektromobilität und wundert sich jetzt über schlechte Zahlen.
5 Wer bis vor ein paar Jahren noch voll auf Verbrenner setzt, Abgaswerte fälscht und
6 die Zeichen der Zeit nicht sehen will, fällt beim Thema Mobilität der Zukunft nach
7 hinten. Weil die Zahlen nicht stimmen und die Flottenziele zur CO₂-Reduktion nicht
8 erreicht werden können, fordert der Aufsichtsrat-Chef die EU auf, die Flottenziele
9 2025, 2030 und 2035 nach oben anzupassen, um Strafzahlungen zu verhindern. Schuld
10 trägt da weniger die EU-Regulierung, sondern eher die Tatsache, dass wir es hier mit
11 einer Unternehmensführung zu tun haben, die aufgrund eigener eklatanter Fehler den
12 VW-Konzern und seine eigenen Mitarbeiter gefährdet. Grundsätzlich fehlerhaftes
13 Management, die sich bis in den neuen Vorstand ziehen, sorgen für nachhaltige
14 Probleme in den Werken. Daniela Cavallo, Betriebsrätin bei VW stellt diese in ihrer
15 Rede bei der Betriebsversammlung klar dar. So ist es dem Management bisher nicht
16 gelungen, eine Technologieführerschaft aufzubauen. Die Gründe dafür sind immer wieder
17 Revisionen von bereits getroffenen Entscheidungen des Managements. Daniela Cavallo
18 berichtet über unnötig viele Absicherungsprozesse, die sich doppelten, oder dreifach
19 vorhanden sind, was die Ineffizienz begünstigt und schlussendlich unnötig Geld
20 kostet. Ebenso hält das Management zur Kostenersparnis bereits Aufträge aus ihren
21 Werken zurück. So wird der geplante VW-Kleinstwagen nicht mehr von VW, sondern von
22 Dacia produziert.

23 Die Schlüsse, die das Management von VW daraus schließt, sind Einsparungen auf Kosten
24 der eigenen Mitarbeitenden in den Werken. Die jahrzehntelange Beschäftigungssicherung
25 und die Tarifverträge hat VW einseitig aufgekündigt. Der Stellenabbau steht für das
26 Management quasi fest. Ob 30.000 weniger oder 10.000 weniger – jeder Arbeitsplatz
27 muss aufs Schärfste verteidigt werden. Durch die sich anbahnenden Werksschließungen
28 und die Hoffnung, durch neue Tarifverträge bei den Arbeitnehmern sparen zu können,
29 glaubt VW bis 2026 5 Milliarden Euro einsparen zu können. Dabei ist das der falsche
30 Weg. VW braucht Investitionen, strukturelle Reformen innerhalb des Konzerns, um
31 Effizienz und Technologieführerschaft zu fördern. Nur so wird es VW schaffen, sich
32 auf dem Weltmarkt zu behaupten.

33 Die Jungsozialist*innen in Nordrhein-Westfalen unterstützen entschlossen die
34 Belegschaft von VW und die IG Metall Niedersachsen, damit Standorte bleiben und sich
35 das Management an die Tarifverträge hält – und eben nicht kündigt. VW darf kein
36 Beispiel für weitere Unternehmen in Deutschland werden, den einfachsten Weg der
37 Kostenersparnis einzuschlagen. Die niedersächsische Landesregierung hat mit rund 20 %
38 Firmenanteile ein Gewicht, wenn es um solche Entscheidungen geht. Wir bitten den
39 sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Niedersachsens Stephan Weil und seine

40 Landesregierung, den Kurs des Managements nicht zu folgen und sich stattdessen für
41 eine nachhaltige Lösung einsetzt, die die Belegschaft schützt, die Aufkündigung der
42 Tarifverträge und der Beschäftigungssicherung zurückzieht und konzerninterne Reformen
43 anstößt, sodass Weils bisherige Statements nicht nur Statements bleiben.

44 <https://www.fr.de/wirtschaft/volkswagen-plant-massiven-stellenabbau-welche-standorte-sind-bedroht-93311674.html>

46 <https://www.igmetall.de/im-betrieb/vw-sparkurs-standortschliessungen-und-stellenabbau-drohen>

48 <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/gewinnwarnung-bei-volkswagen-a-66587f18-89e8-414c-99ac-b921412b545a>

50 <https://www.zeit.de/news/2024-09/12/vw-aufsichtsratschef-fordert-lockerung-der-co2-ziele>

Antrag K08: Junge Stimmen, starke Zukunft: Für mehr Jusos in der Kommunalpolitik!

Sachgebiet:

K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

1 Marode Infrastruktur, hohe Preise für Schwimmbäder, unzureichende personelle sowie
2 technische Ausstattung von Bildungseinrichtungen und vieles mehr. All diese Probleme
3 begegnen uns täglich mit Blick auf unsere Kommunen. Kaum eine andere staatliche
4 Struktur hat so viel Einfluss auf unser alltägliches Leben und doch bleiben unsere
5 Kommunen viel zu oft aus dem Fokus. Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl im
6 Jahr 2025 ist es an der Zeit, den Fokus - auch für unseren Verband - neu zu
7 justieren!

8 Eine erfolgreiche Kommune, die die genannten und viele weitere Probleme bewältigen
9 möchte, braucht vor allem eines: Menschen! Menschen, die ihre wertvolle Zeit
10 aufopfern, um ihre Gemeinde zu gestalten. Doch gerade an diesen Menschen fehlt es
11 viel zu häufig. Gerade junge Gesichter sind eine Rarität in Gemeinderäten. So ist es
12 nicht verwunderlich, dass junge Perspektiven im öffentlichen Raum untergehen und
13 unsere Fraktionen von alten weißen Männern wimmeln. Damit einher geht auch eine
14 männlich dominierte Debattenkultur, die wiederum mehr junge Menschen und vor allem
15 FINTA (= Frauen, inter-, non-binäre- und Agender-Personen) und BIPOC (= Black,
16 Indigenous and People of Colour) von der Arbeit im Ortsverein oder der Fraktion
17 abhält. Unser Verband hat hier eine Schlüsselrolle, junge Menschen in die
18 Kommunalpolitik einzugliedern und so dieser Debattenkultur eine Kampfansage zu
19 machen.

20 Der erste Kontakt mit der Kommunalpolitik ist für viele junge Menschen abschreckend.
21 Häufig endet er mit einem Wirrwarr an Abkürzungen und Namen, die ihnen unbekannt
22 sind. Bei einigen führt ein solcher Kontakt dazu, dass sie sich von der
23 Kommunalpolitik abwenden und sich auf andere politische Handlungsfelder, in denen sie
24 selbstwirksamer handeln können, fokussieren. Wenn die Hemmschwelle des ersten
25 Kontaktes überwunden werden konnte, erkennen viele: **Mit einer jungsozialistischen**
26 **Kommunalpolitik wird vielen Menschen geholfen.** Die drückenden Probleme, welche zwar
27 globalpolitisch keine Auswirkung haben, jedoch für die Bürger*innen vor Ort
28 weltbewegend sind, können häufig vor Ort gelöst werden. Durch gute Kommunalpolitik
29 kann man beobachten, wie sich die eigene Gemeinde, das Dorf oder die Stadt zum
30 Positiven verändert.

31 Damit diese Veränderung auch weiterhin jungsozialistisch geprägt werden kann, braucht
32 es junge Stimmen in der Kommune. Diese jungen Stimmen müssen entdeckt, entwickelt und
33 gestärkt werden. Wir müssen junge Stimmen in unserem Verband finden und ihnen helfen,
34 die Hemmschwelle des ersten Kontaktes zu überwinden. Wir müssen junge Stimmen in
35 unserem Verband entwickeln, indem wir **Bildungsangebote** für sie zugänglich machen. Wir
36 müssen junge Stimmen stärken, indem wir **Vernetzungen** schaffen, um Erfahrungen und
37 Probleme zu teilen, und wir müssen junge Stimmen stärken, indem wir einen leicht
38 zugänglichen **Wissensaustausch** ermöglichen.

39

40 **Bildungsangebote**

41 Die Bildungsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Verbandsarbeit und
42 befähigt uns alle, informiert politisch aktiv zu sein. Auch zu kommunalpolitischen
43 Themen soll das in Zukunft der Fall sein. Die örtlichen Strukturen decken oft nicht
44 die notwendigen Ressourcen ab oder sind nicht niedrigschwellig zugänglich für Jusos.
45 Deshalb soll es Angebote der NRW Jusos geben - und das nicht nur auf dem Weg zur
46 nächsten Kommunalwahl, sondern stetig.

47

48 **Wir fordern:**

- 49 • Bildungsangebote für Kandidierende/Interessierte Jusos:
 - 50 • Schulungen zur einfachen Ansprache (Wie vermittelt man kommunale Themen,
51 ohne bei Adressat*innen Müdigkeit auszulösen?)
 - 52 • Rhetorik-Schulungen für alle
 - 53 • Workshops zur Ausschuss- und Ratsarbeit
 - 54 • Workshops zur Kommunalen Jugendarbeit (SJR/RPJ)
 - 55 • Workshops zu Themen, wie Kommunalfinanzen
- 56 • Regional wechselnde Einführungsseminare, welche die unterschiedlichen
57 kommunalpolitischen Bedürfnisse von Stadt und Land berücksichtigen

58

59 **Vernetzungsangebote**

60 Sind junge Stimmen einmal identifiziert und geschult, ist die Arbeit noch nicht
61 getan. Um junge Stimmen aufblühen zu lassen, bedarf es einer konstanten Stärkung
62 dieser. Gleiche Erfahrungen oder gleiche Probleme bringen Kommunalpolitiker*innen
63 zusammen. Wie einst Helen Keller sagte: „Alleine können wir so wenig erreichen,
64 gemeinsam können wir so viel erreichen“, deshalb sollte die Umsetzung der
65 Vernetzungen oder ähnlicher Angebote auch als Safer Space für FINTA, BIPoC und Queers
66 gedacht werden. Die Mehrfachbelastung, die viele Menschen mit
67 Diskriminierungserfahrungen teilen, sollten in der Vorbereitung und im Austausch zum
68 (Kommunal-) Politischen Engagement eine Rolle spielen.

69

70 **Wir fordern:**

- 71 • Die Schaffung einer kommunalpolitischer Vernetzung in NRW; vor allem soll diese
72 langfristig bestehen und durch die Schaffung von Kommunal-Tagen verstärkt werden

73

74 **Wissensaustausch**

75 Gute Kommunalpolitiker*innen tauschen sich aus und sind wissbegierig, allerdings
76 fehlt vielen in der eigenen Fraktion oder im eigenen Ortsverein der Anschluss. So
77 müssen wir als Verband einen vielfältigen Wissensaustausch ermöglichen.

78 Kommunalpolitische Perspektiven müssen sich auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit
79 widerspiegeln, wir brauchen mehr Social-Media-Content zu kommunalpolitischen Themen,
80 wie der Kommunalen Altschuldenlösung. Hierfür geeignet sind Best-Practice Postings
81 auf Social-Media, Inputs für die eigene kommunalpolitische Arbeit bieten. Ebenso
82 geeignet ist das Hervorheben von jungen Kommunalpolitiker*innen auf Social-Media.
83 Denkbar sind hierbei Insta Take-Overs oder das Vorstellen von Projekten, die Jusos in
84 ihrer Kommune vorangetrieben haben.

85 Zum Einstieg bedarf es vielen aufstrebenden Kommunalpolitiker*innen an Kontakten, die
86 sie an die kommunalpolitische Arbeit heranzuführen. Auf diese Weise gelingt es an
87 Erfahrungen praktizierender Kommunalpolitiker*innen teilzuhaben und sich den teils
88 schwer verständlichen Debatten in der Fraktion anzunähern. Im besten Falle findet man
89 eine solche Person in der eigenen Fraktion oder im Ortsverein, doch nicht überall hat
90 man dieses Glück. Hier gilt es die Lücke der Ungleichheit zu schließen. Wir streben
91 daher ein kommunales Mentor*innen-Programm für Jusos an. Das ermöglicht auch Jusos,
92 die in ihrer eigenen Fraktion keinen Anknüpfungspunkt gefunden haben, den Einstieg in
93 die Kommunalpolitik zu finden.

94 Ist man einmal engagiert in der Kommunalpolitik, hören die Fragen aber nicht auf. Es
95 begegnen einem viele komplexe Themenfelder, für die man auf Anhieb nicht immer die
96 richtige Lösung parat hat. Aus diesem Grund braucht es eine breite Masse an
97 Informationsquellen für die jungsozialistische Kommunalpolitik. Eine Möglichkeit ist
98 die mittelfristige Einrichtung eines digitalen Expert*innenpools. Hierfür sind
99 Personen anzusprechen, die auf freiwilliger Basis dem Verband ihr Wissen zur
100 Verfügung stellen wollen und bei Fragen über den digitalen Weg erreichbar sind.
101 Ebenfalls von hoher Bedeutung wären Antragshilfen, sowie ein Antrags-Wiki, in dem
102 jungsozialistische Perspektiven zu verschiedenen kommunalpolitischen Themen in
103 einfacher Sprache vermittelt und kommunalpolitische Anträge hochgeladen werden
104 können.

105

106 **Wir fordern:**

- 107 • Mehr kommunalpolitische Themen auf Social Media
- 108 • Social Media Auftritte von Juso-Kommunalpolitiker*innen
- 109 • Ein Mentor*innenprogramm für Jusos
- 110 • Dass die kommunalen SPD-Strukturen Mentor*innenprogramme für Jusos schaffen, um
111 diese durch z.B. Hospitationen in den Stadträten an die kommunalpolitische
112 Arbeit heranzuführen
- 113 • Einen digitalen Expert*innen/Referent*innen-Pool
- 114 • Die Erstellung eines Antrags-Tools oder Wikis, in dem die Unterbezirke und
115 Kreisverbände kommunale Anträge hochladen und einsehen können
- 116 • Eine Orientierungshilfe beim Antragsprozess durch die Bereitstellung von
117 Antrags-Mustern kommunalpolitischer Positionen der Jusos

- 118 • Eine niedrigschwellige Öffnung von Funktionär*innenschulungen, mit dem Ziel
119 kostenfreie Weiterbildungsangebote zur Verfügung zu stellen

120

Antrag N01: Echte Meinungen statt Manipulation: Social Bots stoppen, Fake News eindämmen

Sachgebiet:

N - Netzpolitik, Medien und Kultur

1 Die Verbreitung von Social Bots und Falschinformationen (oder auch Fake News) in
2 sozialen Netzwerken stellt eine zunehmende Bedrohung für die Meinungsbildung und die
3 demokratischen Prozesse in unserer Gesellschaft dar. Social Bots sind automatisierte
4 Programme, die menschliches Verhalten imitieren können, indem sie Beiträge posten,
5 kommentieren und teilen. Oftmals werden sie in großen Mengen eingesetzt, um die
6 öffentliche Meinung zu manipulieren, Falschinformationen zu verbreiten und gezielte
7 Propaganda-Kampagnen zu unterstützen. Diese Entwicklungen untergraben das Vertrauen
8 in Medien und demokratische Institutionen.

9 **Social Bots manipulieren die öffentlichen Meinung:** Social Bots können in sozialen
10 Netzwerken gezielt eingesetzt werden, um bestimmte Meinungen zu verstärken oder
11 Trends zu beeinflussen. Durch das massenhafte Posten und Teilen von Inhalten schaffen
12 sie den Eindruck einer weit verbreiteten Unterstützung oder Ablehnung bestimmter
13 Themen. Dies führt zu einer verzerrten Wahrnehmung der öffentlichen Meinung und kann
14 die Entscheidungsfindung der Menschen beeinflussen.

15 **Social Bots verbreiten Fake News:** Fake News sind falsche oder irreführende
16 Informationen, die gezielt verbreitet werden, um die Meinung der Öffentlichkeit zu
17 beeinflussen. Social Bots tragen zur schnellen und weiten Verbreitung dieser
18 Falschinformationen bei, indem sie sie in sozialen Netzwerken teilen und
19 kommentieren. Dies erschwert es den Nutzern, zwischen wahrheitsgemäßen und falschen
20 Informationen zu unterscheiden, und schwächt das Vertrauen in verlässliche
21 Nachrichtenquellen.

22 **Social Bots beeinflussen politische Prozesse:** Social Bots werden zunehmend genutzt,
23 um Wahlen und politische Entscheidungsprozesse zu manipulieren. Durch gezielte
24 Propaganda und Desinformationskampagnen versuchen sie, die öffentliche Meinung zu
25 beeinflussen und politische Gegner zu diskreditieren. Dies kann das Wahlergebnis
26 verfälschen und das Vertrauen in den demokratischen Prozess untergraben.

27 Was bedeutet das konkret?

28 Ein bekanntes Beispiel für die Nutzung von Social Bots zur Propaganda ist die
29 Beeinflussung der US-Präsidentschaftswahlen 2016. Hier nutzten verschiedene
30 Akteur*innen, darunter auch ausländische Regierungen, Social Bots, um die öffentliche
31 Meinung zu manipulieren und politische Kampagnen zu unterstützen.

32 **Mechanismen und Auswirkungen:**

33 Social Bots wurden eingesetzt, um massenhaft Falschinformationen zu verbreiten. Diese
34 Bots teilten gefälschte Nachrichtenartikel, die oft sensationelle oder polarisierende
35 Inhalte hatten. Diese Fake News wurden gezielt erstellt, um bestimmte Kandidaten zu
36 unterstützen oder zu schaden. Durch die schnelle und weite Verbreitung dieser
37 Falschinformationen wurde das Vertrauen in etablierte Medien untergraben und die

38 öffentliche Meinung stark beeinflusst.

39 Bots wurden genutzt, um bestimmte Hashtags und Themen in sozialen Netzwerken zu
40 verbreiten und zu verstärken. Indem sie massenhaft Beiträge zu diesen Themen
41 veröffentlichten, schufen sie den Eindruck, dass diese Themen eine große öffentliche
42 Unterstützung oder Ablehnung erfahren. Dies führte dazu, dass echte Nutzer*innen auf
43 diese Trends aufmerksam wurden und sich daran beteiligten, wodurch die Manipulation
44 weiter verstärkt wurde.

45 Social Bots wurden auch eingesetzt, um politische Gegner*innen zu diskreditieren. Sie
46 verbreiteten negative und oft falsche Informationen über bestimmte Kandidat*innen, um
47 deren Ruf zu schädigen und deren Unterstützung in der Bevölkerung zu verringern.
48 Diese Desinformationskampagnen konnten das Vertrauen in die betroffenen Kandidaten
49 erheblich schwächen.

50 Social Bots halfen dabei, Echokammern zu schaffen, in denen Nutzer*innen nur noch mit
51 Informationen konfrontiert wurden, die ihre bestehenden Überzeugungen bestätigten.
52 Indem sie gezielt Inhalte teilten, die auf die Vorlieben und Meinungen bestimmter
53 Nutzer*innengruppen abgestimmt waren, verstärkten sie die Polarisierung und
54 verhinderten einen ausgewogenen Diskurs.

55 **Konkretes Beispiel:**

56 Während der US-Präsidentenwahlen 2016 wurden Millionen von Tweets und Facebook-
57 Posts von Social Bots generiert, die den politischen Diskurs beeinflussten.

58 Insbesondere Bots aus dem Ausland, darunter viele aus Russland, verbreiteten gezielt
59 pro-Trump- und anti-Clinton-Inhalte. Ein bekanntes Beispiel ist der Einsatz des
60 Hashtags #MAGA (Make America Great Again), der durch Bots verbreitet und verstärkt
61 wurde, um Trumps Kampagne zu unterstützen. Gleichzeitig wurden Hashtags und Inhalte
62 genutzt, um falsche Informationen über Hillary Clinton zu verbreiten, wie etwa
63 Behauptungen über ihre Gesundheit oder ihre Verbindungen zu kriminellen Aktivitäten.

64 **Warum die bisherigen Regelungen nicht ausreichen:**

65 Trotz bestehender Maßnahmen in Deutschland und auf EU-Ebene sind die aktuellen
66 Regelungen unzureichend, um die Bedrohung durch Social Bots und Fake News effektiv zu
67 bekämpfen.

68 **Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG):** Das NetzDG verpflichtet soziale Netzwerke,
69 offensichtlich rechtswidrige Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen und über
70 gemeldete Inhalte halbjährlich zu berichten. Obwohl es darauf abzielt, die
71 Verbreitung von Hassreden und Falschinformationen zu reduzieren, bezieht es sich
72 nicht explizit auf Social Bots und deren Einsatz zur Manipulation der öffentlichen
73 Meinung.

74 **Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation (Code of Practice on**
75 **Disinformation):** Dieser freiwillige Kodex, der 2018 eingeführt wurde, verpflichtet
76 große Internetunternehmen wie Facebook, Google und Twitter, Maßnahmen zur Bekämpfung
77 von Desinformation zu ergreifen. Dazu gehören Transparenzanforderungen, die Sperrung
78 von Fake Accounts und Mechanismen zur Verfolgung von Fake News. Da der Kodex

79 freiwillig ist, fehlt es jedoch an verbindlichen Durchsetzungsmechanismen.

80 **Digitale Dienste Gesetz (Digital Services Act, DSA):** Der DSA, der seit Februar 2024
81 in Kraft getreten ist, enthält umfassendere Bestimmungen zur Bekämpfung von illegalen
82 Inhalten und Desinformationen. Dazu gehören Sorgfaltspflichten für Online-
83 Plattformen, Transparenzanforderungen und regelmäßige Berichte über die Maßnahmen zur
84 Bekämpfung von Desinformation. Allerdings könnte die Umsetzung dieser Maßnahmen Zeit
85 in Anspruch nehmen, und die spezifische Regulierung von Social Bots bleibt unklar.

86 **Allgemeine Datenschutzverordnung (GDPR):** Die GDPR schützt personenbezogene Daten und
87 verbietet die Nutzung dieser Daten ohne Einwilligung der betroffenen Personen. Obwohl
88 dies auch die Erstellung von Fake Profilen betrifft, sind die Regelungen hinsichtlich
89 der Erkennung und Bekämpfung von Social Bots nicht spezifisch genug.

90 **Weshalb diese Regelungen nicht ausreichen:**

91 Der freiwillige Charakter des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und
92 die unzureichende Spezifizierung der Maßnahmen im Digital Services Act führen dazu,
93 dass viele Social Bots weiterhin ungehindert operieren können. Das
94 Netzwerkdurchsetzungsgesetz konzentriert sich hauptsächlich auf die Bekämpfung von
95 Hassreden und lässt Social Bots und ihre manipulativen Strategien weitgehend
96 unbeachtet. Die GDPR bietet zwar Datenschutz, jedoch fehlt es an klaren Regelungen
97 zur Identifikation und Unterbindung von Social Bots.

98 **Deshalb fordern wir die konsequente Regulierung und das Verbot von Social Bots sowie** 99 **die verstärkte Bekämpfung von Fake News in sozialen Netzwerken.**

- 100 1. **Verbot von Social Bots:** Wir fordern ein umfassendes Verbot des Einsatzes von
101 Social Bots in sozialen Netzwerken, um die Manipulation der öffentlichen Meinung
102 und die Verbreitung von Falschinformationen zu verhindern.
- 103 2. **Kennzeichnungspflicht:** Bis zur vollständigen Umsetzung eines Verbots sollen
104 Social Bots klar als solche gekennzeichnet werden, sodass Nutzer*innen sofort
105 erkennen können, dass es sich um automatisierte Profile handelt.
- 106 3. **Strengere Regulierung und Kontrollen:** Wir fordern die EU auf, die bestehenden
107 Regelungen zur Bekämpfung von Social Bots und Fake News zu verschärfen und
108 regelmäßige Kontrollen durch unabhängige Institutionen durchzuführen.
- 109 4. **Transparenzpflichten für soziale Netzwerke:** Betreiber*innen von sozialen
110 Netzwerken müssen verpflichtet werden, transparente Berichte über die Maßnahmen
111 zur Bekämpfung von Social Bots und Fake News zu veröffentlichen.
- 112 5. **Bildung und Aufklärung:** Es müssen Programme zur Medienkompetenz und Aufklärung
113 über die Gefahren von Social Bots und Fake News gefördert werden, um die
114 Bevölkerung zu sensibilisieren und zu schützen.

115 Die unkontrollierte Verbreitung von Social Bots und Fake News bedroht die Integrität
116 unserer demokratischen Prozesse und die Glaubwürdigkeit der öffentlichen
117 Meinungsbildung. Durch ein konsequentes Verbot von Social Bots und verstärkte
118 Maßnahmen gegen Fake News können wir die Manipulation und Irreführung der

- 119 Öffentlichkeit eindämmen und das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen
- 120 stärken. Nur so können wir die Integrität der Meinungsbildung und der demokratischen
- 121 Prozesse in unserer Gesellschaft im Netz effektiv schützen.

Antrag N03: Religionsfreiheit, aber richtig: Für ein zeitgemäßes WDR-Gesetz

Sachgebiet: N - Netzpolitik, Medien und Kultur

- 1 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist als unabhängiges Medium ein wichtiger und
2 unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen Systems und gilt für uns vor
3 seinen Feinden – vor allem von rechts – zu schützen.
- 4 Die Unabhängigkeit dieses Systems wird unter anderem dadurch bewahrt, dass innerhalb
5 der Gremien verschiedene gesellschaftliche Akteur*innen eine Stimme bekommen. Bei uns
6 in Nordrhein-Westfalen ist diese Zusammensetzung des WDR-Rundfunkrates über im Gesetz
7 über den Westdeutschen Rundfunk Köln (WDRG) geregelt.
- 8 Für uns ist wichtig, dass diese Zusammensetzung auch zeitaktuell gesellschaftliche
9 Veränderungen widerspiegelt. So haben die großen öffentlich-rechtlichen christlichen
10 Religionsgemeinschaften in NRW (die römisch-katholische Kirche und die evangelischen
11 Landeskirchen) seit Erhebung des Zensus 2011 etwa zwei Millionen Mitglieder verloren,
12 während der Anteil von Menschen muslimischen Glaubens im selben Zeitraum stieg.
13 Trotzdem bleibt den Muslim*innen und Muslimen in NRW die Mitsprache im Rundfunkrat
14 verwehrt – anders als beispielsweise dem „Landesjagdverband“ und dem erzkonservativen
15 „Verband kinderreicher Familien“. Zum jetzigen Zeitpunkt haben die beiden großen
16 Kirchen sowie die jüdischen Gemeinden in NRW jeweils einen gesetzlichen Sitz im
17 Rundfunkrat.
- 18 Ebenfalls nicht zu unserem Verständnis von einem modernen Rundfunk passt die
19 inhaltliche Privilegierung der Kirche in den Programmen des WDR. Wer regelmäßig Radio
20 hört, dem dürfte schon einmal aufgefallen sein, dass beispielsweise auf WDR 2 und in
21 1LIVE das Programm täglich unterbrochen wird, um Kurzpredigten der evangelischen und
22 katholischen Kirchen zu senden. Auf den Internetseiten des WDR wird dies wie folgt
23 beschrieben: „Erfolgreich, jung, cool. Religion und Leben auf den Punkt gebracht. Mit
24 Denkanstößen zur Alltagslust und zum Alltagsfrust. Und weil sie im Programm an jedem
25 Tag zu einer anderen Zeit laufen, kommen sie oft unverhofft ins Ohr.“
26 Dass der WDR den Kirchen entgeltfrei Werbefläche zur Verfügung stellt, und das
27 übrigens nicht nur im Radio, sondern auch über seine Beiträge zum „Wort zum Sonntag“
28 im Ersten, liegt an einem Passus in § 8 Abs. 3 des WDR-Gesetzes.
- 29 Für uns ist klar: Ein starker WDR ist ein Garant für die Pressefreiheit in Nordrhein-
30 Westfalen und er sollte auch in seinen Gremien ein realistisches Bild der
31 Landesbevölkerung abbilden, ohne zum Spielball wechselnder landespolitischer
32 Mehrheiten zu werden.
- 33 Wir fordern deshalb:
- 34 • einen ordentlichen Sitz für Vertreter*innen der muslimischen
35 Glaubensgemeinschaften im Rundfunkrat des WDR, analog zum Hessischen Rundfunk
 - 36 • Streichung der Privilegierung kirchlicher Inhalte in den Programmen des WDR
37 durch eine Reform des § 8 Abs. 3 WDRG

Antrag U01: Transformation des Energiesektors

Sachgebiet:

U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

1 Deutschland steht vor großen Veränderungen. Eine der wichtigsten Herausforderungen
2 ist der marode und rückschrittliche Energiesektor. Gesellschaft und Wirtschaft ächzen
3 unter den aktuellen Energiepreisen. Dadurch ist der Produktionsstandort Deutschland
4 und damit seine Wettbewerbsfähigkeit existenziell gefährdet, durch Produktions-
5 Abwanderungen ins Ausland und Insolvenzen.

6 Durch Bürokratiehürden wird das Wachstumspotenzial in der Energiebranche stark
7 verlangsamt und Deutschlands führende Position als Wirtschaftsmacht zur Exposition
8 gestellt. Gerade in der Zeit des Wandels braucht es schnelle Genehmigungsverfahren,
9 damit Deutschland nicht abgehängt wird.

10 Das Konstrukt der Energiekonzerne und Branche stehen sich selbst im Weg, der
11 Übergewinn der Energiekonzerne behindert andere deutsche Konzerne am Produzieren und
12 wachsen. Strom und Energie muss aus sozialistischer Sicht neu gedacht und definiert
13 werden. Für Privatpersonen und die Industrie ist Energie hauptsächlich ein
14 Grundbedürfnis und keine Ware. Im Sinne des gemeinwohl-orientierten Wirtschaftens
15 muss es deshalb das Ziel sein die Energieversorgung für alle sicherzustellen ohne,
16 dass sich einzelne daran bereichern.

17 Nur dann ist die Energieversorgung sozial gerecht. Darüber hinaus muss sie ökologisch
18 nachhaltig sein, damit sie zukunftssicher weiter bestehen kann. Das ist aber in der
19 aktuellen Situation nicht gegeben. Ein Energiesektor ohne Regeln bestimmt den Markt.
20 Daran muss sich dringend etwas ändern, der aktuelle politische Umgang mit Energie ist
21 rückschrittlich. - Es muss sichergestellt sein, dass ökologisch nachhaltige Energie
22 langfristig für alle vorhanden ist.

23 Die Fortführung des aktuellen Systems ist deshalb nicht vereinbar mit dieser
24 Zielsetzung. Ein Wandel ist unabdingbar. Die strukturellen Probleme brauchen eine
25 tiefgreifende Korrektur. Ein Aufbrechen alter Strukturen verbunden mit einer
26 Neustrukturierung ist notwendig, um die bedarfsorientierte Funktionsweise des
27 Energiesektors zu gewährleisten. Ein großer Wandel ist dabei nötig, um Strompreise
28 bezahlbar zu machen und um als Produktionsstandort in Europa attraktiv zu bleiben.
29 Das Ziel muss eine neue Energieordnung sein, von dem alle profitieren.

30 Investitionen sind ein zentraler Kernpunkt im Kapitalismus. Um diese Investitionen in
31 den Energiesektor auch der Bevölkerung zu ermöglichen, müssen Privatinvestitionen von
32 Bürgern in die Energiebranche ermöglicht werden. Eine solche Anlagebeteiligung an
33 allen erneuerbaren Energieprojekten erhöht die Bereitschaft der Bevölkerung zum
34 Wandel und erhöht die Akzeptanz und Motivation für Investitionen in zielführende
35 erneuerbare Projekte.

36 Der Wandel würde also mit der Bevölkerung und nicht gegen die Bevölkerung
37 vorstättgehen. Das Bundeskartellamt, die eigentliche zuständige Behörde verletzt
38 seine Aufsichtspflicht hinsichtlich der Energiekonzerne, durch Nicht-Unterbindung des

39 unlauteren Wettbewerbs. Dass das Bundeskartellamt nicht eingreift, verdeutlicht
40 deshalb insbesondere das politische Unvermögen, den Irrsinn der Energie-Preispolitik
41 zu unterbinden. 6 Maßnahmen sollen das aktuelle System verändern.

42 **1. Maßnahme: die Vergesellschaftung des deutschen Stromnetzes**

43 Das derzeitige Stromnetz wird von nur 4 Übertragungsnetzbetreibern kontrolliert:
44 Tennet, Amprion, 50Hertz und Transnet BW.

45 Doch wer sind diese 4 Unternehmen und vor allem: Wer steht hinter Ihnen?

46 Tennet ist zu 100% im Besitz des niederländischen Finanzministeriums, wo hingegen
47 Amprion zu 25% im Besitz der RWE AG ist. 50Hertz und Transnet BW hat hauptsächlich
48 Anteilseigner aus dem Investitionswesen. Dies verdeutlicht den Einfluss der Big Four.
49 Die Big Four steht für die 4 großen Energiekonzerne in Deutschland: RWE, E.ON,
50 Vattenfall und enBW, die über einen Marktanteil von 50% in Deutschland verfügen und
51 damit die Energiepreise steuern und diktieren können.

52 Aktuell werden die Kosten der Übertragungsnetzbetreiber von der Beschlusskammer 8 der
53 Bundesnetzagentur geprüft, insbesondere Investitionsentscheidungen. Diese werden
54 jährlich im Netzentwicklungsplan öffentlich vorgestellt und von der Bundesnetzagentur
55 abgenommen. Im Netzentwicklungsplan wird sehr detailliert dokumentiert, wie anhand
56 von diversen Marktsimulationen und Umweltszenarien sich die Versorgungssicherheit
57 entwickelt. Erforderliche Maßnahmen zur Netzstabilisierung und -ausbau scheitern
58 allerdings häufig am lokalen politischen Widerstand, insbesondere an diversen
59 Ministerpräsidenten. Die Trasse Suedlink wurde beispielsweise auf massiven
60 politischen Druck von Seehofer, diversen Bürgerinitiativen und z.T. auch Sigmar
61 Gabriel unterirdisch verlegt. Dadurch verzögerte sich der Ausbau massiv und die
62 Netzbetreiber müssen teure Stabilisierungsmaßnahmen ergreifen, die auf die
63 Netzentgelte umgelegt werden. Beispielsweise hat sich die Energiemenge des
64 Redispatches von 2023 gegenüber 2016 mehr als verdreifacht. Wir begrüßen die
65 Maßnahmen des Planungsbeschleunigungsgesetzes, um Klagemöglichkeiten durch
66 Bürgerinitiativen einzuschränken. Für die Gewinne der Netzbetreiber ist ebenfalls
67 wichtig zu erwähnen, dass die Eigenkapitalzinssätze von der Beschlusskammer 4 für
68 fünf Jahre festgelegt werden. Für 2021 wurden diese für Neuanlagen auf 5,07%
69 festgelegt. Innerhalb dieses Zeitraums kann ein Betreiber also durch
70 Produktivitätssteigerungen und Betriebsoptimierungen seinen Gewinn steigern.

71 Aus einer jungsozialistischen Perspektive lehnen wir Abfluss von Gewinnen aus
72 kritischer Infrastruktur in die Privatwirtschaft oder wie hier an die Energiekonzerne
73 ab. Aus diesem Grund muss der Bund und/oder die Bundesländer vollständiger Eigentümer
74 der Netzbetreiber werden. Das Land Baden-Württemberg ist bereits Teileigner von
75 TransnetBW. Es braucht außerdem mehr politische Erklärungen zu den Kosten für den Bau
76 von Strominfrastruktur. Um reale Kosten besser zu verdeutlichen würden wir eine
77 Strompreiszonentrennung Deutschlands an der Nordgrenze von Bayern und Baden-
78 Württemberg begrüßen.

79 **2. Maßnahme: Infragestellung und Reparation des Merit-Order-Prinzips**

80 Die aktuelle Preissteuerung der Energiepreise durch Energiekonzerne kann und sollte
81 nicht geduldet werden. Das Merit-Order-Prinzip wird außer Kraft gesetzt durch
82 Spekulationen an der Börse und von der Preispolitik der Energiekonzerne, die beliebig
83 über den Selbstkostenpreis der Kraftwerke bestimmen können. Das Merit-Order-Prinzip
84 steht sich selber im Weg, durch die Bindung des Energiepreises fossiler Energien an
85 den Energiepreis erneuerbaren Energien, was dazu führt, dass der erneuerbare Strom
86 genauso teuer wird wie die fossilen Energien. Damit erneuerbare Energien also für
87 ihren vergleichsweise günstigen Preis getrennt vom Energiepreis fossiler Energien
88 abgegeben werden kann, braucht es die Trennung vom Erneuerbaren Energiepreis vom
89 Preis der fossilen Energien.

90 **3.Maßnahme: Preisbremse und Deckelung**

91 Um Energie und Strompreis gesamtheitlich lenken zu können braucht es eine Deckelung
92 einerseits, andererseits eine Preisbremse um den Anstieg in Richtung Deckelung zu
93 unterbinden. Wir unterstützen den Vorstoß auf europäischer Ebene, starke
94 Preisschwankungen staatlich zu kompensieren.

95 **4.Maßnahme: Übergewinnregelung und Lenkung der Einnahmen**

96 Eine Übergewinnabgabe für Energiekonzerne könnte direkt in den Ausbau des 73
97 Stromnetzes, von Gleichstromtrassen und der erneuerbaren Energien investiert werden.
98 Gleichzeitig besteht das Problem der vielen Vermarkter, die sich oft in
99 Oligopolbesitz der Energiekonzerne befinden. Eine Trennung von Vertrieb und Erzeugung
100 muss endlich auch in der überregionalen Besitzstruktur durchgesetzt werden.

101 **5.Maßnahme: Dezentralisierung und saisonaler Energiebedarf**

102 Der aktuelle Trend hin zu einer Dezentralisierung ist zu begrüßen. Der Trend
103 ermöglicht verstärkt kommunale Beteiligungen an Erzeugungsgewinnen, was viel soziale
104 Akzeptanz von EE-Anlagen schafft. Es braucht finanzielle Instrumente, um saisonalen
105 Schwankungen von Erneuerbaren Energie wirksam aufzufangen und gesicherte Leistung in
106 insbesondere kälteren Monaten bereitzustellen. Es braucht in der gesicherten Leistung
107 und der Netzreserve eine Abkehr von fossilen Kraftwerken. Wir begrüßen die Initiative
108 des BMWKs, dies über den Kapazitätssicherheitsmechanismus durch das
109 Kraftwerkssicherheitsgesetz zu realisieren. Wir schließen fossile Kraftwerke mit CO2-
110 Abscheidung (Carbon-Capture) jedoch von diesem Mechanismus aus.

111 **6.Maßnahme: Ein günstiger Industriestrompreis**

112 Deutschland muss einen allgemein gültigen Industriestrompreis festsetzen, der es den
113 Konzernen und kleinen Betrieben ermöglicht weiterhin in Deutschland zu produzieren.

114 Von der aktuellen Situation profitiert nur ein sehr kleiner Teil der Gesellschaft.
115 Übergewinne und Spekulationen sind nur die sichtbare Spitze des Eisberges, von dem
116 diese exklusive Minderheit profitiert.

117 Die Oligopolstellung der Energiekonzerne stehen daher einer nötigen Transformation
118 und der Reduktion der allgemeinen Energiekosten im Weg. Deutschland ist aktiv dabei
119 den Anschluss und damit auch wichtige Konzerne wie Automobilhersteller,
120 Nahrungsmittelproduzenten, Elektrotechnikunternehmen, Chemiekonzerne wie BASF, Bayer

- 121 und weitere große Industriemerkführer wie ThyssenKrupp zu verlieren. Bei einem
122 Verlust dieser großen Unternehmen würden wir als Staat nicht nur Steuereinnahmen,
123 sondern vor allem auch gut bezahlte und vor allem tarifgebundene Arbeitsplätze
124 verlieren. Diese müssen wir bewahren!
- 125 Der deutsche Staat und die Bevölkerung kommen ohne eine prosperierende Wirtschaft
126 nicht aus-der Wohlstand von Deutschland steht auf dem Spiel.
- 127 **Deshalb fordern wir:**
- 128 -die Vergesellschaftung des deutschen Stromnetzes
 - 129 -einen günstigen Brückenstrompreis
 - 130 -eine Energie-und Strompreisbremse
 - 131 -einen Energie-und Strompreisdeckel
 - 132 -eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne
 - 133 -den Ausbau von Energiespeichern und Regelungen zur Kontrolle von dezentralen
 - 134 Energiespeichern durch Netzbetreiber
 - 135 -Bürokratieabbau für schnellere Genehmigungsverfahren sowie mehr genossenschaftliche
 - 136 oder kommunale Anlagebeteiligung an allen erneuerbaren Energieprojekten in
 - 137 Deutschland.

Weitere Antragsteller*innen

Jusos Essen